

PROTOKOLL

über die 11. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 10. Dezember 1998, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 09.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, GR Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Ing. TOAR Wolfgang Wein, OAR Helmut Riedler, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT:

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

VerkR-8365/92 Ausdehnung der erlaubten Parkdauer auf drei Stunden; Umrüstung der Parkscheinautomaten

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

1) Fin-229/98 „Pro mente infirmis“ - ATRIUM; Subvention 1998.

2) Fin-211/96 Röm.-kath. Pfarramt Steyr-Münichholz; Sanierung/Umbau des Caritas Kindergartens und Hortes; Subventionsansuchen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

3) GHJ2-1585/77 Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

4) GemAbf-1/98 Erlassung einer neuen Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

5) Stw-75/98 Städtische Bestattung; Bestattungsentgelt; Anhebung ab 1. 1. 1999.

6) Rp-22/98 Stadtwerke Steyr und Versorgungsbetriebsverbund Gas und Verkehr; Jahresabschlüsse 1997.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

7) BauStr-18/98 Geländeerneuerung Auffahrt Blümelhubervilla; Vergabe der Schmiedearbeiten.

8) BauT-10/98 Errichtung eines Verbindungsweges von den Knoglergründen zum Stadtteil Tabor; Ankauf der hierfür benötigten Flächen von Herrn Anton Weindl sen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

9) Fin-100/98 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1999.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich begrüße sie herzlich. Ich begrüße auch herzlich die Vertreter der Presse. Ich stelle fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau GR Mag. Michaela Frech und Herr GR Helmut Oberreiter gemeldet. Beide nehmen die Funktion an, bitte das dem Protokoll einzufügen. Herr GR Stieglitz wird etwas später kommen, wurde mir soeben mitgeteilt.

Zu „Behandlung von allfälligen Anfragen“ darf ich mitteilen, daß keine vorhanden sind.

Zu den „Mitteilungen des Bürgermeisters“ darf ich berichten, daß zur Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr gegen die Ausweitung der Sonntagsarbeit folgende Persönlichkeiten ihre Unterstützung schriftlich zugesichert haben:

- Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer
- Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Christoph Leitzl
- Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Fritz Hochmair
- Herr Präsident Fritz Freyschlag, Kammer für Arbeiter und Angestellte f. OÖ.
- Herr Dr. Klaus Wiesmüller, Bundeskanzleramt, Ministerratsdienst
- Herr Bundesparteibeamter Dr. Wolfgang Schüssel
- Herr Bundesparteibeamter Dr. Jörg Haider
- Herr Fritz Verzetnitsch, Präsident des Österr. Gewerkschaftsbundes, des Europäischen Gewerkschaftsbundes, Abg. zum Nationalrat

- Herr Maximilian Aichern, Bischof von Linz

Ich darf weiters mitteilen, daß der städtische Wirtschaftshof ins neue Kommunalzentrum übersiedelt ist.

Mit der Übersiedlung des städtischen Wirtschaftshofes, die am Montag, 14. Dezember, abgeschlossen sein wird, rückt das Ziel der Stadt, alle Dienstleistungsbetriebe im neuen Kommunalzentrum unter einem Dach zu vereinen, einen weiteren großen Schritt näher.

Wir haben hier nach und nach alle Abteilungen übersiedelt. Es fehlt noch das Gas- und Wasserwerk. Insgesamt haben wir bisher, mit dem Kauf und den Adaptierungskosten, 158 Millionen Schilling dafür ausgegeben. Es wird im nächsten Jahr noch eine Investition von rd. 7 Millionen Schilling erforderlich sein um auch die Schaltzentralen und die Technik für Gas- und Wasserwerk oben im neuen Kommunalzentrum zu etablieren.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß das ein großer Schritt ist, allerdings ein teurer Schritt, der aber dazu führt, daß alle externen Unternehmungen der Stadt unter einem Dach versammelt wurden. Daß das auch natürlich Synergie- und Spareffekte mit sich bringt und, daß dadurch aber auf die nächsten Jahrzehnte hinaus sichergestellt erscheint, daß die Stadt ihr Service, welches sie auch notwendig hat, bekommt, daß die Beschäftigten dort auch gute Arbeitsplätze haben und, daß dieses Service, weil betriebswirtschaftlich gut durchorganisiert, auch ein kostengünstiges sein kann.

Am 24. Dezember wird es wieder eine Gratisfahrt mit der Steyrtalbahn geben. Dazu sind die Elternteile mit ihren Kindern eingeladen.

Ein großer Erfolg war die im Vorjahr erstmals durchgeführte Gratisfahrt für Kinder mit der Steyrtal-Museumsbahn.

Die Abfahrt ist am 24. Dezember, um 13.00 Uhr am Steyrer Lokalbahnnhof. Die Ankunft ist um 14.00 Uhr in Grünburg. Es wird dort eine Besichtigung des Steinbacher Adventkalenders stattfinden können. Die Teilnehmer werden von einer Abordnung der Gemeinde Steinbach begrüßt und mit einem warmen Getränk versorgt werden.

Die Rückfahrt wird um 15.30 Uhr sein, sodaß die Kinder mit ihren Elternteilen um etwa 16.30 Uhr wieder in Steyr sind.

Es gibt insgesamt 350 Freifahrkarten, die ab 18. Dezember, im Büro des Tourismusverbandes im Rathaus, erhältlich sind.

Noch eine Mitteilung darf ich machen. Und zwar: Senioren fahren in Steyrer Linienbussen jetzt um nur 9 Schilling. Neueste Abmachungen mit dem Verkehrsverbund bringen diese Entwicklung mit sich. Eine deutliche Verbilligung für Senioren, die in Steyr die städtischen Linienbusse benützen, ergibt sich durch die ab 1. Dezember in Kraft tretenden Tarifänderungen beim OÖ Verkehrsverbund. Die älteren Mitbürger haben in der Tarifzone Steyr die Möglichkeit, in den stadteigenen Bussen einen 10-Fahrtschein für Senioren zum Preis von nur 90,-- Schilling zu kaufen. Einzige Bedingung: Der Käufer muß im Besitz eines gültigen Seniorenpasses der ÖBB sein, der einmalig S 350 kostet, mit der Frauen ab 60 und Männer ab 65 jedoch ein ganzes Kalenderjahr auch sämtliche ÖBB-Karten zum halben Fahrpreis erhalten.

Und noch etwas verbessert sich durch die geänderten OÖ Verbundtarife: Die Verbund-Einzelfahrkarte oder Tageskarte berechtigt den Fahrscheininhaber einen Elternteil sowie bis zu 3 Kinder unter 15 Jahren kostenlos mitzunehmen. Einzige Voraussetzung: ein gültiger ÖBB-Familienpaß zum Preis von S 250,-- der jedoch ein Kalenderjahr gültig ist und mit dem alle ÖBB-Familientarife in Anspruch genommen werden können.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, daß die Arbeitslosenquote im November 1998 6,4 % betragen hat. Sie ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozentpunkte höher.

Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr bleibt sie unverändert.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im November 2.620. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 5,7 % (d.s. 141 Personen) und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 0,3 % (d.s. 9 Personen).

Im November 1998 sind 295 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 31 Stellen weniger sowie gegenüber dem Vorjahr um 31 Stellen mehr.

Meine Damen und Herren, unter Pkt. 4) ersuche ich sie um „Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates“. Unter Pkt. 5) gehen wir in die Tagesordnung ein und ich darf als erstes die Kollegin Vzbgm. Mach bitten, ihre Anträge vorzutragen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, sehr geehrte Gäste. Ich wünsche ihnen allen einen schönen guten Morgen.

In meinem ersten Antrag geht es um „Pro Mente infirmis“, um die Subvention für das Jahr 1998. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) Fin-229/98 „Pro mente infirmis“ - ATRIUM; Subvention 1998.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 17. November 1998 wird dem Verein „Pro mente infirmis“ im Zusammenhang mit der Führung des ATRIUM Steyr, Gleinkergasse 21, sowie Schuhbodengasse 7, für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des Mietaufwandes bzw. 50 Prozent der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 400.000,-- (Schilling vierhunderttausend) gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- werden bei der VASSt. 1/413000/757000 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke sehr, das war einstimmig. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um den Caritas Kindergarten in Steyr, im Münchenholz. Der Baufortschritt dort unten ist ja schon recht weit und die wollen ja im Februar ins neuen Gebäude einziehen. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

2) Fin-211/96 Röm.-kath. Pfarramt Steyr-Münchenholz; Sanierung/Umbau des Caritas Kindergartens und Hortes; Subventionsansuchen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 17.11.1998 wird der Pfarre Münchenholz, 4400 Steyr, Punzerstraße 45, zu den Gesamtanierungskosten für den Caritaskindergarten und Hort von S 11.400.000,-- eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 3.800.000,-- (Schilling dreimillionenachthunderttausend) auszahlbar in 4 Jahresraten á S 1 Mio. bzw. S 800.000,-- als letzten Teilbetrag jeweils in den Budgetjahren 1998, 1999, 2000 und 2001 gewährt.

Die erforderlichen Mittel für die Auszahlung der ersten Jahresrate 1998 werden bei der Vst. 5/240000/777000 freigegeben.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Ich sehe auch hier keine Wortmeldung. Wir kommen auch in diesem Fall gleich zur Abstimmung. Ich darf fragen, wer dem Antrag zustimmt? Danke sehr. Auch hier konstatiere ich eine einstimmige Annahme. Ich danke der Kollegin Mach für ihre Anträge. Ich ersuche als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Tatzreiter ans Rednerpult zu kommen.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wertige Gäste. In meinem Antrag geht es um die Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus, sozusagen zu korrigieren und ich bitte, wie aus der Aufstellung zu ersehen ist, die Veränderungen, die Tarifgrößenordnungen zu genehmigen bzw. zu beschließen. Ich darf in diesem Zusammenhang den Antrag stellen.

3) GHJ2-1585/77 Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Beschluß

des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 28.10.1960 i.d.F. der Beschlüsse des Gemeinderats der Stadt Steyr vom 19.9.1977, 24.11.1987, 15.10.1992, 21.12.1994 und betreffend die Festsetzung des Entgeltes für eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung öffentlichen Gutes.

Art. I Gegenstand

Für eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Inanspruchnahme öffentlichen Gutes sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Entgelte an die Stadtgemeinde Steyr als Verwalterin des öffentlichen Gutes zu leisten.

Art. II Tarife

1.

a) Für die Einrichtung von Geschäftsportalen, Warenschaukästen Portalschildern u.ä., bis zu einer Breite von 2 m und einer Ausladung von 15 cm, pro Jahr
S 130,00

für jeden weiteren angefangenen Meter in der Breite und jede angefangenen 5 cm in der Ausladung ein Zuschlag pro Jahr von
S 50,00

b) für Reklameschilder, da es sich bei solchen Anlagen um reine Reklameeinrichtungen handelt, bis zu 1 m², pro Jahr
S 220,00

c) Für Steckschilder und Hinweisschilder pro angefangenem m² und Jahr
S 530,00

d) Für Reklame-Großanlagen mit Neonbeleuchtung oder anderer Starkstromtechnik, da es sich auch hier um eine reine Reklameeinrichtung handelt, bis zu
1 m², pro Jahr
S 220,00

für jeden weiteren angefangenen m² ist der aliquote Teil pro Jahr in Anrechnung zu bringen

e) für Vorlegefenster, Kellerlicht- und Warenaufzugsschächte, Stufen u.a., per m² und Jahr S 90,00
S 90,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

f) Fundamentverbreiterungen, Stützpfeiler neu aufzuführender Vorbauten aufgrund einer baubehördlichen Vorschreibung per m² und Jahr.
S 90,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

g) Vordächer in verschiedenen Ausführungen über Einfahrten, Geschäftseingängen, für jeden angefangenen m² pro Jahr
S 100,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

h) Automaten aller Art, freistehend oder an Gebäuden, Mauern, Einfriedungen udgl. angebracht
ha) bis zu einer Tiefe von 40 cm und einer Breite von 50 cm je Einrichtung und Einwurfstelle, pro Jahr
S 1.060,00

hb) bei überschreiten einer dieser Ausmaße je Einrichtung und Einwurfstelle, pro Jahr
S 1.370,00

i) Personenwaagen, Reklamesäulen usw. je Stück pro Jahr
S 280,00

j) Für Vorgärten bei Gast- und Kaffeehäusern (Schanigärten)

ja) welche täglich abgebaut werden pro angefangenem m² und Jahr,
S 160,00

jb) in Form einer festen Einrichtung pro angefangenem m² und Jahr.
S 370,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 370,00

k) Für Leitungen zu privaten Zwecken, für Leitungen für Stark- und Schwachstrom oder als Kabel verlegt, pro lfm und Jahr.
S 7,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

l) Für Rohrleitungen irgendwelcher Art auf öffentlichem Gut, per lfm und Jahr.
S 7,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

m) Für stabile Rollbahngleise per lfm und Jahr.
S 25,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

n) Für Industriegleisanlagen, per lfm und Jahr.
S 25,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

o) Für Verkaufshütten, Kioske, Verkaufswägen, sonstige geschlossene Verkaufseinrichtungen usw.
im Stadtgebiet pro m² und Jahr.
S 280,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 570,00

Diese Einrichtungen sind von vorstehenden Gebühren befreit, wenn sie im Zusammenhang mit
Veranstaltungen ausschließlich wohltätiger oder gemeinnütziger
Art errichtet werden.

p) Für öffentliches Gut, das zur Grasnutzung vergeben wird, pro m² und Jahr.
S 1,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

qu) Für öffentliches Gut, das zur gärtnerischen oder feldmäßigen Nutzung herangezogen wird
(Schrebergärten) pro m² und Jahr.
S 5,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

r) Für Schaukästen, Anschlagtafeln von Vereinen und sonstigen Institutionen pro Jahr.
S 90,00

Die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung beträgt
S 120,00

s) Aufstellung von Zeitungsverkaufsständen, pro Zeitungsverkaufsstelle (Tasche und Entgeltbox)
und Jahr

sa) bei Aufstellung an Sonn- und Feiertagen,
S 240,00

sb) bei täglicher Aufstellung.

S 690,00

t) Baustelleneinrichtung, Aufstellungen von Containern u.ä.

ta) pro m² und Monat

S 70,00

tb) die gem. lit. ta ermittelten Entgelte erhöhen sich ab dem vierten Monat der Benützung um 50 %, ab dem siebenten Monat der Benützung um 100 % des ursprünglichen Betrages.

Die Mindestgebühr beträgt je Baustelleneinrichtung bzw. je Container und Monat

S 180,00

u) Verkaufsstände, Warenkörbe u.ä., pro m² und Monat

S 110,00

v) Informations- und Werbestände bis 6 m² Grundfläche für die Dauer von 3 Tagen und pro weitere angefangene 3 Tage

S 300,00

bei einer Grundfläche über 6 m² ein Zuschlag pro m² für die Dauer von 3 Tagen und pro angefangene 3 Tage in Höhe von

S 50,00

w) Für das Abstellen eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges in Gebieten die mit Verordnung des Gemeinderates zu gebührenpflichtigen Zonen erklärt worden sind, mit Ausnahmen des Stadtplatzes und des Grünmarktes, mit einer Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 2 bzw. Abs. 4 a, StVO 1960 i. d. g. F. ab einer Bewilligungsdauer von 1 Monat je Fahrzeug und Jahr

S 8.000,00

x) Für das Abstellen eines mehrspurigen Kraftfahrzeuges in Kurzparkzonen mit einer Ausnahmegenehmigung gem. § 45 Abs. 4 StVO 1960 i. d. g. F.

(Bewohnerparkberechtigung) je Fahrzeug und Jahr

S 1.500,00

2. Für das Aufstellen bzw. das Anbringen von Einrichtungen, die dem Abstellen von Fahrrädern dienen (Fahrradstände u.ä.), ist kein Entgelt zu entrichten.

3. Eine Inanspruchnahme öffentlichen Gutes über die in Abs. 1 und 2 angeführten Benützungsarten hinaus ist nur nach Abschluß von Sondergestattungsverträgen zulässig.

4. In den Tarifen gemäß Abs. 1 ist die Umsatzsteuer nach den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl Nr. 223, in der jeweils geltenden Fassung nicht enthalten.

Art. III Berechnung der Entgelte

1. Trifft der Beginn (das Ende) einer Benützung, für die ein Jahresentgelt zu entrichten ist, nicht mit dem Beginn (Ende) eines Kalenderjahres zusammen, so ist das Entgelt aliquot nach Monaten auf der Grundlage des Jahresentgeltes zu berechnen. Die Berechnung beginnt mit dem Monat, der dem Beginn der Benützung folgt. Die Berechnung endet mit dem Monat in dem die Benützung endet.

2. Trifft der Beginn (das Ende) einer Benützung, für die ein Monatsentgelt zu entrichten ist, nicht mit

dem Beginn (Ende) eines Kalendermonates zusammen, so ist das Entgelt aliquot nach Tagen auf der Grundlage des Monatsentgeltes zu berechnen. Der Berechnung wird ein Kalendermonat von 30 Tagen zugrunde gelegt.

Art. IV Fälligkeit

1. Benützungsentgelte nach Art. II werden durch den Magistrat der Stadt Steyr zur Zahlung vorgeschrieben und werden mit Ablauf von 2 Wochen nach Zustellung der Rechnung fällig.
2. Wird das Benützungsentgelt nicht spätestens am Fälligkeitstag entrichtet, so tritt mit Ablauf dieses Tages die Verpflichtung zur Entrichtung eines Säumniszuschlages ein. Der Säumniszuschlag beträgt 4 % des nicht zeitgerecht entrichteten Entgeltbetrages, jedenfalls aber S 30,00.
3. Wird das Benützungsentgelt nicht innerhalb von zwei Monaten nach Zustellung der Rechnung zur Anweisung gebracht, kann eine weitere Inanspruchnahme des öffentlichen Gutes jederzeit untersagt und gegebenenfalls die Entfernung der betreffenden Einrichtung aufgetragen werden.

Art. V Inkrafttreten

Der Beschluß ist im Amtsblatt der Stadt Steyr kundzumachen und tritt mit 1. Jänner 1999 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Tarifordnung des Gemeinderats vom 21. Dezember 1994 außer Kraft.

Ich bitte um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Als erstes zu Wort gemeldet hat sich Herr StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertere Vertreter der öffentlichen Medien, geschätzte Gäste. Ich möchte nur ordnungshalber darauf hinweisen, daß die Erstvorlage eine wesentlich höhere Tarifierhebung im Bereich der Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus, wie es so schön heißt, beinhaltet hat, als dies im Amtsbericht aufgeschienen, die Erhöhung des Indexes von 5,36 % ausgemacht hätte. Im Gegenteil, es gab eine Reihe von sehr deftigen Anhebungen und eigentlich keinen einzigen Punkt der mit diesen 5,36 % hochgerechnet wurde. Ich darf nur ein paar Beispiele dazu herausgreifen. Die Reklameschilder hätten sich um 175 % erhöht, ebenso für Reklame-Großanlagen mit Neonbeleuchtung. Das war auch der Grund dafür, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir uns von der Freiheitlichen GR-Fraktion dagegen verwehrt haben und auch Kollege Mayrhofer von der ÖVP-Fraktion hat diese sehr groß angelegten Anhebungen entsprechend negativ goutiert. Heute liegt uns aber ein Antrag vor, der größtenteils diese 5,36 % Indexanhebungen berücksichtigt und das ist auch der Grund dafür, warum wir heute vonseiten der Freiheitlichen GR-Fraktion diesem Antrag die Zustimmung geben werden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, wertere Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, wertere Gäste. Ja, Kollege Eichhübl hat schon gesagt, daß ursprünglich im ersten Entwurf diese 6,8 Punkte bzw. diese 5,36 % überhaupt nicht nachvollziehbar waren. Nur, sehr viel hat sich auch nicht geändert. Ich gebe ihnen Recht, es hat sich etwas geändert, es ist ein bißchen anders geworden, aber es finden sich nach wie vor Punkte, die bei 20 %, 25 % Erhöhung liegen, Bereiche die nicht erhöht werden, die aber auch nicht gesenkt werden. Unter anderem findet sich ein Betrag, der sogar gesenkt wird, aber ich

nehme an, daß das ein Fehler des Amtsberichtes ist, nachdem auf der Seite 3 des Amtsberichtes unter j) steht, daß die Mindestgebühr bei derartiger Nutzung S 310,-- statt S 350,-- beträgt. Ich nehme an, daß das ein Druck- oder Tippfehler ist, weil das wäre ja eine Senkung, die eigentlich nicht nachvollziehbar ist.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Bei j) steht gar nichts.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir haben einen Austauschbericht bekommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Unter Punkt j), in der letzten Zeile steht, die Mindestgebühr bei derartigen Nutzungen beträgt S 310,-
-.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Vorher S 350,-- und jetzt neu S 385,--.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

S 310,-- steht in meinem Amtsbericht, der neu ist. Ich haben den angeblich korrigierten Amtsbericht. Ich nehme an, daß das ein Irrtum ist, weil das ist mir nicht nachvollziehbar und nicht erklärbar. Kann mir jemand sagen, was der richtige Betrag ist? Das hätte ich gerne gewußt, bevor ich abstimme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da wird wahrscheinlich auch S 370,-- hingehören.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Vielleicht kann sich dazu jemand äußern.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es gibt einen Referenten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, der wird eh antworten.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Jetzt habe ich gehört S 370,--, S 385,-- wer bietet mehr, wer bietet weniger.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das wird dann der Referent beantworten, nehme ich an.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Gut. Also lassen wir diesen einen Punkt einmal offen. Es finden sich auch noch durchaus weitere Bereiche, wo nicht diese 5,36 % oder kleinere Rundungen vorgenommen worden sind. Insofern ist für mich die Argumentation im Amtsbericht nicht nachvollziehbar. Da steht, daß aufgrund dieser Erhöhung von 5,36 % Verbraucherpreisindexsteigerung, daß deshalb eine entsprechende Anhebung der Tarife vorgenommen wird, wenn die zum Teil bei 10, 20 und mehr Prozent liegen. Was ich zu dem sehr bedauere, das ist ein Punkt, den haben wir nicht erhöht. Wir haben ihn aber auch nicht gesenkt, obwohl wir uns in den Ausschüssen, soweit ich mich erinnern kann, über alle Fraktionen hinweg, recht einig waren, das ist der Bereich der Bewohnerparkkarten mit S 1.500,--. Der bleibt nach wie vor bei S 1.500,-- und das, obwohl wir ja auch im Ausschuß festgestellt haben, daß Steyr

bei den Bewohnerparkkarten am höchsten liegt. Wenn ich mir ansehe, daß in Steyr S 1.500,-- verlangt werden, neben der Verwaltungsabgabe die dazu kommt, Linz hingegen für diese Benützung öffentlichen Gutes nichts verlangt sondern nur die Stempelmarken und auch Wels mit S 1.760,-- um einiges darunter liegt, so denke ich, wenn man schon neue Tarife beschließt, hätte man auch diesen Punkt abändern können. Derzeit gibt es nur eine Art Absichtserklärung im Ausschuß, daß wir gesagt haben, irgendwann soll das billiger werden. Ja warum denn nicht mit 1.1.1999?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nicht irgendwann.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nicht irgendwann? Warum kann man das nicht gleich bei einer neuen Ta-rifordnung machen, wenn wir ohnedies jetzt schon wissen, daß wir senken wollen. Also, das ist auch ein Punkt, den ich bedauere, daß man das nicht zum Anlaß genommen hat. Außerdem stelle ich mir die Frage, wozu man diese Luftsteuer überhaupt einhebt bzw. warum man die Leute damit wirklich ärgert, weil im Prinzip, wenn ich heute eine Tafel bei meinem Geschäftshaus hängen habe und die ragt in die Luft hinaus, gut, daß ich dafür etwas zahlen muß, sehe ich eigentlich nicht wirklich ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das kann man bei der Lohnsteuer auch sagen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das kann man bei vielen sagen, aber bei der Luftsteuer, denke ich mir, bietet es sich an und vor allem war es in der Vergangenheit, und das ist ja kein Jux und Tollerei, wirklich so, daß eigentlich die Geschäftsleute, die brav diese Meldungen gemacht haben, bestraft worden sind, die haben bezahlen müssen und die, die einfach gesagt haben, ich melde es nicht dem Amt, die sind dann irgendwo damit durchgekommen, weil es einfach keine Kontrolle gegeben hat. Das soll dann auch nicht der Fall sein. Aber jetzt hätte ich gerne gewußt, was der wirkliche Betrag ist, ob S 370,--, S 385,-- oder S 310,--.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nächster am Wort ist Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kollege Eichhübl hat ja schon auf den finanziellen Aspekt und auf die finanziellen Auswirkungen bei den Erhöhungen hingewiesen, daß es letzten Endes dann doch gelungen ist, das Ausmaß zu reduzieren. Bei Punkt h) möchte ich eine Anmerkung machen. Es ist uns nach jahrelangen Bemühungen erfreulicherweise gelungen, seitens unserer Fraktion, den illegalen Zustand rund um den Schulen in Steyr zu beenden, nämlich die Aufstellung von Automaten. Das war ja nicht so einfach. Letzten Endes sind sie dann beim Wirtschaftshof gelandet, weil sich die Firmen nicht bereit erklärt haben, diesen illegalen Zustand zu beenden. Es hat jahrelang gedauert, daß wir hier wieder ordentliche Verhältnisse erreicht haben. Weil die Kollegin Frech gemeint hat, es wird ja von der Bevölkerung dieser Tarif als Luftsteuer bezeichnet, wofür der eigentlich gut ist. Ich muß sagen, das ist vielleicht der einzige Punkt wo ich die Höhe gerecht finde. Ich finde diese Automaten nämlich letztlich auch eine Verschandelung der Stadt. Wir haben eh schon genug andere Probleme mit den häßlichen Plakatwänden, die seitens unserer Fraktion seit Jahren immer wieder zu Recht kritisiert werden. Aber zumindest in dem einem Punkt, was diese ungünstigen Zuckerl- und Kaugummiautomaten rund um den Schulen betrifft, haben wir einen Erfolg erreichen können, daß die nach jahrelangen Bemühungen endlich entfernt wurden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Nächster ist Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Eine Erklärung zu den Gebühren für das Bewohnerparken. Wir haben im Verkehrsausschuß einvernehmlich empfohlen, daß wir gemeinsam eine Änderung machen, im Frühjahr, konkret am 1. Mai, wenn die Gebühren neu eingeführt werden, in einigen Stadtteilen, wie z. B. insbesondere im Wehrgraben, daß hier die Bewohner nicht mit einer maximalen Gebühr erschreckt werden, sondern mit einer Mindestgebühr. Wir haben die Absicht erklärt, daß hier lediglich die Verwaltungskosten verrechnet werden sollen. Wir wollen die Bewohner ja nicht aus den Zentren hinaustreiben. Ganz im Gegenteil. Wir wollen Raum für lebenswerte Innenstadträume schaffen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Schlußwort Herr Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf auf zwei Dinge hinweisen. Zum einen, das ist ein reiner Tippfehler und ist bereits korrigiert worden. Wir haben ja auch den Antrag zu behandeln und nicht nur den Amtsbericht und im Antrag ist die Zahl schon richtig geschrieben. Zum anderen darf ich vermerken, in der Frage des gemeinsamen Beschlusses bzw. des gemeinsamen Vorgehens auch im Verkehrsausschuß, Frau Mag. Frech, sie sitzen ja dort auch drinnen, da müßten sie ja eigentlich wissen, was dort geredet bzw. beredet wurde. Ich darf nur darauf verweisen, daß es in diesem Zusammenhang dort eine Einhelligkeit gegeben hat und ich bin persönlich froh darüber, daß es hier, was gerade die Bewohner in den Stadtteilen betrifft, vor allem den Wehrgraben, ein anderer Ausgangswert möglich wird. In diesem Zusammenhang bin ich froh, daß eine völlige Übereinstimmung aller Fraktionen stattgefunden hat. Zum anderen darf ich sagen, daß natürlich die Luftsteuer, und es wurde heute auch schon gesagt, ein bißchen dazu beiträgt, eine Ordnung einzuhalten. Ich sage das auch einmal. Wir haben uns auch schon öfters geärgert, die eine oder andere Fraktion, wenn man durchgeht, und auch die Fremden machen uns aufmerksam, und sieht, wieviele Schilder da sind. Es wäre so schön, wenn nicht so viele Schilder und Tafeln da oben hängen würden. Manchmal sind an den schönsten Fassaden die häßlichsten Tafeln angebracht. In diesem Zusammenhang ist es auch gut, daß eine gewisse Einschränkung passiert ist. Der Preis dafür, nämlich die Tarife zu sehen, ist nicht zu hoch. Es gibt andere Städte, in diesem Zusammenhang habe ich mich einmal erkundigt, die in etwa gleich groß sind, die haben auch ähnliche Tarife wie wir. In diesem Zusammenhang darf ich bitten das so zu sehen und ich bitte auch um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Eine Gegenstimme (LIF). Gut. Ich danke dem Kollegen Tatzreiter. Nächster Berichterstatter ist Kollege StR Bremm.

BE: STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch in meinem Antrag geht es um Gebührenerhöhung. Und zwar um eine neue Abfallgebührenordnung. Grundsätzlich löst es natürlich keine Begeisterung aus, Gebühren zu erhöhen. Auch beim Referenten ist es so. Wenn wir aber verschiedene Dienstleistungen, die wir als Stadt haben, für die wir verpflichtet sind auch kostendeckend arbeiten zu können, wird es unumkömmlich sein, daß Tarife angepaßt oder erhöht werden. So ist es auch bei den Abfallgebühren. Die Gemeinden haben die Abfallgebühr jeweils so festzusetzen, daß der mutmaßliche Jahresbetrag dieser Gebühr das doppelte Jahreserfordernis der Kosten, für die Erhaltung und den Betrieb der für die Sammlung sowie für die Kompostierung erforderlichen Einrichtungen der Gemeinde und die an den Bezirksabfallverband abzuführenden Beiträge, nicht übersteigt. Davon sind wir weit entfernt, daß wir an der obersten Grenze sind, sondern wir wollen nur hinkommen, daß wir kostendeckend sind. Aus diesem Grund lautet der Antrag, die Erhöhung in drei Etappen vorzunehmen und zwar, per 1.1.1999 mit 13 %, per 1.1.2000 mit 11,5 % und per 1.1.2001 mit 10,9 %. Der Antrag lautet:

4) GemAbf-1/98 Erlassung einer neuen Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Steuerangelegenheiten vom 24. November 1998 wird die in der Anlage beigeschlossene Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt. Gleichzeitig wird die Abfallgebührenordnung des Gemeinderates vom 21.12.1994, Gem. ABF - 146/94, aufgehoben.

Diese Verordnung tritt mit 1.1.1999 in Kraft. Die Kundmachung dieser Verordnung hat gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes der Stadt Steyr, LGBL. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Hier ist ein exemplarisches Beispiel dafür, wie es nicht gehen soll. Wir haben im letzten Antrag über die Luftsteuer gesprochen, auch hier gab es einen Antrag der zuerst ganz andere Zahlen in sich hatte und der wesentlich über das Maß einer Indexerhöhung hinausgeht. Der wurde geändert, deshalb haben wir auch unsere Zustimmung gegeben. Nun haben wir hier einen Antrag über die Müllgebühren, die bei weitem über die Indexanpassung hinausgehen und der dadurch unsere Zustimmung nicht findet. Auch die Argumentation ist falsch. Man kann und darf nicht bei den Kosten einfach die Bürger belasten, ohne daß man zuerst im eigenen Bereich schaut, woher kommen die Kosten und kann ich sie gerecht oder gerechter verteilen. Wir haben z. B. massive jährliche Anhebungen bereits ab dem Jahre 1994 gehabt und jetzt sind wir bei den gebräuchlichsten Müllgefäßen. Also in den Bereichen, 50, 110 und 240 Liter haben wir dieses Jahr eine weitere Steigerung um satte durchschnittliche 18 % und im Jahr 2000 wiederum um 14 bis 16 %. D.h., eine durchschnittliche Anhebung in zwei Jahren von 36 %. Hier muß man sich ja was dabei denken. Der Bürger wird sich dabei auch etwas denken. Deshalb, weil er sich auch vor drei Jahren gedacht hat, ich kann mir die Müllgebühr etwas billiger machen. Ich trenne den Müll, das haben wir ihm ja auch angeboten. Wir haben ihm auch Biotonnen angeboten und flächendeckend haben wir auch Mülltrennung angeboten. Das hat ja bisher auch sehr gut funktioniert. Nur jetzt, mit dem Argument, daß die Restmüllmenge zuwenig wird und daher die Kosten aliquot steigen, deshalb muß er jetzt um ein Drittel mehr bezahlen, dafür wird der Bürger, und auch wir, sicherlich kein Verständnis haben und deshalb werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Es gibt exakt drei Gründe, diesem Antrag die Zustimmung nicht zu erteilen. Der erste Grund ist ein ganz simpler Grund. Das ist der, daß ich es nicht für seriös finde, wenn man eine Erhöhung beschließt die nicht nur den 1.1.1999 betrifft, sondern mit einem Schlag gleich Erhöhungen für den 1.1.2000 und für den 1.1.2001 beschließt, weil ich der Auffassung bin, daß man Gebühren- und Tarifierhöhungen jährlich vornehmen sollte. Immer wieder anhand von neuen Kalkulationen, weil wir jetzt ja gar nicht sagen können, wie sich unsere Einnahmen- und Ausgabensituation entwickeln wird. Wir können es gerade für das nächste Jahr prognostizieren, aber doch nicht für weitere zwei Jahre. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, daß sich eigentlich die Katze in den sprichwörtlichen Schwanz beißt. Das haben wir auch bei den Diskussionen in den Ausschüssen festgestellt. Die Sache ist die. Vor ein paar Jahren haben die Bürger angefangen ordentlich den Müll zu trennen. Darüber sind wir sehr froh. Aus umweltpolitischen Gründen ist das alles auch sehr wünschenswert. Von der Einnahmenseite bedeutet

das für uns, daß wir weniger Einnahmen haben und jetzt müssen wir mit den Gebühren hinauffahren. D. h. eigentlich, daß der Bürger dafür bestraft wird, daß er jetzt ordentlich seinen Müll trennt, daß weniger Müll produziert wird. Was wird er jetzt tun? Er wird schauen, daß er ausweichen kann, weil eben diese Erhöhung nicht 5 %, damit könnte man ja leben, sondern 10 % bzw. 13 % beträgt. Ursprünglich waren wir bei 36 % in ein paar Jahren. Er wird versuchen, das ganze zu übergehen, indem er beispielsweise von einer wöchentlichen Entleerung auf eine 2-wöchige Entleerung umsteigt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING.

Das ist eh positiv.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, das ist sehr positiv. Nur, was wird das für uns wieder bedeuten? Daß wir wieder weniger Einnahmen haben. D.h. wir müssen dem Bürger sagen, wenn er jetzt noch mehr trennt, dann werden wir in ein paar Jahren wieder die Gebühren erhöhen müssen. Das kann es ja wohl nicht sein. Das verstehe ich nicht.

Der nächste Punkt ist, das ist ein sehr wichtiger Punkt, den hat Herr Dr. Pfeil schon angesprochen, das ist die Durchforstung der Ausgabenseite. Ich habe den Eindruck, daß wir bei Gebührenerhöhungen immer nur von der Einnahmenseite ausgehen. Man muß zugute halten, daß für diese Müllgebühren eine Kalkulation vorliegt. Was aber nicht vorliegt, das ist wirklich einmal die Frage, ob es tatsächlich eine so sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Behandlung dieser Thematik gibt und ob wir uns auch wirklich einmal mit anderen Städten vergleichen. Immer wenn in Steyr die Frage auftaucht, wie machen das denn die anderen Städte, dann heißt es immer, das ist nicht vergleichbar. Wels macht es anderes, Linz macht es anders. Ich würde aber wirklich einmal ersuchen Gemeindevergleiche heranzuziehen und nicht nur nach Linz und Wels zu schauen, sondern in ganz Österreich, wie handhaben das andere Gemeinden und uns von dort dann Anregungen holen. Mir kann niemand einreden, daß wir nicht wirklich auf der Ausgabenseite so genau geschaut haben, wo man noch Einsparungen vornehmen kann. Bevor nicht diese Sache beleuchtet worden ist, sehe ich nicht ein, daß man den Bürger über Gebühr belasten muß, mit weiteren, absolut überhöhten, Gebühren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist, glaube ich, kein Geheimnis, daß auch wir mit dieser Erhöhung Probleme haben. 36 % ist ja keine Kleinigkeit und vor allem trifft es wirklich jeden Haushalt. Wir sind uns allerdings alle einig, daß man versuchen sollte, in diesem Bereich entstehende Verluste auch tatsächlich abzudecken. Der Zugang ist natürlich ein unterschiedlicher. Wir würden uns wünschen, daß es vielmehr verursacherbezogen gemacht wird. Daß also Erhöhungen oder auch überhaupt Verrechnungen stattfinden, für jene Personen, die auch Müll produzieren. Wir haben immer noch Bereiche, die gratis entsorgt und die nicht von allen Bewohnern von Steyr genutzt werden. Ob das jetzt der Grünschnitt ist - jemand der hier am Stadtplatz wohnt, hat wirklich nichts mit einem Grünschnitt zu tun - oder auch mit einer Sperrmüllsammlung, glauben wir, daß wir andere Methoden anwenden könnten. Wir können uns z. B. vorstellen, daß man Sperrmüllentsorgung nur 1 x im Jahr gratis macht und dann mit Pauschalgebühren eine Einhebung vornimmt. D. h., wir sind der Meinung, alles gratis zu machen oder Teile gratis zu machen, ist vielleicht nicht der richtige Zugang zu diesem Problem. Wir werden dem Antrag deshalb zustimmen, weil wir uns geeinigt haben, daß wir im nächsten Jahr im Umweltausschuß über Möglichkeiten beraten, wie wir a) Einsparungsmaßnahmen treffen und b) auch darüber diskutieren, ob es nicht andere Arten der Berechnung für diese Müllentsorgung geben wird. Mit der Höhe sind wir nicht glücklich. Wir hoffen, wenn wir Lösungen finden, daß wir uns vielleicht die zweite oder vielleicht auf jeden Fall die dritte Rate ersparen. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächster am Wort ist GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat, werte Gäste. Dieses Thema ist schon sehr alt. Ich kann mich an 1992 zurückerinnern. Erlauben sie mir kurz einen Blick in die Vergangenheit. Damals haben wir schon die Gebühren für die Müllabfuhr verdoppelt. Das war noch unter Vzbgm. Sablik. Damals war es eine große Umstellung, es war die Einführung von fünf Mülltonnen. Es hat nur zwei, die 120 l und die ganz großen, gegeben. Es war die Einführung der Mülltrennung von Papier, Plastik, Kunststoff, Glas. Damals wurde schon von den verschiedensten Fraktionen gesagt, daß wir mehr auf die Müllvermeidung schauen sollen. Diese Debatten gibt es schon jahrelang. Die GR Scheucher hat sich hier ganz stark zu Wort gemeldet. Der damalige StR Zagler hat gemeint, daß es ganz wichtig ist, einen Umweltberater einzusetzen. Den haben wir mittlerweile auch schon. Was die Kollegin Frech vorher gemeint hat ist, daß wir damals schon die Angst gehabt haben, daß die Leute den Müll in die Lauberleiten hinunterwerfen. Aber das ist Gott sei Dank nicht eingetreten. Wir wissen es, es ist eine gute Mülltrennungsdisziplin bei der Bevölkerung vorhanden. Wir haben dann 1994 wieder angehoben. 1994 ist die Sache dann schon ein bißchen härter debattiert worden. 1992 waren wir einstimmig dafür und 1994 waren wir dagegen. Es ist 1992 anfangs noch gesagt worden, daß die Müllgebührenanhebung als Steuerungselement eingesetzt wird. 1994 war es schon nicht mehr so eine fiskalische Nebenwirkung, sondern da war es wirklich nur mehr eine Erhöhung. Da hat sich wieder die GR Scheucher zu Wort gemeldet und gesagt, die Steyrer Bürger müssen sich jetzt wirklich langsam gepflanzt vorkommen. Sie hat es noch gut im Ohr, wie sie 1992 gehört hat, daß sie den Müll ordentlich trennen und nun soll eigentlich einmal mit den Erhöhungen für einige Zeit Ruhe sein. StR Zagler hat gemeint, schwierig ist es für uns alle der Bevölkerung begreiflich zu machen, wenn sie den Müll trennt und weniger Müll anfällt, daß es trotzdem immer teurer wird. Das ist diese Quadratur des Kreises, bei der wir als Gemeinderatsmitglieder stehen, wo uns die öffentliche Meinung mehr oder weniger überrollt und sagt, seid ihr wahnsinnig, in meinem Kübel ist schon fast nichts mehr drinnen und die Kosten explodieren. Wir müssen dem Konsumenten, der Müllgebühren im höheren Betrag bezahlen muß, begreiflich machen, daß er eigentlich Doppelzahler ist. Doppelzahler deswegen, weil er für das, was er in den Kübel wirft, über den Entlastungsbeitrag schon zur Kassa gebeten wird, von der ARGEV, von den Entsorgern. Also, hier auch ganz stark der Wille, vom Gemeinderat aus, an die Bundesregierung, endlich einmal die Verursacher anzusprechen und nicht immer nur die kleinen Zahler, die Bürger.

Jetzt stehen wir wieder vor einer Erhöhung. Ich möchte nur kurz die Zahlen erwähnen. 1992 hat es S 1.840,-- gekostet. Dann haben wir auf S 3.600,-- erhöht und im Jänner 2001 sind wir dann auf S 4.000,--. Ich habe nur die 120 l verglichen. Es ist gar nicht so einfach einen gerechten Vergleich anzustellen. Das ist also eine Erhöhung, innerhalb von 10 Jahren, um das Doppelte. Ich habe vor 2, 3 Jahren einmal im Umweltausschuß zur Sprache gebracht, daß es schon ein System der Müllmessung gibt, daß man das Müllvolumen mißt. Es wird hinten am Müllfahrzeug ein Gerät angebracht. Mit Sensoren wird der Müll im Kübel gemessen. Das wird EDV-mäßig erfaßt und dann muß der Konsument nur mehr das bezahlen, was er auch drinnen hat. Das wäre einmal eine Art der Müllgerechtigkeit. Die wird schon in Tirol, Deutschland und auch in Italien angewandt. Dieses System gibt es schon. Der Betreiber dieses Systems hat mir auch gesagt, daß es nicht nur zur Messung des Mülls dient, sondern man kann auch schon genau die Anzahl der Behälter erfassen, feststellen. Denn seiner Erfahrung nach ist es so, daß 3 bis 10 % mehr Behälter herumstehen. Also Behälter, die gar nicht angemeldet sind. Man kann also einmal feststellen, wieviele Behälter es überhaupt gibt. Das ist gar nicht so einfach mit dem System, welches wir haben. Als ganz wichtigen Punkt hat er eine Tourenoptimierung durchgeführt. Das ist das, was vielleicht auch die Kollegin Frech gemeint hat. Wenn wir jetzt die Fahrten optimieren, da ist sehr viel drinnen. Da hat man in Linz z. B. von 20 Fahrzeugen drei eingespart und hat jetzt nur mehr 17 Müllautos, die unterwegs sind. Also ich glaube auch, wenn man jetzt nur an die ältere Bevölkerung denkt, die möchten sparen und es sollte auch belohnt werden, wenn die Leute sparen, wenn sie den Müll ordentlich trennen, dann sollten sie nicht durch eine Gebührenerhöhung für die schöne Mülltrennung auch noch bestraft werden. Danke sehr.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ein Faktum ist, daß wir derzeit in der Müllentsorgung 14 Mio. Abgang haben und, daß es daher notwendig geworden ist, sich zu überlegen, wie man diese Dinge in den Griff bekommt. Ich weiß schon, daß es keinem wohl tut, wenn man die Gebühren erhöht. Ich glaube, jeder würde gerne durch die Gegend gehen und sagen, das haben wir alles nicht notwendig, wir werden das auch anders regeln. Nur leider ist das im Gemeinderat auch keine Märchenstunde. Daher müssen wir auch der Realität ins Auge blicken. Auf der einen Seite gibt es durchaus einige Gemeinderätinnen und -räte im Saal, die permanent von der Kostenwahrheit sprechen. Nur dann, wenn wir die Kostenwahrheit anlegen, dann ist sie nicht gewünscht. Dann belastet sie plötzlich die Bevölkerung, jeden einzelnen Bewohner dieser Stadt und das dürfen wir nicht. Wir müssen schauen, daß wir irgendwie mit der Sterntalermentalität durch die Gegend gehen und schauen, daß wir das Geld herbringen. So kann es ja letztendlich auch nicht sein. Es kann auch nicht der Sinn und Zweck der Sache sein, daß man die Müllentsorgung von der Stadt aus subventioniert. Daher ist es notwendig diese Dinge umzulegen und das, was wir uns in unserer Fraktion letztendlich überlegt haben ist, daß eine Etappenlösung sinnvoll ist, weil sonst würden nämlich die Gebühren so hinaufschnellen, daß es keiner mehr aushalten und verstehen würde. Daher glaube ich, Frau Kollegin Frech, daß es schon sinnvoll ist, daß man heute ein Etappenlösung findet, nämlich dahingehend, daß wir sagen, wir nähern uns schön langsam an jene Kostenwahrheit an, die unter anderem auch von ihnen sehr oft verlangt wird und nicht eine Erhöhung durchführen, weil wir jetzt genau wissen, daß wir 14 Millionen Schilling Abgang haben und, daß wir die nächstes Jahr nicht mehr haben wollen. Wenn wir keine Etappenlösung durchführen, dann werden wir schnell darauf kommen, wie die Erhöhungen realistischerweise aussehen, wenn man es nicht auf Etappen durchführt. Ich möchte auch noch etwas dazu sagen, was diese kostenlose Entsorgung betrifft, Sperrmüll etc. Auf der einen Seite sind wir sehr froh, wenn wir nicht überall die Sperrmüllhaufen liegen haben, weil wenn wir es nicht kostenlos durchführen würden, dann schmeißt es trotzdem jeder vor die Türe, weil irgendwer wird es schon wegbringen, wenn es dem einen oder anderen zu dumm wird. Wenn wir das nämlich nach dem Verursacherprinzip betrachten würden, dann würden wir das erleben was der Kollege Fürweger zuerst gesagt hat, daß es eh die Ängste gegeben hat, daß die Lauberleite plötzlich eine Miststätte wird. Nachher wird es womöglich wieder so sein. Zum Großteil haben wir nämlich mit diesen Unternehmungen verhindern können, daß man sagt, es wird einfach einen Wildwuchs von Mülldeponien in Steyr geben. Sei das im Wohngebiet oder am Stadtrand. Letztendlich muß ich dazu sagen, ich glaube schon, daß es den Bürgerinnen und Bürgern etwas Wert ist, auf der einen Seite diese Dienste in Anspruch nehmen zu können und auf der anderen Seite damit eines zu haben, nämlich eine der saubersten Städte Österreichs. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wir haben einen relativ hohen Standard hier in Steyr, was die Entsorgung betrifft. Wir können auch durchaus Stolz darauf sein, daß wir das über die Jahre geschafft haben. Es funktioniert sehr gut. Wir haben aber auf der anderen Seite auch 14 Millionen Abgang, die wir irgendwie bedecken sollen. Bezüglich der überhöhten Gebühren, welche die Frau Kollegin Frech gemeint hat, die da sozusagen entstehen, das tut uns auch besonders weh, daß wir für den Biomüll jetzt bezahlen müssen und zwar S 500,--. Das sind durchaus Maßnahmen, denke ich mir, die auch vor Jahren lenkend gesetzt worden sind. Aber trotzdem. Die Realität ist eben eine andere. Jedes Mal, wenn der Magistrat Maßnahmen setzt, macht der kluge Bürger Ausweichbewegungen. Das ist auch ganz verständlich. Das soll er auch tun. Nur, die Verantwortung liegt letztendlich bei der Stadt, um diesen Standard, den wir jetzt haben und den jeder von uns, glaube ich, als sehr gut oder gut bezeichnen kann, auch aufrecht zu erhalten. Was

nützt es uns denn, wenn wir diese 14 Millionen durch Einsparungsmaßnahmen hereinsetzen? Im Gegenzug wird natürlich die Qualität fallen, der Bürger wird sich aufregen, weil dann wir er sehen, daß der Dreck und Müll, der jetzt in Kübeln verschwindet und getrennt in irgendwelchen Deponien landet, plötzlich irgendwo liegen bleibt.

Zur Anregung der Kollegin Frech, warum man denn die Gebühren nicht sofort hinaufsetzt und schaut, wie es aussieht, möchte ich sagen, daß wir dann halt eine 36%ige Steigerung hätten. Da gefällt mir aber die Idee weitaus mehr, jetzt einmal 13 % hinaufzufahren und dann nächstes Jahr zu schauen, welche Einsparungsmaßnahmen es gibt. Das ist doch viel besser, als wenn wir gleich um 36 % hinauffahren und schauen, wie wir dann aussehen. Also, das denke ich mir, kann nicht so sein. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß Überlegungen, die Sperrmüllsammlung nur einmal im Jahr kostenlos zu machen, zwar recht nett klingen, aber ich kann mir nicht vorstellen wie das funktionieren soll. Dann noch dazu das zu vergebühren. Das ist doch der Sinn des Gemeinwesens letztendlich eine Qualität, die Kosten einer Qualitätsmaßnahme über alle zu verteilen. Wie soll das gehen? Oder beim Grünschnitt? Stempeln wir dann jeden Grashalm, damit wir wissen von welchem Nachbarn dieser Grünschnitt stammt? Wie soll das funktionieren? Wenn man das hingegen auf alle verteilt, wie man es bei sämtlichen anderen Maßnahmen im Gemeinwesen einer Stadt macht, denke ich mir, ist das auch die gerechter Methode, außer sie kommen darauf, daß es irgendwo klug wäre oder eine Maßnahme klug wäre, jetzt eine spezielle Vergebührung für den Erzeuger von Müll durchzusetzen. Wenn sie mit der Überlegung kommen, meinetwegen, das ist okay, aber bislang ist noch nichts in dieser Richtung eingelangt. Mir macht es ehrlich gesagt auch keine Freude wenn wir eine Erhöhung in diese Richtung machen müssen, aber ich sage mir, wenn wir diesen Standard, den wir haben, aufrecht erhalten wollen, und wenn es noch keine besseren Vorschläge dazu gibt, sollten wir jetzt einmal etappenweise erhöhen. Nächstes Jahr soll in den diversen Ausschüssen diskutiert werden. Kommen wir darauf, daß wir dort und da Einsparungsmaßnahmen setzen können, werden wir es sicher tun. Wenn nicht, dann müssen wir dabei bleiben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Lieber Kurt, du glaubst doch nicht wirklich, daß ich dafür wäre, wenn man jetzt sagt, mit 1.1.1999 + 36 % dann wäre mir das lieber als diese etappenweise Erhöhung. Dann hast du mich nicht richtig verstanden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Was machst du dann mit den 14 Millionen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Richtig, was mache ich dann mit den 14 Millionen? Da glaube ich, gibt es ein kleines Mißverständnis. Immer dann, wenn in diesen Reihen, in diesem Haus die Rede von Kostenwahrheit ist, dann heißt es immer, wir haben einen Abgang, 14 Millionen Schilling. Kostenwahrheit heißt, diese 14 Millionen müssen wir auf den Bürger umlegen. Der Zwischenschritt wird nicht gemacht, nämlich einmal zu schauen, wie können wir diesen Abgang von 14 Millionen verringern. Was können wir denn tun, daß es nicht überhaupt einen Abgang von 14 Millionen gibt. Dann ist natürlich die Kostenwahrheit wunderbar gefragt. Die zaubern wir dann immer aus dem Ärmel, wenn wir sie brauchen und dann legen wir sie eben auf den Bürger um. Eines finde ich schon bedenklich, der Kollege Mayrhofer hat es zuerst schon angesprochen, eher unter einem positiven Punkt, wir werden im Umweltausschuß nächstes Jahr darüber reden. Ja, wir setzten immer zuerst den zweiten Schritt und dann erst den ersten Schritt. Faktum ist, bei dieser Erhöhung der Müllgebühren wurde im Umweltausschuß überhaupt nicht darüber diskutiert. Es wurde überhaupt nicht gesprochen, welche Maßnahmen gesetzt werden könnte und was wir tun könnten und was sinnvoll wäre. Da haben wir uns dann im Finanz- und Rechtsausschuß unterhalten. Jetzt sagen wir, wir werden uns nächstes Jahr im Ausschuß darüber unterhalten, ob wir die Gebühren wirklich noch mit 2000 und 2001 erhöhen

müssen. Bitte, wir beschließen es ja schon. Mit heutigem Tag beschließen wir eine weitere Erhöhung mit 2000 und 2001 und nachher diskutieren wir darüber. Also, ich möchte vorher diskutieren und vorher sämtliche Optimierungsmöglichkeiten ausschöpfen und sämtliche Möglichkeiten zu schauen, wie ich auf der Ausgabenseite sparen kann und dann kann ich mir den Kopf zerbrechen ob ich um 10 %, 15 %, 20 % erhöhe. Aber ich kann doch nicht vorher erhöhen und mir erst dann den Kopf darüber zerbrechen wie ich optimiere. Also, das verstehe ich nicht ganz. Ich darf ihnen zitieren, das ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern ich zitiere ihnen aus dem Leitfaden für öffentliche Verwaltungen und Betriebe zum Thema „Kalkulation von Gebühren und Entgelten“. Da steht dann wunderbar drinnen: „Auf Basis der bestehenden Rechtssprechung haben die Gemeinden ihre Einrichtungen, die sie für die Zwecke der öffentlichen Verwaltung betreiben und andere Leistungen mehr, den Benützern zu angemessenen Gebühren oder Entgelten zur Verfügung zu stellen. Dies setzt allerdings voraus, daß bei der Festlegung der Gebühren und Entgelte von jenen Kosten ausgegangen wird, die der Gemeinde bei einer sparsamen, wirtschaftlichen und zweckmäßigen Führung der Einrichtung tatsächlich erwachsen würden.“ Nicht die, die ihr tatsächlich erwachsen sondern die, die ihr tatsächlich erwachsen würden, wenn sie sparsam, zweckmäßig usw. arbeitet. Nur unter Zugrundelegung dieser Kosten kann von angemessenen Gebühren gesprochen werden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Du unterstellst, daß das Geld verschleudert wird.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich unterstelle nicht, daß das Geld verschleudert wird, das unterstelle ich nicht. Ich glaube aber schon, daß es an der Zeit ist ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Danke Herr Bürgermeister. Ich glaube schon, daß man hier einmal die Frage stellen soll, und das halte ich auch für eine seriöse Politik, die Frage nach Optimierungen. Nach Optimierung des Personaleinsatzes, nach Optimierung der Fahrten, nach Optimierung sämtlicher Posten der Ausgabenseite. Das halte ich nur für seriös. Das ist nicht populistisch. Es ist vielleicht da herinnen populär, aber populistisch ist es nicht. Das sollte man vielleicht einmal tun. Diese Frage wird mir, bei all diesen Gebührenerhöhungen, viel zuwenig gestellt. Noch ein Punkt, und ich glaube schon, daß uns das wichtig sein sollte. Wir sollen den Bürger nicht dafür bestrafen, daß er den Müll trennt. Dann müssen wir halt Wege finden, die das ausschalten. Aber wir können nicht sagen, das ist uns egal, lieber Bürger trenn den Müll, das haben wir zwar umweltpolitisch sehr gerne, aber auf der anderen Seite bestrafen wir dich dafür. Das ist kein Steuerungseffekt. Das halte ich nicht für gut. Eines möchte ich schon sagen, wofür ich mich nicht aussprechen möchte, daß ist diese Angelegenheit, Sperrmüll nur mehr einmal im Jahr zu entsorgen, da glaube ich, da hätten wir wirklich ein Problem, indem einfach die Bürger wieder mehr oder weniger wild ihre Deponien errichten. Also, dafür möchte ich mich nicht aussprechen. Über das Verursacherprinzip generell kann man sicherlich reden, aber beim Sperrmüll, glaube ich, hätten wir einen gegenteiligen Effekt. Aber ich kann es nur nochmals betonen. Zuerst sollten wir auf der Ausgabenseite schauen und dann Erhöhungen beschließen und nicht umgekehrt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster am Wort ist Kollege Dr. Wetzl.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer, werte Presse. Es geht heute um genau inhaltlich das Gleiche wie vor zwei Wochen. Vor zwei Wochen erst haben wir eine massive Gebührenerhöhung beschlossen. Es wurden die Kanalbenutzungsgebühren, für den Zeitraum 1994 bis 2004, also innerhalb von 10 Jahren, um sage und schreibe 101 % erhöht. Heute geht es um die

Müllgebühren. Die sollen im Zeitraum 1999 bis 2001, also innerhalb von drei Jahren, um 36 % erhöht werden. Wieder eine beachtliche Zahl. Wir sagen nicht grundsätzlich „nein“ zu Gebührenerhöhungen. Das haben wir erst beim vorigen Antrag bewiesen. Wir haben dafür gestimmt. Aber bitte nur dann, wenn die Gebührenerhöhungen im Rahmen einer Indexanpassung erfolgen und im vertretbaren Ausmaß. Bei derartig massiven Gebührenerhöhungen werden sie aber stets unsere entschiedene Ablehnung zu erwarten haben. Herr Kollege Hauser, sie haben mit dem Kostenwahrheitsprinzip Recht, aber sie vergessen eines. Der Bürger ist derzeit so massiven Belastungen in Österreich ausgesetzt, wie überhaupt noch nie in der zweiten Republik. Man darf ja das bitte nicht isoliert betrachten. Für den Bürger ist es grundsätzlich vollkommen egal, ob er an den Bund, das Land oder die Kommune zahlt. Die Gesamtbelastung entscheidet und die ist derzeit derart hoch, wie es in der zweiten Republik noch nie vorgekommen ist. 45,7 %, das habe ich letztes Mal schon gesagt, beträgt derzeit die Staatsquote. Von S 1.000,-- muß der Österreicher durchschnittlich S 457,-- an die Frau Sozialministerin und den Herrn Finanzminister abgeben. Das hat es noch nie gegeben. Da sage ich, angesichts dieser nackten Zahlen, dieser Fakten, sind wir gegen jede Gebührenerhöhung die über Indexanpassungen und über das vertretbare Ausmaß hinausgehen. Die Belastungsgrenze in Österreich ist derzeit nicht nur erreicht, sie ist schon überschritten. An einer Gebühren- und Steuerspirale muß man drehen, aber nach unten bitte und nicht nach oben. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nächster ist Kollege Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich stelle fest, daß in diesem Haus, in diesem Raum sehr viele Fragen gestellt werden. Es wird die Frage der Einsparungen, wo der Sinn dieser Abgabe liegt, gestellt. Was mir aber bei diesen guten Frage fehlt, sind die Antworten. Da wird immer von großen Einsparungspotenzialen gesprochen. Ich frage mich nur, wo sind die konkreten Vorschläge wo wir im Müllbereich, in diesem Bereich, einsparen sollen. Ich stelle auch fest, daß scheinbar manche den Sinn von Müllgebühren einfach nicht verstehen wollen. Sinn von Müllgebühren muß es für die Kommune auch sein, daß weniger Müll produziert wird. Da kann man sagen, das kann getrennt werden, da kann auch Müll vermieden werden. Hier wäre natürlich der erste Ansprechpartner einmal die Industrie und die Wirtschaft. Das funktioniert nicht. Das funktioniert noch immer nicht. Wir trennen Plastik, Glas etc. Das hat negative Bilanzen, teilweise gibt es überhaupt keine Wiederverwertung. Die ganze Verantwortung bleibt dann wieder bei den Kommunen. Wir haben hier diese Verantwortung wahrzunehmen, weil es die Industrie und Wirtschaft nicht macht. Uns bleibt halt gar nichts anderes übrig, als das mit einer Gebühr, die sozusagen im Autonomiebereich der Gemeinden liegt, zu regeln. Eine Müllgebühr ist, wie alle anderen Gebühren, eine Lenkungsabgabe. Wenn wir nicht wollen, daß die ganze Stadt mit Werbetafeln vollplakatiert ist, dann müssen wir eine Luftsteuer einführen. Wenn wir diese Luftsteuer nicht haben, dann kann jeder überall ein Plakat aufstellen. Bei der Müllgebühr ist es ähnlich. Wenn wir die Müllgebühr nicht haben, und nicht in einer gewissen Höhe haben, dann ist sozusagen auch die Verwertung oder die Trennung von Müll nicht bewertet. Das ist aber der einzige Sinn dieser Müllgebühr. Ob es uns jetzt Spaß macht oder nicht diese zu erhöhen, für die Gemeinde oder die Kommune wird immer ein Problem bestehen. Wenn wir wollen, daß die Bürger weniger Müll produzieren, dann wir das auch mit Einnahmen, Abgängen, mit weniger Einnahmen für die Kommune, verbunden sein. Das muß uns bewußt sein. Das ist ähnlich wie beim Wasser. Auch hier wollen wir, daß Wasser gespart wird und es wird natürlich das städtische Wasserwerk betreffen. Auch hier ist es so. Irgendwann muß sich diese Spirale auf einen gewissen Punkt einpendeln. Aber wir haben hier nach wie vor ein Vermeidungspotenzial. Es ist für jeden Bürger möglich von z. B. einer einwöchigen Abholung auf eine zweiwöchige Abholung umzusteigen. Hier ist ein starkes Potenzial da. Hier sind auch die Gebühren nicht dementsprechend hoch und es ist auch ein gewisser Anreiz das zu machen und weiter Müll zu vermeiden. Ich sehe, ähnlich wie mein Kollege Apfelthaler, das Problem beim Biomüll. Ich glaube nicht, daß es sehr sinnvoll ist, auch auf den Biomüll eine Gebühr aufzulegen, weil ich glaube, daß da sehrwohl ein Trend, weg von der

Bioentsorgung hin zur Rest-stoffentsorgung, entstehen kann. Ich denke mir, daß sollten wir uns einmal ansehen. Wenn das nicht funktioniert, dann müßten wir uns eine Gegensteuerungsmaßnahme machen. Beim Sperrmüll und beim Grasschnitt verstehe ich den Vorstoß der ÖVP überhaupt nicht. Das muß ich ganz klipp und klar sagen. Es stimmt zwar, daß wir hier sehr starke Ausgaben haben, daß wir hier keine Einnahmen haben, aber das Gegenteil ist wirklich, wenn wir das vergebühren, dann landet das Zeug irgendwo und das kann nicht im Sinne der Kommune sein. Ich bin schon sehr gespannt, wie die FPÖ beim Punkt Bestattung reagieren wird.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sie werden doch nicht die Bestattungsgebühren mit den Müllgebühren vergleichen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Genau, weil die Bestattungsgebühren sind nämlich keine Lenkungsabgabe. Hier kann die Stadt wirklich nichts machen, die Leute sterben einfach.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Darum verstehe ich nicht, wenn sie immer von Kostenwahrheit sprechen und wir dann einen Punkt haben wo es nicht um eine 10%ige oder 20%ige Erhöhung geht, wo wir teilweise bei 30 oder 40 % sind, daß sie hier so eine Doppelbödigkeit an den Tag legen und hier dagegen stimmen, weil es ein anderes Ressort betrifft, aber wenn es das FPÖ-Ressort betrifft, dann sind sie natürlich dafür.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster am Wort ist Kollege Gabath.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

GEMEINDERAT WALTER GABATH:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, liebe Gäste. Umwelt. Wir tragen die Verantwortung für unsere Kinder. Sie sollen auch noch eine lebenswerte Umwelt vorfinden. Wir sollen unsere Umwelt gestalten, schonen und schützen. Aber das kostet etwas. Das kostet uns viel. Ganz kurz noch einen Ausritt in Richtung Dr. Wetzl. Es kostet uns sehr viel Abgaben, daß wir, aufgrund unseres Generationenvertrages, unsere Pensionen sichern. Im Jahr 2015 gibt es Hochrechnungen, daß auf einen Erwerbstätigen ein Pensionist kommt. Die Belastungen werden immer höher. Wir sind noch nicht an der Spitze. Das ist meine Überzeugung. Ich bin auch dagegen, weil wer bezahlt schon gerne Steuern, aber es soll ja auch die Zukunft gesichert sein. Nachdem ein Umweltausschuß mangels Themen abgesagt wurde und wir im letzten Umweltausschuß, Herr Referent, du kannst es mir bestätigen, vom Vorsitzenden aufgefordert wurden Ideen zu bringen, damit wir Tagesordnungspunkte zusammenbringen, verspreche ich dir, beim nächsten Umweltausschuß stelle ich den Antrag, daß wir Untersuchungen in diese Richtung machen, wie es unser Fraktionsobmann vorgeschlagen hat, Lösungsansätze zu suchen. Wir können sicher irgendwo sparen, wir können sicher manches rationalisieren, wir können uns ansehen, wie es in der Umgebung, in der Umwelt anderswo gemacht wird und aus diesen Erkenntnissen die beste Lösung für Steyr finden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Großalber. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN ROSWITHA GROSSALBER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Manchmal liebe Frau Kollegin Frech beneide ich sie, daß sie in der Opposition sitzen. Das muß ich

jetzt einmal ganz ehrlich sagen. Ich denke mir, es ist populistisch und schön, wenn man sagen kann, ich bin für den Bürger und der arme Bürger soll bitte nicht noch mehr Belastungen haben. Auch ich wäre dafür, aber unsere Fraktion und auch andere Fraktionen da herinnen übernehmen die Verantwortung. Sie sprechen immer von Kostenwahrheit. Wenn man dann aber damit umgeht oder versucht, diese Kostenwahrheit zu tragen, dann ist es auch nicht richtig. Ich verstehe sie einfach nicht. Das ist einfach zu leicht für sie, immer nur dagegen sein zu können. Bitte bringen sie mir Vorschläge. Der Kollege Kupfer hat es schon gesagt. Sagen sie es ganz konkret, welche Leistungen die Stadt in diesem Bereich zurücknehmen soll. Wir haben, ganz im Gegenteil, die Leistungen in diesem Bereich immer mehr ausgeweitet. Welche Leistungen sollen zurückgenommen werden? Eine ganze Liste möchte ich einmal sehen. Dann kann ich mich damit auseinandersetzen. Man kann Kritik üben, aber man muß auch Vorschläge bringen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, da kann ich ihr nur Recht geben. Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Fürweger zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat. Was im Laufe der Diskussion jetzt für mich interessant geworden ist, ist die Frage, wie sich die 14 Millionen jetzt zusammensetzen. Das hätte mich gerne interessiert. Ich nehme an, daß das jetzt die ganzen Kosten sind. Die Kosten der städtischen Müllabfuhr, und das sind auch die Kosten, welche die Firma Weizinger und Buchner betreffen. Sind jetzt die Kosten der Stadt im steigen oder sind die Kosten bei den privaten Entsorgern, die im Auftrag der Stadt arbeiten, gestiegen? Denn es ist klar, die Katze beißt sich in den Schwanz. Wenn jetzt die Leute weniger Glas in die Glascontainer werfen und sie wieder in ihre Müllcontainer, die vor den Häusern stehen, werfen, dann werden die wieder voller und dann werden für uns die Kosten wieder höher, weil mehr Intervalle notwendig sind um diese auszuleeren und den Bürgern wird es wieder teurer, in der eigenen Tasche. Tun sie aber, wie es jetzt ist, brav trennen, dann können doch die Kosten bei den Bürgern nicht steigen, das ist unlogisch, dann steigen aber die Kosten natürlich bei den privaten Entsorgern. Ich glaube, das sollte man schon einmal herausarbeiten, wie sich diese Kosten zusammensetzen und es sollte schon ein bißchen zu einer Müllgerechtigkeit führen. Wir haben eh schon das Problem bei den privaten Hausbesitzern, welche die Möglichkeit haben eigene kleine Kübel zu haben, 60 l Kübel, und wir haben das Problem mit den Mietwohnungen, wo eben auf 18 Parteien 6 Kübel kommen und der einzelne Mieter in der Hausgemeinschaft es sowieso nicht beeinflussen kann wer brav trennt und wer nicht. Hier ist wirklich eine Solidarität notwendig, die aber beim Privaten nicht notwendig ist, weil der kann wirklich ganz genau, gezielt den Müll sparen. Also, ich glaube, das gehört schon ein bißchen herausgearbeitet, weil da hängen wir etwas in der ganzen Debatte, bei der Müllgerechtigkeit und bei der Zusammensetzung der Kosten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Bürgermeister. Ich erteile es ihm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Wir haben in Steyr ein optimiertes System der Müllentsorgung. Einer unserer besten Leute im Magistrat, der Herr DI Kremsmayr, hat sich seit 17 Jahren bemüht, dieses System zu optimieren. Es ist ausgefuchst. Es hat zu dem Ergebnis geführt, daß wir nach Dornbirn die sauberste Stadt sind. Das glauben unsere Bürger, das bestätigen uns unsere Besucher. Bei uns liegt nirgends Dreck herum und wenn, dann nicht lange. Das haben wir zustande gebracht. Auch mit Hilfe unserer Bürgerschaft, die hier sehr sensibel auf die Anforderungen reagiert hat und in einem unglaublich hohem Ausmaß auch bei der Entsorgung mitgegangen ist. Wir haben es aber mit einer Situation zu tun die sich natürlich laufend ändert. Es gibt riesige Industrien, die sich nur mit der Herstellung von Verpackungen beschäftigen. Die natürlich interessiert sind, ihre Ware, die Verpackung loszubringen. Erinnern wir uns an die Auseinandersetzung z. B. im Bereich der Flüssigkeitsverpackungen. Glas oder Tetra Pak. Was ist

das Richtige? Ich erinnere mich an meine Zeit im Parlament, kiloweise hat es hier Studien gegeben, Gutachten von Universitätsprofessoren, die auf der einen Seite für Tetra Pak argumentiert haben und auf der anderen Seite für Glas. Der Streit ist hin und her gegangen. Das Parlament hat dann auch die Plastikflaschen erlaubt. Das war einmal eine andere Position dazu. Wenn man in ein Geschäft hineingeht, und zwar gleich in welches, das erleben wir täglich alle, bekommt man eine Menge Verpackung mit. Oder wenn man einen technischen Artikel kauft. Ich habe mir gerade vor 14 Tagen ein Radio um S 1.000,-- gekauft. Wunderbar was der um S 1.000,-- schon alles kann. Bis CD, Kassettendeck usw. macht der alles. Aber eine Verpackung hat er auch, die ist erstaunlich. Erstens eine Wellblechschachtel, nicht Wellblech sondern Wellpappe natürlich, das würde uns gerade noch fehlen.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, Wellpappeschachtel, Fixierung mit Styroporeinlagen rundherum, alles dann noch in einem Plastikbeutel eingepackt und dann noch einige Zusatzsackerl, wo noch Zubehörteile separat verpackt sind. Wunderbar, ein gutes Geschäft für die Verpackungsindustrie und ein riesen Geschäft für unsere Steyrerinnen und Steyrer, die entsorgen. Meine Frau sagt mir, sie ist zweimal in der Woche unterwegs, um die Entsorgung vorzunehmen. Wir haben zuhause so einen Schrank vom Weizinger. Papier bekomme ich auch jede Menge, wie wenn ich in einer Papierfabrik beschäftigt wäre. Es macht sich ja keiner Gedanken darüber. Wenn man die Arbeitszeit aufschreiben würde, die die Bürgerinnen und Bürger dafür aufwenden um in dieser hochspezialisierten Form zu entsorgen, käme ein enormer Betrag an Arbeitskosten zustanden. Die sind ja überhaupt nirgends registriert. Das Geschäft machen eigentlich die Verpackungsfirmen, die Designer, welche diese Verpackungen entwerfen. Das Geschäft wird mit der besten Klarsichtverpackung durchgeführt und wir haben das Problem. Dann wird den Bürgern natürlich die Verpackung auch in Rechnung gestellt, das muß er nämlich auch mitzahlen. Das hat Herr Zagler vor Jahren zu Recht gesagt, in einer solchen Debatte. Dann haben wir den Rest zu entsorgen. Wir sollten und wir wollen das ja auch. Da gibt es ja eine Übereinstimmung das kostendeckend zu machen. Wenn wir nämlich aus allgemeinen Steuermittel die Müllentsorgung subventionieren, dann muß uns klar sein, daß die Spielräume im Budget noch enger werden und, daß uns dann das Geld nicht mehr bleibt, solche Einrichtungen und Maßnahmen zu unterstützen und zu fördern, die wir brauchen. Z. B. im Sozialbereich, in den Kindergärten, im Altersheim oder beim öffentlichen Verkehr. Da bleibt uns dann kein Geld mehr übrig. Oder wir müssen Steuern erhöhen. Staatsquote Herr Dr. Wetzl, die sie ja schon zweimal an diesem Pult in letzter Zeit strapaziert haben. Ein interessantes Thema natürlich. Staatsquote, wie hoch kann sie sein, soll sie sein. Sie sagen, sie gehört gesenkt. Aber natürlich kann der Staat die Leistungen aufrecht erhalten. Wie tut er das? Oder sind die Leistungen nicht erwünscht? Ich erlebe das Gegenteil. Ich erlebe das Verlangen nach immer neuen zusätzlichen Leistungen, von euch allen da, ans Budget z. B. Vorstellungen was man noch bräuchte. Man kann das auch nicht als Vorstellungen abtun, daß das nicht gebraucht werden würde. Die Frage ist, wie weit können wir uns dort hineinbegeben. Die Staatsquote in Österreich, die Frage, wer bringt den überhaupt dieses Geld auf, welche Kreise, soziale Schichten, Wirtschaft usw. Da gibt es ein paar gute Sager, die mir in Erinnerung bleiben. Einen vom Prof. Sämann, vor drei Jahren im BMW-Werk zu Herrn Bundeskanzler Vranitzky, vor laufender Kamera und einem Pult Journalisten. Er hat gesagt: „In Österreich sind die Unternehmersteuern um 40 % günstiger als in Deutschland. Herr Bundeskanzler bitte sorgen sie dafür, daß das so bleibt.“ Das Investment der großen europäischen Konzerne in Österreich und auch in Steyr, Gott sei Dank, hängt unter anderem mit dieser günstigen Besteuerung für Unternehmen zusammen. Das sollten wir uns bei dieser Gelegenheit merken. Überhaupt: Wenn Österreich das achtreichste Land der Welt ist und wir diese Quote haben, die sie angesprochen haben, dann sollten wir uns noch eine Frage stellen und überhaupt ihr, von der „blauen Seite“ dieser Riege im Gemeinderat. Wenn diese Quote so hoch, schmerzhaft und drückend ist, warum brauchen wir dann eine zweite Quote? Nämlich eine Quote für Einwanderer, wo ihr ja überhaupt einen Einwanderungsstop verlangt. Wo gibt es auf der Welt einen Platz, der so schlecht ist, daß alle dort hin laufen wollen. Warum haben wir das Problem, daß eigentlich alle zu uns herflüchten möchten? Weil es so schlecht ist, Herr Dr. Wetzl?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Weil die Österreicher so fleißig sind.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Freund Payrleithner. Die Österreicher wollen in der Regel zur Zeit nicht auswandern. Diese Zeiten hat es gegeben. In bestimmten Landstrichen ganz intensiv. Aber zur Zeit möchte in Österreich kaum wer auswandern. Wir haben gesicherte Umfrageergebnisse, daß die Steyrer schon überhaupt nicht auswandern wollen. Nur 1 % wollen von Steyr wegziehen, weil sie sich vielleicht mit ihrer Frau oder sonst wem zerstritten haben.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber normalerweise zieht man aus Steyr nicht weg. Also wir sollten die Dinge im Lot lassen. Wenn wir von Gebührenerhöhungen reden, dann ist das nicht angenehm, aber es ist schon eine Frage der Verantwortung von Gemeindemandataren, auch diese unpopulären Dinge, im Interesse der Gesamtentwicklung, zu tun. Wir wollen eine so saubere Stadt bleiben und wir sind natürlich auch Kostensenkungsmöglichkeiten gerne zugänglich, wenn es funktioniert. Wir müssen auch auseinanderhalten, wenn wir von den Kosten reden, nämlich von den Kosten die uns bei der Müllentsorgung erwachsen, zum einen, wenn wir von der Gebührenerhöhung in Prozenten reden, die sich gewaltig ausnimmt, dann müssen wir aber auch noch von den Kosten für die Bürger reden. Über das wurde meiner Meinung nach noch nicht ausführlich genug gesprochen, weil die Steyrer Bürgerinnen und Bürger sind ein kluges Volk. Wir haben ihnen ja auch die Möglichkeit gegeben, durch die Auswahl der Größe des Gefäßes, zum einen und die Auswahl des Entsorgungsintervalls ihre Müllmengen an diese Auswahlmöglichkeiten anzupassen. Jetzt ergibt sich der Umstand, daß die letzte Erhöhung, nämlich im Jahr 1994, die in Prozenten auch beträchtlich war, in Wirklichkeit aber auf der Einnahmenseite unseres Budgets nicht das erwünschte oder erwartete Ergebnis gebracht hat, weil die Bürger ausgewichen sind. Intelligent. Wir können uns darüber freuen, daß unsere Bürger intelligent sind. Das nützt uns aber nichts, wenn wir hier die Müllabfuhr kostendeckend darstellen müssen. Jetzt haben wir ein System, daß in 17 Jahren so entwickelt ist und wir können und wollen uns gar nicht vergleichen, Frau Kollegin Frech, mit irgendwelchen Entsorgungssituationen in Gemeinden, die in ihrem Level weit unter uns sind. Wir sind Spitze und wir wollen natürlich Spitze bleiben, im Hinblick auf die Umweltqualität und wir wollen keine Verschlechterungen haben. Das ist sehrwohl eine Fahnenfrage. Ich will nicht haben, daß es plötzlich schlechter wird, daß plötzlich wieder Verunreinigungen in dieser Stadt vorhanden sind.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Eh wir auch nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir sind also nur Vorschlägen zugänglich, die plausibel erscheinen lassen, daß man dort Kosten senken kann. Da müssen wir aber bessere Vorschläge entwickeln, als sie bisher am Tisch liegen und wir müssen sie mit dem absoluten Fachmann auf dem Gebiet, mit dem DI Kremsmayr, erörtern. Der versteht das nämlich am besten von uns. Das habe ich in vielen Gesprächen festgestellt. Und so, meine Damen und Herren, glauben wir, daß wir auch in dieser Vorgangsweise einen gangbaren Kompromiß gefunden haben, daß wir nämlich nicht mit einem Schlag die 14 Millionen holen sondern, daß wir das in einem Prozeß, über eine gewisse Zeit, machen wollen. Ich glaube, daß diese Vorgangsweise auch verträglich ist. Ich glaube auch, daß die Bürger in Wirklichkeit eine saubere Stadt wollen. Ich glaube, daß sie es genießen, daß wir die Sperrmüllentsorgung in dieser und in keiner anderen Form machen. Wir sind ja nicht in Afiesl, wo jeder neben seinem Haus einen Platz hat, wo er das halt hinschmeißt und das liegt einige Tage. Wir sind dicht verbaut. Wir haben eine urbane Situation. Wenn wir diese Straßenzugentsorgungen und all diese Dinge einmal im Jahr machen, wie das in manchen Gemeinden geschieht, dann würden die Gehsteige nicht passierbar sein. Da kommen die Interessenten aus dem Umland um sich dort mit gewissen Dingen zu versorgen, die

die Bürger hinausstellen. Ich sehe mir das oft genug an. Dann würden wir nicht mehr sauberste Stadt sein können und daher sind wir nicht dafür, weil wir diesen Weg als nicht gangbar erachten, weil wir unsere Qualität dabei verlieren würden. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß wir beim Abfallsammelzentrum den Leuten eine Gebühr auf das Auge drücken. Wenn er schon in das Kommunalzentrum hinauffährt, wenn ihm unsere Leute beim Ausladen und beim Trennen der unterschiedlichen Fraktionen helfen, die die Menschen dort hinaufbringen und dann sagen wir, das kostet jetzt S 60,-- oder S 70,-- oder ich weiß nicht was, nach welchen objektiven Meßgrößen teilt man denn ein bißchen Gipsplatten, ein bißchen Styropor, ein bißchen Eisenabfälle usw. auseinander. Sollen das unsere Männer mit den gelben Jacken, die ja auch wieder nicht so gut bezahlt sind, auch noch machen oder stellen wir dann jemanden mit einem Amtskapperl und mit einer B-wertigen Einstufung dazu, der die Gebührenfestlegung vornimmt? All das muß man sich dabei wirklich überlegen. Wenn hier Vorschläge, im Umweltausschuß oder sonst wo kommen, die hier plausibel erscheinen, die auch die Argumentation mit den Fachleuten darüber aushalten, dann werden wir das tun und zwar sofort, weil wir ja kein Interesse haben, die Müllabfuhr besonders teuer darzustellen. Wir wollen es konkurrenzfähig und wir wollen es erstklassig machen, wie wir es gegenwärtig tun. Wenn wir dabei einen Abgang von 14 Mio. haben, dann sollten wir uns überlegen, wie wir diesen Abgang, Schritt für Schritt und sozial verträglich, wieder hereinbringen. Darum geht es und ich bitte euch, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, das auch unter diesem Aspekt zu betrachten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Dr. Wetzl bitte sehr.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Werte Kolleginnen und Kollegen. Nur eine kurze Replik zum Herrn Bürgermeister. Wenn sie auch die Staatsquote schon ansprechen. Vor drei Jahren war die Staatsquote noch wesentlich niedriger. Erst in den letzten zwei Jahren explodiert sie. Sie wird immer höher.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Darum kommt ja auch eine Steuerreform.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Gut, das ist eine Sache. Dann sagen sie, die ausländischen Investoren investieren in Österreich. Das ist richtig, sie investieren in Österreich. Zum Glück investieren sie in Österreich. Aber ich glaube, sie haben die Presse letzte Woche nicht gelesen. Da war eine sehr interessante Rangliste eines internationalen, sehr angesehenen Institutes drinnen, eines amerikanischen und europäischen Wirtschaftsinstitutes. Die haben eine Rangliste herausgegeben, welche Länder gut geeignet sind um zu investieren. Österreich scheint dort an der 18. Stelle auf.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Das ist eh super!

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Das ist gut, wirklich gut. Es könnte wesentlich besser sein. Man muß die Latte immer hoch legen. Ich weiß, das wollt ihr nicht so gerne. Aber ich sehe das alles sportlich. Da waren einzelne Positionen angeführt, Herr Bürgermeister. Benotet wurden die einzelnen Positionen, wie in der Schule, von 1 bis 5. Die Produktivität in Österreich, Note 1. Standort, hinsichtlich Infrastruktur und Verkehr, haben wir ebenfalls 1 gehabt. Bei den Regelungen haben wir nur mehr eine 3 bekommen. Wissen sie, was bei den Steuern gestanden ist? Und die haben den Schnitt bei der Gesamtnote so zusammengeschlagen. Da ist 4,5 gestanden. Wir haben die Note 4,5 gehabt. Und das ist das was ich sagen wollte. Die Staatsquote ist zu hoch. Wenn die Staatsquote niedriger wäre, würde in Österreich noch mehr investiert werden. Wesentlich mehr. Dann wären wir wahrscheinlich unter den top ten. Die Schweiz ist beispielsweise an der 5. Stelle. Wir könnten das in Österreich auch schaffen. Nur dazu müssen die Steuern herunter. Die Steuern müssen massiv herunter, weil 45,7 %, der Kollege

hat es gesagt, wahrscheinlich werden sie auch noch steigen. Na um Gottes Willen, hoffentlich werden sie nicht noch weiter steigen, weil dann werden wir in dieser Liste noch weiter runterrutschen. Die Position in Österreich ist gut, aber Österreich verdankt diese Position tüchtigen Arbeitnehmern. Ich wünsche mir auch, daß die Politiker gleich tüchtig werden und an dieser Steuerspirale wirklich entscheidend nach unten drehen, dann wird der Wirtschaftsstandort Österreich noch verbessert werden und das wirkt sich dann überall aus. Auf Land, Kommune, überall. Dann, wenn die Steuer- und die Staatsquote niedriger ist, dann können wir auch über so massive Gebührenerhöhungen reden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Gut. Das war die letzte Wortmeldung. Vorläufig letzte Wortmeldung. Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ein paar Wörter zu den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Das freut mich, wenn ich ihn aufgeweckt habe.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich glaube wir sollten von der reinen Steuerdiskussion wieder zum tatsächlichen Tagesordnungspunkt, nämlich zur Abfallgebührenordnung zurückkommen. Übrigens, es ist schon richtig, daß Österreich das achtreichste Land der Erde ist. Da hast du aber eines vergessen. Es leben eine Million Österreicher an der Armutsgrenze. Das sollte man in diesem Zusammenhang vielleicht auch einmal sagen. Bei 8 Millionen eine beachtliche Zahl. Ich glaube, der Kollege Fürweger hat bei der ganzen Diskussion eines auf den Punkt gebracht. Wir sollten uns in Zukunft, vor allem im Ausschuß, darüber Gedanken machen, wie man in den Wohnblöcken, und es leben ja viele Österreicher in Wohnungen, wo sie nicht individuell die Möglichkeit haben in den Mülleimern, von der Seite der Sparsamkeit her, Einfluß nehmen können. In den privaten Haushalten, in den Häusern, in den Villen usw. da kann es sich jeder richten. Da sparen auch die Leute. Das sieht man auch. Aber auf der Ennsleite, im Münichholz, am Resthof oder wo auch immer, der eine trennt brav und schaut, was in die Mülltonne hineinkommt und wo er vor allem hineinkommt und der andere entsorgt alles so wie früher. Ich glaube, da sollte man den Hebel in Zukunft ansetzen. Der Kollege Fürweger hat ja vorgestellt, daß es hier bereits in anderen Ländern durchaus üblich ist, auch hier Trennungen vorzunehmen und dem einzelnen Bürger die Möglichkeit zu geben hier auch effektiver und besser zu trennen und den Müll entsorgen zu können. Da werden wir in Zukunft noch ein gewaltiges Potenzial haben. Weil du zuerst gesagt hast, wenn du einkaufen gehst, dann ist das ein gewaltiges Verpackungspotenzial was da auf den einzelnen Bürger hereinbricht, wo viele verdienen. Du hast eines vergessen, es gibt noch jemanden, der damit ganz schön verdient. Nämlich die, die mit der Gemeinde einen Vertrag haben, damit wir das ganze Zeug wieder unten entsorgen und vor allem trennen können. Die verdienen nämlich mit der Gemeinde letzten Endes ganz gut. Die machen ein ganz gutes Geschäft, was ja letztendlich auch wieder der Bürger bezahlen muß. Irgendwie hat man so den Eindruck, daß die ganz schön daran interessiert sind, daß man immer dementsprechend Müll produziert, weil sonst würde ja der Vertrag nicht funktionieren. Ich glaube, auch diesen Aspekt sollten wir berücksichtigen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke vielmals. Das ist zutreffend. Ich sehe keine Wortmeldung mehr. Herr Referent bitte das Schlußwort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Man könnte das in Wirklichkeit in einem Satz auf den Punkt bringen. Ich habe zwar Verständnis, daß das eine Aufwärmrunde für die Budgetdebatte war aber sachlich gesehen könnte man es auf den Punkt bringen. Wir haben nicht überhöhte Gebühren. Davon kann man nicht reden. Wenn wir die nämlich hätten, dann bräuchten wir heute nicht über eine Gebührenerhöhung reden. Wir haben überhöhte Kosten die daraus entstehen, weil der Müll, die Verpackung immer mehr wird. Wenn wir diese Qualität, wie wir bisher entsorgen, beibehalten, dann werden wir die Gebühren anpassen müssen, um die Müllentfernung kostendeckend betreiben zu können. Also, wir reden hier nicht von überhöhten Gebühren. Das Problem wäre schlagartig gelöst, wenn die Verpackungsordnung, die vom Bund, vom NR beschlossen wurde, gegriffen hätte. Es ist ja treffend dargestellt worden, vom Herrn Bürgermeister, die Verpackung eines neuen Radios. Wir erleben das ja wirklich Tag für Tag, daß der Müll, die Verpackung immer mehr wird. Zu einigen Dingen möchte ich noch anfügen, es wurde zwar schon erläutert, daß der Antrag andere Zahlen beinhaltet hat, wie heute vorgeschlagen wird. Natürlicherweise war der Amtsvorschlag vom Finanzreferent der Wunsch, den Abgang von 14 Millionen Schilling, so schnell wie möglich hereinzubringen und hat eine 1-Etappen-Regelung vorgeschlagen. Der politische Kompromiß ist in einer 3-Etappen-Regelung herausgekommen. Daß wir einfach die Kosten an die Bürger überwälzen, also diese Darstellung kann man so machen. Man kann das Glas immer halb voll oder halb leer sehen. Wir erbringen hier eine Dienstleistung, die dementsprechendes Geld kostet. Es ist schon interessant, daß in Wirklichkeit ein Einvernehmen zwischen allen Fraktionen darüber besteht, daß wir im Müllentsorgungssystem kostendeckend arbeiten wollen, aber wir sollen keine Gebühren erhöhen und wir sollen so wenig als möglich Gebühren einheben. Also, das ist schon sehr interessant. Zur letzten Erhöhung die angeschnitten wurde, 1994, hat der Herr Bürgermeister erläutert, daß es so ist, daß uns der Kostenträger in diesem Bereich abhanden gekommen ist, daß die Bevölkerung wirklich sehr kostenbewußt denkt und auf andere Behälter ausgewichen ist. Wir haben ein Rechenbeispiel mit einem Familienhaushalt in einem Wohnhaus gemacht, der bestätigt hat, daß er 1998 die selben Müllgebühren bezahlt wie 1994. Also, die Erhöhung die damals zwar optisch und theoretisch sehr hoch war ist in Wirklichkeit oder in relativ geringem Ausmaß wirksam geworden. Zu den Beiträgen der wirtschaftlichen Führung des Unternehmen Wirtschaftshofes muß ich schon anmerken. Es wird wahrscheinlich immer Einsparungspotenziale geben. Es ist aber nicht so, daß diese Einsparungspotenziale nicht lukriert werden, daß man absichtlich hier verschleudert. Es wird immer nachgedacht und es werden auch immer wieder Verbesserungen eingeführt. Ich sehe der Diskussion und den Beratungen im Umweltausschuß gelassen entgegen. Wenn es wirklich eine Königsidee gibt, wie wir den Müll beseitigen können, ohne daß es uns viel kostet, werden wir dem natürlich beipflichten und dankbar sein. Zum System selbst, ich glaube, diese Darstellung, daß wir kostenlos Grünschnitt und Sperrmüll entsorgen, so ist es ja nicht ganz gewesen. Wir haben es nur nicht nach dem Verursacherprinzip entsorgt. Wir haben sehrwohl für den Grünschnitt und den Sperrmüll etwas verlangt. Nämlich über die Müllgebühren, weil wir geglaubt haben, daß dies das vernünftigere System ist und bei relativ geringem Verwaltungsaufwand. Gerechtigkeit mag man schon von mehreren Seiten betrachten, wenn man hier den Grünschnitt im Vergleich zum Stadtplatz bringt, wo man relativ wenig Grünfläche hat. In einigen Hinterhöfen gibt es schon ein paar grüne Flecken. Es gibt aber in einer anderen Wohnanlage auch keinen Stadtplatz, der einer besonderen Reinigung bedarf. Hier gibt es auch eine Ungleichbehandlung. Eines noch zu den 14 Millionen Abgang. Es soll hier nicht der Eindruck entstehen, daß Glas und Kunststoff auch in dieser Berechnung drinnen ist. Das sind private Entsorgungssysteme, die mit diesem nichts zu tun haben. Restmüll, Sperrmüll, Grünschnitt, also alles was die Stadt entsorgt, betrifft diesen Bereich. Ein letztes Wort noch. Wenn ich den Kollegen Fürweger richtig verstanden habe, meint er nicht, daß man andere Entsorgungssysteme von anderen Städten, Kommunen nach Steyr kopieren sollte sondern er meint, auch die Verrechnung nach dem Verursacherprinzip, daß es hier Methoden und technische Möglichkeiten gibt, wo man sagt, bei dieser Mülltonne bei Haus Nr. 12 ist so und so viel Müll angefallen und nach dem wird er dann verrechnet. So habe ich sie verstanden. Über das kann man natürlich auch philosophieren und nachdenken, ob das die gerechte Entsorgung ist.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? 9 (8 FPÖ - Vzbgm. Dr. Pfeil, StR Eichhübl, GR Payrleithner, GR Fürweger, GR Ing. Hoflehner, GR Reznar, GR Toman, GR Dr. Wetzl, 1 LiF). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

10 Minuten Pause. Einverstanden? Keine Gegenstimme, so beschlossen.

PAUSE VON 10.50 UHR BIS 11.10 UHR.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich darf als nächsten Berichterstatter den Kollegen StR Roman Eichhübl ans Rednerpult bitten.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Auch ich habe die Aufgabe, geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, einen Erhöhungsantrag vorzulegen. Nicht etwa weil es mir so große Freude bereitet, wie der Kollege Kupfer, der noch nicht anwesend ist, meint, oder weil ich eben für die Bestattung zuständig bin, da könnte der heute hier anwesende Ex-Gemeinderat und ehemaliger Kollege Tremel einiges dazu sagen, was meine Stellungnahme zu Tarifanhebungen auch in der Vergangenheit bewirkt oder nicht bewirkt haben, sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, weil diese geplante Anhebung im Bereich der Bestattung unter ganz anderen Voraussetzungen vor sich geht. Einerseits auf Grundlage und Kalkulation der Höchsttarifordnung des Landes OÖ und andererseits unter größtmöglicher Berücksichtigung der Indexanhebung, bezogen auf die letzten fünf Jahre, wo eben diese Höchsttarifordnungen keine Anwendungen im Bestattungsbereich gefunden haben. Daher hat auch sicher mein Fraktionskollege Dr. Wetzl keine Probleme, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Meine Damen und Herren, ich möchte auch nicht verhehlen, daß im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen diese Thematik sehr ausführlich und mehrmals behandelt wurde. Auch im Stadtsenat hat es darüber Diskussionen gegeben, daher darf ich mich vorerst kurz und bündig dem vorliegenden Antrag zuwenden und ihnen den zur Verlesung bringen.

5) Stw-75/98 Städtische Bestattung; Bestattungsentgelt; Anhebung ab 1.1.1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 19.11.1998 und zufolge des Beschlusses des Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen vom 16.11.1998 wird der Festsetzung des Bestattungsentgeltes für die Durchführung von Erd- und Feuerbestattungen gemäß der dem Amtsbericht beigegebenen Beilage mit Wirksamkeitsbeginn 01.01.1999 zugestimmt. (Beilage)

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich entspreche der Bitte und erteile der Frau Kollegin Frech das Wort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, nach der Erhöhung der Kanalbenützungs-, Kanalanschluß-, Wassergebühr, Müllgebühr und Luftsteuer, sind wir jetzt beim nächsten Kapitel, wie belaste ich Bürger über Gebühr mit überhöhten Gebühren. Anders kann man es eigentlich nicht bezeichnen, auch wenn es der Kollege Eichhübl natürlich, weil er der zuständige stadträtliche Referent ist, ein bißchen anders sieht. Immerhin geht es da um eine Erhöhung zwischen 17,3 % und 34,92 %. Wenn man es jetzt aufgliedert, bei der Feuerbestattung sind es 19 bis 35 % Erhöhung ab 1.1.1999 und bei der Erdbestattung sind es 17,3 bis 29,7 %. Das ist immerhin fast ein Drittel. Also so marginal trifft es den Bürger nicht. Es trifft ihn halt nur einmal im

Leben, im Gegensatz zur Müllgebühr. Aber trotzdem. Was mich etwas irritiert, ist die Sache, wir beschließen ja diese Erhöhung aufgrund eines Landesgesetzes, nämlich einer Verordnung des Landeshauptmanns mit dem die Höchstarife für das Bestattergewerbe festgelegt werden. Diese Verordnung zwingt uns aber nicht, Höchstarife in Anspruch zu nehmen. Wir tun es aber in sämtlichen Punkten. Das ist meine Kritik daran. Wir haben sämtliche Höchstarife bei diesen neuen Bestattungsgebühren absolut ausgeschöpft. Wir haben auch noch ein Schäuferl nachgelegt. Wir sind nämlich eigentlich über die Höchstarife gegangen. Jetzt werden sie sagen: „Wie geht das, wie kann man über Höchstarife gehen?“ Ich kann. Und zwar kann ich dann, wenn ich etwas mache, was wir bei unseren Tarifen gemacht haben, indem ich beispielsweise Besorgung der Dokumente S 840,-- hernehme. Egal ob man jetzt eine halbe oder eine $\frac{1}{4}$ Stunde zur Besorgung der Dokumente braucht. S 840,-- ist der Tarif. Das ist zugleich der Höchstarif des Landes. Nur im Landesgesetzblatt ist es ein bißchen anders geregelt. Da wird nämlich ganz genau unterschieden: Besorgung der Bestattungsdokumente, Versicherungspolizze usw. je angefangene halbe Arbeitsstunde S 210,--, höchstens aber 2 Arbeitsstunden. Was haben wir gemacht. Wir gehen gleich höchstens von diesen zwei Arbeitsstunden aus und nehmen die mit S 840,-- hinein. Das Land unterscheidet sehrwohl. D.h., wir hätten die Möglichkeit zu sagen, na ja, braucht der eine $\frac{1}{2}$ Stunden, eine Stunde, 1 $\frac{1}{2}$ Stunden oder braucht er tatsächlich 2 Stunden für die Besorgung der Dokumente. Je nachdem wie groß der tatsächliche Zeitanfall ist, berechnen wir das. Das haben wir nicht getan. Das Gleiche gilt bei den Bereichen der Aufbewahrung. Da haben wir automatisch den Höchstarif S 840,--. Beim Land geht man ganz genau vor. Man sagt, je angefangene $\frac{1}{2}$ Arbeitsstunde S 210,-- höchstens aber 2 Arbeitsstunden. Wir gehen automatisch davon aus, daß es zwei Arbeitsstunden sind. D.h., wir machen eigentlich das, was das Land als höchstens hinschreibt, als mindestens. Wir gehen davon aus, daß es mindestens 2 Stunden sind. Wir gehen davon aus, daß die Besorgung der Dokumente 2 Stunden dauert. Also, wir nehmen überall, wo es nur geht, die Höchstarife an und gehen sogar noch über die Vorschläge des Landes hinaus, indem wir das nicht differenziert berechnen. Eines frage ich mich bei der ganzen Bestattungsgeschichte schon. Ich vertrete die Auffassung, daß die Stadt jene Leistung erbringen soll, die sie a) besser als ein Privater machen kann und b) die sie billiger als ein Privater machen kann oder die ein Privater nicht macht. Nur, bei der Bestattung haben wir die Höchstarife. D.h., das machen wir nicht billiger als der Private. Das machen wir genauso teuer wie der Private. Ob wir es besser machen oder nicht, das kann ich nicht beurteilen. Ich habe noch nie ein Begräbnis über die Städtische Bestattung oder über den Stiegler durchführen lassen. Was ich aber beurteilen kann ist, daß wir mit der Bestattung eigentlich im Prinzip kein großes Geschäft machen. In manchen Jahren haben wir sogar einen Verlust produziert. Jetzt liegen wir ungefähr immer bei einem Gewinn von S 20.000,--. Die Frage ist: Wozu eigentlich? Sozialbegräbnisse haben wir ganz wenige, die könnten wir anders auch regeln. Wie gesagt, billiger sind wir ja nicht. Wir verrechnen die gleichen Tarife wie der Private und wir schöpfen die Höchstarife des Landes absolut aus. Weil der Kollege Kupfer zuerst gemeint hat, mit Steuerungseffekten, wir können nicht steuern ob die Bürger sterben. Nein, das können wir nicht, aber wir können steuern, ob wir diese Bestattung durchführen oder nicht und wir können steuern, ob wir tatsächlich eigentlich über die Höchstarife des Landes hinausgehen oder nicht. Wenn ich mir ansehe, und das habe ich auch im Ausschuß kritisiert und ich kritisiere es auch heute, daß ausgerechnet die Bereiche prozentuell am stärksten erhöht werden, was die geringsten Entgelte waren. Wir haben die Tarife A, B und C. C sind an sich die etwas mickrigeren Begräbnisse unter Anführungszeichen. Gerade diese mickrigeren Begräbnisse steigen um 22,25 %. Die der Gruppe A), eigentlich die besseren Begräbnisse, steigen um 22 %. Die Kinderbegräbnisse fahren sowieso enorm hinauf. Da haben wir Steigerungsraten von fast 30 %, 26 % usw. Ich frage mich schon, wozu wir dann eigentlich eine städtische Bestattung betreiben. Was mich besonders ärgert ist, wie gesagt, daß wir über die Höchstarife des Landes eigentlich im Endeffekt hinausgehen, indem man nicht unterscheidet, wie lange man tatsächlich für die Aufbewahrung, für die einzelnen Tätigkeiten und Besorgung der Dokumente braucht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Ich glaube schon, daß wir eine städtische

Bestattung brauchen. Ich glaube auch, daß sie relativ gut funktioniert. Speziell diese Sozialbestattungen sind eine ganz wichtige Angelegenheit. Alleine der Grund macht es schon wichtig. Der zweite Grund ist, daß die Wirtschaftlichkeit relativ gesichert und gut ist. Die städtische Bestattung bilanziert ausgeglichen. Relativ ausgeglichen. Einmal knapp darunter, einmal ein bißchen höher, derzeit eher ausgeglichen. Das ist aber genau der Grund für mich, warum ich gegen diese Erhöhung stimmen werde, weil ich glaube, daß eben mit dieser Erhöhung kein Lenkungseffekt erzielbar ist, daß es zu einer spürbaren Mehrbelastung kommen wird. Speziell für Bürgerinnen und Bürger, die es bei einem Todesfall besonders schwer haben, weil Bestattungen ja keine billige Angelegenheit sind. Ich glaube auch, daß keine wirtschaftliche, ökonomische Notwendigkeit besteht, hier die Gebühren in so einem Ausmaß zu erhöhen und aus diesem Grund werde ich gegen diesen Antrag stimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Frau Kollegin Frech. Sie werden sicherlich Verständnis dafür haben, daß ich mich nicht im Detail mit ihren Ausführungen auseinandersetze, weil ich überzeugt davon bin, daß ich sie nicht überzeugen kann diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich möchte bei dieser Gelegenheit nur eines sagen. Wenn sie die Verordnung des Landes OÖ ansprechen, dann haben sie eines vergessen zu sagen, daß es ja nicht nur eine Verordnung seit 1995 gegeben hat, da ist ja eine Tarifveränderung in diesem Bereich vor sich gegangen, sondern mehrere derartige Höchstarifverordnungen die nicht vonseiten der Stadtwerke in Anspruch genommen wurden. Im Interesse, ich sage es einmal vorsichtig, derjenigen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen, steuerschonende Kalkulationen gemacht wurden, was den Gewinn betrifft. Ob Private es besser machen können oder nicht, ob sie mehr Gewinn haben oder nicht, das konnten auch sie in ihren Ausführungen nicht darlegen. Das kann auch ich nicht, denn das hängt sicherlich davon ab, in welcher Gesellschaftsform das ein Privater macht, nämlich bei der Gewinnermittlung, ob er z. B. das Gehalt des Geschäftsführers einbezieht oder nicht. Das hängt, wie gesagt, von der Gesellschaftsform ab. Zum Kollegen Kupfer, der ja jetzt ein bißchen einlenkend seine Darstellungen zum Bestattungstarif geäußert hat, beim Mülltarif aber sehr vehement den Bereich der Bestattung angesprochen hat möchte ich schon eines sagen. Herr Kollege Kupfer, es ist nicht immer alles ein Vergleich was hinkt. Wenn sie auch die Luftsteuer da mit einbezogen haben und gemeint haben, daß man durch entsprechende Anhebung der Tarife diese Maßnahmen regulieren kann, ja bitte, da gibt es dann schon andere Möglichkeiten, nämlich durch Beschlußfassungen, überhaupt in diesem Bereich, entsprechende Eindämmungsmaßnahmen vorzunehmen. Im übrigen Herr Kollege Kupfer, halte ich es schon für sehr makaber wenn sie sich hier herausstellen und Müllgebühren mit Bestattungsgebühren vergleichen. Das lehne ich eigentlich ab. Ich möchte ihnen aber schon eines sagen, nicht nur aus Pietätsgründen sondern auch aus wirtschaftlichen Überlegungen, denn es ist schon sehr interessant, daß gerade sie derjenige sind oder ihre Gruppierung diejenige ist, die zumindest in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken möchte, daß sie sehr sozial eingestellt sind und gerade jene, die sehr wenig verdienen, nicht mit hohen Gebühren belasten wollen. Dann gehen sie her und stimmen derartig eklatanten Gebührenerhöhungen, wie die Kanalbenützungsgebühr und vorhin den Müllgebühren, zu.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sie haben mir nicht zugehört.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich könnte ihnen auch noch andere Beispiele nennen. Das ist wirklich sehr erstaunlich. Es ist wirklich nicht nachvollziehbar, was sie hier an Vergleichen gebracht haben, Herr Kollege Kupfer, das darf ich wirklich einmal mit Nachdruck vermerken und ich hoffe, daß sie es sich doch bei der Abstimmung noch überlegen, diesem Antrag die Zustimmung zu geben, weil wirklich ein wesentlicher Unterschied zwischen den anderen Anhebungen, die sie mitbeschlossen haben, besteht. Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Wer ist gegen den Antrag? 2 (1 x Grün - GR Kupfer und 1 x LIF - GR Frech). Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nr. 6) bitte.

GR Stieglitz trifft um 11.20 Uhr ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nr. 6) habe ich gesagt, Herr Kollege. Auf geht's.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, nachdem so starke Nebengeräusche zu hören waren um ihre Wortwahl zu wählen, habe ich nicht gehört, daß sie mich bereits aufgefordert haben den nächsten Antrag vorzutragen. Ich mache das natürlich selbstverständlich in aller Kürze, was sie ja von mir, wie ich meine, gewohnt sind.

Ich darf ihnen die Jahresabschlüsse der Stadtwerke einerseits und andererseits des Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr vorlegen. Sie haben ja sicherlich registriert, daß es sich dabei um einen Antrag des Prüfungsausschusses handelt und ich darf auch bei dieser Gelegenheit hier zum Ausdruck bringen, daß auch diese Jahresabschlüsse und Bilanzen der Stadtwerke sehr ausführlich, im Bereich des Kommunalausschusses, im Prüfungsausschuß, behandelt und diskutiert wurden. Daher darf ich ihnen den Antrag des Prüfungsausschusses zur Verlesung bringen.

6) Rp-22/98 Stadtwerke Steyr und Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr; Jahresabschlüsse 1997.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegenden Jahresabschlüsse 1997 (inkl. Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen sowie Anhänge) der Stadtwerke Steyr bzw. des Steyrer Versorgungsbetriebeverbundes Gas und Verkehr werden im Sinne des § 62 Abs. 2 Zi. 1b) und c) des StS 1992 genehmigt, die Dotation der Rücklagen (Stadtwerke Steyr) ist mit insgesamt ATS 10,680.000,-- ausgewiesen, wobei die Zuweisung zur satzungsmäßigen Rücklage ATS 10,000.000,-- beträgt; die Zuweisung zu un versteuerten Rücklagen beim Versorgungsbetriebeverbund beträgt für das Jahr 1997 ATS 1,154.847,--. (Beilagen)

Bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Kollege Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Presse. Ich hoffe, der heutige Gasausfall, zumindest in gewissen Bereichen der Stadt, ist nicht symptomatisch für die Stadtbetriebe, wobei ich aber über die Entwicklung insgesamt doch große Bedenken und Sorgen habe. Wenn man sich den Gasverbrauch der letzten Jahre ansieht, dann ist gegenüber 1996, es war allerdings die Witterung wärmer als sie jetzt ist, ein Minus von 3,54 % festzustellen. Der Ertrag ist - 12,3 Millionen, das Personal ist aber um 1 Person angestiegen. Dann habe ich schon ein gewisses Problem, wenn ich dann höre, daß es in der Hochstraße seit Jahren Anträge, von etwa 20 - 50 Haushalten, auf einen Gasanschluß gibt. Dann frage ich beim Gaswerk nach, wieviele Anträge vorliegen oder was da los ist. Dann heißt es, es ist nur ein Antrag von der Hochstraße da. Könnte ich da bitte vielleicht Aufklärung haben oder ist es nicht interessant, daß Leute einen Gasanschluß haben wollen. Also, irgendwie funktioniert es nicht ganz. Die Entwicklung auf der einen Seite ist besorgniserregend aber um die Kundschaften kümmert man sich offensichtlich auch nicht. So, das wäre einmal das eine.

Beim Wasserverbrauch sind wir in etwa pari. Der Ertrag ist ungefähr gleich wie 1996. Was aber

eigentlich sehr positiv ist, daß der Wasserverbrauch um über 2 % zurückgegangen ist. Auch das Personal wurde um 1 Person weniger. Es ist sicherlich eine Entwicklung, die auf der einen Seite sehr zu begrüßen ist, auf der anderen Seite natürlich, mit der Entwicklung der Einnahmen wird es sicher auch eine kritische Situation werden.

Na ja, und die Verkehrsbetriebe, die sind wirklich ein Sorgenkind. Die Beförderungen haben um ca. 4 % abgenommen. Der Verlust ist um 3,5 Millionen Schilling mehr und der Personalaufwand, von 69 auf 71 Personen, also, das sind 3 % mehr. Wie ist das eigentlich zu erklären? Dann ist da auch wieder so eine Sache, bei den Schülern ist ein Rückgang um 7,8 %, in etwa 100.000 Beförderungen, gewesen. Jetzt gibt es da z. B. in Gleink 25 Familien die sagen, und sie werden demnächst zu den Stadtbetrieben kommen, daß die Linie 10 Gleink, zu Zeiten fährt, wo man sie eigentlich wirklich nicht braucht. Z. B. ist es so, daß sie beim Bahnhof um 12.55 Uhr Richtung Gleink abfährt, aber der Unterricht endet um 13.10 Uhr. Jetzt ist es technisch unmöglich, daß die Schüler da den Bus erreichen. D. h., die 25 Familien fahren jeden Tag mit dem Auto und holen ihre Schüler von der Schule ab, weil es sich fahrplanmäßig nicht ausgeht, daß die Busse so eingesetzt werden, daß das vielleicht irgendwo mit irgendwelchen Notwendigkeiten und Gegebenheiten übereinstimmt. Also, ich glaube, es kommen ja Veränderungen im Fahrplan, mit den ganzen Änderungen, mit der zentralen Umstiegstelle und ich nehme an und ich denke doch, daß es für die neue Führung und für das kommende Jahr in den Verkehrsbetrieben und den ganzen Kommunalbetrieben sicher sehr viele Arbeit geben wird. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Welche Wortmeldung sehe ich noch? Herr Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat. Ich möchte nur eine Seite hier aufschlagen. Und zwar ist es die Übersicht über die Autobusse. Wir haben 31 Autobusse im Stand und auffällig ist hier, daß 16 davon einen Kilometerstand aufweisen der über 500.000 Kilometer beträgt. An die 10 haben schon 600.000 Kilometer drauf. Das soll uns zeigen, daß es unbedingt notwendig ist, Nachschaffungen zu machen. Auffällig ist auch, daß eigentlich ab dem angeführten Baujahr 1983 immer regelmäßig Autobusse angeschafft worden sind, nur ab 1993 hat es einmal ein Loch gegeben. Nach der Anschaffung der City-Busse hat es ein paar Jahre überhaupt keine Nachbeschaffung gegeben. Das wirft uns jetzt ein bißchen zurück, glaube ich. Es ist sicher notwendig, daß man in Zukunft einmal mehr als die üblichen 2 ankauft. Unbedingt 4, 3 und dann wieder auf 2 herunterkommt, denn eines zeigt sich dann, auf der Seite wo die Instandhaltung dargestellt ist, ganz klar. 1992 haben wir Instandhaltungskosten von S 1,02 gehabt und 1997 von S 3,84. Also, je älter die Fahrzeuge sind, um so mehr kosten sie uns auch in der Instandhaltung. Das nur mein Beitrag zu den Autobussen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Bezüglich der Hochstraße, Herr Kollege Hack, möchte ich sagen, daß ich mich erinnern kann, daß die dortigen Bewohner, glaube ich, vor 10 Jahren schon eine Unterschriftenliste zusammengestellt haben. Ich habe mich da auch erkundigt. Es ist so, daß die Stadtwerke einen gewissen Prioritätenplan haben, wo zuerst einmal die Kerngebiete angeschlossen werden und sozusagen die Randgebiete natürlich auch je nach Wertigkeit und Anschlußmöglichkeiten. Was ich weiß ist es aber so, daß es in den Unterlagen der Stadtwerke ohnehin unter den Investitionen drinnen ist, daß die Hochstraße im Jahr 1999 mit einer halben Million 500 m in der Hochstraße versorgt wird. An der Kreuzung Feldstraße/Hochstraße soll eine Gasreduzierungsanlage entstehen und 500 m in die Hochstraße hinein soll die Gasleitung gelegt werden. D.h., wir brauchen es nur beschließen und dann passiert das.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollegin Feller-Höller bitte.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren. Nur ganz kurz eine Anmerkung zum Kollegen Hack bezüglich der Personalaufstockung im Bereich des Gaswerkes. Also, diese ist darauf zurückzuführen, daß ein Gaslehrling in das definitive Dienstverhältnis übernommen worden ist. Ich kann mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, Wolfgang, daß du gegen derartige Maßnahmen etwas hast oder diese als Anlaß zur Kritik empfinden kannst.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Meine Vorredner, einerseits der Kollege Apfelthaler und andererseits die Frau Kollegin Höller, waren ja bereits so freundlich um hier die aufgetauchten Fragen vom Kollegen Hack zu beantworten. Ich kann mich daher in meinem Schlußwort relativ kurz fassen. Ich möchte auf das zurückgreifen, Herr Kollege Hack, was auch sie gesagt haben, nämlich ob das symptomatisch für die Gasversorgung vonseiten der Stadtwerke ist, daß es heute einen teilweisen Ausfall gegeben hat. Da kann ich sie beruhigen. Das ist es nicht. Man sucht natürlich, und das haben sie auch gemacht, sofort den Fehler vor Ort. Der Fehler vor Ort ist nicht geschehen. Es hat einen Ausfall über die Landesversorgung gegeben. Nämlich im Bereich Stadtkirchen, durch eine Vereisung, und das hängt mit einer technischen Einrichtung zusammen, einer Sonde. Ich darf aber trotzdem zu den Gasanschlüssen generell etwas sagen und das ergänzen, was der Kollege Apfelthaler zum Ausdruck gebracht hat. Daß es natürlich einerseits mit einer gewissen Prioritätenreihung zusammenhängt, andererseits auch natürlich mit den Investitionen der Stadtwerke, die ja nicht immer in der Größenordnung vom Gemeinderat bzw. aufgrund der Vorverhandlungen ins Budget aufgenommen werden. Aber ich möchte dann zum Budget auch dazu noch einiges sagen. Was die Linienführung betrifft, Herr Kollege Hack, da ist es gerade bei der Linie 10 das Problem schlechthin, daß damals, aufgrund von notwendigen Rücknahmen in verschiedenen anderen Bereichen, bei der Linienführung war ich ja nicht der Meinung, es dazu gekommen ist, daß man nur mehr zweimal vormittags und zweimal nachmittags mit dem öffentlichen Verkehrsmittel diese Linie betreibt und da kommt es natürlich zu Interessenskonflikten. Herr Kollege Hack, ich gebe ihnen vollkommen Recht, daß die Personen, die sie ansprechen, sicherlich nicht mit dieser zeitmäßigen Linienführung einverstanden sind, aber es gibt auch wieder andere, die durchaus sagen, daß ihnen diese Linienführung zeitmäßig paßt. Das ist das Problem, wenn man eine derartige ...

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Da geht es eh nur um 10 Minuten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ja Herr Kollege Hack, das hängt ja auch mit dem Betrieb der gesamten Linienführung zusammen. Aber ich gebe ihnen schon Recht, es wird sicherlich, so meine ich, die Möglichkeit geben, aufgrund der Fahrplanveränderung, die ja eintreten wird, wenn wir dann diese zentrale Umsteigstelle am Bahnhof in Betrieb nehmen, so wie der Kollege Hauser gesagt hat, wird es sicher Gelegenheit geben, das zu berücksichtigen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es ist berücksichtigt worden.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es ist noch nicht berücksichtigt worden, weil wir den Betrieb noch nicht aufgenommen haben. Es wird also dort seine Berücksichtigung finden.

Diskussion verschiedener Mandatare

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich bin noch nicht ganz fertig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das habe ich mir gedacht. Bitte weiter machen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich warte aber gerne ein bißchen, bis sich die Zwischendiskussionen beruhigt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Du hast ja mit dem Kollegen Kupfer Zwiesprache gehalten. Jetzt habe ich nicht gewußt, ob du fertig bist oder nicht. Also weiter.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich bedanke mich trotzdem, Herr Bürgermeister, daß sie so freundlich sind und mir ermöglichen weiter zu sprechen. Ich habe schon noch ein paar Anmerkungen. Jetzt ist mir ja in der Zwischenzeit, wo mich der Herr Bürgermeister mehr oder weniger ein bißchen gerügt hat, noch etwas eingefallen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte doch noch in meinem Schlußwort auf ein paar sehr wichtige Punkte hinweisen. Aufgrund der Vorlage der Jahresabschlüsse und Bilanzen der Stadtwerke und möchte beim ersten, sehr wichtigen Punkt beginnen. Das ist ein Hinweis darauf, der auch mit der Überprüfung des Rechnungshofes im Jahre 1995 zu tun hat und das ist die notwendige Statutenänderung für die Stadtwerke nämlich endlich der Geschäftsführung jene unternehmerische Selbständigkeit einzuräumen, die es notwendig macht, um den Betrieb entsprechend zu führen. Aber ich werde da noch, ich kann sie beruhigen, im Verlaufe meiner Ausführungen zum Budget näher darauf hinweisen. Der zweite Punkt, Herr Bürgermeister betrifft die Invalidenfreifahrt. Da darf ich feststellen, daß diese mit etwa 5,4 Millionen Schilling quantifizierbar ist, deshalb, weil sie mit der Jahresnetzkarte vergleichbar ist, nicht an die Stadtwerke refundiert wurde. Schließlich der Pkt. 3) Zuweisung für statutarische Zwecke. Das sind ja bekanntlich 10 Millionen Schilling im Bereich der Wasserversorgung. Da weist ja auch der Überprüfer darauf hin, daß aufgrund der Vorlage im zuständigen Amt für Kontrolle und Revision, diese Rücklagenbildung zur Nutzung des technischen Fortschrittes, d. h. für zukunftsorientierte Investitionen, verwendet werden sollte. Da möchte ich auch noch darum bitten, daß das auch tatsächlich mit eingebunden wird. Ich habe doch noch, schlußendlich, einen Punkt Herr Bürgermeister, den sie sicherlich nicht sehr erfreut hören werden, das betrifft die Kunsteisbahn. Ich möchte hier wieder zum Ausdruck bringen, daß die derzeitige Situation keine Befriedigung findet, weil nämlich, wie sie ja wissen, anstelle des Belages aus Quarzsand ein Asphaltbelag aufgebracht wurde, der folgende Nachteile hat. Man muß diese Anlage im Jahr zweimal umrüsten. Nämlich einmal auf Sommerbetrieb und einmal auf Winterbetrieb. Und zwar deshalb, weil eine Vereisung auf einem Asphaltbelag nicht in der Form durchgeführt werden kann, als bei diesem Quarzsand-Kunsthartzbelag. Und ich darf sie ersuchen, wenn sie einmal die Gelegenheit haben hinunterzukommen und das zu beobachten, was das für einen Arbeitsaufwand betrifft, d.h., 480 Absorbermatten, die haben eine Größenordnung von 12 cm x 30 m, weil so breit ist ja bekanntlich diese Bahn, müssen montiert und demontiert werden. Ebenso die Bänke und die Banden. Das ist jetzt in etwa mit einem finanziellen Aufwand von S 180.000,-- quantifizierbar.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das war mehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Es war noch nicht mehr, Herr Kollege Bremm, nur hast du die S 180.000,-- immer infrage gestellt. Jetzt liegen die S 180.000,-- auf den Tisch. Ich habe immer gesagt S 160.000,-- bis S 180.000,--, um halt der Wahrheit die Ehre zu geben und ich möchte nochmals betonen, daß es hier eine Reihe von Anlage, und ich möchte ihnen jetzt ersparen die vorzulesen, ich könnte ihnen jetzt 30 vorlesen die es in Österreich gibt, wo also dieser Belag sich bewährt hat. Über Jahre hinweg. Ich hoffe, und jetzt bin ich mit meinen Ausführungen tatsächlich am Schluß, daß die Stadt bereit sein wird, diesen Fehler, der schlußendlich sehr viel Geld kostet, im Verlauf der nächsten Jahre zumindest auszubessern. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zunächst lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt.

Im Hinblick auf den letzten, von dir angesprochenen, Punkt möchte ich dir folgendes mitteilen, lieber Kollege Eichhübl. In der letzten Bezirksausschußsitzung der ASKÖ hat der Sektionsleiter des ASKÖ Stein, Schmidthaler, erklärt, daß er uns mitteilen muß, daß dieser Quarzsandbelag, den wir probeweise auf der Eisbahn in Stein aufgebracht haben, im Begriff ist, sich aufzulösen, daß er uns vorwarnt, daß wir im nächsten Jahr dort wieder einen Asphaltbelag hinmachen müssen. Ich möchte dich wirklich bitten die Dinge doch nicht immer wieder aufzuwärmen. Wir hätten so gerne, und es war meine Anregung, diese neue, technologisch neue Belagsart dort aufgebracht um uns das mit den Matten hin- und wegräumen zu ersparen. Allerdings hat das Land OÖ, die Landessportdirektion, der zuständige Fachwart und der Präsident des Stockschißverbandes, die vor Ort das begutachtet haben, erklärt, daß sie diesen Belag zur Zeit nicht empfehlen, daß das Land OÖ einen solchen Belag nicht fördert. Und es hat sich jetzt auch gezeigt, obwohl wir es dort probeweise gemacht haben, daß dieser Belag zur Zeit auch noch nicht entspricht. Sei so nett, nimm das einmal zur Kenntnis und erzähle das hier nicht immer wieder, wie eine tibetanische Gebetsmühle, da im Gemeinderat. Gehen wir einmal hinunter und sehen uns das an. Die Firma möchte ihre Ware verkaufen. Das verstehe ich auch vollkommen. Aber wenn der internationale Eisschißverband, die OÖ Landesregierung das nicht unterstützt, damit auch nicht fördert, bitte sehr, da geht es auch ums Geld, und bei uns sich bei einer Probebeschichtung mit diesem Belag zeigt, daß er nicht funktioniert und sich auflöst, dann müssen wir das zur Kenntnis nehmen, daß die noch nicht soweit sind. In dem Moment, wo nachhaltig festgestellt ist, daß der Belag funktioniert, werden wir diesen Belag aufbringen, weil wir uns dann Umbaumaßnahmen ersparen. Das ist vollkommen klar. Aber zu dem ist es noch zu früh. Ich hoffe, daß wir beide das erleben, lieber Freund Roman, bei unserem fortgeschrittenen Alter, in dem wir schon sind.

Ich danke dir für deine Berichterstattung. Nächster am Wort ist StR Mayrhofer. Ich bitte ihn ans Pult zu treten.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Überraschenderweise habe ich keine Anhebung von Gebühren, nichts desto trotz kosten aber auch meine Anträge Geld. Im ersten Antrag geht es um die Geländererneuerung Auffahrt Blümelhubervilla; Vergabe der Schmiedearbeiten.

7) BauStr-18/98 Geländererneuerung Auffahrt Blümelhubervilla; Vergabe der Schmiedearbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 19. November 1998 wird der Vergabe der Geländeranfertigung bei der Auffahrt zur Blümelhubervilla im Ausmaß von S 153.056,40 an Herrn Hülbauer, Euratsfeld, zugestimmt.

Die Aufbringung der Mittel erfolgt durch Freigabe in Höhe von S 68.100,-- bei der VSt. 5/612100/002000 „Fuß- und Radwege, Straßenbau Fuß- und Radübergänge“ sowie durch

Kreditübertragung in Höhe von S 85.000,-- von VSt. 5/612000/002270 „Straßen- und Brückenerhaltung im Wehrgraben“ nach o.a. VSt. 5/612100/002000.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 153.100,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden.

Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Wir werden dem Antrag selbstverständlich zustimmen. Ich hätte nur eine kleine Zusatzfrage dazu. Wir haben doch in der HTL eine Schmiedeklasse, die relativ gut funktioniert. Hat man eigentlich nie daran gedacht, weil es auch darum gegangen ist das HTL Restaurant auszurüsten, die Vergabe der Arbeiten, gerade für die Schmiedegitter, an die HTL zu vergeben?. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Interessante Frage. Können sie dazu etwas sagen Herr StR Mayrhofer?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist eine interessante Anregung. D.h., es ist ganz offensichtlich nicht daran gedacht worden. Es wurde von der Geländerkonstruktion auf ein Modell zurückgegriffen, was am Gschaidenberg schon gemacht wurde und dort sehr gefallen hat. Man hat die Ausschreibung an drei verschiedene Firmen machen lassen. Die HTL wurde, meiner Information nach, nicht in Betracht gezogen. Das ist aber sicher eine Möglichkeit, das in Zukunft vorzusehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Antrag Nr. 8) bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf einen Verbindungsweg zwischen den Knoglergründen zur Infrastruktur am Tabor. Dieses Grundstück ist im Besitz des Herrn Weindl sen. und die Stadt schlägt vor, um diesen Verbindungsweg zu ermöglichen, ein Grundstück im Ausmaß von 681 m2 zu erwerben.

8) BauT-10/98 Errichtung eines Verbindungsweges von den Knoglergründen zum Stadtteil Tabor; Ankauf der hierfür benötigten Flächen von Herrn Anton Weindl sen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 30. November 1998 wird dem Abschluß des in der Anlage beigeschlossenen Kaufvertrages mit Herrn Anton Weindl zur Errichtung eines Verbindungsweges von den Knoglergründen zum Stadtteil Tabor zugestimmt. Zur Bezahlung des vereinbarten Kaufpreises sowie der fälligen Grunderwerbssteuer wird bei der VA-Stelle 5/8510/004300 (Kanalbauprojekt Knoglergründe) ein Betrag von S 846.000,-- (Schilling achthundertsechszehntausend) freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgabe ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 846.000,-- notwendig,

die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt werden. (Beilage)

Ich bitte um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltung. Das ist einstimmig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich schlage ihnen vor, daß wir die Sitzung für 1 ½ Stunden, also bis 13.15 Uhr, unterbrechen, damit jeder Mittagessen kann, und um 13.15 Uhr pünktlich mit dem Budget beginnen. Das wird zur Kenntnis genommen. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 11.45 UHR BIS 13.30 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, ich ersuche sie die Plätze einzunehmen. Ich ersuche nun den Bürgermeister und Finanzreferenten um seinen Bericht.

BE: BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Bevor ich zum Budget 1999 referiere, mache ich sie mit einer Erinnerung, einer Erinnerung unter Anführungszeichen, nach dem Statut der Stadt Steyr § 51 bekannt. Dieses Statut legt fest, daß jeder Bürger das Recht hat, zum Budget eine Erinnerung anzubringen, die dann auch in der Budgetdebatte mit in Behandlung steht. Das Komitee „Mauthausen Aktiv Steyr“ und dessen Vorsitzender, Mag. Karl Ramsmaier, schreibt an den Gemeinderat der Stadt Steyr zu meinen Händen:

Erinnerung zum Budget 1999

Aufgrund des Statutes der Stadt Steyr wird vom Komitee „Mauthausen Aktiv Steyr“ nachstehende Erinnerung eingebracht. Der Gemeinderat der Stadt Steyr wird von uns ersucht, diese bei der Beratung des Haushalts-voranschlages 1999 in Erwägung zu ziehen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr möge beschließen:

Eine Straße bzw. den Platz vor dem Museum Industrielle Arbeitswelt nach Friedrich Uprimny zu benennen. Bereits 1992 haben wir dem Gemeinderat der Stadt Steyr vorgeschlagen, eine Straße nach Friedrich Uprimny zu benennen. Im Brief an Bürgermeister Hermann Leithenmayr, am 9. November 1992 und am 8. Februar 1996 an das Kulturamt der Stadt Steyr, wurde die Begründung und das persönliche Schicksal von Friedrich Uprimny und seiner Familie dargelegt. Friedrich Uprimny, geb. am 11. März 1921 in Steyr, gest. am 21. März 1992, symbolisiert als letzter Vertreter der jüdischen Bevölkerung die leidvolle Geschichte der Jüdinnen und Juden, die 1938 aus Steyr emigrieren mußten. Viele wurden grausam durch das NS-Regime ermordet. Friedrich Uprimny kämpfte, als Angehöriger der englischen Armee, gegen den Faschismus und für die Freiheit Österreichs, für eine demokratische Republik. 1947 nach Steyr zurückgekehrt blieb er ein vorbildlicher Bürger der Stadt Steyr. Er war Zeuge, Mahner und arbeitete viele Jahre im Komitee „Mauthausen Aktiv“ sehr engagiert mit. Die Renovierung des jüdischen Friedhofs wurde im Sommer 1990, von zwei Jugendsommerlagern, unter seiner Leitung und mit seiner tatkräftigen Mithilfe realisiert. Er erzählte jungen Menschen von der Verfolgung der Juden aus seinem Leben und führte Schulklassen auf den jüdischen Friedhof. Friedrich Uprimny war bis zu seinem Tod bestrebt, Österreich, vor allem die Jugend, vor dem Wiedererstehen des Rassenwahns und des Faschismus zu warnen und mit all seinen Kräften zu schützen.

Wir ersuchen den Gemeinderat der Stadt Steyr unseren Vorschlag zu unterstützen, da wir glauben, daß es gerade in der heutigen Zeit wichtig ist, Zeichen gegen den wachsenden Antisemitismus zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Ramsmaier

Meine Damen und Herren, diese Erinnerung steht mit in der Debatte zum Budget. Persönlich würde ich vorschlagen, daß wir uns mit diesem Thema, das auch im letzten Finanz- und Rechtsausschuß angesprochen wurde, im Kreis der Fraktionsvorsitzenden unserer Stadt auch auseinandersetzen. Jeder kann natürlich im Zuge seines Debattenbeitrages, im Zuge der Budgetdebatte, dazu Stellung nehmen.

Nunmehr aber, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, möchte ich mir zum Budget selbst einleitend einige Bemerkungen erlauben, bevor ich den Antrag stelle.

Als Finanzreferent, der auch schon in bedeutend schwierigeren Zeiten einen Budgetvoranschlag für das nächste Jahr präsentieren mußte, komme ich meiner Verpflichtung heute mit einer gewissen inneren Zufriedenheit nach.

Mit einer Zufriedenheit, die vielleicht mit dem Gefühl vergleichbar ist, das man verspürt, wenn sich die Gewitterwolken endlich verzogen haben wieder die Sonne am Himmel zu sehen ist.

Denn genau dieses Szenario mit den dunklen Gewitterwolken über unserer Budgetpolitik haben wir noch vor wenigen Jahren vorgefunden.

Mit genau dem Szenario waren wir konfrontiert.

Wir waren damals alle gefordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und Aktivitäten zu setzen, um so rasch und so effektiv wie möglich eine Trendumkehr herbeizuführen.

Wir mußten - und das war das erklärte Ziel - der negativen Entwicklung wirksam entgegensteuern. Und zwar zum einen durch einen Sparkurs im Innenverhältnis des Magistrates, wie auch im Bereich der öffentlichen Ausgaben.

Parallel zu diesem konsequenten Sparkurs mußten wir aber auch danach trachten, die von uns für die zukünftige Entwicklung als äußerst wichtig und unbedingt notwendig erachteten Investitionen trotzdem durchzuziehen, für sie also die finanzielle Bedeckung zu sichern.

Zweifellos eine Gradwanderung, meine sehr geehrten Damen und Herren, die nicht so einfach zu bewerkstelligen war. Und es gab ja auch hier im Gemeinderat eine ansehnliche Zahl von Zweiflern und Skeptikern, von Pessimisten und Cassandra-Rufern, die sich, zumindest den Medien gegenüber, überzeugt gaben, daß diese Budgetpolitik nur in einem Desaster enden könnte.

Und diese, von gar nicht so wenigen geteilte, negative Einschätzung schlug sich auch im Budget-Abstimmungsverhalten der letzten Jahre nieder, wo etwa für den Budgetvoranschlag 1996 und jenen für 1997 mit 19 Pro und 15 Gegenstimmen jeweils nur eine sehr knappe Mehrheit gefunden werden konnte.

Erst das Budget für 1998 fand mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und der GAL wieder eine relativ breite Mehrheit.

Und vielleicht - und angesichts der recht konstruktiven Budgetverhandlungen bin ich eigentlich recht zuversichtlich - stößt der Budgetvoranschlag für 1999 auf noch größere Zustimmung.

Verdienen, das ist meine feste Überzeugung, würde er es sich auf jeden Fall.

Denn, und da komme ich wieder auf das eingangs skizzierte Bild mit den Gewitterwolken zurück, der Budgetvoranschlag für 1999 ist alles andere als ein Schlechtwetterbudget und muß es angesichts der, mit wenigen Ausnahmen, rundherum positiven Entwicklungen und Rahmenbedingungen auch absolut nicht sein.

Das Budget für 1999, meine sehr geehrten Damen und Herren, spiegelt vielmehr die positiven Entwicklungen der letzten Jahre wider und ist, was die finanziellen Ansätze und Dotationen betrifft, ein bewußt aktives und in die Zukunft gerichtetes Budget.

Mit dem Budgetvoranschlag für 1999, meine sehr geehrten Damen und Herren, setzen wir einen erfolgreichen Weg fort.

Einen Weg, der geprägt war von einer präzisen Förderpolitik sowie einer Reihe perspektivischer Projekte, die maßgeblich mit dazu beigetragen haben, die durch Außeneinflüsse besonders schwierigen Jahre, zwischen 1993 und 1995, relativ gut zu meistern und darauf aufbauend zukunftsorientiert weiterzuarbeiten.

Und es waren - und das möchte ich gerne allen in Erinnerung rufen - in erster Linie keine hausgemachten Probleme, die damals unsere Stadtfinanzen in Unordnung gebracht haben. Ich darf vielmehr daran erinnern, daß unsere Finanzprobleme unter anderem durch die Steuerpolitik auf Bundesebene verursacht wurden, bei der praktisch von heute auf morgen die für Steyr äußerst negative Umstellung von der Gewerbesteuer auf die Kommunalsteuer verwirklicht wurde, die einen massiven Einnahmenentfall für die Stadt zur Folge hatte.

Hinzu kam, daß der Strukturanpassungsprozeß bei Steyr-Daimler-Puch noch immer in Gang war, und auch von daher die Einnahmenseite der Stadt stark unter Druck stand.

Alles in allem standen damals die Vorzeichen für unsere Stadt wirklich nicht günstig. Und das ist, meine Damen und Herren, immerhin erst knapp 5 Jahre her.

Heute, anlässlich der Präsentation des Budgetvoranschlages für 1999, bietet sich ein völlig anderes Bild.

Die Gewitterwolken von damals haben sich verzogen, zumindest fast alle, über Steyr scheint seit einiger Zeit wieder die Sonne, und in letzter Zeit sogar recht intensiv.

Vor allem was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft und ich möchte dafür einige Beispiele anführen:

Eine von der Wirtschaftskammer Oberösterreich kürzlich vorgelegte Kaufkraftstromanalyse weist für Steyr ein aktuelles Kaufkraftpotential von 2,451 Milliarden Schilling aus.

Das bedeutet im Vergleich zur Untersuchung vor 5 Jahren eine neuerliche Steigerung um 230 Millionen.

Mit den mehr als 1,1 Milliarden Schilling an Zuflüssen aus anderen Kommunen und bei gleichzeitigem Abzug der Abflüsse von 395,7 Millionen beträgt die tatsächlich in der Stadt Steyr wirksam werdende Kaufkraft, laut aktueller Handelsstudie, daher mehr als 3,2 Milliarden Schilling, was einen Anstieg um 292 Millionen bedeutet und eine Deckungsquote von 133,4 %, dabei handelt es sich um den Saldo aus Zuflüssen minus Abflüssen in % des Kaufkraftpotentials.

Diese Untersuchung zeigt also ganz klar, daß sich die Attraktivität Steyrs als Einkaufsstadt in den vergangenen fünf Jahren noch weiter erhöht hat und so viel Geld wie nie zuvor in unserer Stadt ausgegeben wird.

Ein anderes Beispiel, das aber mit der überdurchschnittlich hohen Kaufkraft der Steyrerinnen und Steyrer eng zusammen hängt, sind die Durchschnittseinkommen in unserer Stadt.

Und hier zeigt ein aktuelles Ranking des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, daß Steyr bei einem bundesweiten Einkommensvergleich die Top-Position einnimmt, daß in Steyr also Arbeiter und Angestellte österreichweit im Durchschnitt am meisten verdienen.

So beträgt das sogenannte Median-Einkommen, was bedeutet, daß 50 % mehr und 50 % weniger verdienen, der österreichischen Arbeitnehmer, Männer und Frauen, 1997 in Österreich 23.462 Schilling brutto im Monat (inkl. aliquoter Anteil Urlaubs- und Weihnachtsgeld).

In Steyr hingegen liegen wir mit S 27.438,--, also um S 4.000,-- pro Monat mehr als der Durchschnittswert in Österreich, hier an der Spitze in unserer Republik.

Das ist natürlich auch Ausfluß der Unternehmensstruktur in unserer Stadt, in der viele große Betriebe mit relativ hohem Lohnniveau beheimatet sind.

Vor allem sind diese Zahlen aber ein klares Indiz für den Wohlstand in unserer Stadt und dafür, daß trotz der Krisenjahre ein überdurchschnittlich hohes Lohnniveau erhalten geblieben ist, von dem in

Form von Kaufkraft ja der Handel und alle Dienstleister in Steyr ebenfalls unmittelbar profitieren. Und weil ich gerade den Handel erwähnt habe, möchte ich Ihnen auch aus diesem Bereich eine sehr positive Meldung nicht vorenthalten, die vom renommierten Institut "RegioPlan" stammt, das bei einer aktuellen Erhebung der 20 besten Geschäftsstraßen Österreichs den Steyrer Stadtplatz und Grünmarkt sensationell auf Rang 9 eingestuft hat.

Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, daß diese Steyrer "Einkaufsmeile" somit nachweislich zu den absoluten Top-Einkaufsstraßen im gesamten Bundesgebiet zählt, wozu ich den Innenstadtkaufleuten bei dieser Gelegenheit nur herzlich gratulieren kann.

Wie positiv die wirtschaftliche Entwicklung der Unternehmen in unserer Stadt derzeit verläuft, sieht man exemplarisch aber etwa auch am Steyrer Software-Haus Systema, das aufgrund des Erfolges heuer neuerlich seine Firmenräumlichkeiten vergrößert hat und mittlerweile österreichweit zum Marktführer für EDV-Lösungen im Gesundheitswesen aufgestiegen ist.

Aber auch der Gußteile-Erzeuger SLR, der heuer sein 10jähriges Firmenjubiläum beging, ist ein gutes Beispiel dafür.

Derzeit werden 10.000 Jahrestonnen Jahresgußeisen, in dem kleinen Gußwerk, erzeugt. Das ist viermal soviel wie der Ausstoß der beiden Gußwerke aus der Steyrer Daimler Puch Zeit. Dazu kommt, daß diese Unternehmen mittlerweile von den neuen Eigentümern gekauft wurde, bisher war es ja nur gepachtet, daß dort große Investitionen getätigt werden und der Plan besteht den Ausstoß und auch die Belegschaftszahlen zu verdoppeln.

Und besonders erfreulich ist natürlich die Ankündigung des Aufsichtsratsvorsitzenden von SNF, der kürzlich bei der Wiedereröffnung des alten und nun neuen Gußwerkes erklärt hat, daß hier eine weitere Milliarde Schilling investiert wird und, daß die Ausweitung der LKW-Produktionsanlagen dazu führen wird, daß man eine Aufstockung auf 17.000 LKW's pro Jahr ins Auge faßt. D.h., meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir es in einem Zeitraum von 10 Jahren mit der siebenfachen Stückzahl, gegenüber 1998, zu tun haben. Ich muß dazu sagen, daß die Fertigungstiefe natürlich reduziert wurde, daß dort eine enorme Produktivität herrscht, aber der siebenfache Ausstoß an LKW's ist ein Fakt, schon im nächsten Jahr. Hinzu kommt noch die Produktion von 25.000 Fahrerhäusern. Eine gewaltige Leistung die hier vollbracht wird und natürlich wird man, trotz aller Rationalisierungsbemühungen, nicht umhin kommen, auch zusätzliches Personal dafür einzustellen. Das ist also auch ein Hoffnungsschimmer. Nicht nur ein Hoffnungsschimmer sondern eine ganz klar begründete Erwartung für die zukünftige, zumindest mittelfristige, Entwicklung. Nicht zu vergessen BMW. Ein Betrieb der uns schon in schwierigen Zeiten darüber hinweggeholfen hat, daß wir durch die Veränderungen, die in der Steyrer Industrie stattgefunden haben, nicht am Boden aufgeschlagen sind. Bei BMW gibt es eine Mittelfristplanung, die jedenfalls davon ausgeht 700.000 Motoren zu erzeugen. Ein ganz besonderes Highlight möchte ich in diesem Kreis auch noch einmal in Erinnerung rufen, weil es ja leider in der Regel zu sehr in der Öffentlichkeit untergeht. Wir können heuer schon besonders stolz sein, daß es das erste Mal gelungen ist, in einem Straßenrennen, also beim härtesten Test den es gibt, das erste Mal in der Geschichte des Automobils, im April dieses Jahres hat ein Dieselmotor, ein Dieselmotor aus Steyr, den Benzin-Otto-Motor geschlagen. Eine tolle Entwicklungsleistung, wo man das wirklich fast mit solchen Erfindungen, wie der des Tabernakel-Verschlusses, vergleichen kann. Eine tolle, epochemachende Leistung, die hier aus der Entwicklungsabteilung unseres BMW-Werkes in Steyr hervorgegangen ist. Es ist übrigens dieser Erfolg dann in Barcelona wiederholt worden.

Diese ausgewählten Beispiele, meine Damen und Herren, die sich noch fortsetzen ließen, sind natürlich nur ein kleiner Ausschnitt aus dem breiten Spektrum an positiven Leistungen und Ergebnissen in unserer Stadt. Sie machen aber eines doch sehr deutlich:

Wir haben in Steyr wieder, muß ich dazu sagen, ein Investitionsklima, das sich sehen lassen kann. Wir haben in unserer Stadt eine beispielhafte Binnenkonjunktur. Dies trotz hoher Löhne und Gehälter, weil hohe Qualifikation und Leistungsbereitschaft = höchste Produktivität, in Wirklichkeit

die entscheidenden Kriterien für dieses Investment auch der Internationalen Großkonzerne sorgen. Und wir haben, meine Damen und Herren, was mindestens ebenso wichtig ist, in unserer Stadt wieder das Vertrauen in die eigenen Stärken und Fähigkeiten zurückgewonnen.

Die Stadt, wir als Stadtverwaltung, meine Damen und Herren, haben dazu einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet.

In Form von direkten finanziellen Beiträgen bzw. Investitionen der Stadt, in Form von Förderkulissen, die wir angesprochen haben und die in Steyr in beträchtlichen Summen, Stichwort FAZAT, Fachhochschule, Profactor, Ris und Fernstudienzentrum, auftragswirksam wurden. Aber nicht nur deswegen ist das entscheidend, sondern ich glaube, daß dieses Signal, welches vom Wehrgraben jetzt wieder ausgeht, von diesen Bildungs-, Weiterbildungs- und Forschungseinrichtung, noch viel wichtiger ist und der Stadt für die Zukunft in hohem Maße dienlich sein wird, und daß von dort aus neue Impulse kommen. Forschen heute, meine Damen und Herren, heißt Arbeitsplätze von morgen, heißt Wohlstand von übermorgen. Das ist eine Formel von der ich überzeugt bin, daß sie zutrifft und wir haben es geschafft, diese Formel auch in kurzer Zeit umzusetzen. Ich möchte nicht vergessen, daß ein anderes Kriterium auch maßgeblich gewesen ist, nämlich die Form der administrativen Umsetzung und der behördlichen Unterstützung bei Behördenverfahren. Ob es Bau- oder Anlagebewilligungsverfahren waren. Sie sind bares Geld wert, wenn Investitionssummen von Milliarden im Spiel sind. Es ist nicht gleichgültig, ob es Jahre, oder ob das, wie bei uns, in ganz wenigen Wochen über die Bühne geht. Je eher solche Betriebe in Arbeit gehen können, je besser ist auch die Ertragssituation und die Rendite einer solchen Investition und das, meine Damen und Herren, spricht sich auch herum. Und zwar nicht nur in unserer Stadt sondern auch weit darüber hinaus, auch über die Grenzen hinaus. Wir haben hier auch ausgezeichnete Botschafter, wenn ich nur unseren Herrn LH-Stellvertreter Leitl zitieren darf, als Wirtschaftslandesrat, der mit dieser Botschaft bis Brüssel geht oder besonders auch darauf hinzuweisen, daß die Herren Vorstandsdirektoren von BMW Steyr das nicht im kleinen Kammerl abgehandelt haben sondern sehrwohl bei jeder Gelegenheit, auch in München, darüber geredet haben und daraus leiten wir auch ab. Und ich glaube berechtigt, daß es auch in Hinkunft zu weiteren Investitionen kommen wird.

Dieses besonders investitionsfreudige und gleichzeitig wirtschaftsfreundliche Klima, das in Steyr derzeit besonders deutlich zum Ausdruck kommt, hat den unschätzbaren Vorteil, daß wir uns als Stadt nunmehr tatsächlich wieder auf die großen strategischen Investitionen konzentrieren können, die wir ja auch in diesem Budget vorsehen und über die heute noch zu reden sein wird. Wir können aber auch private Investitions-Projekte, die ebenfalls zu einer weiteren Verbesserung der Infrastruktur unserer Stadt beitragen, wie etwa das derzeit in Planung befindliche Großkinoprojekt oder das an der Dukartstraße geplante neue Gesundheitszentrum lediglich ermöglichen müssen. Wir sind nicht immer diejenigen, die das Projekt auch tragen müssen. Ich glaube, daß wir gerade diesen Aspekt stärker in unsere Politik miteinfließen lassen müssen, daß wir privates Kapital für Infrastruktureinrichtungen, Gemeinschaftsleistungen in einem bestimmten Sektor, die sich natürlich für die privaten Geldgeber rechnen müssen, auch durchaus in die Politik einbeziehen und solche Projekte ermöglichen sollen.

Auf diese Entwicklung, auf dieses Klima, so meine ich, können wir daher zu Recht stolz sein. Nicht zuletzt auch deshalb, weil uns diese Trendwende gelungen ist, ohne daß wir uns deshalb als Stadt ins uferlose verschuldet haben.

Vielmehr war und ist das Gegenteil der Fall. Haben wir doch in Erinnerung, daß wir keine Neuverschuldung eingegangen sind.

Wir haben sogar, wie auch jetzt wieder beim Nachtragsvoranschlag 1998 sehr deutlich geworden ist, unseren Schuldenstand Schritt für Schritt verringert und werden Ende des Jahres, seit vielen Jahren wieder, unter der 700 Millionen-Grenze zu liegen kommen.

Weil wir aber für den Bürger keine Leistungen zurückgenommen haben, sondern für sie sogar noch die eine oder andere neue zusätzlich übernommen haben, meine Damen und Herren, war dies unter

anderem nur deshalb möglich, weil wir unsere Effizienz oder wenn sie so wollen unsere Produktivität im Hause Magistrat weiter gesteigert haben. Und zwar keineswegs im maginalen Bereich.

Wir erledigen vielmehr die in den letzten Jahren um einiges noch aufgestockten Aufgaben mit rund 5 % weniger Personal und mit Personalkosten, die, und jetzt hören sie bitte wieder einmal sehr genau hin, trotz der jährlichen, kollektivvertraglichen bzw. gesetzlich festgelegten Besserstellungen zwischen 1994 und 1997, also vier Jahre lang, gleichgeblieben und erst 1998 wieder leicht angestiegen sind sowie angesichts des aktuellen Gehaltsabschlusses für unsere Magistratsbedienstete im Ausmaß von 2,5 % auch für 1999 etwas ansteigen werden. Wenn wir uns Unternehmungen ansehen, zum Vergleich in der Privatwirtschaft, so wäre wohl jeder Unternehmer froh darüber, wenn ihm das gelänge, ohne Leistungsrücknahme und ohne Personalabbau.

Und in diesem Zusammenhang möchte ich gleich auch noch einen weiteren, in der öffentlichen bzw. medialen Diskussion besonders sensiblen Bereich ansprechen, und das sind die Gebühren, über die wir heute schon das Vergnügen hatten zu diskutieren. Und ich meine, daß wir hier alle, jeder einzelne Mandatar, in der Verantwortung sind, die Diskussion ehrlich führen müssen. Gerade aus dieser Verantwortung heraus sage ich klipp und klar, daß Gebührenerhöhungen, Gebührenanpassungen in bestimmten Abständen einfach notwendig sind. Jeder, der etwas anderes behauptet, schwindelt sich in Wahrheit an der Realität vorbei.

Wir müssen einfach als Kommune bei Dienstleistungen, wie der Müllentsorgung, der Wasserversorgung bzw. der Kanalentsorgung oder auch anderen Dienstleistungen ausgeglichen bilanzieren und finanzieren. Da hilft uns kein Herumgerede. Das hat uns auch der Rechnungshof ins Stammbuch geschrieben. Und das Land macht von der Erfüllung dieser Vorgabe überhaupt die Zuweisung der Subventionen und Bedarfszuweisungen abhängig.

Eine ausgeglichene Bilanz bei diesen Dienstleistungen, meine Damen und Herren, hat aber noch einen weiteren Vorteil. Sie bildet nämlich die Basis dafür, daß wir bei der Kinder- und Altenbetreuung, wie ich heute schon sagte, sowie beim öffentlichen Verkehr weiterhin jene Millionenbeträge zuschießen können, die notwendig sind, um das derzeitige Angebot, auf das wir stolz sind und das wir nicht reduzieren wollen, auch aufrechterhalten können. Drehen wir es aber um, stützen wir in Hinkunft also die Wasser- und Kanalgebühr sowie die Kosten für die Müllentsorgung, dann muß uns klar sein, daß wir die Zuschußleistungen für die Kinder und Senioren wie auch für den öffentlichen Linienverkehr entsprechend stark zurücknehmen müßten. Ein Weg, den wohl keiner von uns wirklich gehen möchte.

Denn, und da sind wir uns ja im Prinzip alle einig, das dichtgeknüpfte Netz an sozialen Leistungen in unserer Stadt soll erhalten bleiben, das hohe Niveau an Betreuungs- und Pflegemöglichkeiten für alt und jung muß gehalten werden, und auch die Hilfe und Unterstützung für sozial Schwache und Bedürftige soll nicht verringert werden.

Allerdings, und da warne ich nicht nur als Finanzreferent sondern auch in meiner Verantwortung als Bürgermeister, dürfen wir, bei allem guten Wollen, den finanziellen Bogen auch in diesem Bereich nicht überspannen. Denn die Kommunen sind, speziell auch was das soziale Infrastruktur-Angebot betrifft, an den Grenzen ihrer Finanzierungsmöglichkeiten angelangt bzw. haben diese zum Teil schon überschritten. Und die der Stadt Steyr, vom Land OÖ für 1999 vorgeschriebene weitere, massive Erhöhung der Transferzahlungen für den Sozial- und Gesundheitsbereich ist dafür das beste Beispiel.

Es kann ganz einfach in Zukunft nicht mehr so sein, und da weiß ich mich in Übereinstimmung mit dem Linzer und Welser Bürgermeister, daß seitens des Landes von den Städten ständig neue, zusätzliche Leistungen im Sozialbereich gefordert oder ihnen, wie etwa die neuen Richtlinien für

Pflegeheime, verordnet werden und über kurz oder lang die Kosten dann zur Gänze oder zu einem wesentlichen Teil bei den Kommunen hängen bleiben.

Dieses Spiel werden die Statutarstädte ganz sicher nicht mehr lange mitspielen, und in diesem Fall geht es ganz sicher nicht um das Wollen bzw. den guten Willen, im Sozialbereich noch weitere Angebote zu machen oder bestehende auszubauen, hier geht es vielmehr um unsere Verantwortung für das gesamte Finanzgefüge einer Stadt, das durch ein Zuviel an Belastungen aus einem Teilbereich komplett aus den Fugen geraten kann.

Ganz sicher nicht aus den Fugen geraten, meine Damen und Herren, ist der Budgetvoranschlag für das Rechnungsjahr 1999, der Ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegt und dessen wesentlichste Eckdaten, Zahlen und Fakten ich Ihnen nunmehr im Detail kurz erläutern darf.

In der Fassung des Abänderungsantrages, den ich dann noch stellen werden, sieht der Budgetentwurf für das Rechnungsjahr 1999 einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt in Höhe von 973,597 Millionen und einen außerordentlichen Haushalt in Höhe von 197,032 Millionen vor. Der Gesamtbudgetrahmen beträgt somit 1.170,629 Millionen und liegt somit wie in den Vorjahren über der Milliardengrenze.

Im Vergleich zum Rechnungsjahr 1998 bedeutet dies eine Erhöhung des Ausgabenrahmens im ordentlichen Haushalt um 39 Millionen oder 4,2 % sowie eine Erhöhung im außerordentlichen Haushalt von 4,6 Millionen oder 2,4 %.

Nicht zuletzt aufgrund der von mir angesprochenen massiven Mehrbelastung durch das Land für Transferzahlungen im Sozial- und Gesundheitsbereich in Höhe von letztendlich rund 18 Millionen Schilling war eine ausgleichende Einnahmenssteigerung unmöglich, weshalb zur Finanzierung des ordentlichen Haushalts 7 Millionen Schilling aus den in den letzten Jahren massiv aufgestockten Rücklagen entnommen werden mußte.

Mit 2,4 % steigen die Personalkosten für die Beschäftigten in einem vertretbaren Rahmen. Nimmt man ihren Anteil am ordentlichen Haushalt als Kenngröße, sind sie 1999 mit 28,82 % gegenüber 29,32 % im Budget 1998 sogar leicht rückläufig, stellen mit 280,6 Millionen naturgemäß aber trotzdem den größten Ausgabenposten im ordentlichen Haushalt dar.

Für Pensionen sind 54,9 Millionen und für die Bezüge der politischen Mandatäre 16,1 Millionen budgetiert.

Mit 4,3 %, ebenfalls im Rahmen, bewegt sich die Steigerungsrate beim Verwaltungs- und Betriebsaufwand, der mit 230,9 Millionen präliminiert wurde.

Was den Schuldendienst betrifft, so tritt von 1998 auf 1999 eigentlich keine Veränderung ein. Wir haben für 1999 dafür einen Betrag von 103,67 Mio. vorgesehen, und im Budget 1998 sind für den Schuldendienst 103,56 Mio. präliminiert gewesen. Diese grundsätzlich positive Entwicklung können wir nicht nur deshalb verzeichnen, weil wir unsere Schulden Schritt für Schritt verringern; sie ist vielmehr auch Ausfluß unserer konsequenten Finanzpolitik, das Finanzmanagement der letzten Jahre, bei dem es uns gelungen ist, wirkliche Top-Konditionen für unsere Darlehen zu bekommen, von denen ein Privater nur träumen kann.

Ich darf nun zum außerordentlichen Haushalt kommen:

Im außerordentlichen Haushalt wurden 197,032 Millionen veranschlagt. 46,8 Millionen davon sind für Investitionen im Straßen- und Brückenbau reserviert sowie weitere 21,4 Millionen für den Kanalbau

Für die Fortsetzung der Hallenbad-Modernisierung sind 14 Millionen vorgesehen, für Wirtschaftsförderung stehen 11 Millionen bereit, und für die neue Volksschule Resthof sowie das in Planung befindliche neue Alten- und Pflegeheim Münchenholz sind jeweils 10 Millionen im AOH präliminiert.

Weitere hohe Finanzierungspositionen sind für die Stadtwerke (8,8 Mio. Kapitaleinlage), die Wohnbauförderung (6 Mio.), den Neubau Kindergarten Munichholz (5 Mio.) sowie die Modernisierung der städtischen Bücherei (5 Mio., 1. Etappe) festgeschrieben.

Für die Finanzierung werden Rücklagen in Höhe von 36,1 Millionen aufgelöst sowie 91 Millionen an Darlehen aufgenommen. Weitere 44 Millionen werden durch Landes- und Bundeszuschüsse finanziert und 26 Millionen durch Vermögensveräußerungen.

Damit weist der Budget-Entwurf einen Rücklagenstand per Ende 1999 von rund 71,6 Millionen Schilling und einen Schuldenstand von 705,5 Millionen auf.

In Summe, geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, ist der Budgetvoranschlag für 1999 nicht nur ein in sich schlüssiges und seriös kalkuliertes Zahlenwerk.

Das Budget der Stadt für das kommende Jahr ist bedeutend mehr.

Es ist wichtiger Impulsgeber für die heimische Wirtschaft, es ist perspektivischer Leitfaden für das kommende Jahr und darüber hinaus und es ist letztlich eine solide Arbeitsgrundlage für uns alle, die wir in dieser und für diese Stadt Verantwortung tragen.

Ich meine, und damit komme ich vorläufig zum Schluß, daß wir mit dem Budgetvoranschlag 1999 den erfolgreichen Weg der letzten Jahre fortsetzen und, daß darin alle jene Maßnahmen und Ziele festgeschrieben und finanziell gesichert sind, die notwendig sind, um die Dynamik nicht zu unterbrechen, die derzeit an allen Ecken und Enden in unserer Stadt spürbar ist, sondern sie zusätzlich noch zu verstärken.

Für eine Stadtverwaltung, die aktiv und perspektivisch für die Zukunft plant und arbeitet, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es zuwenig, etwas nicht zu verhindern.

Unser Ziel, unser gemeinsamer Anspruch muß vielmehr sein, etwas gezielt zu ermöglichen, sinnvolle, qualitativ hochwertige Projekte zu fördern und zu unterstützen sowie nicht zuletzt selbst die sich bietenden Chancen aktiv zu nutzen, wie wir es beispielsweise im Tourismus, aber etwa auch im Bereich Forschung und Bildung schon mit sehr gutem Erfolg tun.

In diesem Sinne darf ich sie ersuchen, dem Budgetvoranschlag 1999 der Stadt Steyr in der Fassung des Abänderungsantrages ihre Zustimmung zu geben und hoffe sehr, daß eine möglichst breite Mehrheit des Gemeinderates diesem Ersuchen auch nachkommen wird.

Ich darf ihnen nunmehr, meine Damen und Herren, den Antrag vortragen.

9) Fin-100/98 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1999.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1999 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 972.610.000,-- und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 188.532.000,-- ausgeglichen,

- im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

- a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen „Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages“.
- b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 60.847.000,-- und der des Steyrer Versorgungsbetriebes mit insgesamt S 136.380.000,--, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 18.025.000,--, der Investitionsplan des Versorgungsbetriebsverbundes mit S 19.640.000,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträge in Höhe von insg. S 97.200.000,--, der Investitionsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit S 2.000.000,--, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. (GWG), der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v. H.

Nunmehr darf ich ihnen noch den gemeinsamen Abänderungsantrag der nachfolgenden Unterfertigten im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen zum Vortrag bringen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, Fin-100/98, Mag.Le/ha vom 10.11.1998, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 19.11.1998, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1999 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 972.610.000,-- mit S 973.597.000,-- und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 188.532.000,-- mit S 197.032.000,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, daß sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben nicht möglich sind.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages 1999 bleiben unverändert. (Beilage)

Dieser gemeinsame Abänderungsantrag ist unterschrieben von der SPÖ-Fraktion, von der FPÖ-Fraktion, von der ÖVP-Fraktion und von der GAL-Fraktion.

Frau Vorsitzende Vizebürgermeisterin ich bitte das Budget nunmehr in die Debatte zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke unserem Finanzreferenten für die ausführliche Berichterstattung und erteile als erstes Herrn StR Bremm das Wort.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, wertere Vertreter der

Presse. Ich glaube, und man spürt es heute auch ein bißchen, es hat schon spannendere Budgetsitzungen und -debatten gegeben. Der ORF geht mir auch etwas ab, er war auch schon einmal da. Es widerspiegelt sich eigentlich ein bißchen in der ganzen Situation. Für uns als Mehrheitsfraktion hat sich aber nichts geändert, von den spannendsten Budgetdebatten bis zur heutigen, wo wahrscheinlich absehbar ist, daß eine breite Zustimmung zum heurigen Budget kommen wird. Wir haben als Mehrheitsfraktion immer die Verantwortung übernehmen müssen und die Verantwortung auch übernommen, in guten sowie auch in nicht so guten Zeiten. Wenn man die Zeit etwas zurückdreht, hat es natürlich auch schon schwierigere Zeiten gegeben wo die Einnahmen für die Stadt wesentlich schlechter und geringer waren, als sie sich heute abzeichnen, wo wir Sparbudgets beschließen mußten, wo hier im Hause Sparprogramme verordnet werden mußten, so sind wir heute doch in einer wesentlich besseren Situation. Ein Budget muß man eigentlich über mehreren Jahre betrachten um beurteilen zu können, ob es eine gute oder eine schlechte Budgetpolitik gibt. Wie wir auch bei uns sehen, gibt es eine Reihe von Projekten die sich über mehrere Budgetjahre hinwegziehen und somit die Spielräume für die jährliche Gestaltung ein bißchen einschränken und relativieren. Ich glaube, für uns sagen zu können, daß wir trotz schwierigen Zeiten eine gute Budgetpolitik betrieben haben, wo wir in finanziell schwierigen Zeiten vorgesorgt haben, wo wir Sparkurse eingeschlagen und auch für bessere Zeiten vorgesorgt haben, wo wir Impulse gesetzt haben, um hier aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen.

Für das heurige Budget, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird es auch für uns, als Sozialdemokraten, nichts anderes heißen, als zuzustimmen. Da hat wahrscheinlich auch niemand etwas anderes erwartet. Wobei auch wir, von unserer Seite bemerken müssen, daß nicht alle Wünsche, Anliegen und Forderungen, die wir an den Finanzreferenten gestellt haben, erfüllbar sind. Mit dem wird man sich aber abfinden können. Aber insgesamt, glaube ich, werden wir heute ein sehr gutes Budget beschließen können, das für die Stadt Steyr, für unsere Bevölkerung, wieder dementsprechende positive Entwicklungen bringen wird. Ich möchte hier einige Bereiche in meinen Betrachtungen herausnehmen. Wir haben in der Vergangenheit mit unserem Verhalten, mit unserer Politik, mit unserer Mehrheitsstimme im Verkehr auch die Impulse dementsprechend gesetzt. Wir wollen uns nicht alleine die Federn auf unser Hütchen heften, aber wenn wir mit unserer Mehrheit nicht die Budgets beschlossen hätten, dann würde so manches anders aussehen. Wenn man gerade aus diesem Fenster in Richtung Bahnhof sieht, daß hier ein großes Verkehrsbauwerk vor wenigen Tagen ihrer Bestimmung übergeben wurde und auch im kommenden Jahr wird im Budget für den Radfahrverkehr dementsprechend vorgesorgt sein.

Im Bereich Schulen haben wir auch in den letzten Monaten intensive Diskussionen geführt. Hier wäre es natürlich auch wünschenswert gewesen, und Weihnachten ist ja der Anlaß, wo man sich so manches wünscht, wir wissen aber auch, daß Weihnachten nicht alle Wünsche in Erfüllung gehen, ich glaube aber, mit dem Budget setzen wir in unserer Schulpolitik ein Signal, daß uns diese als Kommune, als Stadt, ein dementsprechendes Anliegen ist. Wir werden in verschiedenen Bereichen zusätzlich Impulse setzen, in der Betriebsausstattung. Wir haben auch ein Signal in der Einführung neuer Technologien gesetzt. Um den Schulbedarf in Steyr dementsprechend abzudecken sind auch für den Neubau Resthof Budgetansätze hier. Wir hoffen doch, daß wir in absehbarer Zeit mit dem Land OÖ, in der Frage der Förderung, rasch vorankommen um dieses für uns wichtige Projekt beginnen und realisieren zu können.

Auch im Kulturbereich gibt es wieder einige zusätzliche Impulse. Gerade in den letzten Jahren haben wir im Kulturbereich viele Wünsche und Bedürfnisse abdecken können. Wenn man alleine an die große Investition „Jugendkulturhaus“ denkt. Für das kommende Jahr hoffen wir, und die budgetierten Mittel sind vorgesehen, daß wir auch die Bücherei umsetzen und realisieren können, daß das auch den heutigen Anforderungen entspricht. Darüber hinaus gibt es auch im Förderungsbereich für unsere Kulturvereine zusätzliche Mittel.

Im Sozialbereich, wie das auch unser Herr Bürgermeister erwähnte, haben wir in den vergangenen Jahren eine erfolgreiche Politik betrieben. Wir haben hier in vielen Bereichen Projekte umgesetzt, die für die Jüngsten in unserer Stadt bis hin zu den Senioren eine wesentliche Verbesserung gebracht hat. Alleine die Sanierung der Kindergärten, die hinter uns ist, und den Neubau, den wir im nächsten Jahr seiner Bestimmung übergeben werden. Im Münichholz wird also ein neuer Kindergarten entstehen und im Budget sind auch die Mittel für ein Fortschreiten und ein Beginnen für das APM vorgesehen. Wir hoffen auch, daß wir das in den nächsten Jahren, weil das ja nicht in einem

Budgetjahr realisiert werden kann, realisieren können.

Es gäbe natürlich in jedem einzelnen Bereich eine Menge an positiven Veränderungen anzuführen. Im Wirtschaftsbereich können wir, glaube ich, als Stadt Steyr auch stolz sein. Es wird der Beitrag der Stadt, der Beitrag, den wir in der Wirtschaftspolitik geleistete haben, auch überall sehr positiv gesehen. Wir sind ein attraktiver Standort für internationale Konzerne geworden. Wir hoffen aber auch mit den Ansätzen, die wir für andere, für kleinere Betriebe, für einen gesunden Mix in unserem Gewerbebereich wünschen, daß wir hier auch erfolgreich sein werden. Die Vorkehrungen haben wir im heurigen Stadtentwicklungskonzept ja niedergeschrieben und auch die Beschlüsse dazu gefaßt. Ein Bereich der mich natürlich auch persönlich freut ist der Sportbereich. Es ist im heurigen Budget ein starkes Signal in Richtung der Sportvereine unserer sporttreibenden Jugend gegangen. Es sind im Budget zusätzliche Mittel vorgesehen um der Jugendförderung und auch dem Spitzensport, nicht dem Profisport, stärker helfen zu können. Wir werden auch im kommenden Jahr noch die Diskussion über neue Sportförderungsrichtlinien führen, damit auch dort die Möglichkeiten bestehen. Ein wesentlicher Schritt im Sportbereich ist auch mit der Standortanalyse, mit der Studie, die Prof. Breitling im heurigen Jahr durchgeführt und im Herbst präsentiert hat, gesetzt worden. Auch in diesem Bereich wollen wir in den nächsten Jahren dieses große Projekt umsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Insgesamt kann man noch einmal sagen, wir haben eine erfolgreiche Budgetpolitik hinter uns. Ich glaube mit dem heurigen Budget, daß wir heute beschließen, werden auch im kommenden Jahr neue Impulse gesetzt.

Ich möchte abschließend den Dank an die Finanzabteilung und den Beschäftigten der Finanzabteilung, für die Aufbereitung des Zahlenwerkes, aber im Besonderen für die ganze Vorbereitung, die ja für uns ein ganz wichtiger Bereich ist, übermitteln. Ich möchte auch allen Beschäftigten des Unternehmens Magistrat hier den Dank übermitteln, denn nur durch ihre Hilfe, durch ihre Unterstützung ist es möglich, diese Beschlüsse, die wir auf politischer Ebene setzen, auch umzusetzen. Es widerspiegelt auch den Erfolg, wie gut unsere Magistratsbeschäftigten auch arbeiten. Ich glaube, das ist auch gerade in den letzten Jahren wieder mehr bewiesen worden, daß ein dementsprechendes Engagement und eine Motivation bei unseren Beschäftigten vorhanden ist und ich möchte den Magistratsdirektor ersuchen, diesen Dank an die Beschäftigten, auch seitens der sozialdemokratischen Partei, auch weiterzugeben.

Abschließend, ich habe es eingangs erwähnt, werden wir natürlich dem Budget zustimmen und es würde uns freuen, wenn heute wirklich alle Parteien diesem Budget zustimmen könnten. In guten Zeiten ist es eh ein bißchen leichter. Vielleicht wird es auch so manch anderer Partei möglich sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr StR Bremm. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Stadt- und Gemeinderates, sehr verehrte Gäste.

Seit Jahren der emotionellen Budgetverhandlungen hat sich dieses Jahr die sachliche Diskussionsgrundlage bei den Verhandlungen zum Haushaltsvoranschlag 1999 bewährt. Ich bedanke mich auch dafür.

Trotz unterschiedlicher Positionen und Absichten hat das konstruktive Element diesmal die Oberhand behalten.

Aber auch hier gibt es zwei Seiten. Zuerst das weniger Erfreulichere. Es wird aus unserer Sicht, wie im Bund, versucht, den Haushalt lediglich auf der Einnahmenseite zu korrigieren. Der Steyrer Bevölkerung steht somit ab dem 1.1.1999 eine Belastungswave ins Haus. Die Steyrer Durchschnittsfamilie muß jährlich S 1.630,50 mehr an Gebühren, Tarifen und Kommunalabgaben berappen. Alleine die angeführten Punkte wie Kanalanschlußgebühr, Kanalbenützungsgebühr, Müllbeseitigungsgebühren, Wassergebühren, Anschlußgebühren, Essen auf Rädern, Bestattung, Tarife des öffentlichen Gutes über den Gemeindegebrauch hinaus, Kindergärten sind noch nicht fixiert, Mietpreise bei Gemeindewohnungen, Betriebskosten, dann kommt als neue Steuer die sogenannte

fiktiven Aufschließungskosten ab dem nächsten Jahr dazu, bringen eine enorme Belastung für die Bevölkerung. Besonders aber auch die noch nicht ausverhandelten Tarife für die Städtischen Kindergärten bringen aber dennoch nur eine ca. 10%ige Deckung der anfallenden Kosten. Private Kindergärten werden und wurden mit Gesamtjahressubventionen, wir erinnern uns daran, zwischen S 30.000,-- und S 100.000,-- pro Jahr und Kindergarten, gefördert. Unsere städtischen Kindergärten, im Vergleich dazu, benötigen einen Zuschuß von knappen S 30.000,-- pro Kind und Jahr. Hier stimmt etwas nicht im System. Aber hier will man erst eine Kostenrechnung einführen.

Die Freiheitlichen geben hier eine klare Linie vor.

Alle Erhöhungen, Tarifanpassungen müssen einer seriösen Kalkulation standhalten.

Tarifanpassungen über den Index hinaus werden von unserer Seite her keine Zustimmung erhalten.

Dem gegenüber steht aber bei den größten Ausgabeposten, Personal und Verwaltung, wiederum eine satte Steigerung, gegenüber dem Rechnungsabschluß 1997, ins Haus.

Bei den Personalausgaben haben wir eine Steigerung von Iststand S 258.682.458,-- auf S 280.597.000,--. Dies bedeutet eine Zunahme der Personalkosten vom letzten Rechnungsabschluß 1997 auf den VA 1999 von S 21.914.542,00 oder um 8,49 %.

Diese Personalzahlen gelten aber ohne den pseudoausgegliederten Betrieben wie GWG, APT und Stadtwerke.

Die Kosten für den Verwaltungs- und Betriebskostenaufwand steigen in diesem Zeitraum von S 184.244.844,76 auf S 201.849.000,00. Hier beträgt die Steigerung sogar S 17.604.156,04 und in Prozenten ausgedrückt 10,96 % in diesem Zeitraum.

Was die freiheitliche Gemeinderatsfraktion hier besonders dabei stört ist, daß es hier lediglich ein Fortschreiben von Budgetkennzahlen gibt und der sogenannte freie Finanzspielraum weiter eingengt wird. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Vielen von uns und ich denke, daß es ihnen bei den Verhandlungen auch so ergangen ist, daß der Stadt der nötige Spielraum, die Luft, für wichtige Aktivitäten fehlt. Wichtige Verbesserungen können in jedem Bereich nicht angegangen werden, weil das Geld hinten und vorne fehlt.

Mir kommt das irgendwie so vor wie der Zug der Lemminge. Alle sind in eine Richtung unterwegs, alle die einmal laufen, gehen in Richtung Klippe und jeder der sich dagegenstellt ist ein Störefried. Bei der heutigen Diskussion über die massiven Erhöhungen bei den Müllgebühren, wo wir um 36 % diskutiert und mehrheitlich gegen unsere Stimme beschlossen haben, da darf der Zweifel erhoben werden, ob die geeigneten Reformpotenziale, gerade bei der SPÖ, vorhanden sind, ob diese Absichtserklärung, die ja Gegenstand unserer Zustimmung mit für das Budget 1999 ist, auch tatsächlich mit Leben erfüllt wird.

Bei den Einnahmen wird man hoffentlich nicht die Rechnung ohne den „Wirt“ gemacht haben. Die Getränkesteuer wird ja voraussichtlich durch ein Urteil des europäischen Gerichtshofes aufgehoben, was hohe Einbußen für die Gemeinden zur Folge haben könnte. 25 Millionen Schilling sind auf der Einnahmenseite budgetiert. Ein eventueller Ausfall ist hier nicht berücksichtigt.

Wir Freiheitliche sind der festen Überzeugung, daß der Handlungsspielraum aber nur über die Ausgabenschiene zu korrigieren ist. Wie im Bund müssen auch die Länder, die Städte hier ihr System überdenken.

Es müssen Reformen her. Wir wollen Verwaltungsreformen, die echte Reformen sind. Wir wollen kein Köpfezählen, wie es die Gewerkschafter tun, sondern eine qualitätsbewußte, bürgerorientierte Verwaltung. Wir wollen damit den Bürger nicht als Bittsteller und Antragsschreiber, sondern als gleichwertigen Partner in die Verwaltung einbeziehen. Wir wollen keine pragmatisierten, Verwaltungsbeamte, sondern auf Leistung bezogene Partner. Wir wollen, daß der Bürger sich nicht mehr im Dschungel der verschiedenen Amtsstuben mühselig den richtigen Ansprechpartner suchen muß sondern, daß ein Servicezentrum errichtet wird, wo von jeder Abteilung ein kompetenter Mann oder Frau vor Ort sitzt und die notwendigen Aufgaben sofort erledigt. Zielorientiertes Arbeiten. Wir wollen aber auch keine spontanen Aktionen. Alle Aktivitäten und Ausgaben müssen mit einer

Folgekostenberechnung versehen werden. Wir halten nichts, und das sage ich auch ganz offen, vor Verhandlungsbeginn, weil der schwierige Teil des Budgets wird ja noch kommen, wenn im Frühjahr die Verhandlungen über eine echte Verwaltungsreform beginnen, von Unterausschüssen, wo zwei Jahre lang geredet wird und dann nichts dabei herauskommt. Dafür gebe ich mich nicht mehr her. Das haben wir hinter uns. Ich denke, daß auch Spitzenbeamte lernen müssen, daß sie in ihrer Form nur überleben können, wenn sie sich für Veränderungen offen halten. Unser Freund, der Herr Dr. Alphasamer, nickt. Stichwort Zulagenänderung.

Eine Zustimmung zu einem Haushaltsvoranschlag bedeutet aber auch eine Zustimmung zumindest auch eine Mittragung einer politischen Linie. Wir haben daher diese schriftliche Vereinbarung eingefordert, die in einer Absichtserklärung eine grundlegende Verwaltungsreform zur Aufgabe hat.

Das Ziel der Freiheitlichen besteht darin, aus dem Titel Verwaltungskosten, (Personal und Sachaufwand) Einsparungen in der Höhe von 3 % gegenüber dem Voranschlag 1998 zu lukrieren.

Darüber hinaus haben sich in den verschiedenen Aufgabenverteilungen im Stadtsenat Verbesserungsnotwendigkeiten gezeigt. Auch darüber wollen wir diskutieren.

Von den erzielten Verhandlungserfolgen sind aus unserer Sicht folgende Punkte herauszustreichen.

Eine 1. Million im außerordentlichen Haushalt, eine 1. von 2 Millionen für den Neubau des Landestierschutzhauses Steyr.

Bei der Umsetzung des Radwegekonzeptes werden zusätzliche 1 Million für direkte Baumaßnahmen für das Radverkehrskonzept vorgesehen.

S 200.000,-- sollen für begleitende Maßnahmen im Marketingbereich kommen. S 500.000,-- zusätzlich für das Anruf-Sammel-Taxi, S 300.000,-- für ein Werbekonzept Verkehrsbetriebe und schließlich S 100.000,-- für ein Freibadkonzept.

Darüber hinaus wird im Investitionsplan der Stadtwerke Steyr der Ankauf von 3 weiteren Midibussen mit Lieferdatum 10/99 festgeschrieben. Vorfinanziert aus einem Betriebsmittelkredit der Stadtwerke Steyr, im Haushaltsvoranschlag 2000 ist eine Refundierung der Kosten vorzusehen.

Nicht aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist aber das geringe Engagement in Sachen Kultur. 5 Millionen Schilling sind im letzten Jahr für die Umgestaltung der Bücherei als erste Rate vorgesehen. Wir haben heute eine Übertragung dieser 5 Millionen Schilling vor. Es ist in dieser Angelegenheit nichts passiert. Es sind lediglich S 500.000,-- zusätzlich vorgesehen, um auf dem Kultursubventionskontos 1/3000/757000 eine Erhöhung von dem historischem Tiefstand von S 770.000,-- um S 500.000,- zu erhöhen. Dieses Konto wurde aber, ich darf daran erinnern, in den letzten Jahren sukzessiv von S 1,650.000,-- reduziert. Der Kulturausschuß muß sich daher weiter, bei sehr ungünstigen Rahmenbedingungen, das Wenige an Kulturschaffende und Aktionen verteilen. Für größere Überlegungen bleibt hier kein Spielraum. Auch die grundlegende Diskussion, wieviel eine Stadt für die Kultur ausgibt, stellt man sich nicht. Alte Belastungen, die eindeutig der Liegenschaft zuzurechnen sind, wie z. B. die Kreditkosten die anlässlich des Stadttheaterumbaus gemacht worden sind, ich weiß die Jahreszahl gar nicht mehr, 20 Jahre sind es schon leicht her, schlagen noch mit S 4.150.000,-- 1999 zu Buche. Auch hier ist eine inhaltliche Durchforstung des Kulturbudgets dringend notwendig.

Sie sehen, in unserer raschlebigen Zeit sind Veränderungen angezeigt und notwendig. Diese zu erkennen und richtig zu reagieren ist Aufgabe der Politik.

Das Budget 1999 könnte ein Ausgangspunkt für eine neue, positive Zusammenarbeit, auch unter den einzelnen Fraktionen im Steyrer Gemeinderat, sein. Wenn die Absichten mit Leben erfüllt werden, so wird auch der vielzitierte Handlungsspielraum wieder attraktiver. Größere Aktivitäten für den Lebensraum Steyr, für den so notwendigen Wirtschaftsraum Steyr, aber auch, und ganz besonders, für den Kulturraum Steyr könnten damit umgesetzt werden.

Wir Freiheitliche geben mit unserer Zustimmung dem Budget, dem Haushaltsvoranschlag 1999 eine Chance und erwarten eine ehrliche und gute Zusammenarbeit im nächsten Jahr.

Eine Anmerkung zum § 51 des Stadtstatutes sei mir noch erlaubt. Ich könnte mir vorstellen, daß auch hier im nächsten Jahr die Bevölkerung noch besser einbezogen wird, daß man von dieser losen Blattsammlung des Budgets abgeht, sondern daß die Bevölkerung tatsächlich entweder über Internet oder über CD Rom, die Bevölkerung und auch die Gemeinderatsmitglieder, welche die Möglichkeit haben, hier verbessert mitarbeiten könnten.

Ein Wort noch zum Herrn Bürgermeister seiner Wortmeldung bezüglich Zusammenarbeit und Stichwort Gesundheitszentrum. Ich kann mir in Zukunft nicht mehr vorstellen, ich will es mir gar nicht vorstellen, daß man von einem Dritten, von einem Außenstehenden erfährt, daß hier bereits massive Planungen in Gang sind, auf dem Boden der Gemeinde Steyr, des Magistrates, wo wir im Vorstand der Stadt Steyr noch nie und kein einziges Mal gesprochen haben. Ein Gesundheitszentrum, da kann man dafür oder dagegen sein. Dann muß man aber die Daten, Zahlen und Absichten zuerst auf den Tisch legen. Denn man muß auch hier sehen, wenn sich dort drüben 15 Ärzte ansiedeln, bedeutet das natürlich aber auch eine gewisse Kundenorientierung vom Stadtplatz weg, von den Ärzten weg, es werden sich sicherlich dann einige dort drüben im neuen Gesundheitszentrum ansiedeln, eine massive Abwandlung von der Kundenseite her in Richtung Bahnhof, werden sich dann dorthin bewegen. Das kann ich mir dann nur mehr vorstellen, aber auch mit einer extrem kurzen, attraktiven fußläufigen Verbindung von dem neuen Projekt dort oben in das Zentrum der Stadt. Wer A sagt muß auch B sagen. Hier erwarte ich auch eine bessere Zusammenarbeit, eine bessere Vorabinformation. Es ist am 14., meines Wissens, bereits im Gestaltungsbeirat eine Diskussion darüber und im Stadtsenat wurde darüber noch kein einziges Mal diskutiert.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister, ich bedanke mich und bekräftige nochmals unsere Zustimmung für das Budget 1999.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich StR Mayrhofer.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Gäste. Der Kollege Bremm hat gesagt, die Stimmung widerspiegelt die Situation. Die gelöste Stimmung, wenn man hier so schaut, gar so üppig ist das Budget ganz offensichtlich nicht, weil die beiden Herren haben sich gerade mit Wasser zugeprostet. Ich schätze, das wird sich vielleicht im Laufe des heutigen abends noch ändern. Ich glaube, daß jeder, der konstruktiv in diesem letzten Jahr mitgearbeitet hat, sehr erfreut über die Entwicklung sein kann, die das Budget, und damit auch die Entwicklung der Stadt genommen hat. Eine positive Entwicklung nicht nur bei den Einnahmen sondern sehrwohl auch bei den Ausgaben und bei den Aufwendungen. Natürlich gibt es Einsparungspotenziale und ich glaube, wir müssen froh sein, wenn wir Einsparungspotenziale noch orten können. Wir werden sie auch brauchen. Gerade die, seit Jahren von der ÖVP geforderte Einführung einer Kostenrechnung, die jetzt auch schrittweise eingeführt wurde, in der Stadtgärtnerei, im Wirtschaftshof, und die auch weitergeführt wird, wird uns Hinweise über vorhandene Einsparungspotenziale geben. Ich glaube allerdings, daß man große Veränderungen nicht nur durch Einsparungen herbeiführen kann sondern vielmehr bei den Überlegungen, machen wir wirklich noch die richtigen Aufgaben. D.h., das Andenken einer Aufgabenreform. Ich möchte die Verhandlungen, die hier im Frühjahr stattfinden werden, wirklich um das Aufgabengebiet „Aufgabenreform“ erweitern. Nicht nur zu überlegen, wo können wir jemanden einsparen, sondern überhaupt sich zu überlegen, machen wir das Richtige, können wir nicht gewisse Dinge auch in die Eigenverantwortung der Bevölkerung wieder zurückgeben. Es kommen auf uns mit Sicherheit Belastungen zu, die nicht von uns, von der Stadt beeinflusbar sind. Verordnungen vom Bund, vom Land, erhöhte Transferzahlungen, neue Richtsätze, neue Standards, vor allem im Sozialbereich, aber vor allem auch gewaltige Verschiebungen in der Bevölkerungsstruktur. Wir kommen von einer Alterspyramide weg zu einem Christbaum und das bringt gewaltige Veränderungen und Herausforderungen an uns. Wir müssen

befürchten, daß der Generationsvertrag, den wir eingegangen sind, in dieser Form nicht eingehalten werden kann. Die Investitionen der Zukunft werden nicht mehr nur Kindergärten, neue Schulen, Jugendeinrichtungen sein, sondern wir werden jetzt schon überlegen müssen, daß wir vor allem vermehrt Einrichtungen und Institutionen brauchen, für Senioren, für Seniorenwohnungen, betreutes Wohnen, mobile Hilfe, Seniorenheime aber auch Tagesheimstätten für Senioren. Wir sind alles andere als glücklich, daß gerade zwei Sozialprojekte, die wir für Steyr als sehr wichtig empfunden hätten, sich nicht in diesem Budget befinden. Das eine ist das Kinderschutzzentrum, wo wir eigentlich im letzten Budget schon eine Einigung erzielt hatten, und das andere ist eine Forderung die wir heuer gestellt haben, nämlich die Installation einer Tagesstätte für Senioren auf der Ennsleite. Auf der Ennsleite deswegen, weil es von der Bevölkerungsstruktur her die stärkste Überalterung zeigt und das nächste Alten- und Pflegeheim, welches wir geplant haben, sich im Münichholz befinden wird und es nicht abzusehen ist, wann ein Alten- und Pflegeheim auch auf der Ennsleite installiert wird. Wir verstehen natürlich den Finanzreferenten, wenn aufgrund der erhöhten Transferzahlungen, die immerhin jetzt zwar statt 20 Millionen noch 17 Millionen betragen, sagt, das sind 17 Millionen mehr für Sozialleistungen und mehr können und wollen wir uns nicht leisten. Ein bißchen kommt mir diese Reaktion aber trotzdem so vor, wie die eines trotzigten Kindes, das im Schmollwinkel steht und sagt, du böses Land, oder in dem Fall Bund, weil der Finanzausgleich ist natürlich auch eine Bundessache, du nimmst mir jetzt das Geld und darum mache ich keine zusätzlichen Sozialeinrichtungen mehr. Wir strafen damit mit Sicherheit nicht das Land oder den Bund sondern die Bürger unserer Stadt und das finden wir sehr bedauerlich.

Es konnte in den letzten zwei Jahren zwar vieles begonnen und gemacht werden, aber sehr vieles liegt natürlich auch noch vor uns. In diesem Abänderungsantrag sind sehr viele wichtige Forderungen aller Fraktionen beinhaltet. Sie ersparen mir, daß ich die Vorschläge der ÖVP jetzt hier aufliste. Wir können, und das haben wir auch mit unser Unterschrift gezeigt, alle diese Forderungen voll inhaltlich auch unterstützen.

Ich möchte mich vor allem auch für das sehr konstruktive und angenehme Klima in den Verhandlungen bedanken, in denen das gemeinsame Ziel, Steyr weiter zu entwickeln und die Lebensqualität in Steyr zu verbessern, eigentlich immer im Vordergrund gestanden ist. Als sehr positiv möchte ich auch bemerken, daß die Einstellung der Mehrheitsfraktion, ihren eigenen Standpunkt infrage zu stellen um zu überdenken, sehrwohl festzustellen ist und nur noch sehr selten tritt der klassenkämpferische Aspekt vor den sachpolitischen Aspekt. Wir werden weiter daran arbeiten, diese Einstellung zu verbessern. Es wäre unseriös diesem Budget die Zustimmung zu verweigern. Da es also wirklich ein größtmögliches Maß an Konsens beinhaltet. Wenn wir alle, alle Fraktionen, zusammenarbeiten, wird es uns sicher möglich sein, das angestrebte Ergebnis nicht nur zu erreichen sondern sogar zu verbessern und vielleicht sehen wir dann die Möglichkeit, im Laufe des Jahres, noch das eine oder andere vielleicht auch Sozialprojekt doch noch anzudenken oder anzugehen.

Die Fraktion der ÖVP wird dem Budget die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster am Wort ist GR Apfelthaler. Bitte sehr.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. So einfach war es im Jahr 1998 nicht, sozusagen die Voraussetzungen für eine harmonische Budgeterstellung zu schaffen. 20 Millionen die wie das Damoklesschwert über der Stadt geschwebt sind, haben sich zwar vielleicht um zwei Millionen verringert, aber das ist ja auch kein kleiner Happen der hier von der Stadt zu leisten war oder im Jahr 1999 zu leisten ist. Dementsprechend vorsichtig waren wir auch im Budget, damit wir unsere Punkte dort auch unterbringen. Das ist uns größtenteils gelungen, muß ich sagen, bis auf ein paar Punkte, aber das ist halt bei Budgetverhandlungen einfach so, daß eben nicht alles

durchgeht und nicht alles auf gemeinsame Freude stößt. Wir haben unser Budget auf mehrere Säulen aufgebaut. Auch aus unserer Erfahrung heraus, über die Jahre, die wir schon herinnen sitzen. Da war es uns einfach auch ein Anliegen, daß wir im Bildungsbereich nachjustieren. Die Meldungen über den Zustand unserer Schulen und über die Projekte die dort laufen, haben sich einfach in den letzten Jahren gemehrt und da haben wir gesagt, da müssen wir einfach mehr investieren und das ist Gott sei Dank hier in diesem Budget passiert und hat in Zahlen seinen Niederschlag gefunden. Vor allen Dingen bei den Investitionsausgaben für Volks- und Hauptschulen und bei den Betriebsausstattungen, denke ich mir, haben wir da einmal einen Meilenstein gesetzt. Es ist sicherlich nicht alles damit machbar, aber ich würde halt vorschlagen, und das haben wir auch bei den Budgetverhandlungen besprochen, daß hier eine Prioritätenliste Platz greifen soll, damit wir einmal die wichtigsten und dringendsten Probleme anpacken können. Aber insgesamt, mit Education-Highway, das ja auch kein unwesentlicher Blick in die Zukunft ist, mit + S 700.000,-- denken wir, haben wir nicht alles erledigt, aber wir können doch einiges damit bewegen. Bei den Budgetverhandlungen war es uns auch um diese Forderung wichtig, die wir schon seit Jahren gestellt haben, in Richtung barrierefreies Steyr, das jetzt komischerweise barrierefreies Magistrat in den Unterlagen heißt, ich würde aber appellieren, daß wir es weiterhin barrierefreies Steyr nennen, daß wir wiederum S 200.000,-- drinnen haben und ich denke mir, die Hoffnung auf einen zweiten Studiengang hier in Steyr in der Fachhochschule, in Richtung Logistik, diese Hoffnung sollten wir nicht aufgeben, bekommen wir sie 1999, haben wir einen wesentlichen Schritt auch in dieser Richtung gemacht.

Umwelt, eines der fundamentalen Themen unserer Partei. Die Förderung der Solaranlagen haben sich 1998 relativ gut angelassen. Wir sind da richtig gelegen, wie wir das ins Budget für 1998 hineingefordert haben.

Der Umweltschutzpreis, den wir mit S 50.000,-- drinnen gehabt haben und dazu diese Lärmschutzmaßnahmen mit S 20.000,-- sollten wir einfach in einen Topf werfen und diesen Topf nennen wir meinetwegen „Topf für alternative Energiegewinnung“ oder wie auch immer und dann sollten wir mit S 200.000,-- all jene belohnen, die Energie sparen oder auf alternative Energie umwechseln wollen. Das können Solaranlagen, meinetwegen auch Wärmepumpen etc. Nur wichtig ist halt, daß wir das im Umweltausschuß auch in den Richtlinien festschreiben. Das zum ordentlichen Haushalt.

Zu den Bedeckungen dieser Forderungen müssen wir auch die Einnahmen für den ordentlichen Haushalt erhöhen. Hier war interessant zu bemerken, daß eigentlich alle, außer das LIF, unterschrieben haben, daß wir für die Bedeckung des ordentlichen Haushalts sehrwohl die Kanalbenützungsgebühren und die Müllgebühren heranziehen müssen und durch eine Mindereinnahme halt bei der Rücklagenentnahme sozusagen mit 0,98 Millionen die Ausgaben im ordentlichen Haushalt, die besonderen Ausgaben, bedecken können. Also, wie da die FPÖ jetzt die Kurve kratzen will, verstehe ich noch nicht ganz, aber ich denke mir, vielleicht gelingt es ihnen. Würden sie nämlich nächstes Jahr nicht zustimmen, würden sie auch die Exekution des Budgets nicht mittragen können. Also, vielleicht wird doch der eine oder andere nächstes Jahr, seitens der FPÖ, das mitbestimmen können.

So, zum außerordentlichen Haushalt. Ein Ur- und Lieblingsthema von uns war auch dieses Radwegekonzept, welches wir im Abänderungsantrag mit 1,2 Millionen sehr gut bedeckt haben. Ich denke, daß ist an und für sich sehr fortschrittlich, daß wir hier weitere Schritte setzen können. Ich bedanke mich auch bei der F, daß sie noch eine Million hineinlukriert hat. Wir waren da ein bißchen vorsichtiger, auch in Anbetracht dessen, daß uns 18 Millionen ins Haus stehen werden. Ich sehe es durchaus positiv, daß das auch noch hineingekommen ist und wir bedanken uns auch dafür. S 200.000,-- werden von unserer Seite gekommen auch für Marketingmaßnahmen. Im außerordentlichen Haushalt sind aber, nichts desto trotz, bereits festgeschrieben, daß der Radcontainer beim Bahnhof kommen soll, der mit S 200.000,-- gebaut bzw. teilfinanziert werden soll und die Werbemaßnahmen der Verkehrsbetriebe, im Kommunalausschuß unlängst besprochen, sind Gott sei Dank jetzt auch mit S 300.000,-- drinnen. Also eine Forderung, die sich zu Buche geschlagen hat. Alles im allen denke ich mir, daß auch die Besinnung auf die Musikschule mit 1 Million nicht außer Acht gelassen werden darf, obwohl ich alle Fraktionen in diesem Hause bitte, in

diese Richtung zu denken und auch beim Land, wenn möglich, Einfluß zu nehmen, weil wenn sie sich die Situation in der Musikschule ansehen, dann ist das alles andere als qualitativ. Also, wir müssen schauen, daß wir bei den Reitthofferwerken diese Musikschule installieren können. Ich bitte sie, alle Kontakte in Richtung Land auszunützen, daß wir bald anfangen können. Wir haben mittlerweile noch immer die Meldung, daß es nicht früher als 2001, 2002 geht. Wenn es uns aber gelingt, ein Jahr davon wegzustreichen, vielleicht ein Jahr früher dieses Projekt angehen zu können, wir sind bereit, die notwendigen Unterlagen liegen beim Land, also bräuchte man noch ein bißchen politische Unterstützung um das durchzusetzen.

Eine Forderung der Grünen, auch den Wieserfeldplatz qualitativ umzugestalten, denke ich mir, ist im Budget auch verankert. Es sind diverse Umbaumaßnahmen und auch Umgestaltungsmaßnahmen, die div. Pläne haben sie im Bauausschuß schon gesehen. Was auch kein unwesentliches Thema und auch im Zusammenhang zu betrachten ist, daß wahrscheinlich die Vorsitzenden der einzelnen Fraktionen einen Brief bekommen haben, der sich über die Wehren und Schleusen in unserem Gebiet befaßt. Ich denke mir, das müssen wir einmal in aller Ruhe durchdiskutieren, daß uns die Häuser, die dort unten stehen erhalten bleiben und, daß wir vor allen Dingen einen Verantwortlichen haben, der für alle Maßnahmen, die am Wehrgrabenkanal zu tätigen sind auch die notwendigen Maßnahmen setzt und die Verantwortung übernimmt. Dieses Projekt ist sicher nicht unumstritten, aber ich denke mir, wenn ich mich auf die historische Bedeutung des Wehrgrabens rückbesinne, einfach als Energiequelle und wenn wir das sozusagen wieder erneuern, in einer akzeptablen Art und Weise und es vor allen Dingen für jeden gut sein kann, dann hätten wir schon einmal die richtige Voraussetzung, daß wir an dieses Projekt herangehen. Aber wie gesagt, es ist nicht unumstritten und wird wahrscheinlich einige Diskussion erfordern.

Was wir als Stadt, und das ist im Budget auch festgeschrieben, einmal gemacht haben, ist, daß wir den ersten Schritt gesetzt haben und 3 Millionen für den Um- oder Neubau der Zeugstätte hineingeschrieben haben. Das denke ich mir ist einmal der richtige Ansatz. Im Großen und Ganzen glaube ich, daß es auch wichtig wäre, zusammenfassend jetzt noch einmal, daß wir diese Kontinuität in der Sicherheit der Budgeterstellung auch weiterbetreiben. Ich denke, der Herr Bürgermeister hat es schon erwähnt und die diversen Fraktionssprecher, daß die Investitionstätigkeiten in dieser Stadt alles andere darstellen als eine Unsicherheit, ein Unwohlsein hier in dieser Stadt zu investieren vor allen Dingen auch hier zu leben. Selbstverständlich ist es nicht so gut, wenn wir bei den diversen Abgaben Erhöhungen machen müssen, aber im Großen und Ganzen muß signalisiert werden, daß diese Stadt so regiert wird, daß es zu keinerlei besonderen Härten kommt. Sollten diese Härten auftreten, denken wir, könnten wir rechtzeitig darauf reagieren. Aber im Großen und Ganzen stehen wir gut da und das über Jahre. Dieses Budget ist auch ein Ausdruck der Kontinuität die wir hier festschreiben und ich hoffe und schaue positiv in das Jahr 1999 und bedanke mich noch recht herzlich bei den zuständigen Magistratsbeamten die dieses Budget erstellt haben. Danke sehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächste zur Wort gemeldet ist Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Ja, fast müßte ich ja ein schlechtes Gewissen haben, daß ich da jetzt diese traute Adventstimmung mit Kritik etwas störe. Nachdem wir ja gerade gehört haben, daß eigentlich die Budgetentwicklung so wunderbar positiv ist und alles so eitel Wonne Waschtrog. Ganz so ist es meines Erachtens leider nicht. Ich kann mich noch erinnern, wie ich letztes Jahr, bei meiner erste Budgetsitzung im Gemeinderat, gerade 1 Monat da herinnen, heraußen gestanden bin. Da habe ich vielleicht manche Dinge noch anders betrachtet. Das Liberale Forum hat sich damals sehr große Mühe gegeben, trotzdem, innerhalb der kurzen Zeit, eine Analyse des Budgets zu machen, Vergleiche mit den Jahren, der Kollege Bremm hat es heute schon angesprochen, man muß, um ein Budget beurteilen zu können es über mehrere Jahre verfolgen. Wir haben das gemacht. Wir haben es von einem Wirtschaftstreuhänder analysieren lassen. Wir haben uns angesehen, was so in den Jahren davor gelaufen ist. Damals gab es vom Liberalen Forum eine Enthaltung. Keine Ablehnung, aber eine Enthaltung, um zu signalisieren, schauen wir uns an, was im nächsten Jahr kommen wird und geben wir einen Optimismus und einen

Vertrauensvorschuß hinaus. Na, was ist jetzt passiert? Eine dieser Forderungen, die ich damals erhoben habe, war, daß es ab Jänner gleich eine Arbeitsgruppe zum nächsten Budget für 1999 gibt, weil ich glaube, daß da die Crux begraben liegt. Auch wenn wir heute gehört haben, wie angenehm diese Budgetverhandlungen gelaufen sind und wie toll das alles war. Faktum ist, daß uns im Prinzip im Oktober oder im November ein fix und fertiger Voranschlag vorgelegt wird. Dann erst kommt es zu Budgetverhandlungen. Die sind in einer Größenordnung, das müssen sie sich einmal überlegen, jetzt aufgrund dieses Abänderungsantrages, von 0,1 % beim ordentlichen Haushalt. 0,1 %, das ist ein Tausendstel. 999 Teile stehen völlig fest und um 1 Tausendstel verhandeln wir dann noch. Im außerordentlichen Haushalt sind es ein bißchen mehr, da sind es 4,5 % um die wir dann noch rittern. Alles andere steht fest, alles andere ist fix. Zugute halten möchte ich, daß sich etwas verändert hat, das ich als positiv sehe, daß diesmal auch das Liberale Forum zu Budgetverhandlungen eingeladen wurde, daß es auch ein Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister gegeben hat. Nur, ich glaube, um seriöse Politik machen zu können wäre es notwendig, daß eben diese Verwaltungsreform auch greift und, daß man sich zu Jahresbeginn gemeinsam mit der Beamtenschaft hinsetzt und Budgetreformen beschließt. Alles andere sind im Regelfall leider nur kosmetische Korrekturen.

Ja, was waren so unsere Zustimmungsbedingungen zum Budget 1999. Ich halte im Prinzip nichts davon auf diesen 0,1 % herumzurittern sondern es geht mir um wirkliche Reformen. Daß man diese Reformen nicht innerhalb eines Jahres umsetzen kann ist mir klar. Nur, wenn ich mir die Verwaltungsreform ansehe, da waren keine Fortschritte im letzten Jahr zu vernehmen. Da war die Enttäuschung schon groß, weil irgendwo war am Anfang so diese Vision, im Bereich der Verwaltung in Steyr. Da hat es im November Gespräche darüber gegeben. Da sind wir diesen Visionen, die da vom Steyrer Magistrat her artikuliert wurden, sehr positiv gegenüber gestanden. Nur, es ist dann leider nichts oder kaum etwas mehr passiert. Eine Forderung bei diesen Zustimmungsbedingungen war ein halbjährlicher Bericht, zumindest an die Fraktionsvorsitzenden, über den Stand der Dinge dieser Magistratsreform. Was auch eine Bedingung war, ist die Senkung des Verwaltungs- und Betriebsaufwandes um 1,5 % Punkte jährlich in den nächsten 5 Jahren. Ein weiterer Punkt war die Senkung der Zuwachsrates bei den Personalkosten von derzeit 2,4 % auf 1,5 % jährlich. Ein anderer Punkt, die Neustrukturierung der Stadtwerke. Das war heute auch schon Thema. Die Jahre ziehen ins Land. Der Rechnungshof hat bereits vor Jahren festgestellt, daß die Stadtwerke Steyr kein Betrieb sind, weil ihnen das wesentlichste Kennzeichen eines Betriebes fehlt, nämlich jenes, unternehmerische Entscheidungen treffen zu können. Der Rechnungshof hat festgestellt, die Stadtwerke Steyr sind kein Betrieb. Es fehlt ihnen die Freiheit unternehmerische Entscheidungen zu treffen. Bis heute hat sich daran leider nichts geändert. Die Jahre ziehen ins Land. Ein weiterer Punkt der uns sehr wichtig ist und der, meines Erachtens, immer dringlicher wird, ist der Steg über die Enns. Da war unsere Vorstellung, daß es zumindest Vorplanungen bis spätestens 30.06.1999 gibt. Gerade wenn wir jetzt so hinüberblicken. Das Bahnhofparkdeck ist fertig, ich stehe dazu, ich war nie ein Freund des Bahnhofparkdecks, aber jetzt steht es einmal da und jetzt sollte man es bestmöglich nutzen. Dazu gehört aber auch, daß man die Verbindung zur Innenstadt schafft. Gerade dieses Gesundheitszentrum, das da angesprochen wurde, rückt die Notwendigkeit dieses Steges noch ein bißchen näher. Weil sollte dieses Gesundheitszentrum dort sein, ja bitte, dann fehlt uns ja wirklich nur mehr dieser kleine Übergang.

Ebenfalls hätten wir uns die Vorplanungen der Aufstiegshilfe Tabor bis spätestens 30.6.1999 vorgestellt, weil auch das ist ein Punkt, der zwar im Stadtentwicklungskonzept beschlossen worden ist, aber wo es bis heute eigentlich keine Anzeichen gibt, daß etwas weiter geht. Gerade wenn sie sich die Situation im Wehrgraben ansehen, aufgrund der Fachhochschule, das Parkplatzproblem wird immer größer, wir müssen neue Wege finden die beiden Stadtteile, Tabor und Wehrgraben, zu verbinden und dazu wäre diese Aufstiegshilfe absolut geeignet. Daß es darüber hinaus auch noch touristische Zwecke erfüllen würde, wäre ein Synergieeffekt. Beide Punkte sind in diesem Raum leider derzeit kein Thema.

Was uns auch wichtig erscheint und worüber ich froh bin ist, daß sich zumindest im Bereich des Education-Highways jetzt etwas tun wird, weil ursprünglich waren ja im Voranschlag 0,00 Schilling vorgesehen. Da hat sich ein bißchen etwas getan.

Die Absichtserklärung, da muß ich sagen, hätten sie mir die vor einem Jahr hergelegt, dann hätte ich vielleicht, nämlich die Absichtserklärung wo es darum geht, daß die unterfertigten Fraktionen

vereinbaren im Frühjahr 1999 Gespräche über Verbesserungen im Bereich der Ressortaufteilung des Stadtsenates zu führen, da hätte ich gesagt, na ja, das klingt ja eigentlich sehr gut. Nach einem Jahr in diesen „heiligen Hallen“ muß ich sagen, habe ich nicht mehr sehr viel Blauäugigkeit, was solche Absichtserklärungen anbelangt. Ich kann mich erinnern, dieser Punkt, die Ressortverteilung des Stadtsenates, war das erste überhaupt, was in einem Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister, seitens des Liberalen Forums als Vorschlag gekommen ist. Es ist heute auch schon einmal aufgetaucht, es kommt vom Liberalen Forum nur Kritik aber kein Vorschlag. So ist es nicht. Nur die Vorschläge werden schubladiert oder ignoriert. Damals, das war im Oktober 1997, im ersten Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister, haben wir ein Gesprächspapier zur Ressortverteilung im Steyrer Stadtsenat vorbereitet gehabt, daß nämlich Grundlage für die Neuverteilung der Kompetenzbereich im Stadtsenat sein sollte, daß die Organisationsform des Magistrats mit ihren acht Geschäftsbereichen weitgehend mit der politischen Verantwortlichkeit der Stadtsenatsmitglieder übereinstimmt. Wir haben damals, ich möchte jetzt nicht ins Detail gehen, auch ganz genau einen Vorschlag eingebracht, wie diese Verteilung aussehen könnte. Wir haben diesen Vorschlag auch dem Bürgermeister zur Kenntnis gebracht. Das war im Oktober 1997. Jetzt gibt es eine Absichtserklärung, daß im Frühjahr 1999 darüber Gespräche geführt werden sollen, wobei es auch hier keine Festlegungen bezüglich der zu erreichenden Ergebnisse gibt, also im Nebensatz eigentlich schon wieder sehr viel relativiert wird. Ich glaube aber nicht nur, daß man sich die Frage über die Aufgabenverteilung im Stadtsenat stellen sollte, sondern auch die: „Braucht Steyr eigentlich einen Bürgermeister und 3 Vizebürgermeister?“ Würde nicht ein Vizebürgermeister, eine Vizebürgermeisterin auch ausreichen? Braucht man tatsächlich einen Stadtsenat mit 8 Mitgliedern oder reicht nicht eine Stadtregierung mit 5 Mitgliedern. Auch das könnte man einmal diskutieren.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Wie gesagt, ich bin ja sehr gespannt, was bei diesen Gesprächen im Frühjahr 1999 herauskommen wird, herauskommen soll. Jetzt gibt es einmal eine Absichtserklärung. Die Gespräche hätte man eigentlich gleich zu Beginn der neuen Gemeinderatsperiode führen müssen, weil wann sonst führt man eine Diskussion über die Aufgabenverteilung im Stadtsenat. Daß Vorschläge des Liberalen Forums schubladiert oder ignoriert werden zeigt ein anderes Beispiel. Und zwar war das eine Angelegenheit, da gab es eines Tages, das war so gegen Jahresende 1997, ein Schreiben des Magistrates an die Fraktionen, sie sollen Vorschläge für eine neue Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr einbringen. Wir haben Vorschläge gemacht. Sieben Seiten. Eingelangt am Magistrat am 27. Februar 1998. Es hat dann auch noch einmal im April eine Ergänzung dazu gegeben. Sieben Seiten Vorschläge, Änderung der Geschäftsordnung. Dann habe ich gefragt, was jetzt passiert. Ich habe es in keinem Finanz- und Rechtsausschuß auf der Tagesordnung gefunden. Ich habe es in keiner Fraktionskonferenz auf der Tagesordnung gefunden. Ich habe dann ein paar Mal den Herrn Magistratsdirektor angesprochen und urgiert, ich möchte eigentlich, daß das jetzt einmal behandelt wird. Dann habe ich zur Antwort bekommen, na ja, es ist nur vom Liberalen Forum ein Änderungsvorschlag gekommen, von den anderen nicht und wir werden schon einmal darüber sprechen. Wir haben bis heute nicht darüber gesprochen. Der Vorschlag liegt seit 27. Februar da. Da gibt es nicht einmal eine Absichtserklärung, daß man darüber diskutiert. Da frage ich mich schon, aufgrund dieser Erfahrungen die ich hier herinnen gemacht habe, was sind solche Absichtserklärungen tatsächlich in der Realität, in der Praxis wert.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nichts!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nichts. Sie haben es gesagt Herr Kollege. Das ist leider das Traurige. Genauso glaube ich auch nicht an diesen zweiten Punkt der Absichtserklärung, nämlich die Gespräche über mögliche Personal- und Verwaltungskosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen, weil ja im Nebensatz sofort wieder steht: „Wobei es keinerlei Festlegung hinsichtlich der zu erreichenden Ergebnisse gibt,“ sondern lediglich Vorstellungen darüber. Alleine, daß man in der Absichtserklärung schon wieder

Einschränkungen trifft, zeigt mir, daß nicht wirklich beabsichtigt ist, da sehr viel zu machen. Zurück zu diesen Zustimmungsgrundbedingungen zum Budget 1999. Die mittel- und langfristigen Perspektiven habe ich ihnen schon zur Kenntnis gebracht. Wie gesagt, der Steg über die Enns kommt nicht, die Aufstiegshilfe Tabor kommt nicht, beides im Stadtentwicklungskonzept beschlossen. Die Vorschläge, was die Magistratsreform anbelangt, da bin ich gespannt ob sich zumindest ab Frühjahr etwas tun wird. Nachdem aber auch Politik Kurzfristspektiven hat und einzelne Budgetpunkte, hat es auch da Vorschläge gegeben. Vor allem im Bereich der Kultur. Das ist heute schon angesprochen worden, die Kultur ist leider nach wie vor in der Stadt Steyr unterdotiert. Ich nehme es mit Freude zur Kenntnis, daß es zumindest, aufgrund dieses Abänderungsantrages, eine halbe Million Schilling mehr für die Kultur geben wird. Das sehe ich einmal sehr positiv. Trotzdem glaube ich, müssen wir uns endlich einmal darüber klar werden, daß wir Reformen brauchen, was unsere Ausschußarbeit anbelangt. Derzeit sind wir ein reiner Geldvergabeausschuß. Wir müssen aber ein Kulturausschuß werden. Wir brauchen ein Leitbild. Wir brauchen Subventionsrichtlinien die völlig transparent und klar sind. Das haben wir leider alles noch nicht. Wir diskutieren derzeit viel über eine mögliche Stadtgalerie. Wenn ich dann aber sehe, daß für Kunstankäufe, und das hat sich durch den Abänderungsantrag nicht geändert, für nächstes Jahr S 80.000,-- vorgesehen sind, ja bitte, dann frage ich sie, was wollen sie mit S 80.000,-- an Kunst ankaufen. Ich hätte schon eine Idee. Sie können ja zu einem Künstler gehen und sagen bitte, das ganze Bild können wir uns nicht leisten, also schnipseln wir es vielleicht einmal in der Mitte durch oder machen wir vier Quadrate und dann kaufen wir halt jedes Jahr einen Teil und dann kleben wir es schön auf.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

War das jetzt ein Witz?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es ist leider traurig, daß man diese Witze machen muß. Aber Faktum ist, alle hier herinnen, alle Fraktionen haben sich dazu bekannt, eine städtische Galerie haben zu wollen. Es gibt dazu einen Unterausschuß und da habe ich den Eindruck, daß es jeder will. Wenn ich dann aber im Budget sehe, daß S 80.000,-- für Kunstankäufe vorgesehen sind, dann denke ich mir, da paßt das eine mit dem anderen nicht zusammen.

Wo leider die Forderung nicht erfüllt worden ist, ist in einem Bereich, nämlich der Jugendwohlfahrt. Da gab es von uns den Wunsch für das Jugendzentrum „Gewölbe“ mehr vorzusehen. Die haben ja in den letzten Jahren gar nichts bekommen. Deshalb, weil es jahrelang scheinbar die Schwierigkeit gegeben hat, wo kommt das Jugendzentrum „Gewölbe“ hin. Ist das im Bereich der Kultur oder gehört das in den Sozialbereich? Da ist es immer hin und her gewandert, mit dem Effekt, daß es nichts bekommen hat. Heuer zum ersten Mal gab es für das Jugendzentrum „Gewölbe“ Geld. Ich kann mich erinnern, es waren S 10.000,--. Sie haben für nächstes Jahr angesucht, haben aber derzeit das Problem, daß ohne größere Unterstützung der Stadt der Fortbestand des Jugendzentrums gefährdet ist. S 50.000,-- denke ich mir, wäre, auch im Sinne der Gleichbehandlung mit anderen Jugendzentren, angebracht gewesen. Geworden sind es leider nur S 20.000,--. Gleiches gilt auch für das Jugendzentrum Hyperraumverzehrung, das ebenfalls um S 50.000,-- angesucht hat, aber mit S 20.000,-- vorlieb nehmen muß. Was uns wieder freut ist, daß diese S 50.000,-- für den Umweltschutzpreis wieder hineingekommen sind, weil gerade im Bereich des Umweltschutzes ist sicherlich wieder Öffentlichkeitsarbeit sehr, sehr wichtig und die ist auch mit diesem Preis letztlich verbunden. Darüber bin ich froh. Ich bin auch froh darüber, daß endlich für den Tourismusverband mehr hineingekommen ist, weil ich davon ausgehe, daß Steyr noch ein enormes Potenzial im Tourismus hat. Daß auch die Umsetzungsmaßnahmen für das Radfahrkonzept hineingekommen sind, halt ich für sehr wichtig, nur das ist eine Sache des „no na net“ eigentlich. Wir können ja nicht hergehen und zuerst ein Radfahrkonzept machen lassen und dann haben wir kein Geld für die Umsetzung, obwohl wir uns alle eigentlich dazu bekennen, daß dieses Radfahrkonzept wichtig ist. Also hat es auch hineinkommen müssen. Gerade was diesen Punkt anbelangt, habe ich manchmal den Eindruck, daß hier sehr viel getrickst wird. Und zwar getrickst in einem Punkt. Im Voranschlag sind manche Dinge auf Null gesetzt. Da war der Education-Highway auf Null gesetzt, da waren die Umsetzungsmaßnahmen im Bereich Marketing für das Radwegekonzept auf Null gesetzt, da war im

Bereich Umweltschutz einiges auf Null heruntergesetzt, da war das Tierschutzhaus auf Null heruntergesetzt. Nämlich Dinge, von denen völlig klar ist, daß eigentlich finanzielle Mittel vorgesehen werden müssen. Da will man aber den berühmten Verhandlungsspielraum einfach haben, damit jede Fraktion ein bißchen etwas hat und letztlich ist jeder glücklich und zufrieden. So scheint es ja hier herinnen auch zu sein. Alle sind glücklich und zufrieden. Jeder hat ein bißchen etwas bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir sind bescheiden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nur du nicht.

Gelächter

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Meine Reformen habe ich nicht bekommen. Ich glaube auch, daß man endlich weg muß von dieser Art Budgets zu erstellen und Budgetpolitik zu machen, jeder bekommt ein bißchen etwas, jeder ist dann froh und jeder stimmt ein bißchen zu.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Du willst ja auch immer etwas. Du sprichst die ganze Zeit davon, daß du etwas haben willst.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich will Reformen. Ich will nicht nur 0,1 %. Ich will nicht über 0,1 %, über ein Tausendstel, des gesamten Haushaltes verhandeln. Mir kommt das vor, wie wenn jemand ein Grundstück kauft, ein Haus darauf baut, dann noch ein Schwimmbad dazu, die Sauna, alles fix und fertig, das Haus ist tipp und topp da und dann sagt man zu jemanden so und jetzt darfst du dir die Farbe der Vorhänge aussuchen. Dort sind wir ungefähr. Die Farbe der Vorhänge dürfen wir uns noch aussuchen. Der Rest ist aber da.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Das Haus steht tipp topp da.

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber es ist vielleicht nicht das Haus was ich wollte. Vielleicht hatte ich von meinem Traumhaus andere Vorstellungen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber in der Demokratie muß man sich der Mehrheit beugen. So.

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Abschließend möchte ich noch auf ein paar Zahlen zu sprechen kommen. Das war ja heute auch schon ein Thema hier herinnen, die positive Entwicklung des Budgets, der Herr Bürgermeister hat es angesprochen, in den letzten Jahren war es viel schlechter und jetzt geht eigentlich alles einen sehr

positiven Weg und die Entwicklung ist wunderbar. Wenn ich mir allerdings den Schuldenstand und die Rücklagenentwicklung ansehe, da können sie jetzt natürlich sagen, daß sind vielleicht ihre Zahlen Frau Frech, da haben sie irgendetwas getrickst, es sind aber die Zahlen der Finanzabteilung genau in eine Graphik gegossen, hier Entwicklung des Rücklagenstandes aus dem Geschäftsbereich für Finanzen. Wenn sie sich das ansehen, dann sehen sie, daß die Schulden im Jahr 1993 bei rd. 312 Millionen Schilling gelegen sind. Im Jahr 1999 bei ungefähr 730 Millionen. Das ist mehr als eine Verdoppelung innerhalb von fünf Jahren. Die Rücklagenentwicklung hat eine ganz andere Entwicklung genommen. Die Rücklagen, die wir im Jahr 1993 hatten, waren 106 Millionen Schilling. Im Jahr 1999 werden wir sie von 66 Millionen haben. Nur, diese 66 Millionen sind noch nicht der Endstand, weil da kommen ja noch welche weg, weil eines müssen sie auch dazu sagen, bei diesem Abänderungsantrag der da heute gestellt worden ist, da ist immer die Rede von Einnahmen. Einnahmen klingt ja so wunderbar. Jeder von uns versteht unter Einnahmen etwas positives. Allerdings die Einnahmen, die bei diesem Abänderungsantrag herangezogen werden, sind alles Darlehensaufnahmen, das sind Rücklagenentnahmen. Da ist nur eine halbe Million Schilling an Verkaufserlösen dabei. Der Rest sind Darlehen, Rücklagenentnahmen und Erhöhung der Müllgebühren und so weiter und so fort. Da muß ich dem Grünen Kollegen Recht geben, mir ist das auch ein bißchen schleierhaft, wie das die FPÖ jetzt argumentieren wird, daß sie auf der einen Seite einen Abänderungsantrag unterstützt wo steht, Kanalbenutzungsgebühren werden um 3 Millionen erhöht, und diese Bedeckung brauche ich ja, um die anderen Sachen finanzieren zu können, und auf der anderen Seite am gleichen Tag gegen diese Gebührenerhöhung stimmt. Also, wie sie diesen Spagat zusammenbringen, alle Achtung, Hut ab. Ja, und sie werden es ja schon vermutet haben, dieses Mal habe ich meine Blaßblauäugigkeit verloren, da gibt es auch keine Enthaltung mehr, da gibt es einen Gegenstimme. Beweisen sie mir, daß es anders werden kann, dann kann es auch von uns eine Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werter Herr Bürgermeister, werte Herrn Vizebürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der öffentlichen Medien und auch werte Gäste. Ich hoffe, daß aufgrund der Budgetbeurteilung der Frau Kollegin Frech, deren Worte ich manchmal, und wie ich gemerkt habe auch andere, nicht immer folgen konnte, meine Worte in diesem „geheiligten Raum“ nicht ganz ungehört von ihnen zur Kenntnis genommen werden. Frau Kollegin Frech, sie erlauben uns aber sicher, daß wir, von der Freiheitlichen GR-Fraktion, doch etwas unterschiedlicher Auffassung zu diesem Budget haben. Ich nehme an, daß sie das als Demokratin zur Kenntnis nehmen und ich werde dann im Verlaufe meiner Ausführungen noch ein bißchen auf ihre Vorstellungen eingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, daß die Zeiten langwieriger Budgetverhandlungen oder Klausurtagungen und Nächte, muß man ja auch dazu sagen, vorbei sind, konnte ich bereits bei der Beurteilung des Budgets des heurigen Jahres, nämlich im Dezember 1997, feststellen.

Allerdings mußte ich damals aber auch darauf hinweisen, daß es bei den Vorbereitungen für das Budgetjahr 1998 eine total konträre Vorgangsweise im Vergleich zu den Vorjahren gab, nämlich insofern als daß die politischen Verhandlungen nahezu ausgeschlossen wurden. Zumindest, habe ich damals betont, was die Verhandlungen mit uns Freiheitlichen betroffen hat.

Heuer gab es neben der Beamtenrunde, wo ja bekanntlich auch die Anforderungen des politischen Referenten miteinfließen, mehrere, zum großen Teil sehr sachliche Gespräche mit dem Finanzreferenten Herrn Bürgermeister Leithenmayr und Mag. Lemmerer, auf die ich ebenfalls noch zurückkommen werde.

Nachdem unser Fraktionsobmann Dr. Pfeil bereits eine grundsätzliche Erklärung zum Budget 1999 abgegeben hat, möchte ich mich hauptsächlich jenem Teil dieses vorliegenden Budgets inkl. des Abänderungsantrages zuwenden, der für mich, als zuständiger Referent der Stadtwerke, von besonderer Bedeutung ist.

Natürlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist es das Bestreben jedes Stadtsenatsmitgliedes vor allem den Bereich für den es verantwortlich ist, budgetär auszuloten und auch den Niederschlag im Budget entsprechend zu verlangen.

Allerdings ist aber auch das Gesamtbudget, so haben wir das heuer gesehen, zu berücksichtigen und zu beurteilen, damit es nicht aus den Fugen gerät.

Bei der Beurteilung der mehr oder weniger berücksichtigten Budgetanforderungen aus den Fachabteilungen habe ich mir diesmal etwas schwer getan. Ich möchte ihnen einige Punkte als Begründung dafür nicht vorenthalten:

Die langjährige Forderung von 5 Mio. Schilling für die Sanierung des Tauchergartens im Freibad, gekürzt auf Null, wie sie ja bemerkt haben, sowie die beantragte Summe von 23 Mio. gekürzt auf 14 Mio. Schilling für die Sanierung des Hallenbades bereitzustellen, habe ich so wie bisher unterschrieben. Diesmal wurde aber diese Angelegenheit StR Mayrhofer zugeordnet. Bisher, wie gesagt, war ich dafür zuständig. Ich stelle das nicht etwa deshalb fest weil ich etwas für mich in Anspruch nehmen möchte, im Gegenteil, ich war immer schon der Auffassung, daß diese Sanierungsmaßnahmen im Hallenbad nicht den Stadtwerken als Verwalter zuzuordnen sind sondern eben über das Bauamt abgewickelt werden und daher die Zuständigkeit abzuleiten ist. Aber ich habe mir darüber schon so meine Gedanken gemacht, warum das so sein könnte. Ich bin eigentlich zu dem Schluß gekommen, daß es so ist, daß meine politischen Mitbewerber mit Besorgnis feststellen, daß jetzt, wo das Hallenbad durch teilweise durchgeführte Sanierungsetappen in neuem Glanz erstrahlt, womöglich der freiheitliche Referent zu Ruhm und Ehre gelangen könnte.

Vorher hat man ja, und da sage ich ihnen kein Geheimnis, vor allen Dingen jenen, die länger herinnen sind, immer das Gegenteil verlauten lassen, daß das Hallenbad ja nicht zuletzt deswegen in so desolatem Zustand ist, weil es da einen freiheitlichen Referenten gibt. Jedenfalls darf ich zu diesem Thema feststellen, das haben einige Vorredner auch bereits gemacht, daß es nicht nur im Bereich der Stadtwerke sondern auch in anderen Bereichen, wie im Verkehrsressort, Straßenplanung usw. eine verbesserte Ressortaufteilung erforderlich ist. Wir haben daher im Rahmen der Budgetbesprechungen diese Verbesserungen auch im Interesse unserer Bürger, nicht im ureigensten Interesse sondern ich betone das nochmals, im Interesse unserer Bürger, im Zuge von durchzuführenden Verhandlungen, verlangt. In diesem Zusammenhang möchte ich auch heute wieder eine langjährige Forderung von uns Freiheitlichen wiederholen, die auch der Rechnungshof bei seiner Überprüfung im November 1995 erhoben hat. Ich habe bereits bei einem anderen Tagesordnungspunkt ähnliches gesagt, möchte es aber näher ausführen.

Der Geschäftsführung der Stadtwerke wäre jene unternehmerische Selbstständigkeit einzuräumen, die eine Führung nach kaufmännischen Gesichtspunkten und Grundsätzen ermöglicht. Dem steht die derzeitige Situation entgegen und zwar:

1. Die leitenden Direktoren sind direkt dem, momentan nicht anwesenden, Bürgermeister unterstellt.
2. Zu viele Möglichkeiten einer rechtlichen und tatsächlichen Einflußnahmen städtischer Organe.
3. Personalangelegenheiten werden vom Magistrat wahrgenommen.
4. Wie bereits hingewiesen, die Kompetenzaufsplitterung am Beispiel Hallenbad oder auch Kunsteisbahn. Einerseits die Stadtwerke als Verwalter der Einrichtungen, mit eingeschränkter Handlungs- und Instandsetzungsmöglichkeit und andererseits sind zuständig: der Magistrat, das Bauamt, die Liegenschaftsverwaltung, das Sportreferat usw.

Wir erwarten daher, daß im nächsten Jahr einerseits durch die Schaffung eines neuen Organisationsstatutes für die Stadtwerke, Vorschläge dazu wurden ja von den Stadtwerken bereits vor Jahren gemacht, und andererseits durch eine geänderte Ressortaufteilung im Stadtsenat, Verbesserungen im Interesse unserer Bürger geführt werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, um nochmals auf die Budgetvorverhandlungen zurückzukommen, stelle ich sicher nicht erfreut fest, das möchte ich hier auch unterstreichen, daß die Investitionen gegenüber den ursprünglichen Anforderungen in den Stadtwerke-Teilbetrieben von S 22,835.000,-- auf

S 16,635.000,-- und ebenso der Verlustersatz für Stadtbad und Kunsteisbahn von etwa 8 Mio. Schilling auf 4 Mio. Schilling gekürzt wurde.

Beim Versorgungsbetriebsverbund Gaswerk und Verkehrsbetrieb wurde vor allem den Forderungen nach Ankauf von weiteren Midibussen nicht Rechnung getragen.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, daß diese Neuanschaffungen keine Wunschträume von mir sind, sondern sich daraus ergeben, weil wir zum einem im Zusammenhang mit der neuen Linienführung nach Inbetriebnahme der zentralen Busumsteigstelle am Bahnhof diese Busse benötigen und zum anderen die nach wie vor einzusetzenden Gelenkbusse, ich habe das auch schon in verschiedenen Gremien dargelegt, bis zu 18 Jahre alt sind und bis zum Jahresende bis zu 750.000 km zurückgelegt haben werden. Daher, das wurde auch bereits von einem anderen Debattenredner zum Ausdruck gebracht, steigen auch in diesem Bereich die Reparaturkosten sehr stark an.

Im Verlauf des zweiten, sehr sachlich geführten Gespräches mit Herrn Bürgermeister Leithenmayr und Herrn Mag. Lemmerer, konnten wir dann aber feststellen, daß man doch neben den von uns sehr positiv beurteilten, bereits festgeschriebenen Budgetansätzen für die Bereiche Soziales, Verkehr, Bildung, Kultur, Feuerwehr und Rettungswesen, um jetzt nur einige Beispiele herauszugreifen und zu nennen, bereit war, zusätzliche Budgetmittel im ordentlichen Haushalt in der Größenordnung von 3 Millionen und im außerordentlichen Haushalt von 7,4 Millionen vorzusehen. Die Bedeckung für diese Mehrausgaben im ordentlichen Haushalt durch geänderte Größenordnungen bei Transferzahlungen und durch Einnahmen bei angehobenen Kanal- und Müllgebühren, Frau Kollegin Frech bitte aufzupassen, ebenso der Kollege Apfelthaler, ach so, der ist nicht da, der Herr Kupfer wird im das übermitteln, weil er auch infrage gestellt hat wie sich denn da die freiheitliche Partei nun verhalten wird, wir haben damit sicher kein Problem, ich darf also in meinen Ausführungen weiter fortfahren, sowie die Bedeckung im außerordentlichen Haushalt durch Darlehensaufnahme und Rücklagenentnahme, findet nur teilweise unsere Zustimmung. Daher haben wir auch auf mögliche Einsparungen bei der Verwaltung hingewiesen, die bereits vor Jahren der Budgetberater Lübbers angesprochen hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Lubbers.

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:

Ja, das ist immer wieder jetzt die Frage, die auch mir Schwierigkeiten gemacht hat und der Kollege Bremm immer wieder angeführt hat, wie denn der wirklich heißt, war das der Herr Lübbers oder der Herr Lubbers, Frau Kollegin Mach, aber ich anerkenne natürlich auch, sollte der nicht Lübbers sondern Lubbers heißen.

Also nicht nur eine Erfindung von den Freiheitlichen, diese Verwaltungsreform und Kosteneinsparung sondern auch von dem damaligen Budgetberater. Ich vermeide jetzt bewußt den Namen zu nennen.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht rigoroser Personalabbau, meine Damen und Herren, sondern Leistungen auflisten, durchforsten, hinterfragen, umstrukturieren. Einsparungen beim Sachaufwand oder zumindest dort die Einsparungen nicht außer Acht zu lassen. Also eine Verwaltungsreform in Gang setzen. Mein Fraktionskollege Hoflehner wird ja in seinen Ausführungen noch näher darauf eingehen was damit gemeint ist und auch unser Fraktionsobmann Vzbgm. Dr. Pfeil hat schon in groben Zügen darauf hingewiesen. Ebenso haben wir auch die überdimensional ansteigenden Kanal- und Müllgebühren abgelehnt, aber Tarifierhebungen auf Grundlage einer nachvollziehbaren Kalkulation oder im Bereich von Indexanhebungen durchaus für notwendig erachtet.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, nachdem Vzbgm. Dr. Pfeil in seiner Fraktionserklärung auf viele Aspekte des Voranschlages 1999, miteinbezogen den

Abänderungsantrag, hingewiesen hat, möchte ich nur einige jener Budgetansätze herausstreichen, die aufgrund von Verhandlungen nachträglich in das Budget aufgenommen wurden.

Ich verhehle und verschweige aber dabei nicht, daß sich darin teilweise auch Forderungen von anderen Fraktionen widerspiegeln.

1. Für den weiteren Ausbau des Kommunalzentrums bzw. Übersiedlung Gas- und Wasserwerk S 2,6 Mio.
2. Werbemaßnahmen für Verkehrsbetrieb S 300.000,--.
3. Erweiterung Anruf-Sammeltaxi-System S 500.000,--.
4. Für eine Vorplanung bzw. Ergänzungsstudie einer Strukturverbesserung im städtischen Freibad S 100.000,--.

Obwohl dieser Betrag eher gering angesetzt ist, meine Vorstellungen lagen bei etwa S 300.000,-- aufgrund von Vorgesprächen die ich mit mehreren Freibadplanern geführt habe, die dafür, also für diesen Betrag von S 300.000,--, nicht nur eine Ideenfindung sondern einreichungsfähige Vorplanungen geliefert hätten, anerkenne ich die Bereitschaft, dafür einen außenstehenden Fachmann beizuziehen. Ich halte dies seit Jahren deswegen für so wichtig, ich darf die Kollegin Frech bitten, da besonders aufzupassen, weil die ständigen Diskussionen im Gemeinderat, im Kommunalausschuß oder bei anderen Gelegenheiten, welche Maßnahmen eigentlich geeignet sind Verbesserungen im Stadtbad zu erreichen, aufgrund unterschiedlichster Auffassungen, nicht zum Ziel führen. Diese Diskussionen fangen bei der evt. Entfernung von Gebäuden an und hören bei der Sanierung oder nicht Sanierung des Taucherbeckens auf.

Jede Fraktion hat da andere Vorstellungen, auch was die Frage betrifft, wer denn eigentlich dafür zuständig oder kompetent ist, eine Planung für Verbesserungen im Freibad auszuarbeiten. Frau Kollegin Frech, nachdem ja wir sehr intensiv im letzten Kommunalausschuß diskutiert haben und sie gemeint haben, da sei wieder sehr viel Zeit vergangen und vonseiten der Stadtwerke gäbe es keine Vorschläge, möchte ich schon auf eines hinweisen, daß es natürlich bereits Vorschläge gegeben hat und ich möchte ihnen bei dieser heutigen Gelegenheit ein Beispiel nicht vorenthalten. Ich zitiere aus einem Schreiben der Stadtwerke, datiert vom 27. 11. 1995 an den GB III/FA für Hochbau:

Städt. Freibad - Überlegungen zur Hebung der Attraktivität

Da kommt man zu dem Schluß, daß in den letzten Jahren das Badegastverhalten zu einer immer geringer werdenden Inanspruchnahme der Umkleidemöglichkeiten führt, weshalb die Auslastungsgrade nur mehr zwischen 6 % und 15 %, betragen haben. Der Badegast hat andererseits einen erhöhten Anspruch auf Freiräume und Liegeflächen angemeldet. Das war auch eine Überlegung vom Kollegen Bremm, nachdem er mir gegenüber sitzt, möchte ich das auch nicht verschweigen. In diesem Schreiben geht es weiter, daß das Taucherbecken mit seinen Unterwasserfiguren seit Errichtung der Freibadeanlage eine attraktive Einrichtung darstellt und sollte möglichst rasch saniert werden, da die rund 36jährige, zwar laufend instandgesetzte, aber doch schadhafte Konstruktion nicht mehr den modernen Anforderungen an derartige Einrichtungen entspricht. Aus der Sicht der Badeverwaltung und der FA Hochbau wären daher nachstehende Attraktivierungsmaßnahmen zu setzen:

1. Einbau einer längeren Wasserrutsche, diese Einrichtung ist in fast allen umliegenden Freibädern bereits gegeben. Das wurde inzwischen erledigt. Ich darf erinnern, daß 1997 diese Einrichtung eröffnet wurde.
2. Überprüfung der Zuordnung der nicht mehr genutzten Umkleidebauten in eine attraktivitätshebende Maßnahme (Umgestaltung oder Entfernung zur Erreichung eines erhöhten Liegeflächenangebotes).
3. Sanierung des Beckenumganges im Bereich des Sportbeckens einschließlich der Plattenwege im Badegelände. Das wurde inzwischen auch bereits erledigt.
4. Sanierung des Taucherbeckens mit Veränderung der Unterwasserskulpturen.
5. Verbesserung der Infrastruktur im Restaurantbereich. Das wurde auch bereits teilweise realisiert. Sie erinnern sich noch daran, daß ich die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Betriebe im

Frühjahr dieses Jahres zu einer Besichtigung dieses Bereiches eingeladen haben, wofür ich mich hier auch recht herzlich bedanke, denn es hat zu einem Erfolg geführt, daß dort eben entsprechende Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden, die doch eine Attraktivitätssteigerung bedeutet haben. Ich darf zum sechsten Punkt kommen.

6. Es wäre notwendig Schaffung von Spielflächen für Jugendliche dort zu installieren.

Jetzt kommt es. Die unter 1 - 6 angeführten Punkte erfordern zum Teil gute planerische Planung für die Gestaltung derartiger Freizeiteinrichtungen, weshalb die Befassung eines erfahrenen Architekten vorgeschlagen wird. Dem habe ich nichts weiter hinzuzufügen.

Einen weiteren Punkt der Budgetvereinbarungen möchte ich ebenfalls noch ansprechen und als eine tragbare Lösung bezeichnen. Es betrifft den bereits von mir angesprochenen Ankauf von Autobussen. Und zwar werden drei weitere Midibusse mit Lieferzeit Oktober 1999 in der Form angekauft, als daß diese vorerst über den Betriebsmittelkredit der Stadtwerke, oder es könnte unter Umständen, so meint Herr Mag. Lemmerer, eine andere Finanzierungsmöglichkeit geben, aber dann aus Budgetmittel des Jahres 2000 den Stadtwerken refundiert werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir Freiheitliche haben bei der Beurteilung und Zuordnung der Finanzen für jene Bereiche die wir zu verantworten haben und für die wir zuständig sind, keineswegs das Gesamtbudget aus den Augen verloren. Wir anerkennen die Bereitschaft auch freiheitliche Vorstellungen zu berücksichtigen. Nachdem es ja auch diesmal nicht möglich ist über einzelne Budgetkapitel getrennt abzustimmen, werden wir auch im nächsten Jahr da und dort unsere Stimme kritisch erheben, wo es aus unserer Sicht, im Interesse der Bewohner, der Bürger unserer Stadt notwendig ist.

Unter diesen Voraussetzungen sehe ich auch meine Zustimmung zum vorliegenden Budget 1999, in Form des vorliegenden Abänderungsantrages, der von der SPÖ, FPÖ, ÖVP und der GAL-Fraktion unterzeichnet wurde.

Meine Damen und Herren, sofern es keine andere Gelegenheit mehr gibt, wünsche ich ihnen und ihren Familien bereits jetzt schon schöne Weihnachten, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir sehen uns eh am Abend noch.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist noch nicht so sicher, ob wir uns alle sehen. Aber ich meine ja damit nicht nur die Damen und Herren des Gemeinderates sondern auch natürlich die Gäste, die ich miteinbeziehe. Ich darf mich daher wiederholen. Ich wünsche ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest, auch den Beamten dieses Hauses, viel Glück, aber vor allem Gesundheit im neuen Jahr 1999 und darf ganz zum Schluß ihnen allen recht herzlich für ihre Aufmerksamkeit danken und darf ihnen schon jetzt für den Applaus danken.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir danken dem Herrn StR Eichhübl. Ich würde vorschlagen, daß wir eine Pause machen, weil es ist schon sehr unruhig. Es gibt Kaffee und Krapfen.

PAUSE VON 15.45 BIS 16.10 UHR.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung wieder fort. Als nächster zu Wort gemeldet hat

sich Mag. Gerhard Klausberger. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Meine Damen und Herren, ich habe ein großes Ausmaß am Konsens in den Wortmeldungen festgestellt. Ich werde mich daher nur zu einem einzigen Punkt äußern. Dieser Punkt erfordert, meiner Meinung nach, ebenfalls ein sehr, sehr hohes Maß an Konsens. Herr Bürgermeister, du hast vor deinen Ausführungen zum Budget über ein Schreiben von Mag. Karl Ramsmaier an die Stadt Steyr, in dem der Verein „Mauthausen Aktiv“ darauf aufmerksam macht, daß wir Friedrich Uprimny eine wichtige Stelle in unserer Stadt, einen Platz des Gedenkens einräumen sollten, berichtet. Ich war am 7. November d.J. bei der 10-Jahres-Feier des Komitees „Mauthausen Aktiv“. Ich habe dort, im Auftrag des Bürgermeisters, die Grüße und Wünsche der Stadt Steyr überbracht. Ich habe mich im Rahmen dieser Festveranstaltung überzeugen können, daß das Komitee „Mauthausen Aktiv“ einen sehr wichtigen Beitrag, für die aufrechte Bewältigung der Fragen der Zeitgeschichte unserer schönen Heimatstadt, leistet. Ich habe viele Beispiele, die ich ihnen jetzt zur Information übermitteln möchte. Allerdings nur in einem ganz kurzen, schlagwortartigen Überblick. Das Komitee „Mauthausen Aktiv“ hat wesentliche Beiträge für das Bewußtsein und das würdevolle Umgehen mit der Zeitgeschichte in unserer Stadt geleistet. Als Beispiele dafür seien etwa die Gedenktafel beim jüdischen Friedhof, aber insgesamt auch die Pflege des jüdischen Friedhofs durch das Komitee „Mauthausen Aktiv“, sowie auch das Anbringen einer Gedenktafel bei der ehemaligen Synagoge, genannt. Des Weiteren haben Mitglieder des Komitees „Mauthausen Aktiv“ Dokumentationen zum Schicksal unserer jüdischen Mitbürger in den damaligen, düsteren Jahrzehnten, erstellt. Ich glaube, daß all diese Arbeit äußerst wichtig ist, insbesondere auch die Arbeit die alle Jahre, Anfang Mai, zum Gedenken an der Haager Straße, an die Befreiung des Konzentrationslagers der Außenstelle Münchenholz geleistet wird.

Ich habe daher, um auf den eingangs erwähnten Konsens zurückzukommen, im Lichte des Gesagten eine sehr große Bitte. Ich stimme dem Vorschlag unseres Bürgermeisters zu, daß dieses Thema, in würdevoller Form, in der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden behandelt wird. Meine Bitte wäre, weil ich das Komitee „Mauthausen Aktiv“ für äußerst kompetent halte, solche Vorschläge uns als Gemeinderat zu unterbreiten, daß die Fraktionsvorsitzenden im Geiste dieses angesprochenen Konsens entscheiden mögen und, daß dabei größtmögliche Einhelligkeit, im Interesse einer würdevollen Behandlung dieses wichtigen Themas, an den Tag gelegt wird. Danke sehr.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Ing. Hoflehner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Herren vom Stadtsenat, sehr geehrte Kollegen. Weihnachten steht vor der Tür und zu unserer großen Freude sind die wichtigsten Wünsche welche die Freiheitlichen ins Budget 1999 reklamiert haben erfüllt worden. Die Michaela hat uns jetzt leider ein bißchen die Freude genommen. Sie sagt, es sind eigentlich nur Kleinigkeiten wo die Fraktionen mitbestimmen konnten. Sie hat nicht so Unrecht, aber wir freuen uns auch über Kleinigkeiten. Herr Bürgermeister, vielen Dank, daß sie unsere Fraktion konstruktiv mitarbeiten haben lassen. Ich möchte ihnen noch einmal ganz kurz skizzieren, worüber wir uns freuen.

Als ich drei Jahre alt war ist das Stadtbad eröffnet worden, 1959. Das ist eine lange Zeit. Wir sind froh, daß uns ein professioneller Planer hilft, dieses Stadtbad neu zu überdenken, denn wir sollten wissen, bevor wir es zu renovieren beginnen, was überhaupt zu renovieren ist, was die wichtigsten Maßnahmen sind und ein professioneller Planer wird uns jetzt dabei behilflich sein. Das ist das eine. Wir freuen uns auch über die Anschaffung von drei zusätzlichen Midibussen und über das Marketing-, Werbe- und PR-Konzept für die Stadtwerke. Das ist aus unserer Sicht absolut notwendig und nützlich, denn die zahlreichen Verbesserungen und Neuigkeiten die es bei den Verkehrsbetrieben gibt, die müssen auch mitgeteilt werden, nämlich denen, die es auch benützen.

Werbung wird das Geschäft ankurbeln. Daß die Einrichtungen auch mehr genützt werden, das wird auch mit zusätzlichen Einnahmen einhergehen. Das ist ein erfreulicher Nebeneffekt und ich glaube, auch die „Grünen“ Kollegen freuen sich über diese ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Wir haben es vorgeschlagen.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ihr habt S 200.000,-- vorgeschlagen, wir haben S 300.000,-- vorgeschlagen, das ist ein erfreulicher Nebeneffekt. Wir freuen uns auch über die Umsetzung des Radverkehrskonzepts vom Papier in die Wirklichkeit und wir freuen uns auch über das Tierheim. Der heikelste Punkt, von all diesen von uns gewünschten Forderungen, ist die Verwaltungsreform und das Einsparen von 3 % beim Magistrat. Wir fordern hier mit Sicherheit nichts Unmögliches. Kein einziger, niemand, keine Frau, kein Mann muß dabei den kostbaren Job aufgeben. Wir wünschen uns nur eine umfassendere Form im Magistrat. Nicht zum ersten Mal und auch nicht zum letzten Mal. Wenn wir meinen, daß die Organisationsstrukturen im Magistrat geändert gehören, dann ist dieser Punkt genauso wichtig, vielleicht noch wichtiger, wie die 3 %ige Verwaltungskosteneinsparung. Wenn wir von neuen Organisationsstrukturen reden, dann meinen wir folgendes. Ich werde ihnen jetzt eine frei erfundene Geschichte erzählen. Vielleicht wird sie die Geschichte amüsieren. Die Frau Vizebürgermeisterin lacht schon. Die Kollegin Frech hat heute schon einmal vom Hausbauen und Einrichten geredet und ich erzähle jetzt folgende Geschichte:

Es könnte sein, wir haben schöne Vorzeichen, vielleicht werden die Freiheitlichen dem Budget zustimmen, das ist eine gute Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten, vielleicht könnte es sein, daß der Bürgermeister Leithenmayr zu mir kommt und eine Küche bestellen möchte.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Vielleicht bekommt er dann auch Prozente.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schon wieder, ich habe ja gerade eine bekommen.

Gelächter

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Brauchen sie etwas anderes? Also wir gehen jetzt von der fiktiven Geschichte aus, daß der Herr Bürgermeister bei uns eine Küche kauft. Hätte meine Firma die typischen Organisationsstrukturen eines österreichischen Magistrates, dann würde dieses fiktive Zusammentreffen in etwa so ablaufen: Der Herr Bürgermeister kommt in mein Geschäft und sieht eine riesige Tafel. Auf dieser Tafel liest er dann verschiedene Abteilungen. Die heißen z. B. Bonitätsprüfanstalt, Bedarfsermittlungsanstalt, Büro für Einrichtungsplanung, Büro für Subunternehmen wie Wasserinstallationen, Elektroinstallationen, Büro für periphere Angelegenheiten wie Maurerarbeiten, Rigipsarbeiten, Fußbodenarbeiten, dann gibt es noch ein Büro für Auftragsabwicklung und für finanzielle Angelegenheiten. Herr Bürgermeister Leithenmayr sucht sich jetzt, wie er meint, das richtige Büro aus. Er meint, das richtige Büro ist das Büro für Einrichtungsplanung, weil er ja eine Küche planen möchte. Nach 14 Minuten suchen hat er das Büro gefunden. Das dort sitzende Fräulein macht ihm klar, daß, wenn er eine Küchen kaufen will, er zuerst in die Bonitätsprüfanstalt muß. Mit einem positiven Bescheid der Bonitätsprüfanstalt der Firma Hoflehner darf er dann in die Bedarfsermittlungsanstalt und dann darf er erst in die Planungsabteilung kommen. Die Bonitätsprüfanstalt besteht der Herr Bürgermeister grandios. In der Bedarfsermittlungsanstalt wird es schon um einiges schwerer. Erstens liegt sie im entgegengesetzten Teil des Gebäudes und die Mitarbeiter wollen Sachen von ihm wissen z. B. detaillierte Maße, Fensterhöhen, Wasseranschlüsse etc., die weiß er einfach nicht.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Es ist besser, sie kaufen bei einem Steyrer Unternehmen

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Der Herr Bürgermeister kommt ziemlich erschöpft und an der Grenze zum „Sauer werden“ in die Planungsabteilung. Diese schickt ihn zunächst zum Messen nach Hause, weil eine Planungsabteilung ohne Naturmaße, auf Weisung des Chefs, gar nicht zu planen beginnen darf. Herr Bürgermeister Leithenmayr kommt dann erschöpft und grantig mit den Naturmaßen ins Möbelhaus und die Abteilung schließt leider, weil es ist Mittwoch, 13.00 Uhr. Ich stoppe hier meine Ausführungen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kaufe ich jetzt oder nicht?

Gelächter

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Zuhören! Der Herr Bürgermeister Leithenmayr würde natürlich nie bei mir kaufen. Er würde nicht einmal eine Schraube kaufen, wenn ich mich in meiner Firma so aufführen würde. Er würde zu einer Firma gehen, die das einfacher und kundenfreundlicher erledigen würde. In Steyr oder in Linz, ganz egal. Aus der Sicht des Kunden, der auch Bürger ist und der Bürger ist auch Kunde. Auch beim Magistrat. Er bekommt beim Magistrat nichts geschenkt. Im Gegenteil. Der Bürger finanziert mit seinen Steuerabgaben den Magistrat. Es gibt Kommunen auch schon in Österreich und noch viel mehr in Deutschland, wo der Bürger 100%ig als Kunde gesehen wird. Ein Unternehmer der eine neue Firma gründen möchte, hat einen Betreuer der ihm alle Probleme wegbaggert. In der Empfangshalle die freundlich gestaltet ist gibt es ein Servicecenter, bequeme Anlaufstellen mit freundlichen, motivierten, kompetenten und bestens geschulten Mitarbeitern. Er hat einen Ansprechpartner der ihm sagt was zu tun ist und der ihm dabei ununterbrochen behilflich ist. Ein modernes Servicecenter für einen modernen Bürger. Ob das nun eine große oder eine kleine Angelegenheit ist, ist ganz egal. Der Bürger ist Kunde und wie in einem modernen Unternehmen soll er bedient werden. Das Denken aus Kundensicht ist der Punkt, den ich hiemit mitteilen möchten. Dazu muß man die Organisationsstrukturen im Magistrat ändern. Das geht nicht ohne größtmöglichen politischen Willen. Vielleicht in 10 Jahren Herr Bürgermeister, Herr Dr. Schmidl Herr Mag. Lemmerer, Herr Dr. Alphasamer. Jeder Magistrat wird in 9 bis 10 Jahren so oder so ähnlich aufgebaut sein. Es geht jetzt eigentlich nur darum, ob wir uns zu den Innovativen und Mutigen zählen dürfen, die vielleicht früher dabei sind. Ich weiß, daß diese Ideen und Zukunftsvisionen natürlich in den Führungsetagen des Steyrer Magistrats bekannt sind. Das ist mir ganz klar. Aber um diese Änderungen, die von jedem einzelnen Magistratsbediensteten mitgetragen werden müssen, und diese Änderungen auch in die Tat umzusetzen, ist ein breiter, politischer Wille notwendig. Ich wünsche mir, daß wir hier herinnen, und viele werden vielleicht ähnlich denken, miteinander stolz sein können auf einen starken, modernen, extrem bürger- orientieren und für andere Städte beispielhaften Magistrat.

Ein breiter politischer Wille ist auch in meinem letzten und kürzeren Punkt wichtig. Es geht um die Mittel für das Steyrer City-Marketing-Projekt. Wir wissen alle, daß tiefgreifende Änderungen auf den Steyrer Stadtplatz zukommen. Das Ärztehaus, haben wir heute gehört, ist geplant, Bustakte werden geändert, Interspar steht ins Haus. Ich möchte ihnen jetzt ganz kurz vorlesen was internationale Experten, allen voran der Auslandsösterreicher, Handelsforscher Mag. Morasch, der jetzt in den USA lebt, in den Salzburger Nachrichten vom 9.11.1998 anlässlich des Stadtsymposiums 2000 unter anderem gesagt hat. Es ist zum Teil aus dem Zusammenhang gerissen. Ich lese ihnen vor: Der Einzelhandel in Innenstädten befindet sich in Existenznöten. Obwohl die Kaufkraft der Konsumenten noch nie so groß war bleiben Kunden aus und Traditionsfirmen gehen pleite. Um diese Probleme zu bewältigen ist nicht nur ein Schulterschuß der Unternehmer erforderlich sondern

auch eine neue Stadtpolitik. Der Einzelhandel in den Innenstädten sei komplett neu zu organisieren. Das forderte der Präsident der europäischen Handelsvereinigung, Ignori Sogaro, anlässlich der europäischen Tage des Handels in Brüssel. Großzügige Konzepte seien ähnlich radikal umzusetzen wie für Einkaufszentren. Die Strategie, die Stadt nicht erweitern sondern verdichten, Dynamik solle nicht nach außen gedrängt sondern in die Stadt hineingezogen werden. Die Beibehaltung von Geschäften um die Ecke mit kleinteiligen Angeboten, wie sie vor 20 oder 30 Jahren üblich waren, ist ein Traum, den man auch mit aller politischer Kraft nicht wieder erreichen kann. Stadtpolitik und Handel seien wie siamesische Zwillinge. Sie brauchen einander. Die Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft müssen geschlossen und professionell handeln und auf die neuen Bedürfnisse der Konsumenten rechtzeitig eingehen. Helene Karmasin, Innenstadtkaufleute seien als Einzelkämpfer chancenlos. Sie hätten nur eine Chance, wenn sich Politiker, Verkehrsplaner und Geschäftsleute an einen Tisch setzen würden und maßgeschneiderte Konzepte erarbeiten. Wir haben lange geschlafen und uns auf den Lorbeeren ausgeruht. Jetzt herrscht wieder Aufbruchsstimmung. Die Kaufleute sind sehr motiviert, weil sie Licht sehen und es wieder aufwärts geht. Einige Geschäfte in der Innenstadt hätten in den vergangenen Jahren rund 20 % Umsatz verloren. Vor zwei Jahren standen wegen überhöhter Mietpreise im Zentrum 30 Geschäfte leer. Der Branchenmix war verloren gegangen, weil sich vorwiegend große Billigketten auf dem Textilsektor angesiedelt haben. Die neue Mannschaft krempelt alles um. Sogar die Parkraumwächter werden neu eingekleidet. Zivile, nette Kleidung ohne Barett und halbhohle Stiefel. Das Selbstverständnis soll im Parkservice liegen.

Ich könnte noch weiter lesen, aber ich möchte damit eines sagen. Herr Bürgermeister Leithenmayr hat Gott sei Dank für diese so wichtigen Themen ein Ohr. Dafür danke ich ihm. Er hat bei der Fraktionsobmännerkonferenz im Oktober dankenswerterweise zugesichert, daß Teile des Konzeptes der Firma SIMA Stadtmarketing, Teile aus diesem Projekt, zugekauft werden können und ich möchte vielleicht bei dieser Gelegenheit an Herrn Mayrhofer und Herrn Hack appellieren. Der Lenkungsausschuß der zur Zeit in Steyr arbeitet. Ich finde es schlecht, daß Politiker nicht miteinbezogen werden. Ein gemeinsamer Freund von uns Roundtabler, Klaus Pippik in Linz, er ist erfolgreicher Obmann-Stellvertreter des Cityrings in Steyr, meint auch, daß das intensive Einbinden von Politikern in diesem Kreis ganz, ganz wichtig ist. Ich möchte sie um eines bitten. Wir müssen in dem Fall „Citymarketing“ großräumiger denken. Die Steyrer Innenstadt lebt von den Kaufleuten. Wir lieben alle diese Stadt und aktives Standortlobbying, ist ein wichtiges Wort, ist von allen politischen aktiven Kräften das Gebot der Stunde.

Herr Bürgermeister Leithenmayr hat sich diesen, unseren Wünschen aufgeschlossen gezeigt und das ist auch ein Grund, warum wir diesem Budget zustimmen werden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Hauser. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Gäste. Gestatten sie mir ein paar Worte zu zwei großen Themenbereichen. Das eine ist im Bezug auf Personal, ein bißchen auch über Verwaltungsreform und auf der anderen Seite die Stadtwerke. Ich möchte also gerne mit dem Personal beginnen und möchte vor allen Dingen auf eine Äußerung eingehen die immer wieder wie das Amen im Gebet kommt, vor allem bei den Budgetdiskussionen, daß unter anderem die Freiheitlichen immer die Rufer in der Wüste sind, 3 % des Personals einzusparen. Bzw. nicht das Personal sondern die Personalkosten, muß man richtigerweise sagen. Diese 3 %, und der Herr Bürgermeister hat es auch schon in seiner Budgetrede erwähnt, bedeuten aber letztendlich immer wieder hochgerechnet aufgrund von Gehaltserhöhungen und der Biennalsprünge letztendlich vom Ausgangspunkt weg, 6,5 %. 6,5 % sind eine erkleckliche Anzahl, die man hier einsparen müßte. Wenn man ein bißchen rückblickt und sagt, 1994 wurden ohne große Unruhen, das muß man nämlich auch dazu sagen, daß hier ein sehr guter und klassischer Verhandlungsweg gefunden wurde, 50 Bedienstete, die aus dem

Dienst ausgeschieden sind, nicht mehr nachbesetzt hat. Das hat eine eklatante Einsparung mit sich gebracht und hat letztendlich auch dazu geführt, daß in den Zeiten von 1995 bis 1997 die Personalkosten in etwa für dieses Magistrat gleich geblieben sind, 1998, jetzt erstmals wieder, eine Steigerung der Personalkosten eben erfolgt. Letztendlich auch durch die Erhöhung der Politikerbezüge. 1999 ist es eben auch so, daß es zu einer Steigerung der Personalkosten kommt, weil es gibt Gehaltserhöhungen und Biennalsprünge udgl. mehr. Heuer kommen auch erstmals für das gesamte Jahr die erhöhten Politikerbezüge zum Tragen. Wenn man also diese geforderten 3 % letztendlich einsparen will bzw. wie ich vorher schon erklärt habe es um 6,5 % geht, dann müssen wir einfach zugeben, daß es wieder einmal um die Einsparung von 50 Bediensteten geht. 50 Bedienstete bedeutet letztendlich in einem Dienstleistungsbetrieb, wo ich behaupte, daß das Magistrat ein Dienstleistungsbetrieb und kein Produktionsbetrieb ist, die Zurücknahme von Leistungen. Weil anders geht es halt nicht. Ich kann nicht 50 Bedienstete einsparen und sagen, aber die Dienstleistungen erbringt ihr trotzdem. Wenn ich nur auf die Kindergärten blicke, bedeutet das, daß wir in etwa 13 bis 14 Kindergärtnerinnen einsparen müssen. Das bedeutet, daß wir überall weniger Personal haben und letztendlich fällt es auch auf die Leistungen dieser Stadt zurück. Bezüglich der Zulagen möchte ich unter anderem sagen, daß das Magistrat fast 40 verschiedene Berufsgruppen, ich weiß nicht, ob ich jetzt genau informiert bin, aber in etwa 40 verschiedene Berufsgruppen als Dienstleister beschäftigt. Das sind vom Juristen über Sekretärinnen bis zum Maurer, vom Installateur bis zum Müllfahrer, vom Magistratsdirektor bis zum Straßenkehrer alles eingerechnet. Diese unterschiedlichen Berufsgruppen, um diese mehr oder weniger doch leistungsgerecht zu entlohnen, weil ein Gehaltsschema bei der Gemeinde oder überhaupt im öffentlichen Dienst angelegt doch ein sehr starres Schema ist, gibt es halt die Zulagen und Nebengebühren. Da finde ich halt auch immer wieder, daß man da sehr leichtfertig darüber diskutiert ohne sich die Auswirkungen für die einzelnen Betroffenen anzusehen.

Ein kleiner Blick hinüber zur Verwaltungsreform. Klaus, ich habe versucht, so weit es geht, dir zu folgen. Gar so ist es ja nicht, daß sich in diesem Magistrat nichts verändert hat und daß alles so abgehoben ist, daß keiner weiß wo er hingehen muß. Die Eltern wissen genau, daß sie zu sonst niemanden gehen brauchen, ihre Kinder für den Kindergarten anzumelden, außer in den Kindergarten zur Kindergärtnerin. Da melden sie die Kinder halt direkt an. Oder, wenn jemand einen Platz im APT braucht, dann geht halt derjenige dort hin und meldet sich an. Da braucht er nicht ins Magistrat gehen und zuerst fragen, wo darf ich denn hingehen oder zu 37 verschiedene Stellen. Ich weiß nicht ob du in Steyr geheiratet hast. Auch zum Heiraten geht man auf das Standesamt und meldet sich an. Eine Geburt meldet man direkt beim Standesamt an und rennt nicht irgendwo sonst herum und verirrt sich, wie das so leicht immer gesagt wird. Wenn ich auf der anderen Seite eine einzige Bemerkung vom Herrn Dr. Pfeil zitieren darf, bezüglich Verwaltungsreform, Schaffung eines sogenannten Informationsbüros, wo aus jedem Geschäftsbereich irgendein Kompetenter sitzt, wahrscheinlich tauschen wir den jeden Tag aus weil sonst macht er ja dort unten nur die Arbeit und oben tut er nichts mehr, wenn es ein kompetenter Mann oder Frau ist, dann denke ich mir, daß alle Dinge, die immer wieder hier so von sich gegeben werden letztendlich aber auch Geld kosten, weil zuerst muß man das Büro ja einmal irgendwo schaffen, zuerst muß man es einmal haben und dann auch die Leute dort hin setzen und alles deswegen, weil man offenbar den Leuten nicht zumuten kann, ich sage jetzt nur einmal ein Beispiel, aufgrund eines ordentlichen Wegweisers dort hin zu gehen, wo halt der Geschäftsbereich bzw. die Geschäftsabteilung ist.

Jetzt möchte ich zu den Stadtwerken überschwenken. Für mich ist dieses Schlagwort des sogenannten unabhängigen Betriebes, ein Dorn, der mich die ganze Zeit sticht. Da gibt es alle möglichen, die sich auf den Rechnungshofbericht und sonstiges berufen und im Prinzip ist es halt so, daß ich bei den Stadtwerken immer wieder das Gefühl habe, daß man gerne über alles und jenes alleine verfügen möchte. Man möchte also gerne Personal einstellen, man möchte gerne bauen, man möchte gerne Dienstleistung betreiben und all diese Dinge mehr und weg von der Verantwortlichkeit der Stadt. Die Stadt dürfte nur mehr diejenige sein, die sozusagen das Kapital zuführt und Betriebszuschüsse macht. Komischerweise wird das jetzt in Wien gemacht. Die Gemeinde in Wien lagert ihre gesamten Stadtwerkebetriebe in eine sogenannte Aktiengesellschaft „die Wiener Stadtwerke Holding AG“ aus. Dort, entgegengesetzt zum Gemeinderat hier in Steyr, haben genau die

FPÖ und das Liberale Forum dagegengestimmt, daß das passiert. Genau dort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Willi, bitte erlaubst du mir einen Zwischenruf. Es ist nicht immer gleich ein Vergleich was hinkt.

Gelächter

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Das ist kein hinkender Vergleich. Ich möchte nur sagen, daß man klipp und klar noch eines dazu sagen muß. Letztendlich bedeutet eine Selbstverantwortung im Stadtwerk, daß man alles nur regulieren und erreichen kann, daß alles lebensfähig wird, indem man schaut, daß man die Kostendeckung so nahe wie möglich herankommt. Die Wiener Gemeinderatsfraktionen, die das beschlossen haben, nämlich die SPÖ und die ÖVP, sagen, sie bekommen das schon dahingehend in den Griff, indem sie sozusagen exorbitante Tarifierhöhungen nicht zur Kenntnis nehmen, indem sie halt dann die Kapitalzufuhr bzw. die Betriebszuschüsse nicht mehr ausbezahlen bzw. auf die Bremse steigen. Das bedeutet letztendlich, wenn man weder Kapitalzufuhr noch Betriebszuschüsse dort hin gibt oder sie zumindest minimiert und eine exorbitante Tarifierhöhung auch nicht infrage kommt, bleibt nur mehr eines: Wir nehmen die Leistungen zurück. Die Leistungsrücknahme, da bin ich mir aber nicht so sicher, ob die Steyrer Bevölkerung das so gerne zur Kenntnis nehmen würde. Dann ist noch ein Wort gefallen. Aufgabenreform. Ich denke mir, das sind alles so Dinge, die ja letztendlich auch bevölkerungs- und bewohnerorientiert durchgeführt werden müssen. Jetzt möchte ich dann noch ganz gerne und schnell wissen, wieviele Steyrerinnen und Steyrer wir finden, die sagen, nein das wollen wir von der öffentlichen Hand nicht mehr. Wir wollen diese Leistung nicht mehr von der Stadt, weil wir kaufen sie uns irgendwo anders, vielleicht viel teurer.

Das sind so meine Gedanken zu den Wortmeldungen die bis jetzt waren bzw. was mir in der Diskussion aufgefallen ist. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Kollege Hauser. Nächste ist die Frau Kollegin Koppensteiner. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ja, ein Wolfgang von Goethe hat einmal gesagt: „Es genügt nicht etwas zu wissen, man muß es wollen. Es genügt auch nicht etwas zu wollen, man muß es tun. Es freut mich wirklich, daß, ich würde fast sagen durch meine Hartnäckigkeit ein Jahr lang, das Wissen um den Zustand unserer Pflichtschulen sich ins Bewußtsein der Verantwortlichen eingegraben hat. Es freut mich aber genauso, wenn nicht sogar mehr, daß auch ein Umdenken im Wollen zu diesem Thema stattgefunden hat. Als ich den Voranschlag für 1999 gesehen habe, habe ich gesehen, daß auch im Tun die Absicht auf dem Gebiet Schule, wirklich etwas zu tun, da bzw. dokumentiert ist. Ich stehe nicht an, von dieser Stelle aus, wirklich allen recht herzlich dafür zu danken, obwohl es sicher erst der erste Schritt ist und gerade beim Tun, glaube ich, werden uns in den nächsten Jahren noch einige Schritte bevorstehen. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Reznar.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Gäste. Haben sie sich auch schon einmal überlegt, wie es mit der Kultur in Steyr weitergehen wird? Mir ist die kulturelle Arbeit für Steyr ein immerwährendes und persönliches Anliegen. Wahrscheinlich haben sie sich, so wie ich, die budgetierten Kulturmittel angesehen und festgestellt, daß das kulturelle Budget leider wieder einmal so gut wie durch den Rost gefallen ist. Man kann gar nicht oft genug

betonen, daß Steyr eine Kulturstadt sein soll und auch werden wird. Gerade hier müssen unsere Anstrengungen besonders aktiv sein. Im Budget 1998 waren bereits 5 Millionen Schilling für die Stadtbücherei vorgesehen. Es ist erfreulich, daß diese 5 Millionen Schilling auch heuer wieder im Budget sind. Aber wollen wir dieses Geld wieder für das nächste Jahr aufheben? Grundsätzlich hätte es doch auch möglich sein müssen, für heuer, weiteres Geld zu budgetieren, dann könnte man jetzt die doppelte Summe für dieses Projekt verwenden, und der Umsetzung dieses hervorragenden Konzeptes stünde nichts im Weg. Dies zu fordern liegt jedoch in der Verantwortung des Kulturreferenten. Aus den Änderungen zum Voranschlag 1999 ersehe ich, daß für ein Museumskonzept S 250.000,-- vorgesehen sind. Hier möchte ich nicht verabsäumen zu behaupten, daß im eigenen Haus zwei durchaus kompetente Historiker beschäftigt sind, die sicher von sich aus in der Lage sind, ein akzeptables Museumskonzept zu erstellen. Ein Reformkonzept vor Ort mit gesetzten Aktivitäten ist wichtiger als großartige Studien. Der vorgesehene Betrag könnte dann, meiner Meinung nach, für dessen Umsetzung verwendet werden. Sogar der Einbau der Heizung im Museum hat sich wegen des Museumskonzeptes wieder verschoben. Hätte man die Erstellung eines Konzeptes hausintern gelöst, so wäre sicher die Heizung dann eingebaut worden, wenn sie gebraucht wäre, nämlich im Herbst und nicht erst im Frühjahr oder vielleicht im Sommer. Auch der Ausbau des Dachgeschoßes steht an. Von diesem Vorhaben ist schon seit Jahren die Rede. Auch für die Weiterverwendung der Räumlichkeiten, die dem Industrieforum zur Verfügung gestellt wurden, sind im Budget keine Mittel vorgesehen. Es erhebt sich nun für mich die Frage, macht man sich weiterhin keine Gedanken über Nutzung Reitthoffer nach der Landesausstellung? Einerseits soll Reitthoffer kein Werksmuseum der Steyr Werke werden, andererseits sollen die Objekte als Kulturgut für Steyr erhalten bleiben. Besonders bezüglich des Archives sollen umgehend Verhandlungen geführt werden. Die Stronach-Gruppe sollte dieses Archiv einfach zur Verfügung stellen und uns, der Stadt Steyr, überlassen, da von dieser Seite her das Interesse ohnehin nicht besonders groß zu sein scheint. Meine Frage geht nun auch an den Herrn Bürgermeister, wie und mit welchen Mitteln er seiner Vorstellung nach am 1. Mai 1999 die Ausstellung wieder aufsperrt wird. Wie sie alle wissen, soll für Steyr eine Stadtgalerie installiert werden. Um diese jedoch auch für den Besucher attraktiv zu machen muß eine entsprechende Bestückung vorhanden sein. Der Unterausschuß für die Stadtgalerie hat sich im Besonderen auch dafür ausgesprochen, daß jährlich Kunstwerke angekauft werden sollen, damit im Laufe der Zeit eine Sammlung entstehen kann, die Besucher der Stadtgalerie anlockt. Gerade für solche Ankäufe wären im Budget ausreichende Mittel vorzusehen gewesen, nicht wie jetzt S 80.000,--.

„Last but not least“ der Schloßparkpavillon. Haben sie sich schon einmal überlegt, was aus diesem wunderschönen Gebäude werden soll? Im Moment steht es leer, droht dem Verfall. Im Keller steht Wasser. Es ist eine Sünde, dieses Gebäude verfallen zu lassen. Hier ist Gefahr im Verzug. Und wo finde ich im Voranschlag Mittel für die Renovierung? Selbst eine Teilsanierung wäre doch schon ein erster Schritt nach vorne. Die Idee, die Stadtgalerie in dieses Gebäude zu installieren, sollte man doch auf keinen Fall aus den Augen verlieren, auch in Verbindung mit einem Gastronomiebetrieb. Ich kann und will es mir einfach nicht vorstellen, daß das oberste Gremium der Stadt Steyr so wenig Interesse am Kulturgeschehen unserer Stadt hat. Wenn ich Kulturreferentin werde ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

... wäre, Verzeihung, würde ich immer wieder auf die Wichtigkeit der Kulturarbeit in unserer Stadt hinweisen. Wenn ich Kulturreferentin wäre, dann hätte wahrscheinlich auch unser Bürgermeister ein Theater- oder ein Konzertabonnement. Wenn ich Kulturreferentin wäre, würde die Ausstellung namhafter Künstler Besucher anlocken, was auch den Fremdenverkehr weiterbeleben würde. So stelle ich mir konstruktive Kulturarbeit vor. Taten setzen. Auch wenn vorerst Geld investiert werden muß, das sich aber auch im Laufe der Zeit immer wieder rentieren wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster ist Herr GR Forstenlechner zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich melde mich an und für sich nur zu Wort, weil GR Hoflehner mich dazu gereizt hat. Ich weiß nicht, welche schlechten Erfahrungen sie in ihrer Zusammenarbeit mit dem Magistrat Steyr gemacht haben, daß sie so eine Geschichte erzählen? Also, das verstehe ich nicht. Wenn ich an die Worte denke, die der Herr Bürgermeister zum Eingang gesagt hat, wie schnell und wie rasch der Behördenweg bei uns in der Stadt Steyr funktioniert, dann muß ich eigentlich das Gegenteil berichten. Ich kann das aus eigener Erfahrung auch noch einmal sagen. Ich muß euch wieder eine Geschichte von BMW erzählen. Es ist so, daß wir vor fünf, sechs Monaten noch nicht gewußt haben, wie der neue Keller, für die Emissionsanlagen bei uns im Werk, aussehen soll. D. h., wir haben noch nicht einmal einen Plan gehabt. Ich glaube, daß wir diese Woche so weit sein werden, daß der Keller fertig ist. D.h., der ganze behördenmäßige Ablauf der dazu notwendig war, daß wir zu bauen beginnen konnten und, und, und, ist in kürzester Zeit von sich gegangen. D.h., die Behörden im Magistrat Steyr arbeiten entsprechend zielgerichtet und wirklich rasch. Ich muß auch dazu sagen, daß der Geschäftsführer von BMW Motoren keine Gelegenheit ausläßt um diese zielgerichtete und rasche Vorgangsweise bei der Erledigung von irgendwelchen Behördenumfängen hervorhebt. Ich glaube, das hat der Bürgermeister heute auch schon einmal gesagt. Das wollte ich noch einmal als Antwort auf ihre Meldung sagen. Ich weiß nicht, was sie mir ihrer Redemeldung da bezwecken wollten. Wollten sie nur mies machen oder hat das irgendeinen konstruktiven Hintergrund gehabt? Also, ich verstehe es nicht.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Muß ich es noch einmal vorbringen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Versuchen sie einmal einen privaten Balkon in Steyr zu verändern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So. Nächste zu Wort gemeldet ist die Kollegin Feller-Höller.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. In Anbetracht des doch schon sehr langen Tages heute habe ich nicht vor ihnen irgendeine Geschichte zu erzählen und auch keinen Wunsch an das Christkind. Es hat mich allerdings schon der Kollege Hoflehner dazu animiert, daß ich mich auch noch zu Wort melde. Und zwar aus einem ganz konkreten Grund. Es ist dieser Aspekt der Belebung des Wirtschaftsraumes der Innenstadt in Steyr. Ich halte sie persönlich, Herr Hoflehner, für nicht sehr glaubwürdig wenn sie so die Interessen der Innenstadtkaufleute vertreten. Aber ich denke, das ist ein Problem, mit dem sie öfter konfrontiert werden als wie nur heute. In der Sitzung am 6. Februar 1997 und ich hatte nur ganz kurz damals die Ehre und das Vergnügen den Entwicklungsprozeß schon miterleben zu können, ist vom Gemeinderat ein Stadtentwicklungskonzept von Breitling beschlossen worden. Breitling schreibt in diesem Konzept so schön, daß Steyr Vergangenheit mit Zukunft hat. Ich möchte nur einen Satz zitieren, wo ich denke, daß er sehr wichtig und wertvoll ist, auch im Zusammenhang mit den Entscheidungen die heute anstehen. Breitling schreibt unter anderem: „Strukturell gesehen ist das Ziel die Sicherung und Konsolidierung der Heimatorte. Gestalterisch und von der Milieuqualität her gesehen die Übertragung der urbanen Qualitäten der alten Stadt ins 21. Jahrhundert und ihre zeitgemäße Weiterentwicklung.“ Ich denke nur, was wir beschlossen haben, nämlich die Ausschreibung dieses Architektenwettbewerbes im Zusammenhang mit den Reithoffer- und Aigner-Gründen, ist genau der richtige Weg in die richtige Richtung. Ich halte wirtschaftlich gesehen auch nichts von einem Überangebot von peripheren Großkaufhäusern. Ich denke mir aber, das was hinter dieser Möglichkeit steckt, hinter diesen Plänen im Reithofferareal und in den Gründen die dort vorhanden sind, ist ein wahrer Schatz unserer Stadt und genau in diese Richtung muß es gehen. Ich glaube nämlich, daß es ein ganz wichtiges Anliegen unserer Kommunalpolitik sein muß, zu versuchen, zwei Begriffe miteinander zu vereinen, nämlich „Arbeit“ und „Wohnen“. Diese Chance besteht dort.

Noch dazu in einem kulturell so interessanten Umfeld wie bei den Reit-hoffergründen. Ich glaube dahin sollte es gehen. Herr Hoflehner, auch für sie eine Anregung in diese Richtung: „Warum engagieren sie sich nicht mehr etwas mittel- oder langfristig für Projekte, die durchaus auch Gewerbebetriebe, Kleinbetriebe einbinden kann?“ Ich glaube, das wäre auch für sie eine sehr interessante Herausforderung, anstatt uns vorzuerzählen, wie der Herr Bürgermeister eine Küche kauft.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Werter Gemeinderat. Beim Durchblättern des Budgets bin ich bei dem Punkt, den die Kollegin Koppensteiner vorhin erwähnt hat, hängengeblieben. Bei der Instandhaltung der Schulen. Das habe ich mir ganz genau herausgeschrieben und festgestellt, daß hier eigentlich das Budget nur fortgeschrieben wird, bei der Instandhaltung der Gebäude der VS, der HS, der Sonderschulen oder des polytechnischen Lehrganges. Ich glaube, hier sollte wirklich ein Umdenken beginnen. Es wäre dazu auch notwendig ein Gremium zu schaffen, denn wir haben keines, das sich wirklich speziell mit den Aufgaben der Schulen beschäftigt. Es soll nicht jedesmal ein Bittgang notwendig sein. Es ist, glaube ich, eine Selbstverständlichkeit. Es ist auch Selbstverständlich, daß der Referent einmal im Jahr durch die Schulen geht. Nicht? Das ist ganz klar. Wenn man dann weiterblättert, ist mir aufgefallen, daß wir auch Einnahmen bei unseren Sportstätten haben. Turn- und Sporthalle Tabor, den Mehrzwecksaal Wehrgraben oder auch dem Bootshaus Dukartstraße. Hier nehmen wir sogar S 2.000,-- ein. Wenn man dann auf die linke Seite schaut, bei der Vorwärts Steyr, sieht man eine Null stehen. Wir haben uns schon so daran gewöhnt, daß es dort eigentlich überhaupt keine Einnahmen gibt. Warum eigentlich? Dieser Platz gehört uns ja auch. Ich glaube, es ist auch noch einmal notwendig, daß wir uns darüber kurz unterhalten. Ich möchte keine Vorwärtsdebatte in Gang setzen. Man liest schon immer wieder in den Zeitungen Sachen, die uns speziell betreffen. Ein Bericht vor fünf Tagen, wo zu lesen ist, daß wir der Vorwärts Steyr das Führen des Wappens erlaubt haben, das wissen wir alle, aber wir jetzt 1 Million Schilling zahlen sollen. Von einer derartigen Vereinbarung will aber die Stadt nichts wissen, sagte derjenige. Ich glaube, Herr Bürgermeister, daß wir jetzt wirklich einmal aufgefordert sind, uns als Stadt offiziell zu äußern, damit Schluß ist mit diesen Falschmeldungen, die es jetzt da gibt.

Zum Hauser Willi fällt mir ein, weil er gesagt hat „Dienstleistungen“. Ich finde, daß es hier kein Manko wäre wenn wir sagen, die Vorwärts Steyr soll sich den Rasen selber mähen. Wir sind sicher, glaube ich, als Kommune nicht für den schlechten Zustand des Rasens verantwortlich, wo man jetzt immer gehört hat das ist ja der Stadt Steyr nicht würdig, das ist eine Schande usw. Wir wissen alle selbst, wie wir uns in der letzten Zeit für die Vorwärts Steyr stark eingesetzt haben. Auch die Dienstleistung an die Bevölkerung würde nicht geschmälert werden, wenn die Bestattung der Stadt Steyr ein anderes Unternehmen führen würde. Es würde für die Bürger genau die gleiche Dienstleistung gegeben sein. Oder wenn jetzt das Hotel Nagl zugesperrt hat, wo ist hier ein Mangel an Dienstleistung zu sehen? Das Gebäude ist eben leer, aber die Leute kommen genauso unter. Es gibt sehrwohl Bereiche der Stadt Steyr wo man ein bißchen etwas zurücknehmen kann. Da kommt gleich meine Frage: „Was passiert wirklich mit dem Hotel Nagl?“ Das sind jetzt schon Zukunftsfragen. Die sollten vielleicht auch wieder einmal erörtert werden. Wir haben uns schon wieder so daran gewöhnt, das abzuheben. Meine Kollegin hat es vorhin erwähnt. „Was ist mit dem Schloßparkpavillon?“ Auch das gehört doch wieder einmal angesprochen. Alles ist nicht so in Ordnung wie es heute hier herinnen aussieht.

Die Kultur mit den S 80.000,-- ist schon erwähnt worden. Meine Anfrage vom Mai, bezüglich der Bilder. Ich meine, kaufe wir jetzt wirklich nur Bilder, damit sie eben im Depot sind? Sollten sie nicht der Öffentlichkeit ein bißchen zugänglich gemacht werden? Also, hier ist es schon notwendig, daß wir etwas tun. Das ist einfach nicht vertretbar. Es wird gefragt, was macht ihr wirklich mit den Bildern?

Bei der Frau Vzbgm. Mach ihrem Ressort ist mir aufgefallen, wir haben doch schon jahrelang, ich weiß gar nicht wie lange es das schon gibt, die Entwicklungshilfe im Ausland. Das ist so ein Posten, den wir wirklich immer wieder fortschreiben. Das sind diese S 60.000,-- für den Pfarrer am Tabor.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist diese Patenschaft, die wir übernommen haben. Die hat man ja länger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Man könnte ja auch überlegen, daß man da einmal wem anderen zum Zug kommen läßt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Haben sie keine Patenkinder?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber wir haben auch Nachbarn, die unter nicht guten Umständen leben. Wenn ich jetzt nur an Bosnien denke. Hier ist auch einmal Entwicklungshilfe notwendig, nicht immer nur fortschreiben, so wie beim Bienenzüchterverband mit S 2.000,-- und bei den Aquarienfreunden mit S 2.000,--. Da könnten wir uns ja wirklich einmal einen Stoß geben uns sagen, jetzt machen wir das neu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Da gibt es einen neuen Verein beim Habsburg. Der wäre auch zu empfehlen.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Der Lärmschutz ist mit S 20.000,--, meines Erachtens, unterdotiert. Wenn ich nur daran denke, jetzt mit der neuen Verkehrsregelung, alleine schon die Märzenkellerumfahrung, was sich dort oben abspielt. Es gibt dort auch Wohnhäuser. In der Seifentruheumfahrung, entlang der Steinfeldstraße. Wenn ich mir die Situation entlang der Eisbahn beim Lilienhof ansehe und wenn die Nordspange fertig wird. Auch da wird es zu Lärmbelästigungen im Bereich der ehem. Kematmüllerschule kommen. Wir können uns natürlich jetzt auf den Bund ausreden und wieder sagen na ja, das sind Bundesstraßen, da ist der Bund zuständig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sollen es vielleicht wir machen? Sagen sie ja oder nein.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Nein!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Warum machen sie dann da so einen Palaver? Da geht es nämlich ums Becken.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ich bin nur froh über ihren Einwand, Herr Bürgermeister, weil ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich schmeiße ihnen nur ein Hölzerl, daß es wieder weiter geht.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Richtig. Und zwar wollte ich das später sagen. Sie sind ein Meister der Innenpolitik der Stadt Steyr, aber die Außenpolitik die geht mir schon etwas ab.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aha.

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sie haben sicher doch auch die Aufgabe, daß sie mit den Umlandgemeinden mehr sprechen, daß sie mit dem Land und auch dem Bund mehr sprechen. Hier sind sie genau so gefordert, nicht nur innerhalb der Stadtgrenzen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Na, wie oft haben sie dem Bundeskanzler schon das blaue Handerl gegeben?

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber wieder aufs positive zurückzukommen. Ich sehe auch positive Ansätze. Auf jeden Fall bei der Stadtteilrenovierung, Steyrdorf, dieses ewige Suchen um den Wieserfeldplatz. Hier sieht man wirklich die besten Ansätze und sogar schon Umsetzungen. Den Tourismus sehen wir jetzt, glaube ich, auch als einen wichtigen Zweig an. Der gehört auf jeden Fall forciert und begrüßt. Man kann in der Stadt einen Stadtrundgang machen. Bei uns braucht man keine Stadtrundfahrt machen, wir können zu Fuß durch die Stadt gehen, wir können den Leuten Forellen zeigen, sie können sich die alten Bauwerke ansehen und das alles zu Fuß. Ich glaube, das ist etwas Besonderes. Das kann man nicht oft genug unterstreichen. Da haben wir auch wirklich Zuwachsraten zu sehen. Wenn sie gesagt haben, Herr Bürgermeister, Großprojekte sind schon wieder im kommen, da fällt mir schon dazu ein, daß es in der Stadt auch kleine Gewerbetreibende gibt. Wir sollten nicht immer vor den „Großen“ gleich in die Knie gehen. BMW, haben wir jetzt wieder gehört. Es hat aber auch in der Vergangenheit, vor ein paar Wochen, dazu geführt, daß vier Gesellen aus Losenstein einen Betrieb verlassen haben, weil BMW mehr bezahlt. Das sollte eigentlich nicht passieren.

Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist aber sehr unmenschlich was sie da sagen. Freiheit von Person und Vermögen. Ist das nicht ein Menschenrecht?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Aber wir haben dann wieder die gleiche Entwicklung wie bei den Steyr-Daimler Puch AG. Die Steyr Daimler Puch hat die Lohnstruktur der Stadt sehr stark beeinflusst. Da haben Bäcker gesellen ihre Firma verlassen und sind Staplerfahrer geworden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Und ist das nicht super, daß wir das höchste Einkommen in Österreich haben? Ist das so schlecht, wenn Steyr Daimler Puch dort in Spitzenreiter in Schrittmacher gemacht hat. Ist das so schlecht, daß sie bei BMW dasselbe zahlen oder jetzt schon mehr und andere auch?

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Und was sagen sie zu dem Unternehmen Losenstein jetzt, der sich die Werkstatt eingerichtet hat?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der in Losenstein wird sich um seine Mitarbeiter bemühen müssen. Das ist nicht nur eine Frage der Entlohnung sondern der Betriebskultur, darf ich ihnen sagen.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Ach so, dann haben wir das auch gelöst.

Gelächter

GEMEINDERAT ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt eh schon das Versprechen, daß wir nur mehr pro Firma einen nehmen. Eine freiwillige Beschränkung.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Gut. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Gemeinderätin Pramendorfer ist am Wort. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. In diesem Jahr ist mir der Zugang zum Budget, zum Kostenvoranschlag etwas leichter gefallen, aber ich habe trotzdem zu einem Hilfsmittel gegriffen, das einer einfachen Hausfrau erlaubt sei. Ich habe die Budgeterstellung für die Stadt mit meiner eigenen, privaten Haushaltsplanung verglichen. Wie gehe ich da vor.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

In dem Haushalt möchte ich auch leben, wo es um 1 Milliarde geht.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Leider nicht. Das ist mein Dilemma, daß es nicht so ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Pramendorfer, der Herr Dr. Pfeil wünscht ihnen die 700 Millionen Schilling Schulden nicht am Hals.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Na gut, mit 1,1 Milliarden die ich zur Verfügung habe, kann ich mir 700 Millionen Schilling Schulden ja leisten. Na, bleiben immer noch 400 übrig, die ich habe.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Da mußt du lange stricken.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA PRAMENDORFER:

Ich bin schlecht im Stricken, aber wenn sie mir nicht zuhören, werden sie es nicht wissen, wie ich es tu. Also. Ich weiß so in etwa um mein Einkommen. Ich weiß also daher was ich ausgeben kann. Dann weiß ich, was ich brauche oder zu brauchen glaube. Miete, Betriebskosten, Strom, Ausbildungskosten für Kinder, Gewand, Urlaube, Bücher etc. Die Liste läßt sich beliebig lang fortsetzen. Wenn ich jetzt ein unbeschränktes Einkommen hätte, bräuchte ich mir keine Gedanken darüber machen, was ist wichtig und was ist vielleicht nicht ganz so wichtig. Das ist aber nicht der Fall und daher erstelle ich eine Prioritätenliste. Ich muß halt dann gewisse Dinge streichen. Jetzt komme ich wieder zum Budget der Stadt zurück. Wir werden diesem Budget unsere Zustimmung geben, aber nicht ohne eine Forderung zu erheben. Eine Forderung in struktureller Hinsicht, weil ähnlich wie bei meinem privaten Budget sind auch die Möglichkeiten für Ausgaben im Bereich der Stadt nicht unbeschränkt sondern stehen einfach beschränkten Einnahmen gegenüber. Wenn auch die Umlagen, die wir ans Land zahlen werden müssen, nicht so hoch sind wie wir ursprünglich befürchtet haben, so werden wir uns doch ganz genau überlegen müssen, was in unserem Ausgabenkatalog an oberster Stelle steht und was wir vielleicht doch wieder in den Verantwortungsbereich des Bürgers oder vielleicht auch des freien Marktes zurückgeben müssen. Dazu zwei Beispiele, der Herr Mayrhofer hat es schon angesprochen, die meiner Meinung nach zeigen, wie wichtig so ein Prioritätenkatalog wäre. Da sind zwei Projekte die wichtig und dringend wären, aber aus finanziellen Gründen nicht durchgeführt werden können. Das erste ist das, im Herbst

von mir bereits nachgefragte, Kinderschutzzentrum, dessen Wichtigkeit unbestritten ist, das jetzt aber, aufgrund einer fehlenden Zusage von Landesseite, nicht zustande kommen wird. Abgesehen davon, daß die designierte Leitung, das ist das Beste was wir auf diesem Sektor in Steyr zu bieten haben und auch eine Therapeutin die dort mitarbeiten würde und bereits mit mißbrauchten Kindern gearbeitet hat, daß die zwei nicht ewig warten werden, bis die Stadt sich auf ihre Kernaufgaben besinnt, gibt es noch einen zweiten Aspekt, der in meinen Überlegungen eine Rolle gespielt hat. Und zwar den Aspekt der Prophylaxe. Als Physiotherapeutin weiß ich, daß Prophylaxe, davon weiß ich ein leidvolles Lied zu singen, nicht wirklich ein großes Thema ist. Aber ist es denn nicht klar, daß mißbrauchte und mißhandelte Menschen, denen nicht rechtzeitig und kompetent geholfen wird, abgesehen von ihrem persönlichen Leid, eine Kostenbombe sind, die auf die Allgemeinheit zurückfallen wird?

Mein zweites Beispiel betrifft den Bereich der Altersversorgung. Ein Bereich, in dem noch ein kräftiges nach- und umdenken erfolgen muß. Wir unterstützen das Projekt eines Tageszentrums auf der Ennsleite. Ein Zentrum für pflegebedürftige Menschen, in einem Stadtteil mit einem besonders hohen Anteil an alten Menschen. Das ist ein Projekt, das den Menschen den Verbleib in den eigenen vier Wänden oder in der eigenen Familie ermöglichen würde, was sich auch, und das ist wieder eine Verbindung zum Kinderschutzzentrum, positiv, auf lange Sicht, auf die Finanzen der Stadt auswirken würde, weil jeder weiß, daß eine extramurale Versorgung billiger ist, als einen in einem Heim. Es sind zwar im neu zu errichtenden APM 12 Pflegeplätze vorgesehen, aber wer sich mit dem statistischen Material, die Altersstruktur betreffend, auseinandergesetzt hat, der wird wissen, daß 12 Plätze zwar ein netter Anfang sind, aber nicht mehr. Es ist auch klar, daß es für die Bewohner der Ennsleite sehrwohl einen Unterschied macht ob sie jeden Tag nach Münichholz gebracht werden oder ob sie in dem Stadtteil bleiben können, der ihnen ein Leben lang vertraut ist. Auch dieses Projekt hat keine Aussicht auf Verwirklichung, weil das Geld fehlt. Hier frage ich mich: „Fehlt das Geld wirklich?“ Wenn ich jetzt so an den Abänderungsantrag und an die Erhöhungen im Bereich der Sportförderung, Kultur, Schule denke, bin ich mir nicht ganz so sicher. Oder sind Projekte wie ein Tageszentrum oder ein Kinderschutzzentrum einfach nicht wichtig genug oder hat man sich keine Gedanken darüber gemacht, was wichtig ist und was nicht ganz so wichtig ist?

Daher unsere Forderung nach einer Prioritätenliste oder einem klaren Bekenntnis dazu. Mir ist schon klar, daß Prioritäten je nach Ideologie, persönlicher Neigung und auch Wählerauftrag verschieden sind. Es ist natürlich auch möglich zu sagen, mir sind zwei Projekte wie die zwei nicht so wichtig, daß ich dafür Geld flüssig mache. Aber dann gebietet es der Anstand, das auch denen, die es brauchen, klipp und klar zu sagen: „Nein, dafür haben wir kein Geld.“ Ich persönlich, und mir ist bewußt, daß die Sportbegeisterten mich unter Umständen auch gleich ausbuhen werden, möchte keinem alten Menschen sagen müssen, es tut mir Leid, wir können ihnen jetzt keinen Tagespflegeplatz anbieten, sie müssen in ein Heim gehen, weil wir brauchen das Geld leider um finanzschwachen und auch nicht sonderlich erfolgreichen Fußballvereinen aus der Klemme zu helfen. Solche Antworten gehören zu denen, die ich mir, und eigentlich auch ihnen, ersparen möchte. Daher meine dringende Aufforderung, angesichts immer größer werdender Begehrlichkeiten von allen Seiten und eines nicht wachsenden Einkommens. Die Politiker sind aufgefordert sich Gedanken über Wertigkeiten zu machen und entsprechend zu handeln. Nachdem die nächsten Wahlen noch weit genug entfernt sind und noch keine Wahlzuckerln drohen, wäre jetzt die beste Zeit über Prioritäten nachzudenken, sodaß zumindest im nächsten Budget Geld und Platz für derartige Projekte ist. Wir von der ÖVP-Fraktion werden sie jedenfalls weiter verfolgen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Vor immerhin vier Stunden hat der Herr Bürgermeister sehr weitschweifig seine Budgeterklärung abgegeben und ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

War es dir zu lange?

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Nein, paßt eh. Im Gegenteil, sonst hätte ich ja jetzt nichts, auf was ich eingehen könnte. Und hat hier, natürlich vor dem Hintergrund der Budget- und Finanzsituation der Stadt Steyr, auch einen Rückblick gemacht, was die Industriegeschichte der letzten 10 Jahre anbelangt, die ja auch dazu geführt hat, daß wir einige Jahre finanziell in Steyr doch nicht so gut aus der Wäsche geschaut haben und erfreulicherweise die Veränderungen, die hier Platz gegriffen haben, auch erwähnt. Ein bißchen dick aufgetragen hast du halt mit den Zahlen, ist mir aufgefallen, weil so mit den 25.000 Fahrerhäusern, das wird dir der Kollege Bremm bestätigen, das ist leider nicht ganz so. Es wäre schön, wenn es so wäre, aber es sind ein paar Tausend weniger. Man muß aber in diesem Zusammenhang schon auch erwähnen ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Auskunft Rebl an mich, kaufmännischer Vorstandsdirektor.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Aber das stimmt nicht. 25.000 machen wir nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das mußt du dir dann mit dem ausmachen. Ich muß davon ausgehen, was mir der Vorstand sagt.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Aber nichts desto trotz muß man auch dazu sagen, wieviele Beschäftigte diese Stückzahlen und diese Produktionsleistungen heute erbringen. Das muß man auch dazu sagen. Wir haben uns erfreulicherweise konsolidiert, wir haben dadurch die Finanzen wieder auf bessere Füße gestellt, in den letzten Jahren bereits, aber einige sind halt doch noch immer übrig geblieben und einige sind noch nicht saniert, wenn ich mir den Kollegen Tatzreiter ansehe und vielleicht noch einen zweiten Betrieb in Steyr. Leider, das ist auch noch nicht ganz abgeschlossen und wird uns noch vor Probleme stellen und da muß ich der Frau Kollegin Frech Recht geben. Es sind wirklich nur ein paar Prozentsätze, der Rest ist im Budget fix verplant. Ein paar Prozentsätze wo wir tatsächlich Spielraum haben, wo wir Akzente setzen können. Das ist auch ein Bereich, wo wir in Zukunft noch etwas machen müssen. Daher ist es auch für mich vollkommen unverständlich, daß gerade die Frau Kollegin Frech, die ja aus einer politischen Gruppierung kommt, die sonst immer ganz groß auf die Pauke haut wenn es darum geht Wirtschaftspolitik zu betreiben, die Einzige war die da dagegen gestimmt hat, interessanterweise. Noch dazu mit eher klassenkämpferischen Argumenten. Aber das ist ihr vorbehalten, warum sie das in dieser Form macht. Sie wird sich dann auch selbst verantworten müssen.

Es ist sicher kein Jubelbudget, wie es auch der Kollege, Fraktionsvorsitzende Bremm anklingen hat lassen, sondern es ist vielleicht für uns so, daß man sagen kann, na ja, da kann man halt gerade noch mitgehen, nachdem doch viele Akzente, in Bereichen die in den letzten Jahren doch stiefmütterlich behandelt wurden, gesetzt wurden. Ich möchte jetzt gar nicht vom Freibad mit den 14 Millionen Schilling wieder anfangen und in anderen Bereichen, Radfahrkonzept usw. Was mich aber auch persönlich freut ist, daß man in der Sportpolitik offensichtlich etwas umzudenken beginnt. Vielleicht auch, weil man die Lehren aus der Vergangenheit endlich zu ziehen beginnt, weil eine sehr einseitige Sportförderungs politik der Stadt uns letzten Endes nicht gut getan hat. Es hat halt nur Jahre gedauert bis wir darauf gekommen sind, und vielleicht auch in Zukunft die Gelder nicht nach parteipolitischen Kriterien verteilen sondern eher nach tatsächlichen Notwendigkeiten. Ich sehe hier in diesem Abänderungsantrag zumindest einige Ansatzpunkte in diese Richtung. Das sei einmal positiv erwähnt.

Ein zweiter Grund ist, der uns vielleicht etwas leichter fällt, daß wir da heute zustimmen, ich weiß nicht, ob es schon gesagt wurde, wenn ich mir das ansehe, in Linz, Neuverschuldung 300 Millionen

Schilling. Unsere Fraktion hat natürlich eh dagegen gestimmt. Ist auch unvorstellbar. In dem Ausmaß sowieso nicht, aber auch ein 50, 60 Millionen Schilling Bereich wäre natürlich auch ein Anlaß gewesen, daß wir nicht zustimmen können.

Ein bißchen muß man natürlich bei diesen Zetteln, die dann immer so kurz vor den Budgetsitzungen verteilt werden, aufpassen. Die Frau Kollegin Frech war das, glaube ich, die gemeint hat, ich finde den Vorschlag grundsätzlich nicht schlecht, daß man es sich dann halt nach einem halben Jahr ansehen muß, was aus diesen Dingen tatsächlich geworden ist oder ob das nur Lippenbekenntnisse vor der Budgetsitzung sind, damit man halt alle ein bißchen ködert, hätte ich fast gesagt, und dann schläft die Geschichte ein. Ich kann mich erinnern, Herr Kollege Mayrhofer, ich weiß nicht, ob sie das voriges Jahr hineinreklamiert haben, aber mir ist das nur heute eingefallen, nein, das war der Kollege Apfelthaler, das ist ja sein Thema, da ist z. B. Notschlafstelle oben gestanden. Gibt es das heuer gar nicht mehr? Was ist aus dem Ganzen geworden?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Du kennst dich nicht aus.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Sozialhilfegesetz!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Aber bitte, wir wissen doch alle, daß wir dort drüben in der Notschlafstelle in den nächsten Jahren nicht mehr sein werden. Wo ist da bitte schön etwas drinnen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Danke, daß sie mich erinnern, ich werde es nächstes Mal erwähnen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Mir ist es trotzdem abgegangen, muß ich sagen. Ich weiß schon daß der Sozialhilfeverband da offensichtlich Kosten übernimmt, aber wir werden auf alle Fälle bei den Investitionen etwas hineingeben müssen, weil wir es wahrscheinlich wo anders neu errichten werden müssen und das wird uns wahrscheinlich der Sozialhilfeverband nicht zur Gänze zahlen. Davon bin ich auch überzeugt.

Zur Verwaltungsreform, lieber Freund Willi, nachdem du heute schon als Bürgermeisterkandidat in den Medien stehst ...

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
... wenn es vielleicht eines Tages wirklich soweit ist, ich bin es dir ja vergönnt, sollte das der Fall sein,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Wenn es dich nicht freut.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
... wirst du wahrscheinlich auch nicht umhin kommen können, in diesem Haus dann diese Dinge in Angriff zu nehmen und auch, wenn es jetzt Schlagwort ist, in Richtung schlankere Verwaltung gehen. Was uns du da so immer unterstellst, daß wir 50 oder 60 Leute wegeliminieren oder vielleicht gar Arbeitslose schaffen wollen. Also, das ist schon ein bißchen tief gegriffen. Du weißt ganz genau, daß das nie so von uns gemeint war. Aber, und der Kollege Bremm und der Kollege Tatzreiter und alle wie wir da sitzen auch als Personalvertreter, ich würde dich einmal einladen, daß du zu uns

kommst. Du kannst uns ja oben einmal besuchen und dann werden wir dir vorführen mit welchen Einsparungsmöglichkeiten und Beraterfirmen, die in regelmäßigen Abständen in Millionenaufwand zu uns hinaufgeschickt werden, wo sie uns dann mit der Peitsche, durch die Halle jagen, hätte ich fast gesagt, aber wo sie uns immer wieder schon vorführen und unter Druck setzen, wo wir einsparen müssen, in den Abläufen, in der Logistik. Jetzt gerade haben wir die Porschefirma bei uns, die sicher sehr viel Geld kostet, um die Abläufe noch schneller zu organisieren, die Bestückung an den Bändern, die Stückzahlen noch zu erhöhen usw.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Das möchtet ihr da machen?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Nein, aber da oben akzeptieren wir das alle.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Wenn einer sagt, wir sollten uns da herinnen vielleicht auch Gedanken machen wie wir gewisse Abläufe ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Du bist ja dagegen. Willst du es da jetzt machen?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Ich bin nicht dagegen, wie man gewisse Dinge besser machen könnte, dann wehren wir uns auf einmal alle dagegen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Besser ist in Ordnung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Kein Mensch hat gesagt, daß wir da Leute hinausschmeißen sollen. Wenn heute der Kollege Forstenlechner da hergeht und immer das BMW-Werk, im Zusammenhang mit dem schnellsten Beamten Europas, der da oben auf der Promenade sitzt, weil er das Gewerbeverfahren so schnell abgewickelt hat, ist eh super, aber da muß man ...

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
... auch einmal sagen, die kleinen Betriebe, die auch Beschäftigte haben, da sollte man das auch einmal machen und nicht wenn einer vier Monate auf einen Schanigarten warten muß, damit er das Gewerbeverfahren dann abwickeln kann.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Da darf ich aber nur einen Satz dazu sagen.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Ist schon klar, daß dort die hohen Herren hofiert werden, wenn bei BMW unten ein Gewerbeverfahren abgewickelt wird.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:
Nein, die legen ausdrücklich Wert darauf, daß das nicht nur auf BMW bezogen wird. Ich hätte das eh

gesagt, aber weil du zum zweiten Mal auf dieser Welle daherreitest. Bei allen wird das so sein. Du hörst auch zunehmend ein positives Echo. Es geht auch schnell wenn unsere Beamten arbeiten. Nur wenn es auf die politische Eben kommt, wenn vier Stadträte zuständig sind wegen diesem Schanigarten, dann wird es schwierig, weil dann muß ich nach dem Statut koordinieren, weil die können sich sowieso nicht darauf einigen. Dann wird es schwierig, wenn es politisch gemacht wird, wenn es in den Ausschuß kommt, wenn vier Meinungen kommen. So ist das.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es ist eh erfreulich wenn es dort so abläuft. Es freut uns auch, wenn BMW in Steyr investiert und wenn das vom Behördenverfahren und von der Gemeinde her dementsprechend rasch abgewickelt wird, aber wir erwarten uns das halt auch in Bereichen wo es nicht um Milliarden geht sondern wo es nur um ein paar Leute geht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dein Fraktionsvorsitzender hat sich heute schon beschwert, daß die Doktoren dort drüben ein Gesundheitszentrum bauen und, daß ihm das weit zu schnell geht, weil es schon in den Gestaltungsbeirat kommt, obwohl sie erst vor vierzehn Tagen mit dem Plan da waren. Das ist unbürokratisch. Sofort dem zuständigen, gerade tagenden Gremium zuleiten, damit die das behandeln können. Ihr müßt euch das schon aussuchen. Wir arbeiten wirklich schnell und unbürokratisch. Aber es geht in die Gremien und es muß ja auch ordentlich abgehandelt werden. Es gibt hier auch Anrainer und deren Wünsche und Situationen muß man auch sehen. Also, so ist das nicht.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

So. Nach dem Co-Referat des Herrn Bürgermeisters darf ich jetzt fortfahren?

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wenn du mich beleidigst gehe ich hinaus.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es ist heute schon ein paar Mal angesprochen worden, S 80.000,-- Kunstkauf. Das ist vielleicht bei einem Budget von über 1 Milliarde Schilling nur ein ganz kleiner Posten. Der Kollege Fürweger hat einmal eine Anfrage gemacht, wieviele Bilder denn überhaupt gekauft worden sind und wieviele hier im Depot sind. Ich glaube es sind 1.646 Bilder. Davon sind 1.211 im Depot. Da frage ich mich überhaupt warum wir noch S 80.000,-- brauchen. Weil entweder man macht eine Galerie und stellt sie der Öffentlichkeit zur Verfügung, wo man sich die Bilder ansehen kann, aber daß man sie hintereinander in irgendwelchen Büros oder im Keller stapelt und dann noch zusätzlich welche kauft, da frage ich mich ein bißchen nach der Sinnhaftigkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Laß dir das von den Kulturpolitikern beantworten. Das ist eine Frage der Qualität.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Siehst du, dein Kollege wollte zuerst zwei kaufen und du gar keines.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Man kann es eh kaufen, nur soll man es dann sinnvoll der Öffentlichkeit präsentieren und nicht übereinander stapeln und lagern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sprecht nicht immer so dazwischen. Ein bißchen eine Redekultur gewöhnen wir uns jetzt schon wieder an. Bitte, du bist am Wort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dr. Pfeil soll das erklären, einen Attersee oder so etwas möchten wir haben.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Zum Abschluß noch ein Wort, nachdem das heute bereits eingangs von dir erwähnt wurde. Ich habe gar nicht gewußt, daß das im Statut so vorgesehen ist. Man lernt nie aus, auch wenn man schon acht Jahre im Gemeinderat ist. Aber du hast es wahrscheinlich selbst nicht gewußt, sondern erst über den Brief, den dir Herr Kupfer über seinen Freund Treml schicken hat lassen. Ich glaube, man sollte einmal, ohne daß man über die Namen, die da genannt werden, spricht, ein paar Spielregeln einhalten. Kollege Kupfer hat ja im Bauausschuß die ganze Geschichte schon einmal vorgebracht und wir waren uns einig, ich glaube alle Fraktionen, daß man die Vorgangsweise und die Spielregeln, die ja auch in den letzten Jahrzehnten hier gepflogen wurden, in Zukunft auch einhalten sollten. Die schaut nämlich so aus, daß es im Kulturausschuß zur Einigung über eine Straßen- oder Platzbenennung kommen soll. Dort soll er halt seinen Vorschlag einmal einbringen. Dann soll man das im Gemeinderat beschließen, wenn man sich geeinigt hat. Ich glaube nämlich nicht, daß es sehr gescheit ist. Ich habe mich dann in der Kulturabteilung im Hause informiert. Es gibt ja eine Reihe von Namen. Ich kann mir vorstellen, daß man vielleicht auch über andere Namen spricht. Es hat ja keinen Sinn, wenn einer hergeht und sagt, der muß es werden. So glaube ich nicht, daß es ablaufen soll.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Haben sie damit wirklich ein Problem? Geben sie es zu, daß sie damit ein Problem haben. Heraus damit.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Es gibt dort eine Reihe von Namen von Steyrer Persönlichkeiten, die auch infrage kommen könnten und über das sollte ganz emotionslos und frei diskutiert werden und dann soll hier, möglichst einstimmig, ein Beschluß gefaßt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Richtig, genau.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Ich könnte jetzt auch sofort hergehen und eine Reihe von Namen, die dort unten sehr gut hinpassen, die große Verdienste um die Stadt haben, nennen.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Hartlauer!

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Der lebt noch. Der Herr Franz Josef Hartlauer, wie wir jeden Tag sehen können, erfreut sich nach wie vor bester Gesundheit und es ist eigentlich immer, soweit ich informiert bin, die Regel gewesen, daß das nach verstorbenen Persönlichkeiten geschieht. Ich glaube, wir sollten auch in diesem Fall, bei dieser Vorgangsweise bleiben. Ich glaube auch, daß unsere Fraktion dieser Meinung ist. Im Bauausschuß waren auch alle der Meinung. Deshalb verstehe ich nicht ganz, warum man heute wieder mit dem vorprescht. Das bringt auch der Sache überhaupt nichts. Ich habe auch persönlich überhaupt nichts gegen den Herrn Uprimny. Der hat im Jahre 1974 sogar noch bei uns ein Schlafzimmer ausgemalt. Ich glaube aber, wir sollten uns auf diese Vorgangsweise einigen und vielleicht kommen wir dann zu einem gemeinsamen Beschluß, wie man den Platz vor dem Industriemuseum, weil um den geht es ja hier, in Zukunft benennen sollte.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Jawohl! Nächster ist Herr Gemeinderat Kupfer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Kollege Payrleithner. Es ist eigentlich wie einstudiert, daß ich jetzt sofort nach ihnen zum Rednerpult schreiten kann. Ich möchte eingangs zwei Dinge sagen. Ich kann mich den Ausführungen des Kollegen Klausberger, wie wir dieses Thema behandeln sollen, nur anschließen. Pietätvoll, und nicht so wie sie es machen. Ich muß sie noch einmal daran erinnern und ich habe es auch im Bauausschuß gesagt. Ich habe es im Frühjahr bereits im Kulturausschuß, in dieses Gremium, eingebracht. Ich habe es dann noch einmal im Bauausschuß eingebracht.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Im Kulturausschuß war es nicht.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wir haben darüber diskutiert und ich habe das akzeptiert. Ich sehe auch die Vorgangsweise, so wie sie jetzt gewählt wird, vollkommen d'accord. Ich habe niemanden geschickt. Das weise ich wirklich zurück. Weder den Otto Tremel noch den Karl Ramsmaier. Soviel zu diesem Thema, das ich eigentlich am Abschluß meiner Ausführungen behandeln wollte.

Das 2., was ich eingangs sagen wollte, das betrifft jetzt das Budget, ist, daß ich bei den Ausführungen vieler meiner Vorredner immer sehr viel über Verwaltungsreform und Einsparungspotentiale gehört habe, und ich habe es bereits bei den Gebühren gesagt und ich muß es jetzt noch einmal wiederholen. Es ist kein einziger, aber wirklich kein einziger konkreter Vorschlag gekommen, bis auf einen. Das war der Kollege Fürweger, der das Hotel Nagl und den Schloßpark Pavillon angesprochen hat, das aber reine Verkaufserlöse sind, aber überhaupt nichts mit Dienstleistungen der Stadt zu tun hat. Ich möchte mich aber nicht verschließen, und ich glaube das tut hier keiner, daß Reformen im Verwaltungsbereich notwendig sein könnten. Ich möchte auch sagen, daß ja alle Fraktionen eingeladen waren. Alle Fraktionen waren oder sind mit der Magistratsdirektion im Gespräch, haben ihre Vorschläge eingebracht. Das war auch für mich das Gremium und ist es nach wie vor, diese Angelegenheit zu diskutieren.

Zum Budget möchte ich sagen, daß ich die Entwicklung mit einem lachenden und einem weinenden Auge sehe, wobei der angenehme Part sehrwohl überwiegt. Wir haben sehr viele Vorschläge eingebracht. Viele Vorschläge, die uns sehr wichtig sind, waren bereits im ersten Entwurf des Budgets enthalten. Ich möchte auch zur Verhandlungsführung und zu der Entwicklung aller Verhandlungen sagen, daß wir uns natürlich mehr gewünscht hätten, daß wir natürlich, wie alle anderen Fraktionen, Schwerpunkte setzen wollten, aber ich auch akzeptieren muß, und das muß ich auch als Demokrat akzeptieren, daß wir halt nur eine Fraktion sind die aus zwei Personen besteht, und ich glaube, daß wir mit den Ergebnissen, die wir durchgebracht haben, auch sehr stolz sein können. Mein Kollege Apfelthaler hat bereits über die Themen Schulen und Verkehr gesprochen, zu denen ich jetzt nichts mehr sagen will. Ich möchte einige Worte zum Thema Planung verlieren, wo auch die Kollegin Feller-Höller bereits Reithoffer angesprochen hat. Auch das ist für mich, und das wissen sie auch, ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben auch die Planung der Sporthalle mit einem großen Betrag im Budget, wir haben die Musikschule drinnen, wir haben die wichtigen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen im Ennsdorf, wir haben die Umgestaltungen am Wieserfeldplatz, den Busbahnhof und nicht zuletzt das Jugend- und Kulturhaus, das sehr wichtige, gute und langfristige Investitionen sind, drinnen und wo ich glaube, daß wir hier auf dem richtigen Weg sind. Ich habe aber auch hier natürlich meine Wünsche und sehe, ähnlich wie der Kollege StR Pfeil, meine Probleme bei der Bücherei, wo auch ich glaube, daß eine gewisse Qualität des Konzeptes, welches uns vorliegt, mit diesem Betrag höchstwahrscheinlich in dieser Qualität nicht zu halten ist und ich hoffe, daß wir auch über dieses Thema unter Umständen noch einmal diskutieren können um vielleicht die Bücherei doch in einer bißchen höheren Qualität in Etappen umsetzen können. Auch wir würden uns natürlich viele Sachen wie Steg, Aufstiegshilfen, dann kommt noch der Wirtschaftspark dazu, wünschen. Wir würden uns auch die Kinodiskussion wünschen. Hier

appelliere ich, und ich glaube, das müssen wir auch tun, speziell Gesundheitszentrum und Kino, wo ich die Entwicklung sehr gut finde, das möchte ich voranschicken, daß das Gesundheitszentrum dort drüben hinkommt und ich befürworte, daß wir vorher in einem Gremium darüber sprechen. Ich hoffe, daß wir auch über die näheren Planungen, die ja mittlerweile bekannt sind, im Stadtentwicklungsausschuß diskutieren. Über alle anderen Maßnahmen verweise ich auf das Stadtentwicklungskonzept. Ich glaube, die Kollegin Frech hat ja einiges angeführt. Es ist einfach nicht alles möglich und wir würden es natürlich auch schneller gern haben. Ich denke mir, mit diesen Dingen die ich aufgezählt habe, im Planungsbereich setzen wir sehr wichtige Schritte.

Weniger glücklich, eigentlich enttäuscht, bin ich über drei Punkte und das möchte ich jetzt auch nicht verhehlen und darum habe ich mich auch zu Wort gemeldet, wo wir uns nicht durchgesetzt haben, wo ich aber glaube, daß wir in Zukunft mehr machen müssen, wo ich auch hoffe, daß wir unter Umständen in einem Diskussionsprozeß des kommenden Jahres vielleicht über diese Dinge noch diskutieren können. Der erste Bereich ist der Bereich Kinder, wo auch sehr wichtige Maßnahmen positiv gesetzt werden. Ich verweise auf den Kindergarten im Münichholz und auch auf die steigenden Förderungen für die privaten Kinderbetreuungen. Natürlich auch die Qualitätssicherung der städtischen Kindergärten. Aber auch ich sehe ein Problem mit dem Kinderschutzzentrum, daß es hier nicht zu einer Einigung mit dem Land gekommen ist, wobei ich die Meinung des Herrn Bürgermeisters natürlich verstehe, daß sozusagen, wenn dieses Kinderschutzzentrum langfristig mit seinen Kosten auf die Stadt abgewälzt wird, daß es natürlich zu Belastungen kommt, die wir nicht alleine leisten können und sollen. Darum glaube ich, daß wir hier mit dem Land noch intensive Gespräche führen sollten und dieses Projekt nicht aus den Augen verlieren sollten. Der zweite Punkt bei den Kindern sind die Kinderspielplätze. Hier haben wir versucht ein weiteres Kinderspielplatzprojekt durchzusetzen. Wie ich weiß haben das auch andere Personen versucht. Das ist uns nicht geglückt. Auch hier hoffe ich, daß wir in diesem Bereich, wo ganz sicher Bedarf besteht, wo ganz sicher Bedarf in den Stadtteilen Christkindl, Hofergraben, Steyrdorf, Wehrgraben, Tabor etc. besteht, daß wir hier ähnlich gute Projekte, wie im letzten Jahr auf der Ennsleite, verwirklichen können.

Ich möchte auch ganz kurz auf die Diskussion die StR Pfeil zu den Kindergartentarifen in seiner ersten Wortmeldung angesprochen hat eingehen. Hier hat er bei den Einsparungspotenzialen speziell die städtischen Kindergärten hervorgehoben und ich bin eigentlich sehr verwundert über diese Wortmeldung, da ich in dem zuständigen Unterausschuß, wo wir die Kindergartentarife diskutieren, eigentlich sehr wenig Einsparungspotenzial vonseiten der Freiheitlichen gesehen habe. Da ist eigentlich kein einziger Vorschlag gekommen. Ich weiß auch nicht, und das muß man mir einmal erklären, wo die Kosteneinsparpotenziale bei den Kindergärten sind. Nur hier können wir wieder an der Gebührenquote bei den Betroffenen drehen. Sonst nirgends. Also das ist sehr salopp gesagt, hier muß eingespart werden. Nur auch hier fehlen für mich die konkreten Vorschläge.

Der zweite Bereich wo ich ein wenig unglücklich bin ist der Jugendbereich. Da möchte ich auch zuvor die positiven Dinge voranstellen. Eben die Ausfinanzierung des Kulturhauses, die Absicherung des Projektes Streetworker und, daß ein zusätzlicher Funccourt geschaffen wird. Was mir aber in einer Wortmeldung sehr sauer aufgestoßen ist, das hat der StR Mayrhofer gesagt, in seiner Begründung für das Projekt auf der Ennsleite, daß für die Jugend in Zukunft keine Einrichtungen notwendig sind. Ich möchte nur wissen, woher sie das nehmen und wie sie das sehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Da müssen sie ein bißchen besser aufpassen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das haben sie so gesagt. Ich habe da ziemlich genau aufgepaßt.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Also, das hat er nicht gesagt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich glaube, ganz im Gegenteil, daß wir in diesem Bereich sehrwohl einen Nachholbedarf haben. Nicht umsonst haben wir auch in den Budgetverhandlungen ein Jugendkonzept eingefordert und das war für mich persönlich auch eine Hauptforderung. Ich habe mich damit nicht durchgesetzt, wie bereits eingangs erwähnt. Als Demokrat beuge ich mich dieser Entscheidung. Ich möchte aber doch anführen, daß ich es sehr schade finde, daß ich hier, und laut Aussagen des Verhandlungsführers Bürgermeister Leithenmayr hat es da keine Unterstützung der anderen Fraktionen gegeben, ganz alleine gestanden bin, obwohl den Jugendinitiativen gegenüber, die dieses Projekt, diese Studie gefordert haben, zugesichert worden ist, von allen Seiten, daß das intensiv unterstützt wird. Es hätte eine sehr billige Variante für diese Studie gegeben, von der Universität Linz. Es hätte uns S 100.000,-- gekostet, ähnlich wie das Freibadkonzept, das jetzt durchgeführt wird. Ich bin sehr enttäuscht, daß wird das nicht durchsetzen, daß auch die Notwendigkeit und der Sinn dieses Konzeptes nicht erkannt wurde. Es ist in den Verhandlungen sehr viel über Jugendprobleme gesprochen worden und es sind Vergleiche mit den 70iger und 80iger Jahren gezogen worden. Ich möchte nur alle bitten oder einen Tip geben, mit jenen Organisationen zu reden, die diese Studie gefordert haben und für die diese Bedarfsprüfung über die Bedürfnisse der Jugendlichen in Steyr wichtig ist. Wir haben wirklich tatsächlich zunehmende Probleme in den Stadtteilen in Steyr. Wir haben Drogenprobleme in den Hauptschulen, in den ersten, zweiten, dritten Klassen bereits, wo Tabletten, Benzinschnüffelei etc. stattfinden. Wir haben sehr starke Betreuungsprobleme in den einzelnen Stadtteilen, wo es speziell in den Wintermonaten keine Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche gibt. Ich glaube, daß wir hier einen Nachholbedarf haben und ich glaube auch, daß wir bei den Förderungen für die Jugendzentren, die angesprochen wurden, auch hier ein bißchen nachziehen müssen und ich spreche auch hier die beiden Jugendzentren an, die mehr Geld wollen und hoffe auch, das habe ich auch den Verhandlungen entnommen, daß wir im Laufe des Jahres noch gewisse Aufstockungen erfahren werden.

Der dritte Bereich, der Kulturbereich, wiegt für mich am schwersten. Auch hier haben wir bei unseren Vorschlägen sehr starke und hohe Erhöhungen gefordert. Schließlich und endlich ist das Museumskonzept übrig geblieben und die S 500.000,-- die den Spielraum für den Kulturausschuß erweitern. Dem steht aber gegenüber, daß im ersten Budgetvoranschlag die Mittel für die Kunsthalle, für den Verein Rohstoff, vollkommen gekürzt worden sind, die bereits jetzt sehr zaghaft ausgestattet waren und derzeit leider die Einzigen sind, die das teure Objekt Reithoffer, das ja die Stadt angekauft hat, tatsächlich ein wenig nutzen und internationale Kunst in Steyr präsentieren.

Das zweite Problem, das haben wir ja auch im Laufe des Jahres diskutiert, ist das AKKU, das auch in dieser ersten Form und in der ersten Fassung des Budgets nicht zum Tragen gekommen ist. Ich hätte kein Problem, wenn mir wirklich versichert wird, daß wir mit dem Geld auskommen. Nur, ich bin so viel Realist und kenne die Gepflogenheiten des Kulturausschusses, daß ich ganz genau weiß, daß wir diese

S 500.000,--, die wir jetzt mehr haben, aufgrund dieser nicht stattgefundenen notwendigen Basisfinanzierung für alle Vereine, innerhalb des ersten Viertels bzw. ersten Drittels des kommenden Jahres sehr locker ausgeben werden. Deswegen sehr locker ausgeben werden, weil speziell im freien Subventionierungsbereich im kommenden Jahr sehr große und sehr wichtige Vorhaben auf uns zukommen wo wir mit diesen Mitteln nicht auskommen werden. Wir wollen nächstes Jahr wieder einen Literaturpreis machen, wir wollen die städtische Galerie entwickeln, wo auch über den Ankauf der Sammlung Mostböck diskutiert worden ist. Es soll nächstes Jahr die Millenniumsfeier am Jahresende stattfinden, es ist ein Jazzfestival nächstes Jahr geplant und wir müssen uns auch beim Industrieforum, ein Ausstellungsprojekt, das uns großes Kopfzerbrechen schafft wenn es sich nicht positiv entwickelt wie im kommenden Jahr, etwas einfallen lassen. Auch hier wird die Stadt höchstwahrscheinlich einige finanzielle Mittel zuschießen müssen. Das sind nur einige Punkte wo ich glaube, daß wir bereits im ersten Drittel, ersten Viertel mit diesen S 500.000,-- nicht auskommen werden und ich doch hoffe, daß wir unter Umständen im Laufe des Jahres auch hier noch Nachbesserungen erfahren werden.

Der Kollege Eichhübl hat heute schon von den hinkenden Vergleichen gesprochen. Ich möchte auch einen Vergleich anstellen, der genauso hinkt und der ist vorhin, glaube ich, auch schon von der Kollegin Pramendorfer gekommen. Eben der Vergleich mit dem Sport. Es gibt für den Sport, durch die Nachverhandlungen, um 1,05 Millionen mehr. Ich begrüße das außerordentlich. Ich glaube, daß wir hier sehrwohl einen Nachrüstbedarf haben, insbesondere, wie StR Bremm angesprochen hat, im Nachwuchsbereich und im Leistungssport. Ich hätte mir aber eine ähnliche Erhöhung der Mittel auch im Kulturbereich gewünscht. Mit 1,05 Millionen hätten wir sehr locker und sehr gut im kommenden Jahr sehr gute Veranstaltungen durchführen können, die nicht jetzt in den Tourismus- oder Iventbereich abgleiten, sondern wirklich Dinge für die Steyr Bevölkerung, für Vereine sind, die der Steyrer Bevölkerung zugute kommen. Hier hinken wir nach und hier sehe ich noch einen Nachholbedarf und hier hoffe ich, wie gesagt, daß wir noch eine Nachjustierung im Laufe des Jahres erfahren.

Zusammenfassend haben wir sehr viel erreicht. Wir haben nicht alles erreicht, aber als gelernter Demokrat bin ich kompromißbereit und stimme diesem Budget gerne zu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das freut mich. So. Als nächster zu Wort gemeldet ist GR Lengauer. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Gäste. Zuerst möchte ich noch zwei Dinge klarstellen. Die Wortmeldung von Herrn StR Mayrhofer bezüglich Jugendinvestition. Da war der Satz, Herr Kupfer, so, daß StR Mayrhofer gesagt hat, daß im Vergleich die Investition, die in der nächsten Zeit oder in den nächsten Jahren für Jugend und für Alter notwendig sein wird, die Investition für das Alter immens die Zahl der Summe für die Jugend übersteigen. In die Richtung war das gemeint und nicht, daß man kein Geld mehr für die Jugend geben soll.

Die zweite Sache, die Studie über die Jugend, da war ich selbst auch dagegen, weil ich meine, daß in Linz von Herrn Brunnmayr eine derartige Studie aufliegt und daher es nicht notwendig ist, sie noch einmal zu fassen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Dasselbe, wenn ich den Fahrplan von Linz nach Steyr nehme.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Ja, ich fahre von Linz nach Steyr.

Nun meine Gedanken zum Budget. Natürlich könnten wir immer wieder mehr fordern und mehr verlangen. Auch als Vorsitzender des Kulturausschusses würde ich natürlich gerne um Millionen mehr haben und mehr im Budget sehen. 30 Millionen Kulturbudget sind viel. Immer wieder zu wenig, noch dazu belastet durch die Rückzahlungen für Stadtsaal und Stadttheater. S 500.000,--, mehr als vorangeschlagt, für den Subventionstopf. Ein kleiner Lichtblick, eine kleine Hoffnung. S 250.000,-- sind noch für das Museumskonzept dazu gekommen. Gespräche bringen doch etwas. Ich denke, die Einhelligkeit der Mitglieder im Kulturausschuß und das Ergebnis der Budegetverhandlungen hat der Kultur doch ein bißchen mehr gebracht als vorgesehen war. Natürlich immer wieder zu wenig, das ist klar. Die S 250.000,--- sonstiger Kultursubvention, so steht es im Zusatz. Genau dieser Zusatz macht mir Mut für die Weiterarbeit im Kulturausschuß. Es ist eine Aufwertung und Aufstockung des Subventionstopfes. Ich denke, da hätte wir nun neue Wege und Möglichkeiten in der Subventionsvergabe wenn wir diese Subventionsliste als Hilfsmittel sehen, als Anhaltspunkt für uns im Kulturausschuß und uns wir im Kulturausschuß nicht mehr als Budgetleser betätigen sondern den Gesamtkultursubventionstopf nehmen, verantwortlich überlegen, in Verantwortung diesen Subventionstopf dann vergeben. Dann denke ich, daß das neue Wege sind und, daß wir hier den ersten Schritt für eine neue Kulturvergabe setzen können und das, wie gesagt, macht mir Mut und ich

denke, daß es so auch gedacht ist, weil es ja heißt,
S 250.000,-- sonstige Kultursubvention als Erweiterung des Subventionstopfes. Ich sehe hier eine ganz, ganz neue Aufgabe, eine verantwortliche Aufgabe für den Kulturausschuß und ich denke, dort müssen wir auch einmal bekennen, wofür wir stehen, was wir denn wirklich fördern wollen und in welche Linie wir in unsere Förderung gehen wollen. Ich denke, das kann uns sehr viel weiterhelfen und ganz besonders den kulturfördernden und -treibenden Menschen sicherlich zum Vorteil sein. Natürlich, daß wir immer wieder zu wenig haben, das brauchen wir nicht noch einmal betonen. Also, ich denke, diese Richtung „Vergabe des Subventionstopfes“ ist sicherlich ein wichtiger, neuer Schritt. Ich glaube, durch diese Erhöhungen, ein wesentlich möglich neuer Schritt. Ich denke, daß wir dann neue Ansätze im Kulturausschuß bringen können.

Der zweite Punkt ist die Bibliothek. Auch für mich sind diese 5 Millionen Schilling für den Umbau, für die Umgestaltung, für die Neugestaltung der Bibliothek zu wenig. Freilich haben wir den Vorwurf gehört, wir hätten die 5 Millionen heuer nicht verbraucht. Nun, es hat die ganze Neu- und Umgestaltung der Bücherei schon 6 Jahre Vorarbeit gehabt. Dornenvolle Vorarbeit, staubige Vorarbeit, möchte ich fast sagen. Diese Vorarbeit haben wir auch im letzten Jahr wieder geleistet. Ich denke, daß wir doch gegen Jahresende noch wesentliche Gespräche geführt haben und ich denke, wenn im Budget dabei steht, 1. Etappe, so heißt das, daß wir sehrwohl einmal mit diesen 5 Millionen anfangen können und es dann einen weiteren Blick auf eine nächste 5-Millionen-Summe oder vielleicht dann eine 7-Millionen-Summe gibt.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Auf jeden Fall macht es mir Mut und wir können den Anfang setzen und wir können planen. Noch dazu, wo es jetzt auch noch weitere Gesichtspunkte für die Umgestaltung der Bibliothek gibt.

Längst fällig ist, wie es auch schon angeführt wurde, die Realisierung des Museumskonzeptes. Nun, es liegen zwei Vorstellungen von Museumskonzepten auf. Die liegen da, die gehören durchgearbeitet. Ich denke aber, daß dieses Museumskonzept erweitert gehört. Ich denke, wir dürfen das Heimathaus nicht alleine sehen. Ich denke, so meine ich, man müßte das auch mit dem Reithoffergebäude in Verbindung setzen und das Museumskonzept gesamt für Steyr sehen, wo der eine Punkt das Museum Arbeitswelt ist und dann eben ein neuer, ein wesentlicher Punkt das Heimathaus und ich denke immer, wenn ich Heimathaus sage, immer auch Reithoffergebäude dazu, weil wir ja dort noch einige viele und schöne Sachen, was derzeit im Depot ist, ausstellen können und dann könnte sich vielleicht mein Herzenswunsch doch noch irgendwann verwirklichen, daß wir im Heimathaus doch wieder eine stadtgeschichtliche Ausstellung für unsere Schuljugend gestalten können.

Ja, der Bildankauf, diese S 80.000,--, sind auch schon ein paar Mal genannt worden. Natürlich wissen wir alle, daß für einen gewaltigen Bildankauf, für eine Galerie, S 80.000,-- nun ja wirklich sehr wenig oder fast gar nichts ist. Wir bemühen uns aber und haben uns in diesem letzten Jahr im Kulturausschuß sehrwohl bemüht den Beschluß des Gemeinderates, zur Errichtung einer Stadtgalerie, ernst zu nehmen und haben in Vorbereitungsgesprächen begonnen daran zu arbeiten. Es hat sich ein Unterausschuß gebildet, wir haben schon Gespräche mit Galeriebetreibern, mit Fachleuten geführt. Das nächste Gespräch wird ein Gespräch mit Künstlern sein und wir werden dann weiter sehen und weitere Überlegungen finden und dann werden wir sehrwohl einen Antrag an den Gemeinderat bringen, daß dann im nächsten Jahr die nötigen Budgetmittel für so eine Stadtgalerie vorgesehen werden können. Aber ich denke, vorher müssen wir planen und überlegen, daß wir dann auch ein Konzept vorlegen können.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Dann hätten wir das auch wieder.

Gelächter

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Es gäbe noch sehr viele zur Kultur zu sagen, dort wo uns Geld fehlt. Ich denke aber, die drei wesentlichsten Punkte, der Subventionstopf in neuer Vergabemöglichkeit, die Bücherei, das Heimathaus, die Stadtgalerie, die können wir in kleinen Schritten gehen. Ich glaube, wenn wir in der Einhelligkeit und in der Verantwortung im Kulturausschuß, so wie wir es im letzten Jahr gesehen haben, wirklich in einer Gemeinsamkeit der Fraktionen, dann wird das Früchte bringen. Wenn es heuer auch kleine Früchte waren, die Früchte werden wahrscheinlich größer werden und so glaube ich, können wir in der gemeinsamen Arbeit für die Kultur, für die Stadt Steyr und für die kulturtreibende Bevölkerung der Stadt Steyr sicher Großes leisten.

Ich möchte zum Budget noch einen Nachsatz bringen, der einfach aus der Sicht des Seniorenbundobmannes auch wichtig ist. Ich bin auch nicht glücklich, daß unser Antrag auf Errichtung einer Tageswohnstätte für Senioren auf der Ennsleite nicht angenommen werden konnte. Ich weiß natürlich, daß die Belastung der 17 Millionen die uns das Land nun beschert gewaltig sind, aber ich denke, wir dürfen das nicht auf Kosten unserer Kinder und der Alten austragen lassen. So ist es auch wirklich schade, daß das Kinderschutzzentrum nicht möglich geworden ist, obwohl es ja doch schon vor zwei Jahren, ich denke an die große Podiumsdiskussion, eine fast 99%ige Zusicherungen gegeben hat.

Das waren nur einige Punkte und Gedanken zum Budget. Wir werden dem Budget zustimmen. Auch als Vorsitzender des Kulturausschusses werde ich dem Budget zustimmen, weil ich einfach denke, kleine Schritte sind auch der Kultur geschenkt worden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich würde vorschlagen, daß wir fünf Minuten Pause machen, weil es ist schon so unruhig hier herinnen. Keiner paßt mehr auf, wenn jemand spricht.

PAUSE VON 17.50 BIS 18.10 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege GR Oppl. Bitte sehr.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wertest Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte nur ganz kurz auf die letzten zwei Punkte des Kollegen Lengauer bzw. auf die Wortmeldung der Kollegin Pramendorfer eingehen. Ich pflichte ihr 100 % bei, was das Kinderschutzzentrum betrifft. Auch ich persönlich bin ganz unglücklich, daß es sich mit der Schaffung des Kinderschutzzentrums nach wie vor speißt, muß es aber auch zur Kenntnis nehmen und sehe das vollkommen ein, zumal ja das Kinderschutzzentrum nicht nur für das Gebiet Steyr-Stadt sondern auch für Steyr-Land zuständig sein soll, daß es natürlich notwendig ist, daß hier fixe Zusagen seitens der Landesregierung vorhanden sein müssen. Ich denke, die Frau Vizebürgermeisterin Mach hat sich ja da auch intensiv damit beschäftigt und wird dann, kann ich mir vorstellen, zu dieser Thematik noch etwas sagen.

Ganz ihrer Meinung bezüglich der Tageswohnstätte bzw. des Tagespflegezentrums, wie es ihr von der ÖVP seht und was auch die Ennsleite betrifft, kann ich mich nicht anschließen. Ich würde davor warnen nur aufgrund der von Statistiken, wobei ich ja nicht zweifle, daß die Statistik 100 % richtig ist, nachdem es ja aus meinem Tätigkeitskreis kommt, rein alleine zu sagen, daß wir hier den Bedarf haben. Wir müssen, glaube ich, hier sehr, sehr vorsichtig sein und zumindest eine Bedarfserhebung machen, wobei ich im übrigen der Auffassung bin, daß eine sinnvolle Symbiose zwischen Alten- und Pflegeheim und einem Tageszentrum sicherlich das Beste ist. Wir werden das ja im Münichholz

machen und aus meiner Sicht gesehen wird es auch eine unabdingbare Notwendigkeit sein, daß mittelfristig gesehen auch auf der Ennsleite ein Alten- und Pflegeheim geschaffen wird und in diesem Zusammenhang dann eben eine Tagesheimstätte mitgeschaffen wird. Zielführender in der jetzigen Situation würde ich es sehen, wenn wir die vorhandenen Pensionistenwohnhäuser auf der Ennsleite, die Möglichkeit schaffen, daß dort betreutes Wohnen durchgeführt werden würde. Ich kann mir sehr gut vorstellen, nachdem ja die Wohnbauförderungsmittel momentan sehr groß zur Verfügung stehen, vor allem was Sanierungen betrifft, daß es vielleicht hier Überlegungen zu treffen gilt, betreutes Wohnen, also die vorhandenen Pensionistenwohnungen nachzurüsten, daß auch dort zumindest zum Teil betreutes Wohnen möglich sein wird.

Noch ganz kurz zum Kupfer Andreas seiner Wortmeldung, bezüglich des Jugendbereiches. Ich pflichte ihm bei, daß wir Probleme mit den Jugendlichen ab 14, 15 Jahren haben. Da gibt es den Begriff der sogenannten Lückekinder. Das sind die Jugendlichen, die schon zu groß für die Spielplätze aber noch zu klein und zu jung für die Jugendzentren sind. Wer mit offenen Augen durch unsere Stadtteile geht, und das können wir auch auf der Ennsleite feststellen, dann sind es genau jene Jugendliche die in den Wartehäuschen sitzen und da wirklich Probleme vorhanden sind. Das Problem wird man nicht von heute auf morgen lösen können aber ich denke es ist wichtig, daß wir diese Thematik einmal andiskutieren und, daß uns diese Problematik einmal hier im Gemeinderat bewußt wird. Ich glaube, das ist wichtig. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Vzbgm. Tatzreiter. Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine geschätzten Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich habe aus einigen Wortmeldungen bzw. Beiträgen doch entnommen, daß heute, und es ist für mich persönlich auch eine nette Stunde, der Großteil dem Budget näher tritt. Nämlich dem zuzustimmen, das ist schon ganz wichtig. Ich meine dabei, daß es natürlich in der Vergangenheit auch noch andere Probleme gegeben hat, die noch nicht weg sind. Ich sage es jetzt einmal so, weil sie immer wieder kommen können, daß es aber gelungen ist und, daß wir seit 1991 das Problem sozusagen permanent gehabt haben, ob wir das Budget noch zusammenbringen, ob wir dann noch ausgleichen können und, und, und. Das hat sich bis zum Jahr 1995 so fortgesetzt. Erst voriges Jahr bzw. 1996 hat man festgestellt, daß die Entscheidungen bzw. die Richtung richtig war. Das war nämlich dabei das Wichtigste. Ich darf in diesem Zusammenhang einmal vorweg dem Kollegen Leithenmayr, als Bürgermeister und Finanzreferenten, danken. Durch sein unermüdliches Streben und Bemühen ist es gelungen, daß man eine gewisse Überzeugung, und ich möchte auch in diesem Zusammenhang persönlich, weil ich halt doch schon relativ lange als Funktionär da herinnen bin und einer der Ältesten in diesem Kreis bin, wenn ich das so sagen darf, mit Ausnahme, die Kollegin Radmoser hat mich jetzt so angesehen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

An Lebensjahren. Ich möchte das schon vermerken, daß das Alter keine Schande ist. Wir sind so ziemlich gleich alt und gleich lange herinnen. In diesem Zusammenhang möchte ich behaupten, daß es doch gut ist und es ist auch ein Zeugnis für die Stadtgemeinde Steyr, bei so vielen Fraktionen in der Gemeinde, daß es dennoch gelingt ein gemeinsames Budget zu erstellen. Das hat aber auch damit zu tun, daß die Bemühungen, und jetzt schließe ich niemanden dabei aus, natürlich in der unterschiedlichen Art und Auffassung oder im Bestreben zu den Bemühungen zum Ziel zu kommen, hier natürlich jeder anders gestalten mag. Ich meine dabei, daß natürlich viele Fragen offen sind, die uns bewegen. Ein großes Problem dessen ist natürlich der Verkehr in Steyr. Wir werden sehen, wenn das Jahr 2000 mit der Nordspange, mit der neuen Verkehrsmöglichkeit oder mit der anderen Umleitung, der Verkehr sich auf der anderen Seite verdünnt oder erleichtert. Das wäre für uns alle

wünschenswert. Es ist ein riesiges Projekt. Ich habe heute einmal so nachgedacht. Wir haben in dieser Generation, in dieser Legislaturperiode, die meisten und größten Projekte angegangen. Wenn wir uns das zusammenzählen, dann dürfte auch für so manche da herinnen die Entscheidung gewesen sein, daß eigentlich die Zielrichtung immer gestimmt hat, was wir nämlich wollen. Da darf ich ganz besonders herzlich danken, daß sich alle dafür eingesetzt haben und, daß wir gemeinsam heute zu einem Budget kommen, das wirklich nicht das Kleinste ist und wieder für das nächste Jahr die Fortsetzung garantiert. Weil es heute angesprochen wurde, im Zusammenhang mit den Steyr-Daimler-Puch, mit dem neuen Eigentümer, darf ich vorweg sagen, wir werden wahrscheinlich keine Möglichkeit sehen oder erhalten, daß vielleicht der neue Eigentümer, vor allem Stronach, obwohl er mit vielen Millionen zu den Sportvereinen unterwegs ist, es wäre schön, wenn er in Steyr einmal vorbeikommen und uns als Gemeinde eine Last abnehmen würde, möchte ich nur festhalten, daß wir uns nichts erwarten brauchen. Es geht um den Standort Steyr-Daimler-Puch und wir werden uns nicht darauf verlassen können. Daher bin ich nicht immer gar so sehr Anhänger von dem - „Wenn alles Privat ist, ist alles so gut - . Das habe ich schon immer gesagt. Ich glaube, daß wir aber auch nicht als Gemeinde dafür zuständig sind. Und das möchte ich nämlich damit meinen. Wir haben auch nicht als Gemeinde die Aufgabe, einen Betrieb, der in Schwierigkeiten ist oder permanent in Schwierigkeiten ist, als Gemeinde die Last abzufangen. Das geht leider nicht. Daher müssen wir uns leider auf das konzentrieren, was möglich ist, aber in Wahrheit muß das Unternehmen selbst bzw. der Eigentümer, vor allem aber das Management, dort vor Ort schauen, daß das wieder funktioniert und ich hoffe, daß es noch gelingen wird.

Die Beschäftigung ist ja überhaupt eines der wichtigsten Punkte und weil es heute einmal angesprochen wurde, diese Meinung war mir nicht ganz sympathisch, daß man mit billigeren Löhnen bei einem Unternehmen weiterarbeiten sollte, wenn es eine andere Möglichkeit gibt. Ich glaube nämlich, daß der Lohn alleine, wenn er nur mehr billig ist oder der Billigstlohn zum Einsatz kommt, für die breite Masse uns wirtschaftlich nicht gut tut. Das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen. Es gibt da einige die auch damit rechnen, wenn halbwegs gut verdient wird, daß auch er ein Geschäft macht, Herr Mayrhofer. Ich glaube, daß es gut ist, wenn die Betriebe funktionieren. Wir haben alles dazu beigetragen, auch als Gemeinde. Ich denke an die Förderungen die es gegeben hat bei den Umbauten, ich denke an das Hochregal bei Steyr-Daimler-Puch, ich denke an das SNF, ich denke an das BMW, ich denke an alle Betriebe, die Förderungen bekommen haben, aber auch an andere. Für Gewerbebetriebe usw. haben wir als Gemeinde auch sehr viel getan.

Wo wir einen großen Brocken vor uns haben, ist, wie gesagt, die Verkehrssituation und nach dem rufen eigentlich auch alle Betriebe. Die größeren Betriebe heulen fast jeden Tag mit ihren Sorgen, nämlich mit dem Verkehr eine Verbesserung zu erhalten. In diesem Zusammenhang wird es notwendig sein, daß wir uns da ganz bestimmte Zielrichtungen einfallen lassen, wie wir den Verkehr leiten. Vor allem brauchen wir aber die Bauwerke. Wenn das soweit sein wird, dann müssen wir uns wirklich damit ernsthaft beschäftigen, die Dinge leiten und lenken.

Eine Verbesserung war, und weil ich einmal zwischendurch von da ins Werk hinauffahren mußte, schon wesentlich das Parkdeck. Nämlich die Abkürzung von der Brücke bis über den Bahnhof und dort sind es nur mehr einige Meter und man ist in den zwei größten Betrieben. In diesem Zusammenhang ist das schon eine enorme Erleichterung. Der einzige Verkehrsstau, und wegen dem habe ich mich eigentlich zu Wort gemeldet, begegnet einem dann wenn man retour fährt, nämlich über den Dukartberg hinunter. Dort haben wir dann das Chaos perfekt. Da würde ich bitten, daß man sich das noch einmal ansieht. Jeden Tag hört man, daß wir bei den Stoßzeiten diese riesigen Probleme haben. Es ist mir schon gesagt worden, und ich habe es selbst auch sogar schon ausgustieren können, wie die Ampeln bei der Bergerwegkreuzung nicht waren, ist der Verkehr flüssiger gewesen. Jetzt mag sein, daß vielleicht das eine oder andere Mal die Ampeln, vielleicht wenn sie nicht dort waren, gerade zufällig eine Erleichterung waren. Ich glaube aber, daß sie vielleicht anders geschaltet werden sollten und, daß man vielleicht auch die Verkehrslinien noch einmal ein bißchen anders gestaltet, weil da kommen drei Spuren auf eine zusammen und da wird es dann kritisch. So fünf Autos vor mir hat es nämlich geknallt, weil der eine nicht ausgesehen hat und der andere auch nicht, dürften sich beide nicht gesehen haben und dann sind sie natürlich zusammengefahren. Das ist dort schwierig. Damit steht aber schon der ganze Verkehr. Nämlich über das Pardeck hinaus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates ich darf vielleicht von mir aus noch zwei Dinge anmerken. Wir haben ja bei dem Wohnbau relativ großen Nachholbedarf gehabt und haben in den letzten Jahren das geschafft und haben derzeit einigermaßen ein Überangebot, wenn ich das so sagen darf, vor allem aber nicht bei jenen Wohnungen die sehr billig sind und die natürlich für die Startmöglichkeiten der Familien zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang wird es nötig sein, daß wir uns bei den Neubauten nicht mehr so stark darauf konzentrieren sondern, daß wir das Nachrüsten der älteren Wohnungen ganz besonders betreiben müssen. Ich möchte ankündigen, daß ich gerade dabei bin, den Bereich, die Steinfeldstraße bzw. den Laubengang, der ja bekannterweise für jeden in Erinnerung ist, auszusiedeln bzw. freizumachen und dann werden wir dort dieses Objekt auch wegräumen. Das eine ist schon weg. Ich kann mich erinnern, der Schloßgangl hat sich einmal bedankt. Er hat es gar nicht glauben können. 40 Jahre hat er sich das immer vorsagen lassen müssen, daß das einmal erledigt wird. Es ist soweit. Ich möchte behaupten, daß wir im Frühjahr damit sozusagen abfahren können. Dann haben wir dort eine Möglichkeit auch dem Verkehr Krankenhauszufahrt oder -zugang und vor allem die Durchfahrt Steinfeldstraße/Neustraße, daß wir dort durch dieses Bauwerk eine Erleichterung bekommen. Dort müßte es möglich sein, mit einer Tiefgarage größerer Ordnung zu schaffen, sodaß man den ruhenden Verkehr ein bißchen entflechten und wegbringen kann. In diesem Zusammenhang möchte ich noch mit anmerken, weil es heute schon gesagt wurde und ein bestimmtes Anliegen ist, ich habe das gar nicht geglaubt, daß in einem Jahr in so einem nicht sehr großem Haus, die Notschlafstelle in der Dukartstraße, über 2.500 Nächtigungen gewesen sind. Vor wenigen Tagen war dort erst der einjährige Geburtstag. Ich darf sagen, daß es natürlich eine große Sorge ist, daß es dem Verein gelingen möge, ein adäquates Haus bzw. eine ähnliche Möglichkeit einzurichten. Ich bin gerade auf der Suche nach einer Möglichkeit. Es wäre natürlich dort auf dem Platz ganz genau das passende Örtchen, deswegen, weil auch die Bahn und die Polizei daneben sind und vor allem auch die Post. Es gibt dort alle Möglichkeiten. Wir werden sie aber leider nicht dort unterbringen können. Wenn es aber gelingt, dann mit einem höheren Aufwand. Ich bin zur Zeit gerade auf der Suche nach einem anderen Objekt, um auch dem Problem, weil es wirklich so ist, daß schon über 2.500 Nächtigungen waren und wir uns in Zukunft auch danach richten müssen, unseren schwierigen Fällen, die momentan vor der Tür stehen, eine Tür öffnen zu können und sie wieder einziehen lassen bzw. ein Bett zusichern können. Zumindest für kurze Zeit.

Das sind so unsere kleinen Probleme, die ich persönlich immer wieder feststelle, die auf mich zukommen. Das andere, da bin ich dieses Mal sehr glücklich, daß trotz aller großen Objekte und Projekte, die sozusagen im Bau tätig bzw. fertig oder schon fast fertig sind, daß wir beim Budget dieses Mal sogar mit den Defiziten, Budgetschwierigkeiten heruntergekommen sind, wo eigentlich prophezeit wurde, daß wir mehrere Defizite eingehen werden, das Budget wird also schwieriger zu gestalten sein. Das hat sich dann Gott sei Dank leichter gestaltet. Ich darf mich persönlich wirklich ganz besonders beim Herrn Bürgermeister, beim Finanzreferenten aber auch bei seinem Team bedanken, daß wir dieses Mal ein Budget beschließen können, zu dem wir alle stehen. Liebe Freunde, in dem Zusammenhang freue ich mich, es ist wirklich Weihnachten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster hat sich StR Spanring zu Wort gemeldet. Bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nicht recht lang, nur ein paar Worte, nachdem es schon relativ spät ist. Verwaltungsreform. Organisationsabläufe sind grundsätzlich einmal mit Menschen verbunden und wir alle wissen, daß die handelnden Personen im öffentlichen Geschehen, im öffentlichen Dienst so einfach nicht entsprechend zu verändern sind, wie wir uns das, die in der Industrie tätig sind, vorstellen. Ich behaupte aber, daß das Magistrat Steyr nicht in einem Dornröschenschlaf verfallen ist sondern, daß hier sehrwohl intensiv, ehrlich und anständig gearbeitet wurde, daß man sich bemüht hat hier Organisationsabläufe zu ändern, neu zu gestalten, daß die Menschen, die Bürger hier im Magistrat nicht mit einem Kompaß herumlaufen

müssen sondern, daß sie sehrwohl ihren Weg finden, in den Behörden, in den Ämtern, in den Dienstleistungsbetrieben, in den Dienstleistungsbüros, die sie hier in Anspruch nehmen. Der Bürgermeister hat es schon erwähnt, daß LHStv. Dr. Leitl durch Europa jettet und die Stadt Steyr als vorbildlich hinstellt, wie hier Beamte, Vertragsbedienstete arbeiten. Das kommt nicht von ungefähr sondern das ist schon Ausfluß der Bemühungen der Verantwortlichen hier im Haus. Ich möchte ihnen von dieser Stelle dazu gratulieren, daß der Weg zumindest einmal so beschritten wurde. Ich denke ansich, Organisationsstrukturen ändern und Verwaltungsreformen sind ständige Prozesse und wenn jemand behauptet ich habe jetzt einmal etwas geändert und für alle Zeit hält es, dann weiß er, wo so ein Betrieb hinkommt. Ich glaube, daß hier wirklich, und ich bin auch überzeugt davon, gute Arbeit geleistet wird und ich möchte euch auch bitten, das an alle Mitarbeiter weiterzugeben.

Dann ein paar Worte zur Kultur. Es wurde schon sehr viel gesprochen. Wenn ich mich heute so frage ob ich zufrieden bin, sage ich einfach einmal „nein“. Da kann man nicht zufrieden sein. Von der anderen Seite denke ich, daß es einfach ein äußerst bescheidener Ansatz ist. Aber es ist ein Ansatz, den Weg in die richtige Richtung zu gehen. Die Begierde, gerade was Kultur betrifft, aber nicht nur die Kultur, wenn ich an meinen Kollegen vom Sportreferat denke, ist ständiger Begleiter der Subventionsgeber. Das Jahr 1999 hat noch gar nicht begonnen, sind schon die ersten Briefe eingetroffen. In ordentlichen Höhen, muß ich schon sagen. Wir haben noch gar kein Budget, aber ich bin nicht überrascht, aber doch erstaunt, wie erfinderisch verschiedene Vereine und Vereinigungen sind. Aber gut, damit haben wir uns auseinanderzusetzen. Das ist auch Aufgabe des Kulturausschusses und der Verantwortlichen die hier miteinander, ich denke in einer sehr guten Art und Weise, arbeiten und ich glaube auch, daß wir mit diesen bescheidenen Mitteln, die wir heuer einmal zur Verfügung bekommen haben, Kulturpolitik betreiben können. Es ist richtig, S 80.000,-- Bildankauf ist nicht viel. Ich behaupte aber als verantwortungsbewußter Kommunalpolitiker, daß es mich nicht wirklich gefreut hätte um 45 Millionen Schilling einen Schiele zu kaufen. Ich behaupte aber, daß es mich riesig freut, um S 12.500,- den Erich Fröschl, eine Kunstdruckmappe von Dora Dunkel, für die Stadt abzukaufen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Abgestimmt einfach auf die zur Zeit eben gegebenen, sehr bescheidenen, finanziellen Möglichkeiten. Ich denke, daß wir eben in dieser konstruktiven Arbeit, die zur Zeit im Kulturausschuß herrscht und die, glaube ich, Anliegen aller ist, auch entsprechend weiter zu gestalten, eben Kulturarbeit für die Kulturstadt Steyr, in einem positiven Sinn entwickelt und geschaffen werden kann. Dazu möchte ich euch, vor allem auch die Mitglieder im Kulturausschuß, aufrufen mit zu tun, den Weg weiter gemeinsam zu beschreiten, den wir begonnen haben, gemeinsam auch entsprechende Arbeit in unseren Fraktionen für die Kultur zu tätigen. Wir haben es nicht leicht, aber es ist eine Aufgabe die sich lohnt und der wir uns, ich denke, aus Überzeugung und auch mit Begeisterung stellen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist GR Hoflehner zum zweiten Mal. Bitte sehr.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Kurzfassung. Herr Ing. Forstenlechner, sie haben mich kritisiert, weil ich für mehr Kundennähe im Magistrat eingetreten bin. Habe ich das richtig verstanden? Ihre Firma ist mit genau dieser Methode so erfolgreich. Sie ist extrem kundenorientiert und für nichts anderes trete ich ein. Was sie da gerade gesagt haben ist ein ständiger Prozeß, da gebe ich ihnen vollkommen Recht, aber man darf nie aufhören. Sie haben so getan, daß eh alles in Ordnung ist, wir brauchen nichts mehr machen. Diese Ideen kommen auch nicht von mir. Da gibt es ganz helle Köpfe am Magistrat. Stellvertretend für viele der Mag. Pöckhacker. Auch der Herr Dr. Schmidl weiß das, dieses extrem kundenorientierte Denken, da wird viel mehr noch kommen und das wollte ich damit gesagt haben. Auch wenn sie, Herr Bürgermeister, sagen das ist nicht wahr, da ist ein riesiger Unterschied ob BMW, der Retter von

Steyr, anklopft oder ob der Franz Mayr, der Fleischhauer vom Wieserfeldplatz etwas will. Da ist ein riesiger Unterschied.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Franz Mayr spricht lauter.

Gelächter

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Hauser Willi. Frag einmal den Herr Ing. Forstenlechner, was die Fa. BMW in der Verwaltung an Personal abgebaut hat und trotzdem wesentlich effizienter und schlanker geworden ist. Es haben 100 Firmen 100 Leute abgebaut und sind wesentlich schlanker, besser, aus dieser Krise herausgegangen. Ich habe nie behauptet, daß eine Person entlassen werden muß. Das habe ich nie gesagt. Das können sie nachlesen. Das habe ich nie behauptet.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sie stellen das so dar wie wenn das super wäre, wenn man Leute entlassen ...

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Nein, ich kann mein Konzept holen, ich lese es ihnen noch einmal vor. Ich habe gesagt, es muß nicht eine einzige Person entlassen werden, es müssen nur vielleicht nicht neue Personen aufgenommen werden. Und noch einmal Willi. Es ist falsch, wenn du behauptest, daß Verwaltungseinsparung gleichzusetzen ist mit weniger Leistung. Das ist absolut falsch. Und zur Frau Feller-Höllner, was haben sie da an mir kritisiert?

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:

Moment. Ich habe von Personalkosten gesprochen.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ich spreche von Verwaltungskosten. Sie haben kritisiert, Frau Feller-Höllner, sagen sie mir das bitte noch einmal. Ich habe das nicht verstanden.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:

Was wollen sie denn hören?

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sie haben mich kritisiert, daß ich unglaublich bin. Ist das richtig?

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:

Ja.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Ich bin glaubwürdiger wie jeder andere da herinnen. Ich habe keine persönlichen Interessen. Ich habe hier kein Geschäftslokal und ob sie es glauben oder nicht, es gibt Menschen denen liegt das am Herzen, auch wenn sie keine persönlichen Interessen haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster hat sich Kollege Keiler zu Wort gemeldet. Bitte Stephan.

GEMEINDERAT STEPHAN KEILER:

Sehr geehrte Kollegen, sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Presse und Gäste. Nur ein kurzes Wort zu einem meiner Lieblingsthemen, nicht das Wohnen sondern die Kulturfreiheit. Je mehr Mittel dem Kulturausschuß zur freien Verfügung stehen um Projekte der Kultur und der Kunst, vor allem die

mir besonders am Herzen liegt als Teil der Kultur, fördern zu können und die Projekte, die sonst keine Chance hätten verwirklicht zu werden, fördern zu können, bedarf es eines größeren Budgets, das also, Gott sei Dank, heuer wieder im Wachsen begriffen ist für den Voranschlag des nächsten Jahres. Dadurch wird also auch die Kulturfreiheit vorangetrieben. Auch wenn ich bedauernd leider anmerken muß, daß es im Kulturausschuß immer wieder Meinungen gibt, die genau in die andere Richtung arbeiten wollen und welche die Kulturfreiheit einschränken oder sogar infrage stellen wollen. Speziell was das Programm unseres Theaters betrifft. Ich möchte auch darauf gar nicht weiter eingehen nur noch einmal meinen Unmut darüber äußern und für die Aufmerksamkeit danken.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich übergebe den Vorsitz an Vizebürgermeister Tatzreiter und melde mich selbst zu Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte dich um deinen Vortrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Das Budget 1998 hat uns ja schon gezeigt, daß es ein gutes und richtiges Budget war. Auch 1999 wurde dieser Kurs beibehalten und es wurden auch in verschiedenen Bereichen Erhöhungen vorgenommen. Wir haben heute schon sehr viel gehört, aber ich möchte ja nicht alles wiederholen. Wichtig ist für uns alle, daß wir die Finanzierbarkeit nie aus den Augen verlieren. Natürlich ist mir, als Sozialreferentin, der Sozialbereich besonders wichtig und er liegt mir natürlich auch sehr am Herzen. Wir haben ja bereits in Steyr wirklich ein dichtes, soziales Netz, auf das wir alle stolz sein können, aber man muß es immer wieder verstärken, daß es immer noch fester und dichter wird. Leider, muß ich sagen, wurden uns gerade in diesem Bereich gewaltige Erhöhungen vom Land vorgeschrieben. Wir haben ja schon gehört, ca. 18 Millionen, die wir zahlen müssen und womit wir nicht gerechnet haben. Man muß sich vorstellen, mit 18 Millionen hätten wir noch sehr viele Wünsche äußern können. Aber trotzdem wurden keine Kürzungen vorgenommen sondern teilweise sogar Erhöhungen. Man muß eines sagen, wie z. B. bei den Vorkindergärten, bei den Tagesmüttern und ich glaube, gerade diese Einrichtungen brauchen wir in unserer Stadt auch dringend und sie werden auch in vorbildlicher Art und Weise geführt.

Ein ganz großes Projekt wurde bereits umgesetzt und der Baufortschritt schreitet geht voran. Das ist der Neubau des Kindergartens im Münichholz. Das ist ein Projekt, wo wir alle stolz sein können. Es wird bestimmt wieder ein „Herzeigekindergarten“ werden, aber ich möchte nicht nur von dem sprechen. Ich habe mir auch den Caritas-Kindergarten im Münichholz angesehen. Ich glaube, wir können auch auf diese Einrichtung stolz sein, wenn sie fertig ist. Der Caritas-Kindergarten wird bereits im Februar den Betrieb aufnehmen und Münichholz wird mit Beginn des neuen Kindergartenjahres 1999/2000 auch in Betrieb gehen.

Vorschläge wegen der Tarifgestaltung, ist auch heute erwähnt worden. Die Vorschläge bewegen sich. Ich wäre auch froh, wenn wir da eine Einigung erzielen könnten. Einer, der von der F angesprochen wurde, war auch ein Vorschlag, man sollte die Kinderzahl in den Gruppen erhöhen. Ich glaube wir alle wissen, daß es ein Kindergarten- und Hortgesetz gibt und wir nicht mehr Kinder als 26 in der Gruppe führen dürfen. Es ergibt auch keinen Sinn wenn man jetzt mehr Kinder in eine Gruppe hineinsteckt. Den Vorschlag, glaube ich, können wir alle vergessen.

Ich weiß, daß es vom Herrn Vzbgm. Dr. Pfeil ein Hobby ist, daß er immer einen Angriff gegen die städtischen Kindergärten ausübt. Die sind zu teuer, da paßt halt nichts bei den städtischen Kindergärten. Eines muß ich schon sagen. Die städt. Kindergärten werden vorbildlich geführt und alle arbeiten nach den neuen pädagogischen Methoden. Ich glaube, daß wir schon verpflichtet sind für diese Einrichtungen zu sorgen. Ich bin sehr froh, daß wir Privatkindergärten haben, weil sonst würden wir die Kinder auch nicht alle unterbringen. Aber man kann nicht immer nur meckern, man muß auch Leistungen anerkennen, was wir für die Kinder leisten, weil die Kindergärtnerinnen sind alle immer auf Weiterbildung, auf Schulungen, damit sie diese Methoden wieder unterrichten

können. Ich war eingeladen beim LH und er hat gesprochen, wie wertvoll die pädagogische Ausbildung, gerade für die Kinder ist und die Kindergärtnerinnen sollen sich immer weiterbilden und weiterbilden. Daß das natürlich Geld kostet und, daß ein Betrieb mit 1152 Kinder, wo immer ein Pool da sein muß, daß die Kinder eine Betreuung haben, auch etwas kostet, das ist ganz klar. Man soll nicht immer nur schimpfen, wir bemühen uns sehr. Es hat sich auch eine Gruppe gebildet, die sich wirklich damit befaßt, wo wir Kosten einsparen können und ich selbst arbeite auch sehr viel mit und wir werden dann im Gemeinderat den Bericht bringen, wo Einsparungsmöglichkeiten vorhanden sind. Aber man muß eines sagen. Gerade beim Caritas-Kindergarten arbeiten heute noch sehr viele freiwillige Helfer mit, gerade bei den Ordenskindergärtnerinnen, die auf freiwilliger Basis mitarbeiten. Das hat mir auch letztes Mal der Pfarrer erzählt. Die brauchen sie natürlich nicht bezahlen. Wenn ich heute freiwillige Helferinnen habe, dann wäre ich dankbar. Aber bei den städt. Kindergärten geht das halt nicht.

Es ist heute schon sehr viel über das Kinderschutzzentrum gesprochen worden. Zwei Jahre befasse ich mich wirklich intensiv mit dem Kinderschutzzentrum. Es ist natürlich schwer, wenn man nur eine mündliche Zusage vonseiten des Landes hat. Mir ist schon wichtig, daß, wenn ich etwas umsetzen will, ich schon eine schriftliche Zusage habe, wieviel Geld habe ich in den Händen, wieviel habe ich zur Verfügung. Da bin ich zu wirtschaftlich denkend, daß ich sage, aus heiterem Himmel setze ich etwas in die Welt und kann es dann nicht finanzieren. Zu dem müssen wir uns alle bekennen. Es ist bis heute kein Schreiben gekommen. Ich habe sogar noch einige Male zum Land geschrieben und ersucht, daß ich eine Antwort bekomme. Ich kann dazu weiters bis heute nichts sagen. Ich glaube, wir sprechen da über eine gewisse Summe, wo wir dringend eine Zusage brauchen, ansonsten mit der mündlichen alleine, würden wir das alles alleine finanzieren müssen und das Geld ist nicht vorhanden und auch nicht im Budget drinnen.

Ein ganz wichtiges Thema, und das wurde auch schon angesprochen, ist die Seniorenbetreuung. Wir haben ja heuer die mobilen Dienste um 4 Personaleinheiten aufgestockt und man merkt es schon, daß, gerade im mobilen Bereich, der Druck vom APT schon geringer wird. Es kommt natürlich auch auf die Jahreszeit darauf an, aber es ist schon etwas leichter geworden. Wir wissen ja alle, daß soweit auch die Gruppe abgeschlossen ist, die sich mit der Planung des neuen APM befaßt hat und, daß jetzt zum Architektenwettbewerb ausgeschrieben wird und ich hoffe, nächste Jahr auch noch begonnen werden kann. Es ist ja hier wirklich ein Seniorenzentrum vorgesehen, wo ein Tageszentrum drinnen ist. Es beinhaltet alles, Kurzzeitpflege, Tageszentrum und, was ganz wichtig ist und wo die Leute schon ganz nervös werden, da haben wir auch darüber gesprochen, ist das betreubare Wohnen. Es gibt schon sehr viele Anfragen. Ich glaube, ich könnte im Munichholz schon 30 Wohnungen spielend vergeben, weil ja die WAG gleichzeitig zum Altersheim ein betreubares Wohnen dazu baut. Ich glaube, das ist in der heutigen Zeit die Zukunft und wie Kollege Tatzreiter auch erwähnt hat, wird er die vorhandenen Seniorenwohnungen auf betreubares Wohnen umbauen und dadurch ermöglichen wir wirklich, daß die ältere Generation in Würde alt werden kann, daß sie so lange in ihrer Wohnung bleiben können, bis sie eine rund um die Uhr Betreuung brauchen.

Zu dem Tageszentrum auf der Ennsleite müssen wir eines sagen. Ich habe ja auch mit der Frau Pramendorfer gesprochen. Es wird vom Land nicht anerkannt. Wir müßten als Stadt zur Gänze die Kosten übernehmen. Es gibt hier keine Zuschüsse seitens des Landes. Das Land ist der Meinung, daß so eine Tagesstätte von den Kosten her gleich hoch ist wie ein Heimplatz bzw. die Kostendeckung liegt nur bei 26 bis 32 %. Nach Aussage des Landes ist diese Art die teuerste Variante. Ich kann es nur so weitergeben wie es mir mitgeteilt wurde. Warum ist das die teuerste Variante? Das ist uns auch erklärt worden. Weil, wenn einer eine geringe Pension hat, dann bezahlt er S 10,-- pro Tag Beitrag. Ist ja klar, er muß ja zu Hause auch die laufenden Kosten tätigen. Wenn er aber einen Heimplatz bekommt, dann bleibt zur Gänze die Pension dem Heim bis auf 20 % und das macht natürlich den Betrag aus, wo die Stadt den Zuschuß leisten muß. Ich glaube, nach diesen Aussagen, kann ich mir vorstellen, durch das, daß es bei uns die Kosteneinteilung gibt, nach dem Einkommen wird das bestimmt, vonseiten der Stadt, wird so eine Variante nicht günstig werden. Aber man kann es vielleicht einmal in ein Seniorenwohnheim dazu hinein machen, daß man sagt, man nutzt die Infrastruktur, dann wird es vielleicht günstiger werden. Aber eines muß man auch sagen, ich bin ja

froh, daß der MOHI auf die Ennsleite übersiedelt ist. Auch hier sind im Gebiet jetzt die mobilen Dienste vorhanden und das ist einmal ein Beginn. Wir wissen alle, daß Steyr eine gewisse Überalterung hat und, daß auch in diesem Bereich noch sehr viel getan werden muß. Es ist schon sehr viel geschehen, aber es liegt natürlich, wie es so schön heißt, noch sehr viel, auch in diesem Bereich, vor uns.

Froh bin ich auch, daß die Betreuungseinrichtungen sehr gut zusammenarbeiten und eine große Hilfe, das möchte ich auch sagen, weil heute natürlich auch sehr viel vom Personal im Haus gesprochen wurde, es wird auch im Sozialamt sehr viel geleistet. Wir machen gerade für die Senioren Hausbesuche. Das ist auch ganz wichtig, daß wir uns überzeugen, wie leben die älteren Menschen, wie fühlen sie sich in ihrer Wohnung, wissen sie überhaupt welche Einrichtungen in der Stadt vorhanden sind, ob sie die überhaupt nützen. Ich glaube, daß diese Aufklärungsarbeit auch sehr wichtig ist. Ich könnte mir auch vorstellen, was von den Kosten einmal geringfügiger wäre. Es gibt Leute, die mich ansprechen und sagen, sie möchten gerne im Sozialbereich tätig sein. Daß wir einmal schauen, daß man eine Gruppe findet, die so eine Art Besucherdienste macht, die sich bei der älteren Generation gegen die Vereinsamung annehmen. Ich bin mir sicher, daß wir da Personen finden, die das kostenlos machen würden. Ich glaube, das wäre einmal eine Aufgabe, daß man sich im Sozialausschuß damit beschäftigt.

An und für sich, aus meiner Sicht als Sozialreferentin, ist, glaube ich, auch das Budget 1999 wieder ein gutes Budget, weil es eben Mittel für jene vorsieht, die Hilfe und Unterstützung brauchen und benötigen. Ich glaube, wir setzen seitens der Stadt auch damit wieder ein Zeichen, daß wir uns vor unserer sozialen Verantwortung nicht verabschieden. In diesem Sinne ersuche ich alle noch einmal diesem Budget die Zustimmung zu erteilen. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Ich übergebe den Vorsitz wieder an die Frau Vizebürgermeisterin.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Man kann natürlich gewisse Dingen nicht so im Raum stehen lassen. Ich weiß, es ist höchst unfair, wenn man aus einer Finanz- und Rechtsausschußsitzung fragmentarisch einige Dinge herausholt und dann noch falsch zitiert. Ich habe nie behauptet und ich stelle das klar in Abrede, daß man die Anzahl der Kinder pro Gruppe erhöhen sollte. Das ist eine klare Unterstellung und ist nicht wahr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment einmal. Das werden wir gleich aufklären.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das habe ich nie behauptet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das war nie im Finanzausschuß. Wir haben im Sozialausschuß darüber gesprochen und die Frau Reznar hat das erwähnt, der Vorschlag von der F wäre, seitens der Kosteneinsparung, eine Personalberechnung und, daß die Kinderzahl in den Gruppen erhöht wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Na ja, das ist aber ein Unterschied. Es ist so dargestellt worden, du hast in einem mich erwähnt. Das müssen wir schon klar feststellen. Im Finanz- und Rechtsausschuß ist noch ganz anderes diskutiert worden und zwar über die Rückerstattungsmodalitäten, daß wir darüber Gespräche führen müssen. Wir haben auch darüber gesprochen, wo wir nicht einverstanden sind, daß wir Regelungen nur für Mehrkinderfamilien, die mehrere Kinder in den Kindergärten haben, treffen. Ein wörtliches Zitat:

„Ja was kann die Stadt denn dafür, wenn die Kinder in größeren Abständen kommen?“ Das ist halt so und ich glaube, gerade die Familien sind größer belastet, wenn die Kinder schon teilweise in die Schule gehen und andere Kinder noch im Kindergarten sind. Auch die sind größer belastet.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Hauptgrund meiner zweiten Wortmeldung war nicht der Kindergarten sondern der Verkehr. Eine Budgetdebatte gibt ja erfreulicherweise den Anlaß über alles und jedes zu sprechen und ich bedanke mich beim Herrn Vzbgm. Tatzreiter, daß er mir das Hölzerl, bezüglich neue Verkehrsregelungen im Rahmen des Bahnhofparkdeckes, so geworfen hat. Wir haben in der Tat, und ich bestätige seine Ausführungen vollkommen, ein Problem. Wir haben aber nicht nur ein regionales Problem wir haben auch ein überregionales Verkehrsproblem. Auch hier unterstütze ich ihn voll bei seinen Bestrebungen, daß wir hier überregionale Verbindungen zu den Wirtschaftszentren in Oberösterreich kommen. Aber zum Bahnhofparkdeck, was wir in der Stadt selber zu beobachten und zu entscheiden haben. Genau vor 14 Tagen habe ich eine Begehung veranlaßt, nachdem das Parkdeck ca. eine Woche in Betrieb war, und wir haben uns, wir, das ist die Bundespolizei, die Verkehrsplanungsabteilung, die Bezirksverwaltung und meine Wenigkeit, an einem halben Tag an den neuralgischen Punkten des Bahnhofparkdecks und der Zu- und Abfahrten aufgehalten. Es war wirklich in der Tat erstaunlich, und ich kann das auch bestätigen, die Erfahrungen, die sie in kurzer Zeit gemacht haben, haben wir an diesem Vormittag auch gemacht. Ich darf vielleicht bei der Eybl Kreuzung beginnen. Sie haben vollkommen Recht. Es staut sich vom Dukartberg kommend in die Stadt. Warum? Wir haben jetzt zwei Spuren die geradeaus fahren. Es wurde die Mittelinsel links weggenommen, damit die Flüssigkeit eben verstärkt werden soll. Aus der Neuschönau kommend haben wir dem Autofahrer dann, der in die Stadt oder zur Forumkreuzung einbiegt, auf Kollisionskurs. Alle Sicherheitsexperten sagen, wir müssen dort unbedingt die Ampel eingeschaltet lassen, weil sonst kracht es. Vor allen Dingen im Winter. Ich habe dann nach längerer Diskussion, wir haben das beobachtet, den Auftrag gegeben und alle waren einverstanden, daß wir uns das im Frühjahr noch einmal ansehen und sobald wie möglich, mittels gescheiterten und sichtbaren Bodenmarkierungen, eine Grünphase dort errichten. Beide Spuren grün, geradeaus. Ich hoffe dann auch auf ihre Zustimmung im Verkehrsausschuß. Das ist das eine.

Das zweite war, wenn man bergauf fährt Richtung Parkdeck, Linksabbieger in Richtung Dukartstraße hinein. Viele Steyrer glauben noch, das Parkdeck ist ein Parkdeck und die Verbindung ist offensichtlich nicht eine direkte Verbindung nach Münichholz oder auf die Eisenbundesstraße, sondern da muß ich woanders fahren. Ich ersuche auch hier bei der Öffentlichkeitsarbeit Druck zu machen. Ich habe auch hier die Presse und die Medien noch einmal gebeten wirklich massiv zu sagen, das ist die Straße nach Münichholz, nach Wien und wo auch immer hin. Da braucht und soll man nicht mehr durch Ennsdorf durchfahren. 90 %, zumindest vor 14 Tagen, sind links abgebogen und haben natürlich den ganzen Verkehrsfluß unterbrochen. Es ist natürlich so eine Änderung im Verkehrsablauf schwierig und nicht von heute auf morgen zu schaffen. Hier werden wir auch noch etwas Zeit brauchen. Aber ich habe empfohlen und gewünscht, daß sobald wie möglich eine riesige Verkehrstafel auf der rechten Seite entstehen wird, wo oben steht, auf dem Dukartberg alle Fahrtrichtung gerade aus. Damit niemand mehr Grund hat links abzubiegen, weil der Linksabbieger ist nicht nur unangenehm, er ist auch auf diesem Straßenstück gefährlich. Beim Parkdeck selbst, bei der Einmündung in die Eisenbundesstraße, da haben wir auch unsere, wirklich tollen, Erlebnisse gehabt. Also, der Autofahrer ist wirklich ein Gewohnheitstier und wenn er etwas nicht kennt, dann ist er verunsichert. Zuerst war ja dort, sie erinnern sich vielleicht, die Kolleginnen und Kollegen die das genau beobachtet haben, eine Mittelinsel, die war um ca. 1 1/2 Meter ca. zu lange.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Die ist immer noch zu lange.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Die Busse und die LKW's sind nicht darüber gekommen. Aber genau dort fahren jetzt, und wir haben das live beobachtet, Autofahrer nicht nach dem vorgeschriebenen Fahrzeichen auf die rechte Fahrspur sondern genau linksabbiegend vom Parkdeck kommend Richtung Kreisverkehr gegen die Fahrtrichtung hin. Also, dort müssen auch noch Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Aber wenn man es noch kürzer macht, dann ist die Gefahr, daß ich vermehrt auf die falsche Fahrspur

komme, noch größer. Zum anderen ist der Rechtsabbieger vom Kreisverkehr kommend in Richtung Stadt extrem irreführend. Hier habe ich zwei große rote Ampeln rechts grün. Wenn er es realisiert, daß er es rechts grün hat, dann fährt er. Aber wo fährt er hin der gute Mann oder die gute Frau? Er fährt gegen die Busse hinein und verkehrt gegen die Einbahn. Innerhalb von 20 Minuten 6 gezählte Stück. Die haben natürlich auch noch etwas anderes bewirkt. Nicht nur, daß sie bei den Bussen angestanden sind, sie haben die Induktionsschleife ausgelöst, weil dort sind Induktionsschleifen drinnen, daß die Autobusse sich immer grün schalten. D.h., sie haben den ganzen Verkehr gestoppt. Beim Herausfahren haben sie es noch einmal gemacht. Es ist eh klar, sie müssen ja wieder herausfahren. Auch dort ist der Auftrag ergangen, alle Maßnahmen auszuschöpfen, daß dieses grün Rechtsabbiegen ins Zentrum deutlicher herauskommt gegenüber den beiden Rotfahrapeln und, daß man noch deutlicher, evt. mit einer Schrankenanlage, vielleicht aus Sicherheitsgründen notwendig, gegenüber die Autobusse diese Einfahrt absichert. Das ist höchst gefährlich. Ein Ortsunkundiger wird verleitet, daß er dort direkt sofort rechts abbiegt und nicht 50 m weiter.

Eine weitere große Problemstelle ist natürlich unten an der Pachergasse/Klotzstraße. Auch hier gibt es Staus bis zum Kreisverkehr retour, weil eben der Steyrer Autofahrer gewöhnt ist, durch Ennsdorf durchzufahren und, daß die Gerade-Ausfahrspur den Bedarf nicht aufnehmen kann und die Bodenmarkierungen, die nicht fertig geworden und nicht zu sehen sind, zumindest bevor noch der Schnee war. Da wurden die alten Bodenmarkierungen besser gesehen als die neuen Markierungen. Es konnte noch nicht mit einer Maschine, so ist mir das klargemacht worden, das abgetragen, abgefräst und neue Bodenmarkierungen gemacht werden. Eines ist auch dort noch wichtig. Trotz zweier Vorkündigungsanweiser Zentrum Richtung Linz, ist es notwendig, vom Kreisverkehr kommend, auf der Ampelanlage einen Überkopfwegweiser noch einmal dort, links, Richtung Zentrum, anzubringen, damit auch dort alles klar ist, wenn man Richtung Zentrum fahren will. Wir wollen, daß Ennsdorf verkehrsberuhigt wird. Wir sind sehr glücklich, daß wir endlich diese Kreuzung Pachergasse/Bahnhofstraße beruhigen konnten. Wir haben alle diesen Tag entgegengezittert, weil wir haben auch alle gewußt, daß die nicht gesetzeskonform geschaltet war, weil ein Fußgänger hat tatsächlich dort nicht die Mindestzeit zur Verfügung gehabt, daß er angemessenen Schrittes und sicher hinüber kommt. Wenn wir das nicht so geschaltet hätten, dann hätten wir aber den täglichen Stau von frühmorgens bis spätabends bis nach Münchenholz hinein gehabt. Das wäre soweit meine Ergänzung zum regionalen Verkehr.

Zum überregionalen Verkehr gibt es auch zwei ganz neue Entwicklungen. D.h., so neu sind sie nicht aber die Reaktionen sind relativ neu. Da muß man unterscheiden auf der Schiene und auch auf der Straße. Auf der Straße verwundert mich eigentlich das Tempo des Verkehrs bzw. des Baulandesrates, der in jährlichen Abständen, jetzt ist es schon über ein Jahr her, daß wir das letzte Mal beisammen waren, zu Sitzungen einlädt und man dann wieder 14 oder 15 Monate nichts hört. Wir haben uns auf eine Variante geeinigt. Wir haben gesagt, wir diskutieren nicht ob es die Wolfener Straße oder die Ennsener Straße nach Linz sein soll. Wir haben auch gesagt, wir diskutieren da nicht, wenn eine Fachmeinung für die sogenannte V 6 Variante da ist. Dann sind wir auch bereit diese mitzutragen. Aber das war es dann offensichtlich. Offensichtlich ist die Umfahrung Perg oder eine andere Umfahrung im Mühlviertel wichtiger. Das ist soweit die Straße.

Auf der Schiene ist das zweite Problem. Auch hier wurden mir, und ich habe es in meinem Büro drüben, bereits in den letzten sieben Jahren wo ich als Verkehrsreferent tätig war, und ich mich auch ein bißchen über die überregionalen Verkehrsprobleme angenommen habe, von den diversen Bundesbahngeneraldirektoren und Verkehrsminister, auch damals Verkehrsminister Klima, zugesichert, in Abtausch dessen, daß die Stadt Steyr nicht an das hochrangige Schienennetz direkt angebunden wird, der, zumindest selektiv zweigleisige Ausbau der Strecke Steyr/Valentin mit einem komfortablen Anschluß an den Hauptverkehrsträger Westbahn gemacht. Ich habe mir erlaubt im Frühjahr, im Februar exakt, beim Herrn Generaldirektor einmal anzufragen wie es steht, nachdem ich gelesen habe, daß im Budgetplan in den nächsten 10 Jahren bei der Bundesbahn nichts vorhanden ist, und habe ihn angeschrieben. Er hat mir prompt zurückgeschrieben, daß er hier nicht zuständig sei. Da sei sein Kollege, sein Stellvertreter, der Herr Direktor Heinitz zuständig. Da habe ich gesagt, ist mir auch recht, soll mir der antworten. Ich habe ihm noch einmal geschrieben und habe gewartet. Ich bin ein geduldiger Mensch. Dann habe ich im Frühsommer noch einmal geschrieben und habe wieder keine Antwort bekommen. Im September habe ich noch einmal geschrieben, exakt am 8. Oktober, Entschuldigung, und dann kam eine Antwort. Ich möchte sie

wirklich nicht genußvoll, aber doch vorlesen, dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen, wie, wenn wir nichts unternehmen, und da sind alle aufgerufen, die Stadt Steyr, das Land und auch die Vertreter im Bund, daß die Stadt Steyr hier nicht in eine Randlage verdrängt wird. Jetzt haben wir das Parkdeck, jetzt müssen wir auch etwas daraus machen, jetzt müssen wir dort die Möglichkeit schaffen, daß wir von hier nach dort auch wohin fahren können. Der Herr Dir. Heinitz, Generaldirektor-Stellvertreter der Bundesbahn, schreibt:

„Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Ihre Anfrage vom 8. 10. 1998. - In Wahrheit war sie vom Februar, er schreibt es am 4. November 1998, zur Post hat er es am 2. 12. 1998 gebracht, eingelangt ist es am 4. 12. 1998, so ist der Lauf der Bundesbahn - In Beantwortung ihrer Anfrage vom 8. 10. 1998 teile ich ihnen mit, daß in den nächsten Jahren nicht beabsichtigt ist, die Strecke St. Valentin/Steyr selektiv zweigleisig auszubauen. Der Zugbetrieb kann zur Zeit ohne Schwierigkeiten auf einem Streckengleis abgewickelt werden. - Auf einem Streckengleis. Klar, wenn niemand fährt. - Derzeit werden gemeinsam mit dem Personenverkehr die Zugzahlen für den Zeithorizont 2010 ausgearbeitet. Aus den Prognosezahlen wird anschließend im Rahmen einer Betriebssimulation ermittelt ob bzw. welche Infrastrukturmaßnahmen zu einem späteren Zeitpunkt notwendig sein werden. Ich hoffe, ihnen mit dieser Nachricht gedient zu haben und verbleibe mit freundlichen Grüßen, ihr Heinitz.“

Ich habe etwas auf den Lippen, ich bin ein feiner Mensch, ich sage es nicht, aber wir müssen hier wirklich Aktionen setzen. So kann es nicht sein und das ist ein Gebot der Stunde, daß unsere Betriebe, unsere Bevölkerung zeitgemäße moderne Verkehrsmittel bekommen. Ich bedanke mich.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke. Herr Dr. Wetzl und dann der Herr Walter Gabath.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Zuhörer, werte Kolleginnen und Kollegen. Einleitend zunächst ein paar Worte zu ihnen, Herr Bürgermeister. Mich freut es heuer, ich nehme es wirklich mit Freude zur Kenntnis, daß sie, im Gegensatz zum Vorjahr, mit uns in Verhandlungen getreten sind und das Budget diskutiert haben. Sie lachen. Ich finde es aber wirklich gut, weil voriges Jahr war es nicht so. Da sind sie mehr oder weniger darüber gefahren und Diskussion hat es keine gegeben. Das habe ich voriges Jahr kritisiert. Man sieht auch, daß es Ergebnisse gibt. Mit uns kann man ja reden. Wir stimmen zu, obwohl dieses Budget natürlich nicht in allen Punkten unseren Ansinnen entspricht. Aber das liegt in der Natur der Sache. Es ist ein tragfähiger Kompromiß und wir stimmend deshalb gerne zu. Ein besonderer Grund, und jetzt komme ich schon zum eigentlichen Teil der Rede, der Zustimmung ist, Herr Bürgermeister, ihr Bekenntnis, daß sie konkrete Verhandlungen hinsichtlich der Verwaltungsreform aufnehmen. Richtig? Sie sagen nichts also richtig.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Da ist viel zu machen. Wir fordern nicht weiß Gott was. Wir fordern nur 3 Prozent. 3 Prozent Einsparungen. Nicht Personal sondern an Personal- und Sachaufwand. So steht es drinnen. 3 Prozent, das sind ein Skonto. Das sind nicht 30 %, wie manche vielleicht meinen sondern nur 3 %, minimal. Mit einem politischen Willen, mit ein bißchen einen Willen, da braucht man wirklich nicht viel, 3 %, die kann man bei diesem Volumen, das da vorhanden ist, locker einsparen, ohne daß irgendeine Stelle abgebaut wird. Es werden keine 13 Kindergärtnerinnen abgebaut. Ich weiß nicht woher die Zahlen kommen. 3 % und dann sind wir schon zufrieden. Wissen sie, wofür wir diese 3 %, meines Erachtens, verwenden sollen? Ein ganz dringendes Anliegen, für die Anbindung Steyr an die Westautobahn. Mit der Bundesbahn scheint es derzeit vorbei zu sein. Ich weiß selbstverständlich Herr Bürgermeister, daß es Bundessache ist, nach Artikel 10 BVG, aber es hindert uns bitte niemand daran, hinsichtlich der Zinsen, in Vorlage zu treten, das vorzufinanzieren. Nach meinem Informationsstand besteht ja eine konkrete Zusage des Bundes. Der Bund will ja die Straße machen

nur in der Prioritätenliste ist es halt relativ weit unten und leider nicht oben. Da werden Milliarden in den Semmering hineingesteckt. Der Verkehrsminister bekommt eine vom Rechnungshof hinauf, daß es nur so rauscht, aber Steyr ist ihm gleich. Dann finanzieren wir das halt vor. Treten wir hinsichtlich der Zinsen in Vorlage. Keiner hindert uns daran. Das bitte sind Anliegen fern jeglicher Parteipolitik. Da geht es um keine Ideologie, da geht es um eine dringend notwendige Maßnahme, die seit Jahrzehnten diskutiert und versprochen wird. Zuerst hat es das Projekt S 37 gegeben. Da ist BMW, damals bei der Ansiedlung, die Anbindung Steyr an die Westautobahn versprochen worden. Mittlerweile existiert das nicht mehr. Rot und Schwarz haben sich gegenseitig für das Scheitern dieses Projektes die Schuld in die Schuhe geschoben. Jetzt haben wir ein konkretes Projekt, die Variante 6, schon kurz vorgestellt. Diese Variante gilt es jetzt umzusetzen. Jetzt und nicht irgendwann. Politik soll gleichzeitig auch Pragmatik bedeuten. Handlungsbezogen agieren und nicht reagieren. Die Leute wollen jetzt die Verbindung haben. Es ist höchste Zeit für die Wirtschaft, für die 1000 Pendler, die jeden Tag nach Linz fahren und ganz allgemein. Dazu notwendig, um Steyr aus dieser verkehrspolitischen Isolation herauszuholen, weil das sind wir doch wirklich. Das ist keine Übertreibung und keine Polemik. Das ist egal woher man kommt. Ob man jetzt aus Wien, aus Salzburg, aus Graz, aus Passau kommt. Nur winkelige Bundes- oder Landesstraßen, mehr gibt es nicht und da ist Handlungsbedarf, dringender Handlungsbedarf notwendig. Sparen wir bei den Verwaltungskosten ein, verwenden wir diese 3 % die wir haben, hinsichtlich der Zinsen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort. Der Kollege Gabath hat seine Wortmeldung zurückgezogen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Frau Gemeinderätin Frech. Bitte sehr. Ich habe mir schon gedacht sie sind heute so ruhig, aber man soll sich nicht zu früh freuen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, meine zweite Wortmeldung habe ich mir dafür aufgehoben, ein paar Wünsche zu äußern. Weihnachten steht vor der Tür, da darf man sich auch etwas wünschen. Der Kollege Pfeil hat einiges von diesen Wünschen vorweg genommen, deshalb kann ich mich auch relativ kurz fassen. Die Frau Kollegin Reznar hat heute schon einmal in einem freudschen Versprecher gebracht, was sie tun würde, wenn sie Kulturstadtrat wäre. Ich möchte das ein bißchen weiter spinnen. Was würde ich machen, wenn ich Bürgermeister wäre, wenn ich an ihrer Stelle wäre, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In meinem Schlußwort hätte ich sie das gefragt. Sie nehmen mir das vorweg.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Was so die Innenpolitik anbelangt, und ich bleibe beim Verkehr, weil ich glaube, daß das ein absolut wichtiges Thema für die Stadt ist, dann würde ich z. B. schauen, daß die Linie 3, die Neuschönau-Ennsleitenlinie ohne umsteigen möglich wird, für die Benutzer zwar über den Bahnhof geführt wird, aber, daß die alten Leute, und das benutzen halt vorwiegend ältere Leute, nicht umsteigen müssen. Das ist ja auch z. B. in diesem Stadtteilgespräch schon gekommen und auch unlängst wieder beim Zivilinvalidenverband aufgetaucht. Ich würde z. B. auch schauen, daß, gerade jetzt in der Weihnachtszeit sieht man ja das Problem sehr stark, es Busparkplätze gibt. Wir verstehen uns als Christkindlstadt, wir schauen, daß wir immer mehr im Tourismus machen, wir haben traurigerweise bis heute nicht wirklich einen Busparkplatz. Wenn sie jetzt so schauen, die Busse stehen halt zum Teil irgendwo, man kann ihnen nicht einmal einen Vorwurf machen, weil wir haben ja leider keine

Möglichkeit dazu. Dann würde ich überhaupt eine Offensive im öffentlichen Verkehr starten. Ein Punkt sind dabei die Werbemaßnahmen und die sind jetzt im Budget glücklicherweise auch einigermaßen drinnen. Was aber, glaube ich, auch wichtig ist, ist die Vorbildwirkung, daß wir Politiker genauso den öffentlichen Verkehr nutzen, daß wir mit dem Bus fahren, daß wir mit dem Rad fahren, daß wir zu Fuß gehen, daß die Bevölkerung sieht, das ist ein alternatives Verkehrsmittel, das keinen „arme Leute Geruch“ hat sondern, daß das halt absolut etwas ist, was jeder machen kann. Da wäre vielleicht die Bitte verbunden, manchmal auf die Fahrt im Dienstauto zu verzichten und mit dem Bus zu fahren. Sie geben damit ein gutes Vorbild ab.

Was ich noch tun würde ist, daß ich mich nicht einfach so schnell zufrieden geben würde. Wenn das Land kommt, wie es um den Tabor, um den Kreisverkehr gegangen ist, und sagt, wir haben für Steyr eigentlich nur ganz wenig Geld das wir aufreiben können und wir können nur ein paar kleine Korrekturen machen und der Kreisverkehr ist in weiter Ferne. Dann würde ich einmal auf den Tisch hauen und sagen: „Moment, wir warten jetzt schon so lange darauf, wir stellen einfach diese Forderung.“ Es ist halt so. Wenn wir uns nicht artikulieren, das Land kommt halt nicht von sich aus, die ÖBB kommt nicht von sich aus. Wir müssen ganz einfach unsere Wünsche viel stärker artikulieren.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Jetzt geht es schon in Richtung Weltwunder.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das ist kein Weltwunder. Ich denke nur daran wie uns die Nordspange präsentiert worden ist, der Fortschritt des Brückenbaus. Da hat uns das Land so ganz nebenbei lapidar in einem Satz mitgeteilt, ein Beamter, weil Politiker war glaube ich gar keiner da, es wird sich halt um ein Jahr verzögern und wir haben das so einfach zur Kenntnis genommen. Wir müßten das nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen sondern wir müßten uns halt gemeinsam auf die Füße stellen und uns jedes Mal dagegen aussprechen.

Wo ich an sie appellieren möchte, Herr Bürgermeister, und ich tue es deshalb, weil sie als Bürgermeister ganz einfach die zentrale Figur dabei sind, ist, sich für den Bahnhofsumbau stark zu machen. Es ist leider so, daß die ÖBB den Bahnhof Steyr nicht auf ihrer Prioritätenliste hat. Wir haben jetzt, jetzt sieht man es nicht mehr so, weil es schon finster ist, unser Bahnhofsparkdeck. Was wir nicht haben, ist eine Umgestaltung des Bahnhofes. Es ist zwar zum Teil in der Presse wieder einmal gekommen, es gab jetzt auch eine Umgestaltung des Bahnhofes, das bezieht sich aber nur auf die Lifte, der auf das Bahnhofsparkdeck hinaufgeht. Das bezieht sich aber nicht auf das WC, auf den Warteraum und nicht auf die Schalterhalle. Die ÖBB haben das nicht in ihrer Prioritätenliste drinnen, die werden diesen Umbau nicht so schnell vornehmen. Von der Beamtenschaft habe ich erfahren, daß wir frühestens in zwei Jahren damit rechnen könne. Ich möchte mir das aber nicht vorstellen müssen. Jetzt haben wir so langen dort eine Baustelle gehabt, jetzt warten wir zwei Jahre, dann haben wir beim Umbau wieder eine Baustelle. Ich glaube, da sollten wir uns auch verstärkt dafür einsetzen.

Der selektive, zweigleisige Ausbau der Strecke Steyr/St. Valentin ist schon gefallen und ich glaube auch, daß wir uns in diesem Fall auf die Schienen hauen sollten um das zu erreichen, daß zumindest dieser Anschluß verbessert wird. Ja, das ist das, was mir zum Bereich Verkehr einfällt.

Es ist heute schon oft, sehr oft, die Verwaltungsreform strapaziert worden. Bedauerlicherweise immer nur in diesem Zusammenhang zum Teil mit der Personaleinsparung. Ich glaube aber auch, daß es noch einen anderen Weg gibt, der sehr wichtig ist. Das ist der Punkt, den Beamten mehr Freiräume zu lassen, mehr Handlungsspielräume zu geben, mehr Eigenverantwortung. Ich glaube, daß sich die Politik in vielen Bereichen zurückziehen sollte, daß sie Ziele vorgeben soll, daß sie schauen soll, daß die Ziele eingehalten werden, daß aber die Umsetzung in der Eigenverantwortung der zuständigen Experten und Beamten liegt. Dazu muß ich ihnen aber auch ganz einfach eine längere Leine lassen und diese Eigeninitiative fördern. Das war nur ein Vergleich und Vergleiche hinken manchmal, das haben wir heute schon gehört.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich würde mir auch wünschen, daß man viel stärker auf Bürgerbeteiligung setzt. Nämlich, daß man wirklich bei der Planung von Kindergärten, bei der Planung von Kinderspielplätzen, bei der Planung von Seniorenheimen die betroffenen Personen, die diese fertigen Projekte nützen sollen, in die Planungsphasen viel stärker miteinbezieht. Wir, als Politiker, wissen ganz einfach nicht alles, was die Leute brauchen. Da sollen die mitgestalten, da sollen die vielmehr mitsprechen, die es dann letztlich auch nützen sollen.

Was mir auch ein bißchen fehlt ist die Weiterverwendung des Reithofferareals bzw. des ehem. Reithofferwerkes. Da glaube ich, sollten wir uns auch mehr Gedanken darüber machen.

Einen Punkt noch, der heute unter anderem angesprochen wurde, ist das Kinderschutzzentrum. Ich habe den Eindruck, es gibt keine Fraktion die gegen dieses Kinderschutzzentrum ist. Und ich glaube, ein Punkt, der so

außerhalb der Diskussion steht, müßte eigentlich relativ einfach umsetzbar sein. Ich habe nicht gehört, daß irgendwer sich dagegen ausgesprochen hat. Darum hoffe ich, daß es doch im nächsten Jahr möglich sein wird, weil auch mir ist es ein großes Anliegen. Der Andi Kupfer hat zuerst zitiert, daß für diese Jugendstudie sich sonst keine Fraktion eingesetzt hat. Ich muß das zurückweisen. Ich habe auch im Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister auf diese Jugendstudie hingewiesen. Ich habe es auch im Sozialausschuß angesprochen. Es hat mir Leid getan, daß es nicht möglich war, diejenigen, die daran arbeiten, beizeiten einzuladen. Aber auch da gebe ich nicht die Hoffnung auf, daß etwas passieren wird, weil gerade die Jugend muß unser wichtigstes Anliegen sein.

Damit möchte ich meine Ausführungen eigentlich schon schließen. Sie haben es heute ja ohnedies gut, Herr Bürgermeister. Sie haben nur mit einer einzigen Gegenstimme zum Budget zu rechnen. Ich weiß, sie werden wieder sagen, Frau Frech, jetzt sind sie aber wieder einmal alleine. Ja, damit muß ich leben. Nur die Mehrheit hat auch nicht immer Recht und denken sie nur an die Vorwärts. Da bin ich auch mit meinen Unkenrufen alleine gewesen. Zumindest war ich die Einzige, die bei der 6 Millionen Haftung nicht mitgestimmt hat. Heute würden mir viele Recht geben. Also, die Mehrheit hat nicht immer Recht. Ich glaube, es ist auch ein ganz gutes Zeichen, daß es bei diesem Budget nicht einstimmig ist. Es ist so ein bißchen die kleine Rute im Fenster und nächstes Jahr haben sie ja die Möglichkeit mich zu überzeugen, daß ich doch vielleicht mitstimmen sollte, wenn sich sehr viele Reformen verwirklichen lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Eines muß man schon berichtigen Frau Kollegin Frech. Bei der Planung von den Kindergärten und dem Altersheim, als Politikerin, bin ich da nicht dabei. Das überlasse ich schon den Fachleuten. Das möchte ich schon sagen. Da sind die Kindergärtnerinnen dabei, welche die meiste Ahnung haben, was gebraucht wird. Ich habe mich da schon zurückgehalten. Sie haben das jetzt so gebracht, daß man denen mehr Freiraum lassen soll. Gerade sie verlangen ja immer die ganzen Unterlagen und Papiere. Sie lassen ihnen am wenigsten Freiraum und jetzt machen sie den Vorschlag, daß man ihnen mehr Freiraum lassen sollte. Sie verlangen als Einzige Unterlagen und wollen über alles Bescheid wissen. Das ist ja kein Freiraum. Man kann Bescheid wissen und man kann sie dann arbeiten lassen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie sollen einen finanziellen Freiraum haben.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ein Freiraum ist für mich, wenn ich jemanden auch arbeiten lasse. Nicht, daß ich dann wieder alles will und kritisiere. Das ist in meinen Augen kein Freiraum.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Information und handeln sind unterschiedlich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Man kann alles kritisieren, wenn man es dann vorgelegt bekommt.

So, wünscht noch jemand das Wort meine Damen und Herren? Das ist nicht der Fall. Herr Finanzreferent bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich bedanke mich zunächst für die heute so sanfte Diskussion, die abgewickelt wurde und wo keinerlei Bösarbeiten spürbar waren. Das ist auch nicht ganz üblich gewesen, bei manchen Generaldebatten zum Budget in vergangener Zeit. Ich empfinde es angenehm, obwohl ich Schwierigkeiten habe, weil ich dann so schwer auf Betriebstemperatur komme.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe auch versprochen, daß ich es kurz mache, weil man könnte natürlich schon wieder sehr ausführlich über die Dinge reden. Frau Kollegin Frech, weil sie die Letzte waren. Sie haben, ich glaube, so 12 Punkte auf die Wunschliste geschrieben. Im Großen und Ganzen sind das Wünsche, die ich eigentlich unterschreiben kann. Das ist natürlich keine Kunst, weil hundert andere Dinge haben wir mittlerweile schon erledigt. Das trifft ja auch auf das Budget und auf eine Aussage in ihrer ersten Wortmeldung zu. Sie streichen das so großartig heraus, daß eigentlich über 1 Promille des Budgets gestritten wird und das ist eigentlich ihnen zu dumm und sowieso zu wenig. Ich kann ihnen nur sagen, daß man das auch von der anderen Seite her betrachten kann. Nämlich alles, was das schon drinnen steht, ist auch gemeinsamer Wille der Mandatäre in dieser Stadt. Manche Dinge sind vor vielen Jahren schon diskutiert worden und mit der Zeit in dieses Budget hineingekommen und im Laufe, oft auch von Etappenfinanzierungen, auch jetzt wieder im Budget drinnen. Also, in Wahrheit steht da nichts drinnen, was eigentlich keiner will, sonst wäre es ja auch gesagt worden. Unser Problem ist immer nur, daß es trotzdem noch Wünsche gibt die halt nicht in diesem Budget erfüllt werden können. Ich sage ihnen etwas. Das wird immer so sein. Die Wünsche sind immer größer oder mehr, als die Möglichkeiten die Wünsche zu erfüllen. So wird das immer sein. Das ist ein Erfahrungswert. Natürlich, es hat sich sehr viel um die Frage, Senkung der Personalkosten, Senkung des Betriebsaufwandes, gedreht. Wir haben vereinbart, und das haben auch die Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet, daß wir über dieses Thema im nächsten Jahr wieder reden werden. Hätte für mich nicht unbedingt sein müssen, so eine Vereinbarung zu treffen, weil natürlich muß man über das reden, was angesprochen wird, von irgendwem. Da muß man sicher reden. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß ich da irgendwem einmal den Mund verboten hätte oder, daß ich gesagt hätte, darüber rede ich nicht usw. Das war eigentlich nie der Fall und jeder Fraktionsvorsitzende kann natürlich Themen in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz ansprechen. Es ist nur so, und das ist auch mehrfach gesagt worden, daß es natürlich schon auf die Qualität der Vorschläge ankommt, wie man denn irgendetwas erreicht. Weil sie so sagen, 3 % was ist denn das schon? Wenn ich nicht grundsätzlich irgendetwas anderes durch eine wirklich gescheite Idee anders machen kann, dann treffen diese 3 % schon auf Löhne oder Gehälter der Magistratsbediensteten und die werden sich um ihre Rechte wehren. Ich kann mir auch gut vorstellen, daß das bei keiner Berufsgruppe anders wäre. Wenn ich sage, wir setzen jetzt die Honorarordnung der Rechtsanwälte ein bißchen herunter, weil die schreiben ganz schön mir ihrer doppelten Kreide. Na Servus, da würde ich einen Zirkus auslösen. Da bin ich vollkommen davon überzeugt. Bei den Ärzten haben wir es gerade erlebt, wie sie gleich auf die Straße marschiert sind. So etwas haben früher nur die Pöbler getan. Es ist mittlerweile gesellschaftsfähig geworden auf die Straße zu gehen. Wenn es um Gehälter und Löhne von irgendwem geht, da wird die Sache brenzlig und es ist plausibel, daß die Leute das verteidigen wollen. Wer will schon weniger haben. Diese Debatte ist dann auch zu führen. Es sei denn, es gibt diese Königsideen, die ich bis jetzt noch nicht gehört habe, aber sie werden in unseren Gesprächen ja kommen. Dann werden wir uns sehr ernsthaft damit auseinandersetzen. Das ist vollkommen klar. Ich sage nur dazu, Herr Dr. Wetzl, ganz leicht wird es nicht sein mit den Königsideen, weil wir haben uns nämlich in den letzten Jahren schon sehr, sehr ernsthaft bemüht. Dabei will ich nicht sagen, daß es nicht neue Ideen und immer Ideen gibt und, daß nicht das Bessere

der Feind des Guten ist. Selbstverständlich gibt es immer wieder Verbesserungsmöglichkeiten und auch Anpassungsnotwendigkeiten. Einer hat glaube ich gesagt, das war der Willi Hauser, bis jetzt habe ich eigentlich auch nirgends wo gehört, weil es ist auch gesagt worden, geben wir das doch wieder in die Verantwortung der Bürger zurück. Nicht wahr. Oder lassen wir das Private machen. Abgesehen davon, wenn wir Private etwas machen lassen, dann müssen wir einen Auftrag erteilen und mit Gemeinderats- und sonstige Beschlüsse unserer Organe diese Aufträge erteilen und dann werden wir dafür zahlen müssen. Es ist ja nur spannend, wenn es die bei gleicher Qualität billiger machen. Sonst nicht. Dann scheint das natürlich auch in den Kosten auf. Halt nicht bei den Personalkosten. Diese Debatten haben wir ja auch schon bis zum Erbrechen fast geführt. Weil sie heute gesagt haben, dieses Mal ist schön verhandelt worden. Ja eh. Ich unterstreiche das. Ich freue mich auch darüber, daß das eigentlich auch hier in der Debatte von allen Seiten betont wurde. Nur möchte ich ihnen sagen, wir haben schon viel verhandelt. Seit dem Jahre 1991 haben wir verhandelt. Einmal nur alleine zu einem Budget 100 Stunden. Moderieren haben wir uns lassen. Bis dort hinaus haben wir verschiedene Methoden, Budgets einvernehmlich zustande zu bringen, geprobt. Dieses Mal ist es leichter gegangen. Aber das hängt nicht nur am Finanzreferenten. Glauben sie nicht, das hätte mir auch im Jahr 1991, im Jahr 1993 oder ganz besonders im Jahr 1995 nicht getaugt, hätten wir mit breiter Mehrheit ein schwieriges Budget beschlossen? Na, als Finanzreferent und Bürgermeister bist du immer interessiert, daß eine möglichst breite Mehrheit da ist. Aber es war anders. Es war die Stimmungslage anders, der Zugang der Fraktionen anders. Ich muß auch sagen, daß es schwieriger war die Budgets zustanden zu bringen, weil wir halt dort am falschen Fuß waren. Das ist halt nicht so, wenn 7.000 Industriearbeitsplätze verloren gehen, daß sich das nicht beim finanziellen Input einer Gebietskörperschaft, wie unserer Stadt, auswirkt. Natürlich war das in Wirklichkeit ein fürchterlicher Schlag. Ich bin stolz darauf und ich freue mich mein ganzes Leben darüber, daß uns das in dieser kurzen Zeit gelungen ist, das wegzustecken. Insofern unterscheiden wir uns von anderen Regionen, die ähnliche strukturelle Probleme zu verkraften hatten. Wenn sie einmal Zeit haben, fahrt ein bißchen, manche von euch und von uns, durch die Mur-Mürzfurche und schaut euch bitte sehr die Industrieregionen in der Obersteiermark an. Die haben das lange nicht so gut verkraftet. Bei uns war auch eine günstige Konstellation, weil hier BMW, das sage ich immer wieder, als einziger Betrieb auch in der Schwierigkeit voll drauf war und hier mit seiner Beschäftigung und kontinuierlichen Entwicklung verhindert hat, daß wir so tief durchgefallen sind. Aber wir haben auch geschaltet und zwar blitzartig und haben an allen Ecken und Enden die Dinge losgekurbelt. Bitte, es ist uns deswegen so schwer gefallen, weil ja die Steyr-Daimler-Puch AG als Hauptarbeitgeber vorher ja schon, seit dem Jahr 1981 nämlich, keinen Gewerbesteuernachgewinn bezahlt hat und uns das Geld gefehlt hat. Wenn man investieren muß, wenn man eigentlich schon 10 Jahre keine Einnahmen hat, dann ist das schwierig und schwer genug und wir haben unseren ganzen Mumm gebraucht, daß wir uns da hineinlassen haben. Weil sie, Frau Kollegin Frech, eine so schöne Graphik hergezeigt haben, mit der gehen sie ja immer noch hausieren, obwohl wir versucht haben, das schon einmal ein bißchen zu erklären, daß das etwas anders ist. Natürlich haben sie Zahlen aus der Finanzabteilung genommen, aber bitte schön, dann müssen sie halt schon die richtigen Zahlen miteinander vergleichen. Entweder Rechnungsabschlüsse oder Budgetpräliminarien oder von mir aus Nachtragsvoranschläge. Aber dieser Quervergleich, wie sie es dort dargestellt haben, stimmt nicht. Außerdem ist das Jahr 1993 ja eine Momentaufnahme, die ja geradezu demagogisch ist, wenn sie es da herzeigen, weil im Jahr 1993 haben wir ja zwischenzeitlich einen Höhenflug gehabt. Da sind ja zwei Dinge passiert. Die Nachzahlung von BMW, nach erster Finanzprüfung, da hat es in der Kasse geklingelt, aber ordentlich, und wir haben die Sparkasse verkauft. Da haben wir natürlich kurzfristig einen Überschuß gehabt und haben uns auch einiges zugetraut. Dann kam der Fery Lazina und nahm uns die Gewerbesteuer weg. Die Aussagen der BMW, daß jetzt in Zukunft 80 Millionen, mit steigender Tendenz, aus der Gewerbesteuer von BMW auf uns zukommen, die haben uns natürlich vor Freude erstarren lassen. Aber leider ist die Gewerbesteuer gekappt worden, das haben ja auch einige hier herinnen immer wieder heftig in ihren Reden verlangt, daß das gut ist, aber bei der Gemeinde hat es leider ein Loch gerissen und die Erhöhung der Kommunalsteuer hat es nur zur Hälfte schließen können. Das waren die Fakten. Also, wir waren einem Wechselbad, nicht nur der Gefühle sondern der wirklichen, externen Einflüsse, ausgesetzt. Wie gesagt Frau Kollegin Frech, das sind so ein paar Betrachtungen. Ich möchte mich nicht zu sehr da noch verbreitern. Fest steht eines, ich bin zwar kein Mathematiker, aber würde man eine Wahrscheinlichkeitsberechnung anstellen, wer

hat denn da jetzt Recht bei diesem Budget. Ist das okay, kann man dem zustimmen oder nicht, würde wahrscheinlich die Wahrscheinlichkeitsberechnung ergeben, daß die 35 da herinnen Recht haben und vielleicht doch sie sich irren. Das möchte ich vielleicht zum Schluß noch sagen.

Ich weiß auch nicht, ob sie, wenn ein Teil dieser Wünsche erfüllt wäre, nicht natürlich leicht wieder drei neue Wünsche, für jeden Wunsch der erfüllt wurde, erfinden können. Wahrscheinlich ist das kein so großes Kunststück und dann wollen sie sich halt aus politisch taktischen Gründen vielleicht von der großen Mehrheit unterscheiden und das ist natürlich auch ihre Entscheidung und die nehme ich sehr gerne zur Kenntnis.

Die Ausführungen des Herrn Dr. Pfeil möchte ich auch in einigen Punkten ansprechen. Und zwar, weil das natürlich auch das Budget betrifft. Er hat betont, daß wir den möglichen Getränkesteuerausfall im Jahr 1999 nicht budgetiert hätten. Das ist zutreffend. Aber das wäre natürlich taktisch auch ein Rohrkrepierer, würden wir so etwas tun, weil da würden wir förmlich hier allen, die daran arbeiten, daß das nicht geschieht, in den Rücken fallen. Abgesehen davon ist frühestens im Herbst des kommenden Jahres mit einer Entscheidung zu rechnen, wie bei der Hauptausschußsitzung des Städtebundes gesagt wurde, und daher auch keine Notwendigkeit für so einen Ausfall. Außerdem habe ich schon gesagt, erwarte ich ja doch, daß hier auf Bundesebene beim Finanzausgleich ein Ersatz für diese wegfallenden Gemeindesteuern gefunden werden kann.

Kultur und Bücherei sind mehrfach angesprochen worden. Wir haben 5 Millionen neuerdings im Budget für das nächste Jahr hineingeschrieben. Ich persönlich bin auch nicht glücklich darüber. Ich habe das auch ein paar Mal bei geeigneter Gelegenheit und mit den richtigen Leuten klar gemacht. Die 5 Millionen hätten heuer schon verbaut werden sollen. Man hat aber wieder einmal ein sehr viel teureres Projekt entwickelt, was ja ansich leichter ist, als sparsame Projekte zu entwickeln. An dem leiden wir ja immer ein bißchen.

Meine letzte Mitteilung ist die, daß es wahrscheinlich unter 10 Millionen eh nicht gehen wird. Wenn wir es dort machen werden wir wahrscheinlich eh noch eine zweite Tranche mit 5 Millionen in die Hand nehmen müssen, aber jetzt kann das losgehen. Mittlerweile höre ich, daß eine bessere Variante denkbar erscheint und wenn das der Fall ist, dann sollten wir natürlich die bessere Variante machen. Aber ich verrate ja kein Geheimnis. Das erste Projekt hätte ja 28 Millionen umfaßt. Nicht wahr. Kann man auch machen. Natürlich ist das nett. So ein kleiner Medientempel ist zauberhaft. 28 Millionen. Großartig. Ich bin überzeugt, da täten einige jubeln. Nur, und jetzt predige ich das auch noch einmal weil man offensichtlich den Mut zu Wiederholungen braucht um mit Fred Sinowatz zu sprechen und das trifft auf sie zu, Frau Kollegin Reznar, wenn sie jetzt noch ein Haus kaufen oder erwerben oder umfunktionieren als Kulturhaus, nämlich den wunderschönen Schloßparkpavillon, da bin ich ja ihrer Meinung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das gehört uns aber eh.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, ich rede jetzt vom umfunktionieren und renovieren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber kaufen brauchen wir es nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber kaufen wäre ja auch so etwas ähnliches. Oder, wenn wir es jetzt nehmen und es noch als zusätzliches Kulturhaus umfunktionieren und machen dort auch noch eine Ausstellung hinein, dann müssen wir uns doch langsam die Frage stellen, besonders an die Adresse unserer Kulturpolitiker gerichtet, wie lange wir glauben, daß wir dieses Spiel tun können. Wir kaufen, erwerben, adaptieren ein Haus nach dem anderen für den Kulturbetrieb. Glaubt irgendwer in diesem Raum, daß wir zuwenig Räume für die Kulturentfaltung haben? Glauben sie das, meine liebe Frau Reznar? Dann rate ich ihnen folgendes an. Schauen sie sich einmal die Auslastung unserer Kulturräumlichkeiten an. Schauen sie einmal wenn etwas ist und wenn nichts ist und dann werden sie darauf kommen, daß

die Zeit, wo nichts ist, weit überwiegt. Dann kommt als nächstes der Herr Dr. Pfeil und sagt, es sollten halt im Kulturbudget keine Baukosten aufscheinen. Jetzt akzeptiere ich diese Aussage natürlich wenn das der Herr Rebhandl oder der Herr Ebenhofer oder sonst ein Künstler sagt. Da verstehe ich es, weil er möchte Geld für sein Kulturprojekt haben. Das akzeptiere ich. Aber bitte, sie nicht Herr Dr. Pfeil.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das sollten sie nicht tun, weil sie ja wissen, weil wir es ja auch oft genug gesagt haben und der Lemmerer hat das, als zuständiger Geschäftsbereichsleiter, wirklich, glaube ich, plausibel erklärt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das sind aber nebenbei Empfehlungen des österr. Städtebundes, Kulturabteilung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das mag schon sein. Wissen sie, was die Kulturabteilung des Städtebundes empfiehlt, ist eine Sache.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist auch nicht gerade eine Kegelbahn.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ist eh in Ordnung. Wenn ich das alles tu, was unser Kulturabteilung empfiehlt, dann weiß ich nicht, wo ich dann bin. Da gibt es dann die Bauabteilung, die empfiehlt etwas anderes. Die Bücherei ist so ein praktisches Beispiel. Die haben sich alle gegenseitig etwas empfohlen und leider sind wir halt mit dem Bauen nicht weitergekommen. Was ich sage, ist eines. Da gibt es die Rechtsvorschrift für die Erstellung des Budgets und die heißt VRV. Da gibt es einen langen Namen dazu, aber die drei Buchstaben sind die Abkürzung, so wie FAZAT für, wissen sie eh.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Und diese VRV ...

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ohne F.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Er kann es vorlesen, wie der ganze Name heißt, aber ich habe mir VRV gemerkt. In der VRV steht drinnen, was er wohin budgetieren muß. Wo er die Budgetansätze hinschreiben muß und Kulturhäuser haben bei Kultur budgetiert zu werden und er verhält sich gesetzeskonform und deswegen dürfen wir ihm ja keinen Vorwurf machen. Das ist ja unfair. Also wird die Bauerei dort dabei stehen. Aber im Prinzip ist ja das eh nicht das Thema. Im Prinzip hat ja das Geld kein Mascherl. Wenn ich die Verluste und die Abgänge in der Liegenschaft baue, bitte sehr, dann fehlen mir halt dort die Millionen. Es geht ja in Wirklichkeit um ganz etwas anderes und das muß sich die Kulturpolitik dieser Stadt einmal verinnerlichen. Wir brauchen mehr Geld für die Projekte, für die Kulturschaffenden. Die werden uns herumtragen, wenn wir denen mehr Geld geben und sie werden zufrieden sein. Wir bringen aber nie das Geld für die Programme in diesen Kulturhäusern frei, weil wir nämlich zuviel von solchen Häusern in der letzten Zeit errichtet und betrieben haben. Jedes ist schön. Man muß ja das einmal aufzählen. Wir machen locker vom Hocker alle Jahre ein neues Haus. Da kaufen wir Reithoffer um 10 Millionen, in 15 Jahren kapitalisiert kostet uns das ja 20. 3,5 legen wir dann hin, damit das ausstellungsreif wird. Nicht? Also, das sind ja gewaltige Beträge. Nebenbei kaufen wir dann ein Jugendkulturhaus um 4,5 Millionen, legen 2 Millionen dazu, damit das überhaupt betriebsfähig wird. In die Schloßgalerie haben wir Länge mal Breite, zusammengerechnet rund 15 Millionen Schilling, hineingesteckt, und so geht das dahin. Jetzt stecken wir in die Bücherei

10 Millionen hinein. Und dieses Geld steht im Kulturbudget. Auf diese Art und Weise haben wir, die Frau Kollegin Frech hat das für mich ausgerechnet, habe ich in der Zeitung gelesen, 2,3 % unseres Budgets ungefähr Kulturbudget. Ich habe es einmal vor zwei Jahren gerechnet, da waren es 2,5 %. Das schwankt ein bißchen, aber in der Größenordnung. Es stand vor vier Wochen im Profil zu lesen: „Das Kulturbudget der Stadt Wien beträgt, gemessen am Gesamtbudget, 1,5 %.“ Das hat auch die Frau Kulturstadträtin ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Der Bund zahlt da aber weiß ich was!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist mir ja klar, aber das müssen wir ja wissen, daß wir ein Bezirks-stadterl sind, ein liebliches, ein nettes und keine Landeshauptstadt, wo es ein Landestheater gibt und natürlich keine Bundeshauptstadt, wo es ein Bundestheater, Konzerthäuser und weiß ich was alles gibt und wo natürlich diese Kultureinrichtungen ganz anders finanziert werden können. Wir sind da in Steyr. Wir haben, meiner Meinung nach, das alte Theater und das kleine Theater, die Schloßgalerie, Museum Arbeitswelt, Reithoffer- und Jugendkulturhaus und ich weiß es nicht. Häuser, Häuser, Häuser und Kosten, Kosten, Kosten. Was wir müssen ist also in der Kulturpolitik, wenn wir die Bücherei haben, dann müssen wir, wenn wir den Künstlern helfen wollen, wenn wir für ihre Projekte sind, wenn wir die Programme fördern wollen, einmal aufhören mit den Häusern, die Schulden zurückzahlen und schauen, daß das Kulturbudget halbwegs in dieser Höhe bleibt, dann werden wir mehr Geld freibekommen um die Programme zu fördern und die Künstler werden uns das danken.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das möchte ich heute wieder einmal wiederholt haben und zu bedenken geben.

Ja, es ist noch vieles gesagt worden, über eine ganze Menge von Themen, über die man lange diskutieren kann, was wir auch noch tun werden. Ich kann nur sagen, im Prinzip freut es mich, daß doch, trotz unterschiedlicher Positionen die es immer geben wird, und was ja auch gut ist, daß die unterschiedlichen Meinungen da ausgetauscht werden, ein Grundkonsens vorherrschend scheint, daß wir heuer dieses Budget mit großer Mehrheit beschließen können. Als Richtlinie, als das, was wir an Wünschen, an Vorstellungen, an Projekten sozusagen in dem Zahlenwerk an Zahlen gegossen haben.

Ich bedanke mich für die Debatte aber auch für die guten Verhandlungen und wie ich hoffe, auch für die Zustimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke unserem Finanzreferenten für sein Schlußwort. Meine Damen und Herren wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zur Abstimmung steht der Hauptantrag in der Form des gemeinsamen Abänderungsantrages der SPÖ, der FPÖ, der ÖVP und der GAL. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL). Übt jemand Stimmenthaltung? Wer ist dagegen? Eine Gegenstimme (LIF). Wunderschön. Mit 35 Stimmen ist das Budget beschlossen worden. Herzlichen Glückwunsch.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übergebe den Vorsitz an den Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke noch einmal herzlich, auch für dieses Abstimmungsergebnis. Wir sind damit am Ende der Tagesordnung. Wir haben hier insgesamt heute S 5,319.600,-- beschlossen bzw. Ausgaben in dieser Größenordnung zur Kenntnis genommen. Wir kommen zur „aktuellen Stunden“. SPÖ? Nein. FPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. ÖVP? Nein. Grüne?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. Frau Frech? Jetzt können sie berühmt werden.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein. Gut, dann sind wir wirklich ganz am Ende der Sitzung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe bedanke ich mich auch für die vielen Sitzungen, bei denen wir gemeinsam teilgenommen haben, für die Debatten, für die Bemühungen im Interesse der Stadt, die sie alle angestrengt haben. Besonders noch einmal herzlichen Dank für diese konstruktive Abschlußphase, die ja in das neue Jahr hineinwirken wird. Ich wünsche ihnen allen recht frohe, besinnliche Weihnachten mit ein bißchen Zeit für euch selbst und im nächsten Jahr Gesundheit, Schaffenskraft, Wiedersehen und heftige Debatten zum Wohle der Stadt. Alles Gute auch für das Jahr 1999.

Beifallskundgebung

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wie immer haben wir noch ein Lokal bestellt, wo wir noch Essen und Trinken zu uns nehmen. Alle sind natürlich herzlich eingeladen. Es ist dieses Mal das Casino Steyr.

ENDE DER SITZUNG: 19.50 UHR.

DER VORSITZENDE: Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Mag. Michaela Frech, GR Helmut Oberreiter